



Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands

Städte, Hochschulen, Studentenwerke

Eine gemeinsame Fachkonferenz von Deutschem Städtetag,
Hochschulrektorenkonferenz und Deutschem Studentenwerk

7. und 8. Dezember 2010 in Jena

Dokumentation



Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands

Städte, Hochschulen, Studentenwerke

Eine gemeinsame Fachkonferenz von Deutschem Städtetag,
Hochschulrektorenkonferenz und Deutschem Studentenwerk

7. und 8. Dezember 2010 in Jena

Dokumentation

Vorwort

Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands

Städte, Hochschulen, Studentenwerke

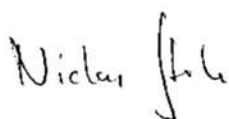
Dokumentation der gemeinsamen Fachkonferenz von Deutschem Städtetag, Hochschulrektorenkonferenz und Deutschem Studentenwerk

Eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Städten, Hochschulen und Studentenwerken – das war das Ziel der Konferenz „Die Hochschulstadt“. Zum ersten Mal taten sich diejenigen Verbände zusammen, die diese Trias repräsentieren, um Vertreterinnen und Vertreter der Städte, der Hochschulen und der Studentenwerke an einen Tisch zu bringen.

Der Deutsche Städtetag, die Hochschulrektorenkonferenz und das Deutsche Studentenwerk sind hochzufrieden mit dem Erfolg der Konferenz „Die Hochschulstadt“. Denn die in Jena entstandenen neuen Einsichten, neuen Kommunikationen und Kontakte im Dreieck Stadt, Hochschule und Studentenwerk schärfen bei allen teilnehmenden Akteuren das Bewusstsein dafür, worin die Expertise des jeweils anderen besteht und wie sie in die konkrete Praxis der Stadt eingebracht wird. Wir als Veranstalter der Konferenz sehen ein erhebliches Potenzial für eine dauerhafte Vernetzung sowie einen noch intensiveren und regelmäßigeren Austausch.

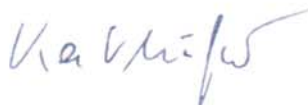
Dafür spricht auch die überwältigende Anzahl von Vortragenden, die sich zu einem Beitrag in der vorliegenden Konferenzdokumentation entschlossen haben. So gut wie alle Referentinnen und Referenten bieten uns ihre Perspektive auf die aktuellen Herausforderungen und Chancen der wissensbasierten Hochschulstadt. Dabei werden deutsche und internationale Vorbilder sowie zukunftsweisende Erfolgsmodelle fächerübergreifend diskutiert. Dies bietet einen Ausgangspunkt für eine neue, gemeinsame Strategieentwicklung – für ein erfolgreiches Stadtmarketing und den Wohnungsmarkt, genauso wie für Familienfreundlichkeit von Stadtgesellschaft und Hochschule sowie eine kluge regionalwirtschaftliche Politik, die ihre Hochschule als Mehrwert begreift.

In der Dokumentation der Konferenz „Die Hochschulstadt“ finden Sie die in Jena entwickelten Handlungsempfehlungen, zahlreiche Best-Practice-Beispiele und Visionen für die wissensbasierte Stadtentwicklung. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!



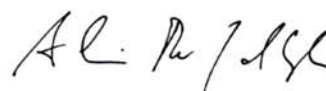
Niclas Stucke
Hauptreferent

Deutscher Städtetag



Dr. Thomas Kathöfer
Generalsekretär

Hochschulrektorenkonferenz



Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär

Deutsches Studentenwerk

Vorwort	3
Inhaltsverzeichnis	5
Konferenzprogramm	9
Referenten/innen und Moderator/innen	17
Teilnehmer/innen	31
 Grußworte	
Prof. Dr. Klaus Dicke , Rektor Friedrich-Schiller-Universität Jena, Vizepräsident Hochschulrektorenkonferenz	39
Dr. Albrecht Schröter , Oberbürgermeister Stadt Jena	43
Achim Meyer auf der Heyde , Generalsekretär Deutsches Studentenwerk	47
 Eröffnungsvortrag	
Wissen – Städte – Menschen	
Sigurd Trommer , Präsident Bundesarchitektenkammer	51
 Hochschulen, Studentenwerke und Städte – Best Practice	
Wissenschaftsinitiative Hannover	
Theda Minthe , Leiterin „Wissenschaftsstadt“, Büro Oberbürgermeister Landeshauptstadt Hannover und Eberhard Hoffmann , Geschäftsführer Studentenwerk Hannover	57
 Panel 1: Die regionalwirtschaftliche Bedeutung von Hochschulen, Studierenden und Studentenwerken	
Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld , Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Forschungsabteilung Stadtökonomik	71
Dr. Anselm Mattes , Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin	73
Dr. Thomas Robbers , Geschäftsführer Wirtschaftsförderung Münster GmbH, Vorsitzender Deutscher Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften e.V. (DVWE)	83
Prof. Dr. Lambert T. Koch , Rektor Bergische Universität Wuppertal	95
Prof. Dr. Christian H. Werner , Präsident Fachhochschule für angewandtes Management GmbH Erding	103
PD Dr. Wolfgang Becker , Wirtschaftswissenschaftler, Universität Augsburg	117
Prof. Dr. Matthias Stoetzer , Fachhochschule Jena, Fachbereich Betriebswirtschaft	119
Peter Haßmann , Geschäftsführer Studentenwerk Münster	125

Panel 2: Wohnungsmarkt: Der Einfluss von Hochschulangehörigen und Studierenden

Christina Walz , Geschäftsführerin Studentenwerk Kassel	145
Thomas Abraham , empirica AG	147
Dr. Ralf Schmidt-Röh , Geschäftsführer Studentenwerk Thüringen	161
Tobias Jacobs , Analyse & Konzepte, Beratungsgesellschaft für Wohnen, Immobilien und Tourismus mbH, Hamburg	163
Annette Friedrich , Stadtplanungsamt Heidelberg	171

Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

PD Dr. Eva Schmitt-Rodermund , Dezernentin Akademische und Studentische Angelegenheiten, Friedrich-Schiller-Universität Jena	175
Dr. Johann Peter Schäfer , Kanzler Universität Siegen	177
Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht , Geschäftsführerin Studentenwerk München	185
Dr. Siegfried Haller , Leiter Jugendamt Stadt Leipzig	193
Prof. Dr. Andreas Strunk , Gesellschafter und Projektleiter Gesellschaft für Innovation, Systementwicklung und Soziale Arbeit (GISA) mbH	203

Panel 4: Hochschulstadt als Teil des Stadtmarketings

Ingo Lohuis , Abteilungsleiter Referat Kommunikation der Universität Bielefeld	211
Dr. Annette Klinkert , Wissenschaftsbüro, Bielefeld Marketing GmbH	219
Markus F. Langer , Referent Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), Mitherausgeber der Studie: Einflussfaktoren der Studienentscheidung	237
Dr. Uwe Grebe , Geschäftsführer Studentenwerk Marburg	241
Dr. Rainer Lisowski , Referent wissenschaftliche Angelegenheiten, Stadt Oldenburg, Vertretungsprofessur öffentliche Betriebswirtschaftslehre (Schwerpunkt Marketing), Fachhochschule Osnabrück	251

Panel 5: Stadtentwicklung, Stadtplanung

Niclas Stucke , Hauptreferent Deutscher Städtetag	257
Prof. Dr. Hermann Kokenge , Technische Universität Dresden, Institut für Landschaftsarchitektur	261
Albert Berger , Kanzler Technische Universität München	273
Heinz Tibbe , Gruppe Planwerk	279
André Schnepfer , Student Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Mitglied im Verwaltungsrat des Studentenwerks Münster	291

Panel 6: Hochschulen, Studentenwerke, Hochschulangehörige und Studierende als Teil der Stadtkultur und der Stadtgesellschaft

Clemens Metz , Geschäftsführer Studentenwerk Freiburg, Vorsitzender Ausschuss Kultur, Deutsches Studentenwerk	295
--	-----

Dr. Bastian Lange , Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig, Multiplicities Berlin, Mitglied des Georg-Simmel-Zentrums an der Humboldt- Universität zu Berlin	297
Dr. Michael Bürsch , Geschäftsführer Corporate Citizenship Deutschland, Berlin	301
Pressemitteilung	303
Fotogalerie	309
Impressum	314

Konferenzprogramm



Programm

Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands

Städte, Hochschulen, Studentenwerke

**Eine gemeinsame Fachkonferenz von Deutschem Städtetag,
Hochschulrektorenkonferenz und Deutschem Studentenwerk**

Jena, 7. und 8. Dezember 2010

Zeit: Dienstag, 7. Dezember 2010, 13:30 Uhr
bis
Mittwoch, 8. Dezember 2010, 13:15 Uhr

Ort: Hotel Steigenberger Esplanade Jena, Carl-Zeiss-Platz 4, 07743 Jena
www.steigenberger.com/Jena

Kontakt vor Ort: Julia Verse, Deutsches Studentenwerk, T: 0177 – 259 73 39

Leitfragen der Konferenz:

- Welche Chancen, welche Entwicklungsimpulse und Potenziale bieten Hochschulen, Studentenwerke und Studierende für die Städte?
- Welchen wirtschaftlichen, demografischen, planerischen, touristischen, sozialen, kulturellen, zivilgesellschaftlichen Nutzen können Städte aus der tertiären Bildung ziehen?
- Wie werden Studienanfänger/innen am neuen Hochschulort aufgenommen?
- Welchen Beitrag können Städte zur Stärkung von Hochschuleinrichtungen und Studentenwerken leisten?
- Welche Erfolgsmodelle und Vorbilder gibt es – in Deutschland und im Ausland?
- Welches sind die wichtigsten gemeinsamen Handlungsfelder der Gegenwart und in Zukunft?
- Welches sind die wichtigsten Handlungsempfehlungen für eine intensivere, bessere Kooperation?

1. Tag: Dienstag, 7. Dezember 2010

Moderation: **Niclas Stucke**, Hauptreferent des Deutschen Städtetags
Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks (DSW)

13:30-14:00 Uhr **Begrüßung**
Prof. Dr. Klaus Dicke, Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz
Dr. Albrecht Schröter, Oberbürgermeister der Stadt Jena, Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetags
Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks

14:00-14:45 Uhr **Eröffnungsvortrag**
Wissen – Städte – Menschen
Sigurd Trommer, Präsident der Bundesarchitektenkammer

14:45-15:30 Uhr **Hochschulen, Studentenwerke und Städte – Best Practice**
Wissenschaftsinitiative Hannover
Theda Minthe, Leiterin „Wissenschaftsstadt“ im Büro des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Hannover, und
Eberhard Hoffmann, Geschäftsführer des Studentenwerks Hannover

Halle: Händelstadt, Wissenschaftsstadt
Prof. Dr. Udo Sträter, Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

15:30-16:00 Uhr **Kaffeepause**

danach parallele Panels 1 bis 3
16:00-18:30 Uhr (inklusive 30 Minuten Pause)

Format der Panels

1. Die auf das Panel-Thema spezialisierten Forschenden/Expertinnen und Experten geben einen **kurzen Impuls bzw. Problemaufriss**.
2. Vertreterinnen und Vertreter der Städte, der Hochschulen, der Studentenwerke, der Studierenden sowie weiterer Institutionen ergänzen den Problemaufriss mit **positiven Praxisbeispielen**.
3. In der anschließenden offenen Diskussion entwerfen alle Panelteilnehmenden drei bis vier **Handlungsempfehlungen**, die die Moderation dann allen Konferenzteilnehmenden am zweiten Tag vorstellt.

1. Tag: Dienstag, 7. Dezember 2010

16:00-18:30 Uhr Panels 1 bis 3 parallel

Panel 1: **Die regionalwirtschaftliche Bedeutung von Hochschulen, Studierenden und Studentenwerken**

Moderation:

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld, Institut für Wirtschaftsforschung, Halle

Impulsreferat:

Dr. Anselm Mattes, DIW econ, Berlin

Referenten/Diskutanten:

Dr. Thomas Robbers, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Münster GmbH, Vorsitzender des Deutschen Verbands der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften e.V. (DWWE)

Prof. Dr. Lambert T. Koch, Rektor der Bergischen Universität Wuppertal

Prof. Dr. Christian H. Werner, Präsident der Fachhochschule für angewandtes Management GmbH Erding

PD Dr. Wolfgang Becker, Wirtschaftswissenschaftler, Universität Augsburg

Prof. Dr. Matthias Stoetzer, Fachhochschule Jena, Fachbereich Betriebswirtschaft

Peter Haßmann, Geschäftsführer des Studentenwerks Münster

Themen/Aspekte u.a.:

- Einfluss der Hochschule(n) auf die Zukunftsfähigkeit einer Region/ökonomische Wirkungen der Hochschule
- Positive mittelbare (externe) Bildungseffekte der Hochschule(n) auf das Bildungs- und Beschäftigungsniveau
- Mobilität von Studierenden, Absolvent/innen und Wissenschaftler/innen
- Erstwohnsitzmeldung von Studierenden: finanzieller Nutzen für Kommunen; Anreize schaffen (Begrüßungsgeld) oder Sanktionen (Zweitwohnungssteuer)
- Regionalwirtschaftliche Bedeutung von Studierenden
- Studierende als Kaufkraftfaktor

Panel 2: **Wohnungsmarkt: Der Einfluss von Hochschulangehörigen und Studierenden**

Moderation:

Christina Walz, Geschäftsführerin des Studentenwerks Kassel

Impulsreferat:

Thomas Abraham, empirica Institut

Referenten/Diskutanten

Dr. Ralf Schmidt-Röh, Geschäftsführer des Studentenwerks Thüringen

Tobias Jacobs, Analyse & Konzepte, Beratungsgesellschaft für Wohnen, Immobilien und Tourismus mbH, Hamburg

Thomas Dienberg, Stadtbaurat, Stadt Göttingen

Themen/Aspekte u.a.:

- Wie beeinflussen und prägen Studierende und Hochschulangehörige den Wohnungsmarkt (soziale und kulturelle Aspekte)?
- Ist die zusätzliche Nachfrage gut oder schlecht für die Wohnungsmärkte?
- Wie können Städte und Studentenwerke die Wohnungsversorgung für Studierende gemeinsam optimieren, was kann die jeweilige Hochschule beitragen?

Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Moderation:

PD Dr. Eva Schmitt-Rodermund, Dezernentin für Akademische und Studentische Angelegenheiten der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Impulsreferat:

Markus F. Langer, CHE Consult GmbH, Projekt „Familie in der Hochschule“

Referenten/Diskutanten:

Dr. Johann Peter Schäfer, Kanzler der Universität Siegen

Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht, Geschäftsführerin des Studentenwerks München

Dr. Siegfried Haller, Leiter des Jugendamts der Stadt Leipzig

Prof. Dr. Andreas Strunk, Gesellschafter und Projektleiter der Gesellschaft für Innovation, Systementwicklung und Soziale Arbeit (GISA) mbH

Themen/Aspekte u.a.:

- Spezifischer Bedarf von Studierenden mit Kind und Hochschulmitarbeiter/innen mit Kind
- Bedarfsgerechte Angebote/Anreize im Bereich Dual Career
- (Neue) Modelle der Finanzierung und Organisation von campusnahen Kindertagesstätten/Kinderbetreuungsangeboten (Investitionen/Betriebskosten)
- Anforderungen durch die Gestaltung familiengerechter Hochschulen an die Jugendhilfeplanung
- Standortfaktor familienfreundliche Hochschule
- Kostenerstattung zwischen unterschiedlichen Trägern, z. B. Stadt – Kreis

Ab 19:30 Uhr: Abendprogramm mit Festessen im Studentenwerk Thüringen

Essen und Kultur im Bauhaus-Stil: Festliches Abendessen im Studentenhaus „Philosophenweg 20“ des Studentenwerks Thüringen, umrahmt von studentischer Kultur.

2. Tag: Mittwoch, 8. Dezember 2010

09:00-11:00 Uhr Panels 4 bis 6 parallel

Panel 4: Hochschulstadt als Teil des Stadtmarketings

Moderation:

Georg Bandarau, Stadtmanager und Geschäftsführer Stadtmarketing „Pro Magdeburg“ e.V.

Impulsreferat:

Ingo Lohuis, Abteilungsleiter des Referats Kommunikation der Universität Bielefeld,
mit

Dr. Annette Klinkert, Wissenschaftsbüro, Bielefeld Marketing GmbH

Referenten/Diskutanten:

Markus F. Langer, CHE Consult GmbH, Mitherausgeber der Studie: Einflussfaktoren der Studienentscheidung (2007)

Dr. Uwe Grebe, Geschäftsführer des Studentenwerks Marburg

Dr. Rainer Lisowski, Referent für wissenschaftliche Angelegenheiten, Stadt Oldenburg, Vertretungsprofessur für öffentliche Betriebswirtschaftslehre (Schwerpunkt Marketing) an der Fachhochschule Osnabrück

Themen/Aspekte u.a.:

- Wie werden Studierende, auch ausländische Studierende, empfangen? – Als lästige Gäste oder willkommene Bewohner?
- Was können Stadtverwaltung, Hochschule(n) und Studentenwerk für die neuankommenden Studierenden noch besser machen, Beispiele für gemeinsame Aktionen/Maßnahmen
- Was nützt Stadt und Hochschule(n) die Prägung als Hochschulstadt? (Auswirkungen auf Tourismus, Nachfrage durch Studierende, weitere Zuzüge)
- Wie werden Studierende geworben? (Begrüßungsgeld etc.)

Panel 5: Stadtentwicklung, Stadtplanung

Moderation:

Niclas Stucke, Hauptreferent des Deutschen Städtetags

Impulsreferat:

Prof. Hermann Kokenge, Technische Universität Dresden, Institut für Landschaftsarchitektur

Referenten/Diskutanten:

Albert Berger, Kanzler der Technischen Universität München

Jens Hendrix, Leiter der Abteilung Stadtentwicklung, Bochum

Heinz Tibbe, Stadtplaner, GRUPPE PLANWERK

Martin Witte, Student an der Universität Regensburg, Mitglied im Verwaltungsrat des Studentenwerks Niederbayern/Oberpfalz

André Schnepfer, Student an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster

Themen/Aspekte u.a.:

- Gegensatz Campus-Modell vs. alteuropäisches Modell der Durchdringung von Stadt und Hochschule
- Auswirkungen der Integration/Desintegration der Hochschule in die Stadt

- Campus-Lage und Infrastruktur: Vor- und Nachteile aus Sicht der Institutionen, was kann/sollte man ändern?
- Hochschulen und städtische Infrastruktur (Wohnungswesen, Verkehr)

Panel 6: Hochschulen, Studentenwerke, Hochschulangehörige und Studierende als Teil der Stadtkultur und der Stadtgesellschaft

Moderation:

Clemens Metz, Geschäftsführer des Studentenwerks Freiburg, Vorsitzender des Ausschusses Kultur im Deutschen Studentenwerk

Impulsreferate:

Dr. Bastian Lange, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig

Dr. Michael Bürsch, Geschäftsführer der Corporate Citizenship Deutschland, Berlin

Referenten/Diskutanten:

Hans Schaidinger, Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, Stellvertreter der Präsidentin des Deutschen Städtetags

Ulrich Seifert, Abteilungsleiter Kultur/Internationales beim Akademischen Förderungswerk in Bochum

Alexander Teller, Student an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus, Mitglied im Verwaltungsrat des Studentenwerks Frankfurt (Oder)

Prof. André Stärk, Prorektor der Musikhochschule Detmold

Themen/Aspekte:

- Studentische Wohnkultur, studentisches Milieu
- Kulturelle Einflüsse und Bedarfe, Engagement von Studierenden und Hochschulangehörigen
- Beitrag von Hochschulangehörigen und Studierenden zur Bürger- bzw. Zivilgesellschaft, Kultur der Einmischung
- Studentische Kulturarbeit
- Bedeutung von Hochschulen für Musik und Kunst in kleineren Städten

11:00-11:15 Uhr

Kaffeepause

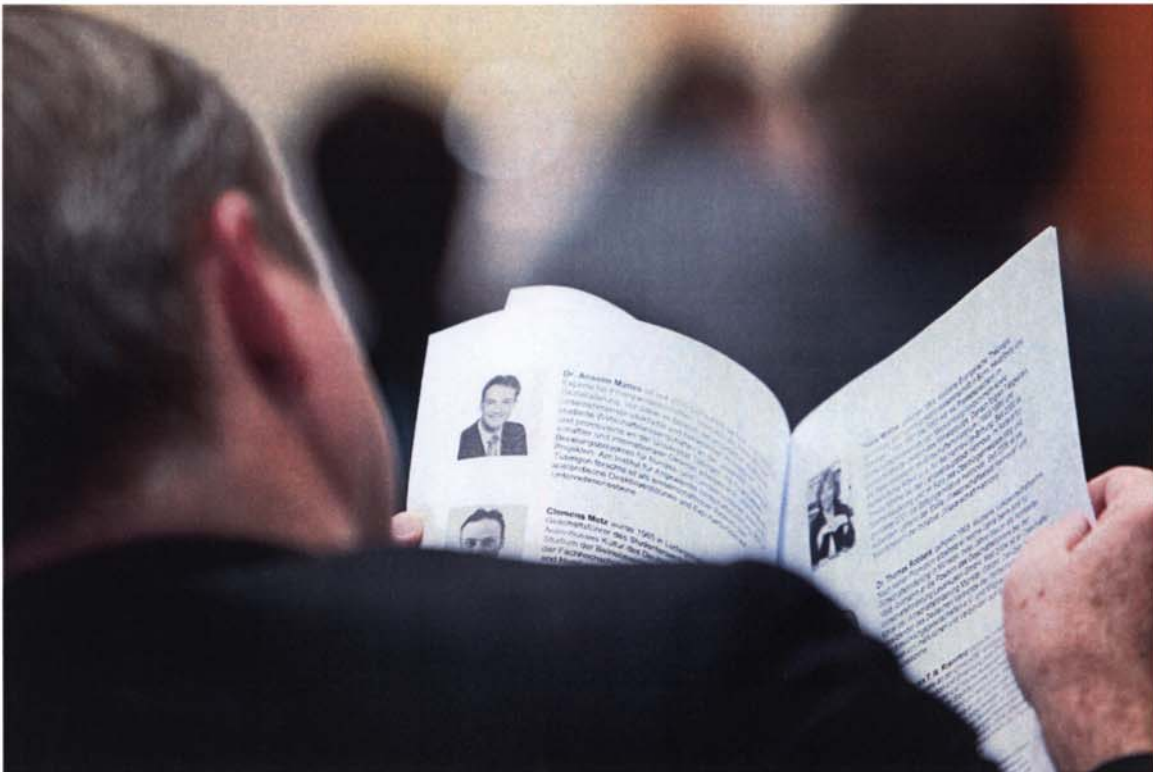
11:15-12:15 Uhr

Ergebnispräsentation aus den Panels: Moderatorinnen und Moderatoren stellen ihre Handlungsempfehlungen vor

12:15-13:15 Uhr

Abschluss-Podiumsdiskussion: Die Hochschulstadt als Modell für die Zukunft Deutschlands

Referent/innen und Moderator/innen



Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands

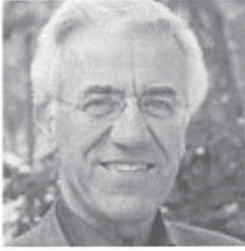
Referenten/innen und Moderatoren/innen



Georg Bandarau ist seit Oktober 2007 Stadtmanager und Geschäftsführer des Stadtmarketing „Pro Magdeburg“ e.V. Von 2002 bis 2007 leitete er das Stadtmarketing der Stadt Halberstadt. Seit September 2003 ist er Vorstandsmitglied der John-Cage-Stiftung, die sich die 639 Jahre dauernde Aufführung des längsten Musikstücks der Welt „ASLSP/Organ²⁴“ von John Cage zur Aufgabe gemacht hat. Zusätzlich übernahm er im Januar 2005 die Marketingaufgaben sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Glasmanufaktur Harzkristall Derenburg. Unter seiner Leitung ist es gelungen, neben einer wirkungsvollen Medienpräsenz auch die Besucher- und Umsatzzahlen stark zu erhöhen. Für dieses Projekt wurde Georg Bandarau im Juni 2006 mit dem Marketing- und Tourismuspreis Sachsen-Anhalt ausgezeichnet. Seit Mai 2008 ist Georg Bandarau auch Vorstandsmitglied der BCSD (Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland).



PD Dr. Wolfgang Becker, geboren 1955 in Trier, studierte Volkswirtschaftslehre und Soziologie an den Universitäten Trier und Saarbrücken. Nach Abschluss des Studiums war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie (INIFES) und an der Universität Augsburg. 1989 und 1998 folgten Promotion und Habilitation an der Universität Augsburg. Dort ist er seit 1999 als Privatdozent beschäftigt. Wolfgang Becker ist freiberuflich als Dozent im Hochschulbereich tätig und übernimmt umfassende Forschungs- und Gutachtertätigkeiten. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Bildungsforschung, Regionalforschung und Lebenslagenforschung.



Dr. Michael Bürsch ist Mitbegründer und Geschäftsführer des Centrums für Corporate Citizenship Deutschland (CCCD) in Berlin. Er war von 1997 bis 2009 Bundestagsabgeordneter der SPD. Er widmete sich insbesondere der Förderung bürgerschaftlichen Engagements, leitete die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ und war in der 15. und 16. Legislaturperiode Vorsitzender des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“. Michael Bürsch engagiert sich u. a. im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), im Beirat des Deutschen Feuerwehrverbands und des Bundesverbands Deutsche Tafel. Vor seiner parlamentarischen Tätigkeit war Michael Bürsch in der Ministerialverwaltung des Bundes tätig, persönlicher Mitarbeiter von Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein und Unternehmensberater für Fragen der Reform der öffentlichen Verwaltungen.



Prof. Dr. Klaus Dicke wurde 1953 in Rübenach bei Koblenz geboren. Er studierte Politikwissenschaft, Geschichte, Katholische Theologie und Philosophie in Marburg und Tübingen und promovierte 1983 an der Universität Tübingen. Anschließend absolvierte er Forschungsaufenthalte an der Harvard University (USA) und bei den Vereinten Nationen, New York (USA). 1992 folgte die Habilitation an der Universität Kiel. Seit April 1995 ist er Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, seit September 2004 ist er deren Rektor. Von 2006 bis 2008 war Klaus Dicke Vizepräsident für Planung und Organisation der Hochschulrektorenkonferenz und ist dort seit August 2008 Vizepräsident. Seit September 2010 ist er außerdem Vorsitzender der Thüringer Landesrektorenkonferenz.



Thomas Dienberg wurde 1962 in Bocholt geboren. Nach Abschluss des Studiums an der Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund war er im Planungsamt der Stadt Fürth mit Grundsatzfragen der Stadtentwicklung betraut. 1989 wurde er in Bremen Projektleiter für Städtebau und später stellvertretender Büroleiter im Planungsbüro Thalen. 1993 schloss Thomas Dienberg das Städtebaureferendariat der Landeshauptstadt Hannover in der Fachrichtung Städtebau ab. Als Bauassessor übernahm er 1994 die Leitung des städtischen Hochbau- und Bauordnungsamts und später des Stadtplanungsamts der Stadt Northeim. 2001 übernahm er die Leitung des Stadtplanungsamts in Göttingen und wurde 2004 zum Stadtbaurat gewählt. Thomas Dienberg ist Mitbegründer der Göttinger Initiative für Baukultur und Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.



Dr. Uwe Grebe ist seit 2004 Geschäftsführer des Studentenwerks Marburg. Er hat Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Finanzwirtschaft studiert und über „Finanzwirtschaftliches Risikomanagement mit Finanzinnovationen“ promoviert. Nach seiner Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Justus-Liebig-Universität Gießen war er als Prokurist und kaufmännischer Leiter für die Bereiche Personal, Finanzen, Verwaltung, EDV und Rechnungswesen für verschiedene Kapitalgesellschaften in den Branchen Bauindustrie, EDV und Biotechnologie tätig.



Dr. Siegfried Haller, geboren 1954, studierte Soziologie, Psychologie, Germanistik und Philosophie in Mannheim und Heidelberg. Nach der Dissertation in Ludwigshafen arbeitete er als Bildungsberater und Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Schulpsychologischen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz. Danach war er als Stadtentwicklungsplaner in Ludwigshafen tätig. 1994 wurde er Jugendamtsleiter und übernahm 1995 die Leitung des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie der Stadt Ludwigshafen. Anfang der 1990er-Jahre war er für den Deutschen Städtetag beim Aufbau der Kulturverwaltungen der neuen Bundesländer tätig. Seit 2000 ist er Leiter des Jugendamts Leipzig und lehrt an verschiedenen deutschen Hochschulen zu Familienpolitik, Jugendhilferecht und Sozialmanagement.



Peter Haßmann, geboren 1957, ist seit 1994 Geschäftsführer des Studentenwerks Münster. Er studierte Betriebswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster mit dem Abschluss Diplom-Kaufmann. Von 1985 bis 1990 arbeitete er bei der Norddeutschen Landesbank als qualifizierter Sachbearbeiter im Bereich Controlling und als Leiter der Datenkontrolle. Danach war er für vier Jahre als Leiter Rechnungswesen/Personalwirtschaft bei Krupp-Hoesch beschäftigt.



Eberhard Hoffmann, geboren 1953, ist seit 1990 Geschäftsführer des Studentenwerks Hannover und seit 2010 Vorsitzender des Ausschusses Studienfinanzierung des Deutschen Studentenwerks. Er studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Bochum und Verwaltungswissenschaften in Speyer. Nach Tätigkeiten als Forschungsreferent an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer (1982-1984) und in der nordrhein-westfälischen Landesverwaltung (1984-1987) war er Assistent des Geschäftsführers des Studentenwerks Hamburg und Leiter des Bereichs „Allgemeine Sozialberatung und Gesundheit“.



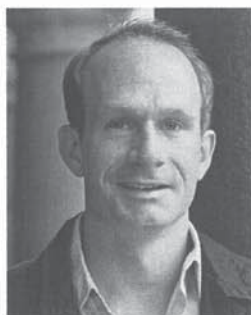
Dr. Annette Klinkert leitet seit 2005 die Geschäftsfelder City- und Veranstaltungsmanagement sowie das 2008 gegründete Wissenschaftsbüro bei der Bielefeld Marketing GmbH. Seit 2000 entwickelt sie in Kooperation mit Partnern aus Stadtgesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Medien zahlreiche innovative Veranstaltungsformate. Zuvor arbeitete sie in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit und Standortmarketing bei der Wirtschaftsförderung der Stadt Hamm und war dort ab 1997 mit der Leitung der Geschäftsstelle Stadtmarketing betraut. Im Jahr 2000 leitete sie das City-Management bei der Bielefeld Marketing GmbH.



Prof. Dr. Lambert T. Koch, geboren 1965, hat in Mainz und Würzburg Wirtschaftswissenschaften studiert. Nach seiner Promotion habilitierte er sich in Jena. Bis 2008 hatte er den Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaft an der Bergischen Universität Wuppertal inne und war als Gastprofessor in Österreich und den USA tätig. Von 2005 bis 2008 war Lambert T. Koch Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Wuppertaler Universität, deren Profilierung zur Schumpeter School of Business and Economics er verantwortete. Lambert T. Koch ist Direktor des Instituts für Gründungs- und Innovationsforschung. 2008 übernahm er als Rektor die Leitung der Bergischen Universität Wuppertal. Neben seiner Tätigkeit im Hochschulmanagement arbeitet er als Gutachter für internationale Zeitschriften und Organisationen und engagiert sich in der Unternehmens- und Politikberatung.



Prof. Hermann Kokenge, geboren 1949, studierte an den Universitäten München und Hannover Landespflege und Landschaftsarchitektur. Nach dem Diplom folgten Tätigkeiten an den Universitäten Hannover und Stuttgart, in einem Landschaftsarchitekturbüro in Berlin und bei der Stadt Köln als Gartenbaudirektor beim Grünflächenamt. Seit 1993 ist er Professor für Landschaftsarchitektur an der Technischen Universität Dresden, deren Rektor er von 2003 bis 2010 war. Hermann Kokenge ist in verschiedenen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Gremien tätig und Mitglied der Akademie für Städtebau und Landesplanung.



Dr. Bastian Lange, geboren 1970 in Ruit (Ostfildern), studierte Geografie und Ethnologie an den Universitäten Marburg und Alberta (Kanada) und promovierte 2006. Seine Forschungsschwerpunkte sind Cultural Industries, Metropolforschung, Entrepreneurship, Milieu- und Szeneforschung sowie „Neue“ Wirtschafts- und Kulturgeografie. Er arbeitete als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Dortmund, bei der Stiftung Bauhaus Dessau und am Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner. Seit 2006 ist er Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Länderkunde und außerdem Mitarbeiter am Georg-Simmel-Zentrum für Metropolforschung der Humboldt-Universität zu Berlin.



Markus F. Langer wurde 1967 in Peine geboren. Nach der Ausbildung zum Industriekaufmann absolvierte er ein Studium der Betriebswirtschaftslehre und der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Osnabrück und Hannover. Markus F. Langer berät Hochschulen als Projektleiter zu Fragen des Hochschulmarketings, Student Recruitment, Hochschulfundraising und der Alumniarbeit. Er arbeitete von 2001 bis 2006 für das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Seit 2007 ist er als Referent für die CHE Consult GmbH tätig. Dort leitete er das Projekt „Familie in der Hochschule“ und die daran angeschlossene Geschäftsstelle des best practice-Clubs. Markus F. Langer ist Mitherausgeber der Studie „Einflussfaktoren der Studienentscheidung“ (2007). An der Fachhochschule Osnabrück und der Hochschule Bremen ist er als Dozent in den Hochschulmanagement-Studiengängen tätig.



Dr. Rainer Lisowski leitet die Stabsstelle Wissenschaftliche Angelegenheiten bei der Stadt Oldenburg, die alle Aktivitäten der Stadtverwaltung mit Wissenschaftsbezug koordiniert. Er war verantwortlich für die Bewerbung um den Titel „Stadt der Wissenschaft 2009“ und zuständig für die Projektentwicklung des „Schlaun Hauses“ (Haus der Wissenschaft Oldenburg). Seit Anfang 2010 ist er Vertretungsprofessor für Öffentliche Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt öffentliches Marketing an der Hochschule Osnabrück. Zuvor war Rainer Lisowski u. a. Geschäftsführer des City-Management Oldenburg. Seine Interessensgebiete sind Öffentliches Marketing, Marketingstrategien, Wissenschaftskommunikation und Interkulturelles Marketing.



Ingo Lohuis, geboren 1972, ist seit 2006 für die Universität Bielefeld tätig. Er leitet das Referat für Kommunikation – eine Stabsstelle des Rektorats – mit den Aufgabefeldern Presse, Marketing, Internet und Alumniarbeit. Zuvor hat er fünf Jahre als Referent für Öffentlichkeitsarbeit für den Buchclub von Bertelsmann gearbeitet. Ingo Lohuis hat an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster Kommunikationswissenschaften, Politik und Wirtschaftspolitik studiert.



Dr. Anselm Mattes ist seit 2010 Consultant der DIW econ GmbH und Experte für Finanzwissenschaften, internationale Integration und Globalisierung, vor allem im Bereich der empirischen Analyse von Unternehmensproduktivität und betrieblicher Innovationen. Er studierte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Hohenheim und promovierte an der Universität Tübingen. Als Finanzwissenschaftler und internationaler Ökonom arbeitete er in verschiedenen Beratungsprojekten für Bundes- und Landesministerien sowie in EU-Projekten. Am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Tübingen forschte er als wissenschaftlicher Referent über ausländische Direktinvestitionen und Exportaktivitäten auf Unternehmensebene.



Clemens Metz wurde 1965 in Ludwigshafen geboren. Er ist Geschäftsführer des Studentenwerks Freiburg und Vorsitzender des Ausschusses Kultur des Deutschen Studentenwerks. Nach seinem Studium der Betriebswirtschaft an der Berufsakademie Mannheim, an der Fachhochschule Ludwigshafen und der University of Lincolnshire and Humberside (Großbritannien) arbeitete er als Niederlassungsleiter bei verschiedenen Logistikunternehmen und als Geschäftsleiter eines Großhandelsunternehmens. Außerdem war er als Ausbilder und Dozent sowie als Mitglied in Prüfungsausschüssen bei der Industrie- und Handelskammer und an der Berufsakademie in Berlin und Mannheim tätig.



Achim Meyer auf der Heyde, geboren 1952, ist seit 2003 Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks. Nach dem Studium (Diplom-Volkswirt, Diplom-Kaufmann, Diplom-Handelslehrer) war er von 1980 bis 1985 Geschäftsführer des Ausbildungswerks Kreuzberg und ab 1985 Geschäftsführer eines international tätigen Beratungsunternehmens im Bereich der Sozial-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik (BBJ). 1995 wurde er Senatsdirektor in der Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung in Hamburg. Achim Meyer auf der Heyde ist Mitglied in zahlreichen Verwaltungsausschüssen, Vorständen, Beiräten und Expertenkommissionen im bildungspolitischen Bereich (Bundesinstitut für Berufsbildung, UNESCO-Institut für Pädagogik, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Senatsverwaltung für Arbeit, Frauen und in der Beruflichen Bildung des Landes Berlin, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband). Darüber hinaus ist er im Beirat Ausbildungsförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie im Hochschulrat der Bergischen Universität Wuppertal.



Theda Minthe, geboren 1964, studierte Evangelische Theologie, Soziologie und Kommunikationswissenschaft in Bonn, Heidelberg und Göttingen. Von 1991 bis 1993 war sie Pressesprecherin im Wirtschaftsministerium von Mecklenburg-Vorpommern sowie stellvertretende Leiterin des Ministerbüros. Danach folgten Tätigkeiten als Referatsleiterin im Wirtschaftsministerium (1993-1996) und freiberufliche Arbeit u. a. für die Hanns-Lilje-Stiftung. Seit 2000 ist Theda Minthe bei der Landeshauptstadt Hannover im Referat für Stadtentwicklung und im Büro des Oberbürgermeisters tätig und gründete 2001 die Stiftungsinitiative Hannover. Seit 2006 ist sie außerdem Leiterin der Stelle „Wissenschaftsstadt Hannover“ und Koordinatorin der Initiative „Wissenschaft Hannover“.



Dr. Thomas Robbers, geboren 1963, studierte Volkswirtschaftslehre. Nach seiner Promotion arbeitete er sechs Jahre beim Amt für Wirtschaftsförderung in Münster, zwei Jahre davon als Amtsleiter. 1998 übernahm er die Position des Geschäftsführers bei der Wirtschaftsförderung Leverkusen GmbH. Seit 2004 ist er Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Münster GmbH. Darüber hinaus ist er Vorsitzender des Deutschen Verbands der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften e.V. und Mitglied in diversen Gremien von Institutionen und Verbänden auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene.



Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld studierte Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsgeografie an der Universität Hamburg und arbeitete dort bis zu seiner Habilitation und Ernennung zum Professor als Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Hochschulassistent. Seit 1998 leitet er die Forschungsabteilung für Stadtökonomik am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und lehrt an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie an der Hochschule Anhalt. Er ist außerdem Leiter des bundesweiten Arbeitskreises „Standortwettbewerb von Städten und Regionen“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL). Seine Forschungsschwerpunkte sind Raum- und Stadtentwicklung in Ostdeutschland, lokale Effekte von Wissenschaftseinrichtungen, Fiskalföderalismus sowie die Organisation und Finanzierung kommunaler Aufgaben.



Dr. Johann Peter Schäfer, geboren 1946 im Kreis Neuwied/Rhein, studierte Jura, politische Wissenschaften und Wirtschaftswissenschaften in Münster und Genf (Schweiz). 1982 folgte die Promotion. Als Wissenschaftlicher Mitarbeiter war er an der Juristischen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster tätig, bevor er dort in die Hochschulverwaltung wechselte. Von 1988 bis 1990 war Johann Peter Schäfer Geschäftsführer der Landesrektorenkonferenz Nordrhein-Westfalen, von 1991 bis 1993 war er Kanzler der Universität Rostock. Seit 1993 ist er Kanzler der Universität Siegen. Außerdem ist er Vorsitzender der AG Kanzler/Innen und Geschäftsführer/Innen sowie Mitglied im Kuratorium des Deutschen Studentenwerks.



Hans Schaidinger wurde 1949 in Freilassing geboren. Nach seinem Abschluss in Volkswirtschaftslehre leitete er das Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Regensburg. 1986 wurden seine Aufgaben um den Bereich Wirtschaftsförderung erweitert. Von 1991 bis 1996 arbeitete er bei der DIBAG Industriebau AG in München. Als Bereichsleiter mit Prokura war er mit der Entwicklung von Grundstücken, dem Bau von Gewerbeparks und der Wiedernutzung von Industrieflächen betraut. Im Jahr 1996 wurde er zum Oberbürgermeister der Stadt Regensburg gewählt. Die Priorität seiner politischen Arbeit liegt in den Bereichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Stadtentwicklung und Familienpolitik. Außerdem ist Hans Schaidinger Vorsitzender des Bayerischen Städtetags.



Dr. Ralf Schmidt-Röh ist seit 2007 Geschäftsführer des Studentenwerks Thüringen. Er studierte Mathematik und Physik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er promovierte 1989 nach einem Forschungsstudium und einer Tätigkeit als Wissenschaftlicher Assistent im Bereich Mathematik. In den Jahren darauf war er als Dezernent für Wirtschafts- und Sozialeinrichtungen der Friedrich-Schiller-Universität Jena und als Geschäftsführer der Studentenwerke Jena und Jena-Weimar tätig.



PD Dr. Eva Schmitt-Rodermund wurde 1964 im Ruhrgebiet geboren. Sie studierte Psychologie in Gießen. 1996 folgte die Promotion. Nach der Habilitation 2004 wechselte sie als Referentin des Kanzlers in die Wissenschaftsverwaltung, um dann 2005 das Dezernat für Akademische und Studentische Angelegenheiten an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zu übernehmen. Seit 2009 ist sie ständige Stellvertreterin des Kanzlers. Eva Schmitt-Rodermunds Arbeitsschwerpunkte sind Studienplatzmarketing, Qualitätsentwicklung in Studium und Lehre, Management von Veränderung in Verwaltungsstrukturen, Zusammenarbeit zwischen Stadt, Hochschule und Wirtschaft, sowie Diversity-Fragen, etwa hinsichtlich des Studiums mit Kind.



André Schnepfer wurde 1986 in Hagen/Westfalen geboren und studiert seit 2005 Neuere und Neueste Geschichte, Mittlere Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Münster. Von 2006 bis 2007 war er Mitglied des Studierendenparlaments der Universität Münster und von 2007 bis 2008 war er im Referat Hochschulpolitik des Allgemeinen Studierendenausschusses der Universität Münster tätig. Er ist Mitglied des Senats der Universität Münster und im Verwaltungsrat der Studentenwerks Münster. Außerdem ist er Mitglied des Ausschusses Studienfinanzierung und Sprecher des Studierendenrats des Deutschen Studentenwerks.



Dr. Albrecht Schröter ist Oberbürgermeister der Stadt Jena und Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetags. Zuvor war er von 2000 bis 2006 Dezernent für Soziales und Kultur und gründete 2001 die Kulturstiftung Jena, deren Vorsitz er inne hatte. Schröter studierte Theologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und promovierte 1996. Von 1984 bis 1997 war er Pfarrer in Jena. Anschließend bis zum Jahr 2000 war er Beauftragter des Freistaats Thüringen für Neureligiöse Bewegungen und Sondergemeinschaften sowie Fachreferent am Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien in Bad Berka.



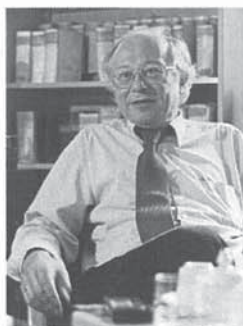
Ulrich Seifert ist Mitglied im Kulturausschuss der Stadt Bochum und im Ausschuss Kultur des Deutschen Studentenwerks. Seit 1990 ist er Leiter der Abteilung „Kultur&Internationales“ des Akademischen Förderungswerks, Bochum. Er studierte Geschichte, Slavistik und Politik in Bonn und Sozialwissenschaften in Bochum, wo er Erfahrungen in der Erwachsenen- und Jugendbildung bei verschiedenen Einrichtungen sammelte. Nach dem Studium arbeitete er als Referent für jugendpolitische Bildung beim Deutschen Volkshochschulverband in Bonn. Anschließend war er Referent für Kunst, Kultur und Kreatives Gestalten an der Volkshochschule Recklinghausen. Von 1986 bis 1990 leitete Ulrich Seifert den Modellversuch „Studentische Kultur“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsinnovation an der Ruhr-Universität Bochum.



Prof. André Stärk, geboren 1966, ist seit 2004 Prorektor für Lehre der Hochschule für Musik Detmold. Er studierte Schulmusik und Philosophie an der Hochschule für Musik und Theater Hannover sowie Germanistik an der Universität Hannover. Danach absolvierte er ein Aufbaustudium im Fach Musiktheorie/Gehörbildung. Von 1993 bis 1998 war er Lehrbeauftragter für Musiktheorie und Gehörbildung, bevor er den Bereich Musiktheorie/Tontechnische Medien an der Pädagogischen Hochschule Freiburg vertrat. Im Jahr 2000 hatte er eine Vertretungsprofessur für Musiktheorie an der Universität Lüneburg inne. Im Jahre 2001 folgte der Ruf an die Hochschule für Musik Detmold im Fach Künstlerischer Tonsatz.



Prof. Dr. Matthias Stoetzer ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Jena. Er hat Politikwissenschaft an der Universität Paris I (Panthéon-Sorbonne, Frankreich) und Volkswirtschaftslehre an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz studiert und promovierte 1990 an der Technischen Universität Berlin. Von 1990 bis 1996 war er Abteilungsleiter und Mitglied der erweiterten Geschäftsführung beim Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste in Bad Honnef. Seit 1996 lehrt er an der Fachhochschule Jena. Matthias Stoetzer ist seit 2007 Mitglied des Expertenkreises Forschung an Fachhochschulen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Seine gegenwärtigen Arbeitsgebiete sind Regionalökonomie und empirische Wirtschaftsforschung.



Prof. Dr. Udo Sträter ist Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Er studierte Geschichte, Germanistik und Evangelische Theologie und promovierte 1985 im Fach Kirchengeschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Nach der Habilitation 1991 folgte er 1992 dem Ruf auf die Professur für Kirchengeschichte an die Martin-Luther-Universität. Seit 1994 war er Geschäftsführender Direktor des Interdisziplinären Zentrums für Pietismusforschung in Halle und seit 1995 Direktor der Sektion für Reformationsgeschichte/Lutherische Orthodoxie der Stiftung Leucorea in Wittenberg. Von 1996 bis 1998 war Udo Sträter Prorektor für Studium, Lehre und wissenschaftlichen Nachwuchs an der Martin-Luther-Universität.



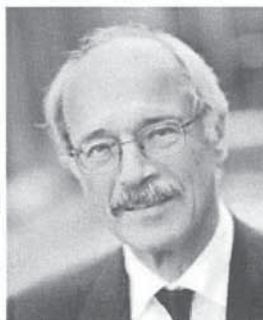
Prof. Dr. Andreas Strunk, geboren 1943, ist Gesellschafter und Projektleiter der Gesellschaft für Innovation, Systementwicklung und Soziale Arbeit (GISA) mbH. Bis 2007 vertrat er an der Hochschule Esslingen die Fächer Sozialpädagogisches Handeln für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten und Organisationswissen für die Soziale Arbeit. Andreas Strunk ist einer der Gründungsherausgeber der Zeitschriften „SOZIALwirtschaft“ und „SOZIALwirtschaft aktuell“. Er war u. a. Leiter des Obdachlosenasyls in Stuttgart, Sozialplaner für die Stuttgarter Wohnungslosenhilfe, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) in Frankfurt am Main und Gesamtleiter der Hans-Wendt-Stiftung in Bremen.



Niclas Stucke, geboren 1946, ist seit 1993 Hauptreferent beim Deutschen Städtetag. Dort ist er seit 2001 zuständig für Sport, Weiterbildung, Medienpolitik und Hochschulfragen. Zudem ist er Mitglied des Kuratoriums des Deutschen Studentenwerks. Nach dem Studium der Verwaltungswissenschaften war er als Referent bei verschiedenen kommunalpolitischen Organisationen und als Geschäftsführer des Gustav-Stresemann-Instituts in Bonn tätig. Beim Deutschen Städtetag war er Leiter des Büros Hauptgeschäftsführer und Leiter der Verbandsabteilung. Er veröffentlichte zahlreiche Publikationen zu kommunalpolitischen Fragestellungen und lehrt an der Bergischen Universität Wuppertal und der Deutschen Sporthochschule Köln.



Heinz Tibbe, geboren 1950 im Landkreis Grafschaft Bentheim/Niedersachsen, ist Stadtplaner und Architekt. Er studierte Architektur an der Universität Siegen und Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin. Seit der Gründung 1980 ist er Geschäftsführender Gesellschafter der GRUPPE PLANWERK. Außerdem war Heinz Tibbe von 1997 bis 2000 Gastprofessor an der Brandenburgisch Technischen Universität Cottbus und von 2003 bis 2006 Mitglied der Jury des Deutschen Städtebaupreises. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Stadtentwicklung und Städtebau und Gebietsbeauftragungen im Stadtumbauprogramm.



Sigurd Trommer, geboren 1944 in Weißenfels/Saale, wurde im September 2010 zum Präsidenten der Bundesarchitektenkammer gewählt. Er studierte an der Technischen Universität Darmstadt Architektur, Bauingenieurwesen und Geodäsie. Sigurd Trommer war Baudezernent der Stadt Neustadt am Rübenberge bevor er 1983 Stadtbaurat der Stadt Wolfsburg wurde. Von 1990 bis 2006 war er Stadtbaurat der Bundesstadt Bonn. Er ist Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung sowie des Bundes Deutscher Architekten. Außerdem nahm er Lehraufträge in Braunschweig, Bonn und Kassel wahr. Seit 2008 ist Sigurd Trommer Kurator des Architektur Forums Rheinland.



Christina Walz, geboren 1956, ist seit 2003 Geschäftsführerin des Studentenwerks Kassel. Sie absolvierte ein Studium der Rechtswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen und an der Philipps Universität Marburg. Von 1982 bis 1984 war sie Rechtsreferendarin am Amtsgericht Kassel und 1985 Mitglied des Forschungsteams „Verwaltungsautomation“ an der Universität Kassel. 1986 wechselt sie als Justiziarin und Leiterin der Personalabteilung an das Studentenwerk Kassel.



Prof. Dr. Christian H. Werner, geboren 1961 in Freising/Oberbayern, studierte Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Landshut und Politische Wissenschaften an der Hochschule für Politik München. Er promovierte in Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Budapest. Darauf folgten ein Studium der Sozialen Verhaltenswissenschaften sowie eine zweite Promotion im Bereich der Sozialwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Nach Lehraufträgen an den Universitäten München, Augsburg und Regensburg erhielt er 2005 einen Ruf als Professor für Wirtschaftspsychologie und Marketing an die Krok University (Ukraine). Außerdem arbeitete er bei Siemens, Bertelsmann und bei der MP. Unternehmensberatung. Christian Werner ist Präsident der Fachhochschule für angewandtes Management, Erding.



Martin Witte, geboren 1986 in Regensburg, ist Mitglied des Studierendenrats und des Ausschusses Kultur des Deutschen Studentenwerks. Er studiert seit 2005 Politikwissenschaft, Russische Philologie und Rechtswissenschaften an der Universität Regensburg. Er ist im Senat und im Hochschulrat der Universität Regensburg sowie im Verwaltungsrat des Studentenwerks Niederbayern/Oberpfalz vertreten.



Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht, geboren 1955 in Zwiesel, ist Geschäftsführerin des Studentenwerks München. Sie studierte Agrarwissenschaften und promovierte am Lehrstuhl für Phytopathologie der Technischen Universität München-Weihenstephan. Danach war Ursula Wurzer-Faßnacht langjährig als Geschäftsführerin der Deutschen Phytomedizinischen Gesellschaft tätig. 2005 wechselte sie zum Studentenwerk München, wo sie den Bereich Hochschulgastronomie leitete.

Teilnehmer/innen



Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands

Teilnehmer/innen

Nachname	Vorname	Institution/Stadt
Anders	Janet	Hochschule Harz
Anton	Dorian	HafenCity Universität Hamburg
Ariëns	Toon	Hogeschool Rotterdam
Ariëns	Elke	Stadt Aachen
Aumüller	Rosemarie	Stadtmarketing Regensburg
Barniske	Thomas	IGZ BIC Altmark GmbH
Becker	Ulf	Thüringer Ministerium für Kultur
Becker	Wolfgang	Universität Augsburg
Behrens	Katrin	Studentenwerk Magdeburg
Beibst	Gabriele	Fachhochschule Jena
Bemme	Jens	Universität Dresden
Berger	Fritz	Hochschul-Sozialwerk Wuppertal
Berger	Albert	Technische Universität München
Berndmeyer	Günter	Stadt Essen
Bischoff	Ronny	Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Bleh	Kerstin	Studentenwerk im Saarland
Blomeyer	Christian	Universität Regensburg
Bontjes	Angela	Technische Universität Clausthal
Buntenbruch	Ulrike	Technische Universität Darmstadt
Bürsch	Michael	Centrum für Corporate Citizenship Deutschland (Berlin)
Busch	Stefanie	Hochschulrektorenkonferenz (Bonn)
Dicke	Klaus	Friedrich-Schiller-Universität Jena
Dienberg	Thomas	Stadt Göttingen
Dieterich	Claus-Marco	Philipps-Universität Marburg
Dietl	Gerlinde	Studentenwerk Niederbayern/Oberpfalz
Dietrich	Sven	Stadtverwaltung Zwickau
Doebler	Heinz	Investor Center Ostbrandenburg GmbH
Eichenberg	Beate	Gesellschaft der Freunde und Förderer der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt am Main
Eichener	Volker	EBZ Business School
Eiden	Josef	Studierendenwerk Trier
Eisfeller	Guido	Justus-Liebig-Universität Gießen
Ellwein	Harriet	Wirtschaftsförderung Dortmund
Engelke	Ulrich	Landtag Sachsen-Anhalt
Erfurth	Reinhard	Erfurth + Partner Beratende Ingenieure GmbH
Erfurth	Ulrike	Studentenwerk Thüringen

Ernst	Christian	Technische Universität Clausthal
Fischer	Thomas	Stadt München
Fischer	Stephan	Studentenwerk Freiberg
Franke	Heinz	Stadt Halle (Saale)
Friedrich	Annette	Stadt Heidelberg
Fröhlich	Monica	Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Funk	Eberhard	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
Gaber	Andreas	Studentenwerk Frankfurt (Oder)
Geyer	Hardy	Fachhochschule Merseburg
Graf	Stefanie	DIE LINKE (Berlin)
Grebe	Uwe	Studentenwerk Marburg
Greve	Cornelia	DSW (Berlin)
Grob	Stefan	DSW (Berlin)
Hahn	Monika	Stadt Würzburg
Haller	Siegfried	Stadt Jena
Handschuh	Andreas	Technische Universität Bergakademie Freiberg
Hans	Torsten	Deutscher Bundestag
Hartmann	Ulrike	Studentenwerk Frankfurt (Oder)
Haßmann	Bernd	Hamm
Haßmann	Peter	Studentenwerk Münster
Hauff	Thomas	Stadt Münster
Heiderich	Gabriele	Studentenwerk Thüringen
Heikenfeld	Mechthild	Stadt Dortmund
Heinemann	Yasmin	HafenCity Universität Hamburg
Heinrich	Regina	Studentenwerk Dresden
Hendrix	Jens	Stadt Bochum
Henkel	Knut	Berlin
Henkenmeier	Markus	JenaWirtschaft
Hentschel	Roland	Stadt Oldenburg
Heyberger	Renate	Studentenwerk Freiburg
Hilbrecht	Karina	Hochschule für angewandte Wissenschaften Rosenheim
Hildebrandt	Carmen	Erfurt Tourismus und Marketing GmbH
Hissel	Thomas	Stadt Aachen
Höck	Reiner	Ruhr-Universität Bochum
Hoffmann	Eberhard	Studentenwerk Hannover
Höhne	Ute	DSW (Berlin)
Hohoff	Ralf	Stadt Hamm
Huschner	Norbert	Hansestadt Wismar
Jäcklein	Thomas	Stadt Ilmenau
Jacobs	Tobias	Analyse & Konzepte, Hamburg
Janson	Bernd	Hochschule Merseburg (FH)
Jawurek	Sabine	DSW (Berlin)
Jendricke	Matthias	Stadtverwaltung Nordhausen
Joost-Krüger	Jens	WFB Wirtschaftsförderung Bremen
Jürgens	Peer	DIE LINKE, Potsdam
Kaiser	Claus	Studentenwerk Ulm
Karbowski	Rüdiger	Studentenwerk Aachen
Kathöfer	Thomas	Hochschulrektorenkonferenz (Bonn)
Kellotat	Günter	Studentenwerk Schleswig-Holstein
Kilb	Christoph	Studierendenwerk Koblenz

Klaßen	Iris	Hansestadt Lübeck
Klink	Michael	Studentenwerk Braunschweig - Lüneburg
Klinkert	Annette	Bielefeld Marketing
Koch	Lambert T.	Bergische Universität Wuppertal
Kokenge	Hermann	Technische Universität Dresden
Kolander	Anja	Stadt Senftenberg
Kornmesser	Kristina	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Kracht	Bettina	DSW (Berlin)
Kraft	Petra	Karlsruher Institut für Technologie
Kröger	Maria	Stadt Köln
Kuffel	Peter	Landeshauptstadt Potsdam
Lammert	Friedrich	HafenCity Universität Hamburg
Lange	Bastian	Leibniz Institut für Länderkunde (Leipzig)
Langer	Markus	CHE Consult GmbH (Gütersloh)
Lass	Marijke	DSW (Berlin)
Laux	Ulrike	Studentenwerk Darmstadt
Leuner-Haverich	Claudia	Stadt Göttingen
Lingslebe	Denise	Stadt Merseburg
Lisowski	Rainer	Stadt Oldenburg
Lohuis	Ingo	Universität Bielefeld
Loquai	Astrid	Stadt Lörrach
Lundszien	Jens	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
Lutz	Burkhard	Studentenwerk Siegen
Mally	Konstanze	Stadt Halle (Saale)
Marquardt	Britta	Studentenwerk Göttingen
Martin	Nicole	Stadt Merseburg
Maßmann	Bernd	Stadt Hamm
Mattes	Anselm	DIW econ GmbH (Berlin)
Merle	Maria	Studentenwerk Augsburg
Metz	Clemens	Studentenwerk Freiburg
Meyer auf der Heyde	Achim	DSW (Berlin)
Minthe	Theda	Landeshauptstadt Hannover
Mohrmann	Heinz Ludwig	Studentenwerk Bremen
Monsees	Petra	Landeshauptstadt Wiesbaden
Naskrent	Julia	Universität Siegen
Neidhart	Bernd	Stadtentwicklungsverband Ulm/Neu-Ulm
Neubacher	Stefan	Stadt Eberswalde
Niebur	Rainer	Studentenwerk Dortmund
Nouvertné	Gisela	Bundesstadt Bonn
Obszerninks	Britta	Wirtschaftsförderung Hamm
Oswald	Anne-Marie	Studentenwerk im Saarland e.V.
Pahl	Julius	HafenCity Universität Hamburg
Peter	Tobias	Bündnis 90/Die Grünen
Petermann	Martina	Universität des Saarlandes
Pfeiffer	Jolin	Duale HS Baden-Württemberg Lörrach
Pfeiffer	Harald	Stadt Mannheim
Pietsch	Jürgen	HafenCity Universität Hamburg
Popalyar	Sahar	HafenCity Universität Hamburg

Postert	Michael	Studentenwerk Karlsruhe
Puchta	Klaus	Stadt Magdeburg
Regitz	Wolfgang	Stadt Duisburg
Ressel	Harald	Bundesministerium für Bildung und Forschung
Riedlbauer	Jörg	Stadt Biberach
Riegelbauer	Brigitte	Stadt Bamberg
Rieger	Alexandra	Stadt Nordhausen
Robbe	Holger	Universität Oldenburg
Robbers	Thomas	Wirtschaftsförderung Münster GmbH
Röhlinger	Peter	Deutscher Bundestag
Rosenfeld	Martin	Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Rottes	Vera	neue bahnstadt opladen GmbH
Rütter	Brigitte	Hochschulrektorenkonferenz (Bonn)
Sachse	Dagmar	Landeshauptstadt Kiel
Sander	Doreen	EBS Universität für Wirtschaft und Recht (Wiesbaden)
Sanders	Sebastian	Stadt Düsseldorf
Sappert	Wolfgang	Stadt Flensburg
Schachtner	Joachim	Philipps-Universität Marburg
Schäfer	Johann Peter	Universität Siegen
Schäfer	Astrid	DSW (Berlin)
Schaidinger	Hans	Stadt Regensburg
Scherer	Harald	Universitätsstadt Gießen
Schierholt	Ulrike	Stadt Bochum
Schlanzke	Georg	DSW (Berlin)
Schmidt-Röh	Ralf	Studentenwerk Thüringen (Jena)
Schmitt-Rodermund	Eva	Friedrich-Schiller-Universität Jena
Schmitz	Carsten	Dortmund Tourismus
Schnabel	Herbert	Hansestadt Lübeck
Schneider	Andreas	Hochschule Harz
Schnepper	André	Universität Münster
Schnitzmeier	Jürgen	Mühlheim & Business GmbH
Schröter	Albrecht	Stadt Jena
Schwank	Anke	Bauhaus-Universität Weimar
Sebastian	Steffen	IREBS Institut für Immobilienwirtschaft, Universität Regensburg
Seifert	Ulrich	Akademisches Förderungswerk (Bochum)
Seuren	Bernd	Stadt Halle (Saale)
Simon-Barchasch	Asta	Stadt Flensburg
Stärk	André	Hochschule für Musik Detmold
Steger	Peter	Stadt Erlangen
Steuer-Flieser	Dagmar	Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Stobbe	Ralf	Studentenwerk Gießen
Stoetzer	Matthias	Fachhochschule Jena
Stoll	Dieter	Studentenwerk Rostock
Stötzel	Nicole	Universität Siegen
Sträter	Udo	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Strunk	Andreas	Wernau
Stucke	Niclas	Deutscher Städtetag (Köln)

Sywall	Michael	Göttingen
Taghizadeh	Sanja	DSW (Berlin)
Teller	Alexander	Studentenwerk Frankfurt (Oder)
Tessmer	Norbert	Stadt Coburg
Thode	Bernd	Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
Thom	Volkmar	Studentenwerk Halle
Thomas	Anika	Fachhochschule Jena
Thon	Julia	Universitätsstadt Gießen
Thurner	Ted	Studentenwerk Oldenburg
Tibbe	Heinz	GRUPPE PLANWERK (Berlin)
Tomas	Gabriele	Studentenwerk Magdeburg
Tost	Josef	Studentenwerk Oberfranken (Bayreuth)
Tröbner	Petra	Studentenwerk Rostock
Trommer	Sigurd	Bundesarchitektenkammer (Berlin)
Türpe	Oliver	DSW (Berlin)
Tursich	Marianne	Senat der Freien und Hansestadt Hamburg
Ullrich	Michael	Studentenwerk Würzburg
Umbach	Regina	Studentenwerk Bonn
Venherm	Carsten	Stadt Paderborn
Vermeulen	Peter	Stadt Mülheim an der Ruhr
Verse	Julia	DSW (Berlin)
Viehoff	Nicola	Studentenwerk Bonn
Völz	Hans-Joachim	Hochschule für Musik Hanns Eisler (Berlin)
Vormbrock-Reinert	Annette	Studentenwerk Bielefeld
Wäller	Silvia	Braunschweig Stadtmarketing GmbH
Walz	Christina	Studentenwerk Kassel
Warnecke	Claudia	Stadt Bielefeld
Weiß	Matthias	Universität Potsdam
Wenzel	Katrin	MainSWerk (Frankfurt am Main)
Werner	Christian H.	Fachhochschule für angewandtes Management Erding
Werrlein	Thomas	Universität Passau
Wiepen	Werner	Stadt Paderborn
Winkler-Bondartschuk	Anita	Universität Hamburg
Witte	Martin	Universität Regensburg
Wuerffel	Georg	Investor Center Ostbrandenburg GmbH
Wünscher	Gerhard	Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt (Magdeburg)
Wurzer-Faßnacht	Ursula	Studentenwerk München

Prof. Dr. Klaus Dicke

Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena,
Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz



Grußwort
Prof. Dr. Klaus Dicke,
Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena,
Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Albrecht Schröter,
sehr geehrter Herr Meyer auf der Heyde,
Magnifizenzen, liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste in Jena,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

gleich doppelt heiße ich Sie zu dieser Fachkonferenz über die Hochschulstadt hier in Jena sehr herzlich willkommen: als Vizepräsident der mitveranstaltenden Hochschulrektorenkonferenz (HRK) und als Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Unter dem erstgenannten Hut überbringe ich Ihnen die Grüße der Präsidentin der HRK, Frau Kollegin Wintermantel. Die HRK misst dieser Fachtagung erhebliche Bedeutung bei, geht es doch im Verhältnis von Universität und Stadt und von Stadt und Universität um eine Gestaltungsfrage des Standorts Deutschland, die erheblichen Einfluss auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wissenschaft insgesamt hat. Eine Universität ist für eine Stadt Jungbrunnen, Innovations- und Wirtschaftsfaktor in vielfacher Hinsicht, und die Stadt ist der Lebensraum für Wissenschaftler und Studierende gleichermaßen. Aufgeschlossenheit für die Förderung der Belange der Stadt bzw. Region auf der einen und optimal wissenschafts- und studierfreundliche Infrastruktur- bzw. Lebensbedingungen auf der anderen Seite sind die gegenseitigen Erwartungen, die im Dreieck von Universität, Studentenwerk und Stadt umzusetzen sind. Je besser dieses gelingt, desto florierender der Standort – auf diesen einfachen Nenner kann man die Themen dieser Fachtagung bringen. Die HRK freut sich deshalb über den Erfahrungsaustausch, zu dem die Tagung Gelegenheit gibt, und wünscht Ihren Beratungen reiche Anregungen und größtmöglichen Erfolg.

Als Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena darf ich Sie in einer traditionsreichen Universitätsstadt begrüßen, in der nun in der Tat für das Verhältnis von Stadt und Universität das Bild der Symbiose angebracht ist. Jena hat einen der höchsten Akademikeranteile in Deutschland, mehr als ein Viertel der etwas mehr als 100.000 Einwohner sind Studierende, die Standorte der Universität sind über die ganze Stadt verteilt, Universität, Stadt und Studentenwerk kooperieren in mehreren Netzwerken. Die exzellente Zusammenarbeit zwischen Stadt, Universi-

tät und Wirtschaft hat uns 2008 den Titel „Stadt der Wissenschaft“ und ein hübsches Fördersümmchen beschert, und über all dieses können Sie sich bei einem Gang durch die Stadt selbst ein Bild machen.

Und gleichwohl sind wir sehr dankbar dafür, diese Tagung als Lernende beherbergen zu dürfen. Denn erstens kann man die Dinge immer noch besser machen, zweitens belegen wir die stete Verbesserung des Dreiecks Universität, Studentenwerk und Stadt mit hoher Priorität, und drittens haben wir z.B. bei einer extrem hohen Wohnraumauslastung am Standort oder bei der Gewinnung der besten Köpfe für Wissenschaft, Wirtschaft und Dienstleistung durchaus konkrete „Baustellen“, für die Anregungen hoch willkommen sind.

Jena ist keine große Stadt, aber eine Stadt mit Größe, was die Kooperation von Stadt und Universität angeht. Ich will das nur an einem Beispiel verdeutlichen: Nachdem der Oberbürgermeister auf das Problem aufmerksam gemacht wurde, dass in Berufungsverhandlungen gelegentlich sehr kurzfristig Kita-Plätze zugesagt werden müssen, hat es keine zwei Wochen gedauert, ehe er mir während einer Sitzung des Kuratoriums des Jenaer Bündnisses für Familie zuraunte, zwei Plätze stünden bereit. Ich will damit zwei Dinge sagen: erstens öffentlich Danke, und zweitens: Es hängt – wie so vieles – an Personen, an regelmäßiger Kommunikation und nicht zuletzt daran, dass man sich als Pilgergemeinschaft mit gemeinsamem Ziel, um dieses augustianische Bild zu gebrauchen, versteht.

Ein letzter Gedanke: Dass eine zielgerichtete Kommunikation und Kooperation zwischen Stadt und Hochschule ein Erfolgsmodell für Deutschland ist, können Sie daran ermessen, wieviele Hochschulstädte unter den – sagen wir – ersten 50 Städten in der neuesten Prognos-Studie zur Entwicklungsdynamik deutscher Städte sind. Und umgekehrt wissen die Universitäten sehr genau, dass die Wirtschaftskraft und -dynamik ihrer Region die intervenierende Variable für den Rang in Drittmittelstatistiken schlechthin darstellt.

Es gibt also keine Alternative zur Kooperation, aber es gibt sehr viele Handlungsfelder, in denen diese Kooperation zu gestalten ist. Für die Aufgabe dieser Gestaltung wünsche ich dieser Tagung reiche Anregungen, und allen Teilnehmern wünsche ich einen schönen und lehrreichen Aufenthalt in Jena.

Dr. Albrecht Schröter
Oberbürgermeister der Stadt Jena



Grußwort
Dr. Albrecht Schröter,
Oberbürgermeister der Stadt Jena

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

im Namen der Stadt Jena und des Deutschen Städtetags begrüße ich Sie herzlich in Jena zur Konferenz „Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands“.

In der Tradition von Abbe, Schott und Zeiss ist der Technologiestandort Jena heute ein Synonym für die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Unternehmen vergeben Forschungsaufträge, entsenden Dozenten aus der Praxis an die Hochschulen, bieten Angebote zur Betreuung von wissenschaftlichen Arbeiten und unterstützen die Hochschulen bei der Schaffung neuer Angebote in Forschung und Lehre, um damit Kompetenzfelder am Standort Jena nachhaltig auszubauen und weiterzuentwickeln.

Für Jenaer Unternehmen sind die Absolventen der Hochschulen höchst attraktive potenzielle Fachkräfte und Führungsnachwuchs. Für die Absolventen hingegen bieten die Unternehmen interessante Karrieremöglichkeiten in starken, auch international wettbewerbsfähigen Arbeitsfeldern. In den vergangenen Jahren fand ein Umdenken statt, die Kommunen entdeckten das Thema Wissenschaft als Instrument des Stadtmarketings. Diese Profilierung der Städte als Wissenschaftsstandorte basiert auf einer guten Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen, der Verwaltung und der Wirtschaft. So wurde Jena vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft als „Stadt der Wissenschaften 2008“ gewählt. Im darauffolgenden Jahr erhielt die Stadt die Auszeichnung als „Treffpunkt der Wissenschaft“ vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und der Robert Bosch Stiftung. Die gute Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen zeigt sich auch daran, dass 25% der Beschäftigten einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss haben.

Die Friedrich-Schiller-Universität Jena, die Fachhochschule Jena, das Studentenwerk Thüringen und die Stadt Jena unterzeichneten im Jahr 2008 eine Kooperationsvereinbarung mit dem Ziel, die bestehenden Netzwerke und Kooperationen zu nutzen, zu stärken und auszubauen, um Hochschulen, Verwaltung und Wirtschaft zum Wohle des Standorts und der Region noch enger miteinander zu verzahnen.

Die Studierenden sind eine Bereicherung des städtischen Lebens. Die Einflüsse sind in Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft deutlich spürbar. Über 60 studentische Organisationen beeinflus-

sen nachhaltig das Leben in der Stadt. Dieses schlägt sich aber auch in der Knappheit auf dem Wohnungsmarkt nieder. Die Stadt greift dieses Problem auf und arbeitet intensiv daran, neue Wohnflächen zu erschließen.

Für die Konferenz wünsche ich allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gutes Gelingen.

Dr. Albrecht Schröter
Oberbürgermeister

Jena, 10.3.2011

Achim Meyer auf der Heyde
Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks



Grußwort
Achim Meyer auf der Heyde,
Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks

Liebe Studentinnen und Studenten,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Herr Schröter,
sehr geehrter Herr Rektor, Herr Professor Dicke,
meine sehr verehrten Damen und Herren aus Deutschlands Städten, Hochschulen und Studentenwerken!

Ich bin deshalb der Dritte, der Sie hier in Jena ganz herzlich zu dieser Konferenz begrüßt, weil es *drei* Verbände sind, deren Einladung Sie gefolgt sind: der Deutsche Städtetag, für die Städte, die Hochschulrektorenkonferenz, für die Hochschulen – und das Deutsche Studentenwerk, für das ich hier spreche, für die 58 Studentenwerke. Aller guten Dinge sind drei. Also zum Dritten und auch von mir: Schön, dass Sie da sind; schön, dass so viele da sind! Schön, dass Sie den Weg durch Schnee und Eis und Kälte auf sich genommen haben.

Als wir im Deutschen Studentenwerk mit unseren Partnerverbänden diese Konferenz planten, erwies sich die Terminfindung als überaus schwierig. Ich gebe zu: Als diese frühen Dezembertage feststanden, war ich skeptisch, ob es uns gelingen würde, eine große Zahl von Menschen für die Konferenz zu mobilisieren. Jetzt blicke ich in die Runde und weiß: Meine Skepsis war unbegründet. Wir sind viele, wir sind gut gemischt, und wir sind, so glaube ich wahrzunehmen, diskussions- und lernbereit. Das ist schön, und das ist auch ein Beleg dafür, dass wir mit dieser Konferenz richtig liegen. Wir wollen den offenen, den zukunftsorientierten Dialog der Städte mit den Hochschulen, mit den Studentenwerken und den Studierenden. Wir wollen voneinander lernen, und wir wollen miteinander noch besser zusammenarbeiten.

Als Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks kann ich feststellen: Die Studentenwerke messen dieser Konferenz eine sehr hohe Bedeutung bei. Sie sind brennend interessiert daran, ihre Zusammenarbeit – gerade mit den Städten – gemeinsam mit den Hochschulen zu intensivieren. Die Bedeutung, die die Studentenwerke dieser Konferenz beimessen, sehen Sie daran, dass sie erstens sehr zahlreich vertreten sind, und zweitens sehe ich es daran, dass das Studentenwerk Thüringen uns heute Abend mit einem Festbuffet und Bauhaus-Kultur verwöhnt.

Und das sehen Sie an einem dritten Punkt, meine Damen und Herren: Die Studentenwerke trafen sich in der vergangenen Woche zu ihrer Jahresversammlung in Berlin und haben eine

Reihe von bildungs- und hochschulpolitischen Forderungen verabschiedet. Es geht konkret ums BAföG, um Studierende mit Behinderung oder chronischer Krankheit, um den Bologna-Prozess – und es geht um diese Konferenz. Die Mitgliederversammlung der 58 Studentenwerke hat vor einer Woche einen Beschluss verabschiedet. Er trägt den Titel „Starke Städte mit starken Studentenwerken“. Die Studentenwerke sehen in dieser Konferenz die Chance, ich zitiere:

- „neue Formen des regelmäßigen Austauschs und die Entwicklung gemeinsamer Strategien zu institutionalisieren“
- „Studierenden und Hochschulangehörigen ein attraktives Arbeits- und Wohnumfeld zu bieten“
- das Stadtmarketing zu bereichern und
- die Attraktivität der Städte für Studierende zu erhöhen.

Ich bin überzeugt: Die Studentenwerke können einen wichtigen Beitrag leisten, und diese Ziele sind zwar ambitioniert, aber durchaus realistisch. Ich darf also für „meinen“ Verband feststellen: Wir freuen uns auf diese zwei Tage mit Ihnen. Ich wünsche für heute und morgen den einen oder anderen Erkenntnisgewinn, spannende Begegnungen und Gespräche, interessante neue Kontakte, durchaus die eine oder andere Prise Vergnügen sowie lebhaft und konstruktive Debatten. Ich würde mir wünschen, dass Sie morgen Mittag sagen: „Ja, die Hochschulstadt, das ist ein Modell für die Zukunft, und ich habe da ein paar gute neue Ideen und Ansprechpartner im Gepäck.“ Ich würde mir wünschen, dass Sie sagen: „Dieses offene Gespräch zwischen Städten, Hochschulen, Studentenwerken und Studierenden – das ist ein gutes, produktives Format.“ Und natürlich: „Also beim Studentenwerk, da verstehen die sich aufs Essen, Trinken und auf die Kultur.“

In diesem Sinne: Auf die Hochschulstadt!

Eröffnungsvortrag Wissen – Städte – Menschen

Sigurd Trommer
Präsident der Bundesarchitektenkammer



**Sigurd Trommer,
Präsident der Bundesarchitektenkammer**

**Wissen – Städte – Menschen
Auszüge aus dem Eröffnungsvortrag**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie alle noch einmal ganz herzlich begrüßen. Ja, in der Tat, ich fühle mich hier in dieser Trilogie einer Veranstaltung außerordentlich wohl und kann Sie nur herzlich beglückwünschen, dass diese drei Akteure – Hochschulen, Studentenwerke und Stadtregierungen – in einer Stadt zueinander gefunden haben.

„Ja, in Jene lebt sich's bene, ja, in Jene lebt sich's gut, bin ja selber dort gewesen, wie's im Studienbuch zu lesen, zehn Semester wohlgemut.“

Ich kenne dieses alte Studentenlied, weil ich in meiner Studentenzeit zwei Jenenser Studenten als Freunde hatte. – „In Jena lebt sich's gut, bin ja selber dort gewesen, wie's im Studienbuch zu lesen.“ Das ist Identifikation. In Meyers Konversationslexikon steht, das habe ich schon ganz früh gelernt, weil mich Identifikation als Städtebauer immer sehr interessiert hat, dass Identifikation „seelische Einverleibung“ bedeutet. Ich mache mich in meiner Seele ein Stückchen eins mit meiner Stadt. Der junge Mann in dem Lied war nur für zehn Semester in Jena. Wir machen uns ja nur für einen Lebensabschnitt mit unserer Stadt vertraut. Wir haben heute keine Ortstreue mehr – sind nur noch Bürger auf Zeit! Was über Jahrtausende gewesen ist, das war Ortstreue. Man konnte auf die Menschen bauen, die blieben da! Man konnte ihnen auch viel zumuten. Das können Sie heute nicht mehr. Die Menschen kommen für vier, sechs oder acht Jahre – und gehen dann wieder weg. Und zwar dorthin, wo sie beste Bedingungen haben. Wenn es also eine Stadt nicht schafft, den Menschen oder den Unternehmen exzellente Lebens- und Arbeitsbedingungen anzubieten, dann werden die ihre Koffer packen.

Wir erleben einen unglaublichen Wandel, das ist epochal! Es ist im Augenblick weltweit eine unglaubliche Zäsur im Gange, ein unglaublicher Wandel, ein Umbruch – Stichworte: Klima, Energie, Ressourcen, Terrorismus, Auseinanderbrechen von Sozialstrukturen, Familie, über Jahrhunderte erprobt, nun alles neu! Wir wissen nicht, wo es hingeht. Nebel ist vor dem Horizont. Und wir müssen versuchen, in diesen Nebel hineinzublicken. Wir müssen versuchen, in dem Nebel Schemen zu erkennen. Wir müssen versuchen, die Zukunft zu erahnen. Wer keine Zukunftsvision, keinen Blick hinter den Horizont hat, der ist orientierungslos, der irrt umher, der hat keine Chance, etwas richtig zu machen!

Also hinein in den Horizont! Meine Damen und Herren, Sie müssen sich mehr Zeit nehmen, um gemeinsam – und möglichst mit einer Stadt und mit einem Studentenwerk und mit der Wirtschaft und mit Bürgerinitiativen und Bürgergruppen – über die Zukunft nachzudenken! Meine Stadt plus 30 Jahre, meine Stadt plus 50 Jahre. Wo soll es hingehen? Das müssen Sie berücksichtigen, sonst werden wir diesen epochalen Wandel, diesen Umbruch, indem wir uns befinden, nicht gewinnen, sondern wir werden unglaubliche Fehler machen.

Zukunft durch Wissen und Anwendung des Wissens

Unsere Zukunft liegt in der Wissenschaft, im Wissen. Es geht um das Wissen, das uns die Zukunft sichern kann. Doch Wissen allein reicht nicht. Es geht um Wissensvorsprung! Wir müssen besser sein als andere. Nur Wissensvorsprung sichert uns ein glückliches, zufriedenstellendes Leben. Und Wissensvorsprünge kann man nicht in den Wissensinstitutionen allein erzielen! Wissen und Wissensvorsprung sind nur in der Interaktion, beispielsweise im Rahmen einer Stadt, besser noch im Rahmen einer Region, vielleicht sogar einer Metropolenregion möglich. Warum? Nun, Wissen verbreitet sich, wenn man sich anstrengt und wenn man sich darum bemüht. Meine Damen und Herren, ich sage nur: Stichwort Elfenbeinturm. Die Nähe ist oft da, aber man kapselt sich ab. Wo sitzen denn Wissenschaftler im Stadtrat oder in den Ausschüssen? Wo vernetzt sich die Universität mit der Stadtregierung? Und umgekehrt: Die Stadtregierung, bestehend aus Rat, Politik und Verwaltung, muss im Wissenschaftsbereich dabei sein! Man muss Universität und Stadt miteinander verschneiden, um Nähe herzustellen. Denn, wenn keine Nähe vorhanden ist, wird es auch keine guten Chancen für Wissensvorsprung geben. Wissensvorsprung entsteht, indem jemand Wissen aufnimmt, das Wissen durchdenkt und mit eigener Kompetenz weiterentwickelt, um diesen Ball dann wieder zurückzuspielen, in das Wissen hinein.

Und das ist das, was Wissen und Wissenschaft brauchen: den Partner, denjenigen, der es absorbiert. Wenn Sie niemanden haben, der das Wissen absorbieren kann, dann hilft das ganze Wissen nichts. Was braucht man also in einer Stadt? Man braucht Vorwissen. Da bin ich bei der Bildung. Eine Stadt, die kein Vorwissen hat, wird aus der Wissenschaft und aus dem Wissen von Institutionen nicht viel machen können. So, und diesen Punkt, dieses Vorwissen einzubringen, bedeutet in einer Stadt, insbesondere für die Hochschulen, darauf zu achten, dass die Stadt, weil es dem Wissen dient, exzellente Bildung anbietet. In Bonn kenne ich das und ich freue mich sehr darüber, dass die Universität zum Beispiel so etwas anbietet wie eine Kinderuniversität, wo Hochschullehrer lernen, so zu sprechen, dass Kinder sie verstehen!

Es gibt also ganz viele Dinge, die mit der Frage von Wissen zusammenhängen – und letzten Endes mit Stadtzukunft, nämlich damit, Stadt im Bereich des Wissens zukunftsträchtig werden zu lassen. Jetzt sind wir beim Wissen angelangt, das auf Vorwissen treffen muss, das dann weiterentwickelt werden muss. Wir brauchen Wissensanwender und Wissensentwickler, die aus dem Wissen heraus weitermachen und das Wissen zur Anwendung bringen. Und dann fängt eine Stadt, die Wissensstadt ist, an, richtig dynamisch zu werden, weil dort nicht nur Wissensvorsprung existiert, sondern auch Erneuerungsvorsprung und Dynamik.

Was wir neu lernen müssen, ist, dass Innovation nicht mehrheitsfähig ist. Wenn etwas mehrheitsfähig ist, dann ist es Mainstream, dann ist es nicht mehr Innovation. Wenn wir einen Wissensvorsprung generieren, wenn wir Wissen anwenden und entwickeln, dann sind wir im innovativen Bereich, und das ist nicht mehrheitsfähig! Wir können uns nicht darauf verlassen, dass alles akzeptiert wird, sondern wir müssen davon ausgehen, dass es erst einmal nicht akzeptiert wird. Wir müssen versuchen, die Gesellschaft dahin zu bringen, dass sie es akzeptiert und zu einem Mainstream macht. Und dann müssen wir, die, die wir über Wissen nachdenken und Wissen produzieren, schon wieder weiter voraus sein, also einen Wissensvorsprung haben.

Die Stadt ist ein lebender Organismus. Lebende Organismen sind nicht die Summe ihrer Bestandteile, sondern sie sind in einem ganz hohen Maße emotional. Eine Stadt – und das vergessen wir häufig, insbesondere auch in den Räten, in der Führung einer Stadt – besteht aus vielen Funktionen. Es gibt über 1.000 verschiedene Funktionen, die in einer Stadt so definierbar sind. Aber das Zusammenspiel dieser Funktionen macht noch nicht die Stadt aus. Stadt ist Idee, Stadt ist Emotion. Der Kölner Bürger sitzt da relativ dicht dran. In einem Kölner Karnevalslied heißt es: „Janz Kölle is en Jeföhl“. Das sagt nicht nur ein Oberbürgermeister mit Charisma, nein, das sagt der kleine Bürger. „Meine Stadt ist ein Gefühl. Und darum liebe ich diese Stadt.“

Visionen für Hochschulstadt

Es ist gut, wenn eine Vizekanzlerin in einem Stadtausschuss ist, und wenn ein Oberbürgermeister oder eine Dezernentin in Gremien der Universität vertreten sind. Und man sollte sich möglichst in bestimmten Abständen treffen. Die Tuchfühlung ist entscheidend für eine gute und prosperierende Zusammenarbeit. Die Kommunikation, die Nähe schafft Humus, sie schafft Absorption des Wissens, welches jede Seite für sich hat. Und aus der Absorption des Wissens kann man Weiterentwicklung betreiben, um so gemeinsam für die Zukunft der Stadt zu kämpfen.

Ich war insgesamt 33 Jahre an der Spitze einer Stadt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, und Bauwesen zuständig. Es ist wichtig, immer wieder, und das geht in unserer Gesellschaft leider immer mehr verloren, nicht segregiert an Themen heranzugehen, nicht alles einzugrenzen und partiell etwas zu entwickeln, etwas zu erforschen, sondern immer wieder das Ganze zu sehen. Also müssen wir neben die Probleme treten, Abstand gewinnen und ganzheitlich denken. Wir müssen versuchen, die Strukturen zusammenzudenken und zu schauen, wo der Horizont ist, wo man etwas erkennen kann. Wir müssen versuchen, den Weg dahin zu gehen und den Mut zu haben, auch Visionen auszusprechen, nach Möglichkeit auch Utopien. Und ich kann nur empfehlen, den Mut zu haben, Visionen selber zu denken. Visionen sind grade in unserer Situation dieses Umbruchs unglaublich wichtig!

Für die Stadtentwicklung bedeutet das, dass die Studentenwerke und die Wissensrichtungen – ich sage extra Wissensrichtungen, denn darunter verstehe ich auch die Großforschungseinrichtungen und die Fachhochschulen und die Universitäten – einer Stadtregierung, einer Stadt immer wieder, möglichst freundlich und partnerschaftlich, also nach dem Motto: „Wir sitzen in einem Boot und rudern in dieselbe Richtung“ folgendes beibringen: Geht nicht so sehr in das Klein-Klein, löst euch ein bisschen. Denkt darüber nach, was in dieser Stadt wirklich wichtig ist.

Das sind wichtige Erkenntnisse, so absorbiert man Wissen, politisches Wissen, Stadtentwicklungswissen – wenn man Dimensionen der Zukunftsfindung, des ganzheitlichen Ansatzes denkt.

Das ist eine tolle Sache, wenn man das Stadtleben durch die Hochschulen bereichert und wenn man Bildung integrativ in eine Stadt hineinbringen kann. Ich habe bereits die Kinder-Universität erwähnt – und auch Schüler können in die Universität gehen. Dann gibt es die Möglichkeit, regelmäßig eine Wissenschaftsnacht oder sogar einen Wissenschaftsmonat zu veranstalten. Der Semesterstart oder der Semesterabschluss können feierlich begangen werden. Ein bisschen mehr Format und ein bisschen mehr „Jeföhl“ – das ist doch nicht schlecht! Solche Dinge müssen inszeniert werden, um die Bürger einzubeziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hochschule und Stadtgesellschaft zusammenschließen, das soll unser Ziel sein. Ich danke Ihnen herzlich, dass Sie so aufmerksam zugehört haben, und ich hoffe, Sie werden für Ihre Stadt, für Ihre Wissenschaftseinrichtung und für Ihr Studentenwerk zu guten Ergebnissen kommen. Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg und Glück.

Hochschulen, Studentenwerke und Städte – Best Practice Wissenschaftsinitiative Hannover

Theda Minthe

Leiterin „Wissenschaftsstadt“, Büro Oberbürgermeister Landeshauptstadt Hannover

und

Eberhard Hoffmann

Geschäftsführer des Studentenwerks Hannover



Vortrag von Theda Minthe und Eberhard Hoffmann auf der gemeinsamen Fachkonferenz von Deutschem Städtetag, Hochschulrektorenkonferenz und Deutschem Studentenwerk „Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands“ in Jena, 7.–8. Dezember 2010

Hochschulen, Studentenwerke und Städte – Best Practice: Vorstellung der Initiative Wissenschaft Hannover

Zusammenfassung

Die Initiative Wissenschaft Hannover

Einen neuen Weg zu mehr Kooperation und Vernetzung von Hochschulen und Stadt hat Hannover eingeschlagen. Seit Anfang 2007 engagieren sich dort in der „Initiative Wissenschaft Hannover“ alle hannoverschen Hochschulen, die VolkswagenStiftung, das Studentenwerk Hannover und wichtige wissenschaftliche Einrichtungen sowie die Landeshauptstadt Hannover (Kordinatorin). Gemeinsames Ziel ist es, den Hochschul- und Wissenschaftsstandort weiter zu profilieren und die Rahmenbedingungen für Studierende zu verbessern.

Das gemeinsame Internetportal www.science-hannover.de berichtet tagesaktuell über Studium, Lehre, Forschung und Studienalltag in Hannover. Mit 60.000–100.000 Zugriffen im Monat zählt dieses Themenportal zu den bundesweit erfolgreichen kommunalen Internetauftritten zum Thema Wissenschaft.

Durch neue Formate, wie den November der Wissenschaft (45.000 Besuche), der hochkarätigen Reihe Wissenschaft im Rathaus sowie dem bundesweit einmaligen Festival der Philosophie (7.000 Besuche) ist es gelungen, Hochschulen und Wissenschaft in die Stadtgesellschaft zu öffnen und das Interesse der EinwohnerInnen für Lehre und Forschung zu wecken.

Um die Rahmenbedingungen für Studierende und WissenschaftlerInnen aus dem In- und Ausland zu verbessern, wurden Welcome- und Service-Maßnahmen entwickelt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Betreuung ausländischer Studierender. Darüber hinaus wird allen Studierenden mit einem Hauptwohnsitz in Hannover seit 2006 die Vorteilskarte „Hausmarke“ angeboten. Die Reihe „Exkursionen für kleine und mittlere Unternehmen der Region zu wissenschaftlichen Einrichtungen“ hat seit 2009 140 Unternehmen über das wissenschaftliche Potential und die Ausbildung von Fachkräften in Hannover informiert.

- Mehr: www.science-hannover.de

Der Hochschul- und Wissenschaftsstandort Hannover

Hannover zählt mit rund 35.000 Studierenden (Wintersemester 2010/11) und rund 10.000 Beschäftigten an den Hochschulen zu den bedeutenden deutschen Wissenschaftsstandorten. Rund 5.000 Studierende (Wintersemester 2010/11) kommen aus dem Ausland nach Hannover. Die Mehrheit von ihnen stammt aus asiatischen und osteuropäischen Herkunftsländern. Im Rahmen der Exzellenzinitiative der Bundesregierung werden in Hannover die Exzellenzcluster REBIRTH und QUEST sowie die Hannover Biomedical Research School (HBRS) gefördert. Zahlreiche außeruniversitäre, wissenschaftliche Einrichtungen haben ihren Sitz in Hannover.

Vortragstext

Die Initiative Wissenschaft Hannover – warum es sie gibt

Vor gar nicht allzu lange Zeiten konnte das Verhältnis von kommunalen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Hannover eher als parallelgesellschaftlich beschrieben werden. Hochschulen und Stadtverwaltung lebten in einem freundlichen Nichtverhältnis. Im Zweifelsfall war es wichtiger, mit der Geld gebenden Landesbehörde die Kommunikation zu pflegen als mit der Kommune. Hinzu kam, dass nur wenige Kommunalpolitiker die Förderung der Wissenschaft auf ihrer politischen Agenda hatten oder, wie der hannoversche Kämmerer, durch eine Lehrtätigkeit an der Universität mit dem Wissenschaftsbetrieb verbunden waren. Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick in die hannoverschen Partnerstädte in Polen und Frankreich. Hier engagieren sich Hochschulpräsidenten kommunalpolitisch und arbeiten sogar als ehrenamtliche Bürgermeister. Diese Kultur des kommunalpolitischen Engagements der in Wissenschaft und Forschung beschäftigten Personen ist in unseren Nachbarländern also weitaus stärker verbreitet als bei uns.

Heute wissen wir, dass in einer wissensbasierten Ökonomie Investoren nicht nur gut ausgebaute Gewerbegebiete, sondern immer stärker auch die vor Ort vorhandenen wissenschaftlichen Ressourcen schätzen. Dies hat auch enormen Einfluss auf die Standortpolitik. Wissenschaft, Forschung und Hochschulen sind längst als Motor und Katalysator für die Stadtentwicklung erkannt. Gleichzeitig erwarten ambitionierte WissenschaftlerInnen von ihrer Stadt mehr als nur ein wenig Wohlwollen bei der Vergabe von Kindergartenplätzen. Und auch Studierende und WissenschaftlerInnen schätzen ein innovatives und diskursfreundliches Umfeld in ihrer Stadt. Standortpolitik – einst nur im Fokus der regionalen Stadt- und Wirtschaftsentwicklung – ist also auch für den Wissenschaftsbetrieb von wachsender Bedeutung.

Bleiben nur noch die Partikularinteressen der einzelnen Einrichtungen, die es zu überwinden gilt. Und da empfiehlt es sich, dass sich zwei Standortexperten zusammenschließen, die aufgrund ihrer Aufgabe immer schon die gesamte Stadt im Blick hatten: die Kommune und das Studentenwerk. Sie müssen den ersten Schritt gehen, Ziele und Entwicklungschancen für den Hochschul- und Wissenschaftsstandort aufzeigen und gemeinsam mit den Hochschulen verbindende Projekte entwickeln.

Anfang 2007 wurde die Initiative Wissenschaft Hannover gegründet. Seit vier Jahren engagieren sich hier alle sieben hannoverschen Hochschulen, wichtige wissenschaftliche Einrichtungen – wie das Geozentrum, das Fraunhofer Institut für Toxikologie und experimentelle Medizin (ITEM) und das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung – sowie die VolkswagenStiftung, das Studentenwerk Hannover und die Landeshauptstadt Hannover. Ziel der Initiative Wissenschaft Hannover ist es, die Attraktivität und Wahrnehmung des Hochschul- und Wissenschaftsstandorts Hannover zu steigern, die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern und die Rahmenbedingungen für Studierende und WissenschaftlerInnen zu verbessern.

Für die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Maßnahmen hat die Initiative Wissenschaft Hannover einen hochkarätig besetzten Lenkungskreis und mehrere Arbeitsgruppen ins Leben gerufen. Mitglieder des Lenkungskreises sind die Präsidenten aller Hochschulen, die Leitungen/Geschäftsführer der Einrichtungen und der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover. Bei der Stadt liegt auch die Koordinationsaufgabe für die Initiative. Im Büro des Oberbürgermeisters wurde das Sachgebiet „Wissenschaftsstadt Hannover“ eingerichtet. Hier werden (durch Theda Minthe und eine weitere Mitarbeiterin) die Projekte der Initiative konzipiert und umgesetzt. Der Lenkungskreis tagt drei- bis viermal im Jahr, koordiniert die Arbeit der Arbeits- und Projektgruppen und trifft unmittelbar Entscheidungen. An den Arbeitsgruppen beteiligen sich aus den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen insbesondere die Akademischen Auslandsämter, die Pressestellen, die Gleichstellungsbüros sowie einzelne Fakultäten und Institute.

Beispiele für erfolgreiche Projekte und Maßnahmen

Hochschul- und Wissenschaftsportal

Seit Anfang 2008 ist das Hochschul- und Wissenschaftsportal www.science-hannover.de online. Mit diesem Portal gibt es erstmals einen gemeinsamen Internetauftritt aller hannoverscher Hochschulen sowie zahlreicher wissenschaftlicher Einrichtungen. Das Besondere in Hannover ist, dass Stadt, Hochschulen und Studentenwerk sich die Kosten teilen. Hochschulen und Studentenwerk haben in die Programmierung von Schnittstellen investiert, wodurch die Presseinformationen aller Einrichtungen im Portal zentral gebündelt werden und crossmediale Wirkung entwickeln. Vor allem aber: Das Portal informiert über alle Studiengänge und Stipendien. Dafür war Überzeugungsarbeit notwendig, denn die Bachelor- und Master-Studiengänge der Universität und der Fachhochschule stehen nebeneinander (in Konkurrenz), und Stipendien der „reichen“ privaten Hochschulen stehen neben den bisher mageren Förderangeboten der anderen Hochschulen.

Internationalisierung unterstützen

Die Arbeitsgruppe „Integration ausländischer Studierender“ (seit 2007) ergänzt die Arbeit des Runden Tisches „Ausländische Studierende in Hannover“. Sie entwickelt und realisiert Integrationsmaßnahmen für ausländische Studierende (über 5.000 in Hannover). Beteiligt sind alle Akademischen Auslandsämter, die Studienkollegs, das Studentenwerk, die Evangelische Studentengemeinde, der Hochschulsport und das Freiwilligenzentrum.

Einige Beispiele dafür, wie die gute Zusammenarbeit im Rahmen der Initiative Wissenschaft zu einer konkreten Verbesserung der Situation von ausländischen Studierenden geführt hat:

- Willkommensveranstaltung der Landeshauptstadt „Meet the City – Foreign Student Welcome Evening“: Seit 2007 begrüßt der Oberbürgermeister im Oktober die ausländischen Studienanfänger im Rathaus; mit dabei: Infostände/Praktikumsbörse größerer hannoverscher Firmen.
- Die Zahl gravierender aufenthalts- oder arbeitsrechtlicher Probleme für ausländische Studierende konnte u. a. durch enge Kooperation zwischen Hochschulen und Stadtverwaltung stark reduziert werden. Und neue Spielräume durch Allgemeine Verwaltungsvorschriften (AVwV) zum Aufenthaltsgesetz (Okt. 2009) wurden zugunsten der ausländischen Studierenden genutzt.
- Seit 2008 werden die AusländertutorInnen u. a. zu Fragen des Aufenthaltsrechts von MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde geschult.
- Kita-Nutzung auch durch Kinder ausländischer Studierender ohne Nachteile für Aufenthaltsstatus: Die Stadt beschloss 2008 eine studentenfreundliche Regelung. BildungsausländerInnen können seitdem ihre Kinder in Tageseinrichtungen ohne Nachteile für ihren Aufenthaltsstatus unterbringen, und die Stadt übernimmt für diese Kinder – wie für die anderer Studierender – die Elternbeiträge.

„Study and Stay“

Ein wichtiger Schwerpunkt ist seit einiger Zeit „Study and Stay“. Zu „Study“ hat Hannover – wie andere Städte auch – kleine Willkommens-Schmankerl: Die Hausmarke z. B. verhilft bei einem Hauptwohnsitz in Hannover zu Rabatten bei Museen, Bädern, Events und Wohnungen städtischer Wohnungsgenossenschaften.

Wichtiger wird in Zukunft „Stay“: Eine aktuelle Studie des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaft (NIW) im Auftrag des Studentenwerks Hannover hat ergeben, dass gut 50 % der Absolventen ihre erste Beschäftigung in Hannover aufnehmen. 2008 haben 4.813 Studierende ihr Studium erfolgreich abgeschlossen, ein Drittel davon in einem MINT-Fach (Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften). Die Initiative Wissenschaft Hannover engagiert sich dafür, dass Unternehmen der regionalen Wirtschaft die Potenziale von Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen noch stärker kennenlernen und nutzen. Studierenden soll durch frühzeitigen Kontakt mit Unternehmen in der Region die Möglichkeit gegeben werden, auch nach dem Hochschulabschluss Hannover zum Mittelpunkt des beruflichen und familiären Lebens zu machen.

Vortrag, Konferenz „Die Hochschulstadt“, Jena 7.–8. Dezember 2010

Bereits etabliert ist die zusammen mit der Industrie- und Handelskammer veranstaltete Reihe „Exkursionen für kleine und mittlere Unternehmen der Region zu wissenschaftlichen Einrichtungen“. Allein im Oktober 2010 haben 70 UnternehmensvertreterInnen von Papenburg bis Peine den Studiengang „Technische Redaktion“ der Fachhochschule Hannover besucht. Die Zusammenarbeit der regionalen Wirtschaft mit wissenschaftlichem Personal und Studierenden reicht von Abschlussarbeiten bis zu interdisziplinären Forschungsaufträgen.

Wissenschaft sichtbar machen

Die Studie des NIW zeigt, dass Hannover durch die große Zahl der Studierenden einen hohen Anteil junger Erwachsener hat. Und die Studierenden leisten einen wichtigen regionalökonomischen Beitrag für Stadt und Region: Auf Basis des für Hannover anhand der Sozialerhebung geschätzten studentischen Konsums berechnet, ergeben sich ca. 300 bis 400 Mio. Euro an Umsätzen. In einer halben Millionenstadt, die durch Messe und Dienstleistungsunternehmen geprägt ist, fallen 33.000 Studierende und 10.000 Beschäftigte in Wissenschaft und Lehre aber nicht immer so auf. Ein wichtiges Ziel der Initiative ist deshalb, Stadt und Wissenschaft zu verbinden und öffentlich sichtbar zu machen.

Dazu hat die Initiative Wissenschaft neben bekannten Veranstaltungsformaten, wie „Wissenschaft im Rathaus“, auch neue Angebote entwickelt. Der große Publikumszulauf und die Presseresonanz zeigen, dass sich diese Formate erfolgreich etablieren konnten.

- „Festival der Philosophie“: In einer Stadt, die nicht zu den typischen Standorten für Philosophie in Deutschland zählt, hat die Initiative Wissenschaft bereits zweimal das bundesweit einmalige „Festival der Philosophie“ veranstaltet. 2010: Rund 60 Veranstaltungen gab es für 7.000 BesucherInnen, dabei auch viele Mitmachformate für gut 500 SchülerInnen.
- Mit dem Format „November der Wissenschaft“ verbinden die OrganisatorInnen der Initiative Wissenschaft drei Wochen lang alle Einrichtungen aus Wissenschaft, Bildung und Kultur, denen Forschung wichtig ist. In diesem Jahr waren es 70 Einrichtungen, 150 Veranstaltungen, 45.000 BesucherInnen.

Seit 2010 gibt es außerdem die Leibniz-Stiftungsprofessur. Stadt und Leibniz Universität finanzieren mit privater Unterstützung für 5 Jahre eine Professur, um Leben und Werk des Universalgenies Gottfried Wilhelm Leibniz in der Stadt (und darüber hinaus) bekannt zu machen.

Wie geht es weiter?

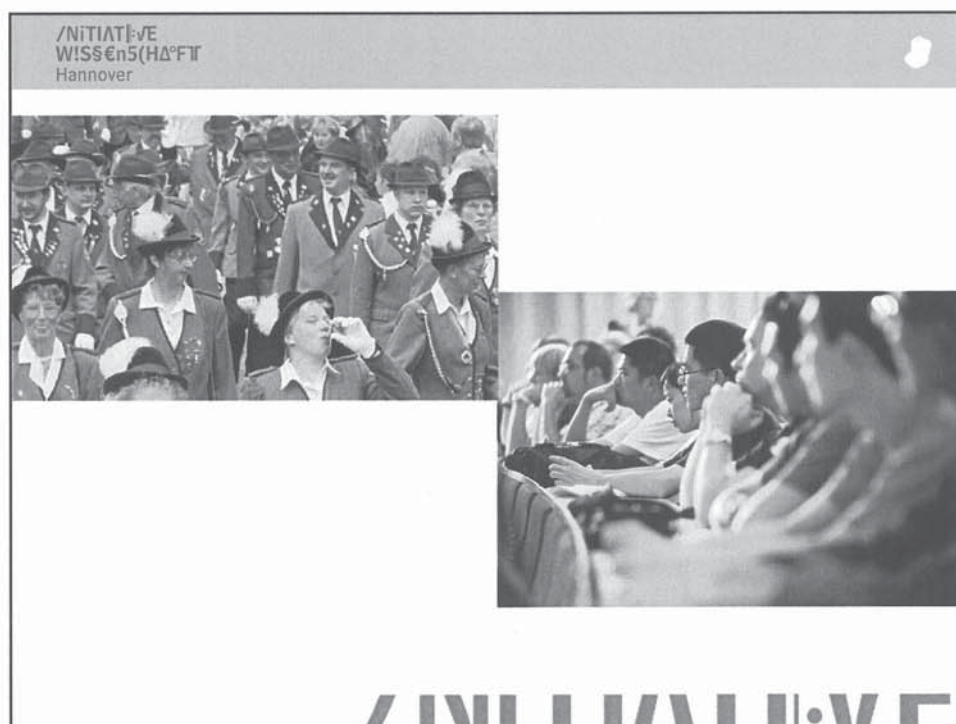
Es gibt noch einige Projekte, an denen die Initiative Wissenschaft arbeitet:

- Zurzeit wird im Rahmen der Initiative Wissenschaft Hannover ein Dual Career Couple-Netzwerk aufgebaut. Ziel: auch den PartnerInnen z. B. von neuen ProfessorInnen bei einem möglichen Wohnortwechsel berufliche Perspektiven am Standort Hannover aufzuzeigen.
- Die Initiative Wissenschaft Hannover verfolgt langfristig das Ziel, ein Internationales Quartier für graduierte Studierende und junge WissenschaftlerInnen zu errichten, um deutschen und internationalen Studierenden Wohn- und Austauschangebote unter einem Dach anbieten zu können.
- Die Initiative Wissenschaft kooperiert eng mit Region und Stadt dabei, auf Basis der Ergebnisse einer Imageuntersuchung eine gemeinsame Marketing- und Kommunikationsstrategie für Hannover als Wissenschaftsstadt zu entwickeln.

Fazit

In der Initiative Wissenschaft wollen alle Beteiligten weiterhin Hochschulen, Studentenwerk und Stadt vernetzen. Frau Minthe verwendet hierzu ein Bild der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover aus dem Bereich Musikpsychologie: „Wenn wir die richtigen Menschen zusammenbringen und den passenden Ton der unterschiedlichen Einrichtungen treffen, dann wird das Orchester der Initiative Wissenschaft Hannover noch besser erklingen.“

Hochschulen, Studentenwerke und Städte – Best Practice
Wissenschaftsinitiative Hannover
Theda Minthe, Leiterin „Wissenschaftsstadt“, Büro
Oberbürgermeister Landeshauptstadt Hannover und
Eberhard Hoffmann, Geschäftsführer Studentenwerk Hannover





- Leibniz Universität Hannover
- Fachhochschule Hannover
- Medizinische Hochschule Hannover
- Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover
- Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover
- Fachhochschule für die Wirtschaft Hannover
- GISMA Business School
- Fraunhofer Institut für Toxikologie und Experimentelle Medizin
- Helmholtz- Zentrum für Infektionsforschung
- VolkswagenStiftung
- Studentenwerk Hannover
- Landeshauptstadt Hannover

/NI TIAT IVE

INITIATIVE WISSENSCHAFT HANNOVER

Home | Regionalkarten | Impressum | Kontakt | English | Suchen

Zurück zu HANNOVER.de

- November der Wissenschaft 2010
- Institutionen - Profile
- Aktuelle Meldungen
- Veranstaltungen
- Studienangebot
- Rund ums Studium
- Schule und Hochschule
- Study and Stay
- Forschung und Entwicklung
- Themenportale

- Presse & Medien
- Wirtschaftsförderung
- E-Government
- Kongress-Stadt
- Shopping
- Hannover Nightlife
- Hannover Map
- Essen und Trinken
- Studieren & Forschen

Tagestipp

November der Wissenschaft 2010
150 Veranstaltungen in drei Wochen, überfüllte Hörsäle, Sonderführungen und ausgebuchte Veranstaltungen. Der zweite November der Wissenschaft hat mit rund 45.000 Besuchern die Erwartungen der Veranstalter weit übertraffen. Der nächste November der Wissenschaft folgt 2012.

Meldungen

Hannovers Spitzen
Am 24.11.2010 treffen sich die Experten aus Wirtschaft, Politik und Kultur zum branchenübergreifenden Austausch in der Uni.

Geld für die Forschung
Das "Niedersächsische Vorab" finanziert Forschungsprojekten aus unterschiedlichsten Disziplinen - auch aus Hannover.

Europa macht Schule - auch in Hannover
Noch bis zum 28. November können sich

/NI TIAT IVE WISSEn5(HA°FT) Hannover

Speakers' corner

Meldungen

Aufstieg mit Anhang
Am 26. November 2010 berichten Frauen und Männer über ihre Erfahrungen Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen.

proKlima lobt Branchenpreis aus
Der energy-Foods engagiert sich beim Ideenwettbewerb "StartUp-Impuls 2010". Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 3. Januar 2011.

Trompete statt Skalpell
Chirurgen und Anästhesisten der MHH lassen es am 11.

Quicklinks

- Studiengänge
- Hannover Stipendien
- Hausmarke
- Wissenschaft im Rathaus
- Festival der Philosophie

/NI TIAT IVE

/NIATI:VE
WISSenS(HA°FT
Hannover



Meet the City – Foreign Student Welcome Evening

/NIATI:VE

/NIATI:VE
WISSenS(HA°FT
Hannover



Hausmarke



Study and Stay

/NIATI:VE

/NiTIAT|:vE
WISS€n5(HΔ°FT
Hannover



Exkursionen für KMU zu wissenschaftlichen
Einrichtungen



Industrie- und Handelskammer
Hannover

/NiTIAT|:vE

/NiTIAT|:vE
WISS€n5(HΔ°FT
Hannover



/NiTIAT|:vE

/NIATI|:vE
WISSEn5(HΔ°FT
Hannover



F e s t
Mensch
i v a l
d e r
N a t u r
P h i l o
T e c h n i k
s o p h i e

8.-11. April 2010

H a n n o v e r

/NIATI|:vE

/NIATI|:vE
WISSEn5(HΔ°FT
Hannover



November der
Wissenschaft
2010



70 Einrichtungen x 150 Veranstaltungen

= 45.000 BesucherInnen

www.science-hannover.de

/NIATI|:vE

/NIATI:VE
WISSEnS(HA°FT
Hannover



/NIATI:VE

/NIATI:VE
WISSEnS(HA°FT
Hannover



/NIATI:VE

Panel 1
**Die regionalwirtschaftliche Bedeutung von Hochschulen,
Studierenden und Studentenwerken**



**Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld,
Institut für Wirtschaftsforschung Halle,
Forschungsabteilung Stadtökonomik**

Bericht

**Panel 1: Die regionalwirtschaftliche Bedeutung von Hochschulen,
Studierenden und Studentenwerken**

Die Bedeutung von Hochschulen für ihre jeweiligen Standorte wird von der Öffentlichkeit, aber auch von den lokal und regional verantwortlichen Politikern noch immer unterschätzt. Hierfür spielt neben der bei neugegründeten Hochschulen noch fehlenden Identifikation der Städte mit ihrer Rolle als Hochschulstadt der Umstand eine Rolle, dass die positiven lokalen und regionalen Effekte der Hochschulen nicht so offen zutage treten wie z.B. bei Unternehmensansiedlungen, die sich in einem steigenden Gewerbesteueraufkommen niederschlagen. Deshalb ist es wichtig, mehr Transparenz hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedeutung von Hochschulen für ihren Standort herzustellen. Nur so können Öffentlichkeit und Entscheidungsträger dafür gewonnen werden, die Hochschulen stärker in ihre Entwicklungsstrategien einzubeziehen.

Grundsätzlich sind zwei Effekte der Hochschulen zu unterscheiden: Die so genannten Nachfrageeffekte kommen aufgrund des Einkommens der Hochschulbeschäftigten sowie der Studierenden und ihrer vor Ort getätigten Ausgaben zustande und stärken unmittelbar die lokale Wirtschaft. Die Angebotseffekte entstehen durch den „Output“ der Hochschulen: durch hochqualifizierte Hochschulabsolventen, die in den örtlichen Unternehmen eingesetzt werden können, sowie durch die Ergebnisse der Hochschulforschung i.S. neuentwickelter Produkte oder technischer Verfahren, von denen die örtlichen Unternehmen via „Wissenstransfer“ profitieren können. Hierbei spielt auch die Gründung von Unternehmen durch Hochschulabsolventen eine Rolle.

Die Nachfrageeffekte hängen auch von der Größe und der jeweiligen Strategie des Studentenwerks in einer Hochschulstadt ab, nicht zuletzt von der Vergabe von Aufträgen durch das Studentenwerk an örtliche Unternehmen. Darüber hinaus kann das Studentenwerk durch die Gestaltung seiner Leistungen – z. B. im Bereich des Wohnens oder der Kinderbetreuung – dazu beitragen, eine Hochschulstadt für Studierende attraktiv zu machen. Wenn hierdurch mehr höher begabte und stärker motivierte Studierende in eine Stadt kommen, so hat dieses auch positive Wirkungen auf die Angebotseffekte der Hochschulen. Weiter ist zu berücksichtigen,

dass es fast ausschließlich in Hochschulstädten zur Ansiedlung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen kommt. Zudem werben sowohl die Hochschullehrer als auch die Forscher der außeruniversitären Institute Drittmittel ein, die dem jeweiligen Standort und seiner Entwicklung noch zusätzlich zugutekommen.

Alle genannten Effekte lassen sich weiter ausbauen. So können die Hochschulen – in Maßen – eine stärkere Übereinstimmung zwischen ihrem Fächerangebot und der lokalen Wirtschaftsstruktur anstreben. Die Hochschulen können ihre lokale Bedeutung auch durch die Einbindung von Studierenden in lokale Sozialprojekte stärken. Die Vertreter der Städte können verstärkt an Veranstaltungen der Hochschulen teilnehmen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass die Städte ihr allgemeines Image und ihre „Studierendenfreundlichkeit“ (u.a. im Bereich des ÖPNV) weiter verbessern.

Wirtschaftsfaktor TU Berlin

Welchen Einfluss hat die Technische Universität Berlin
(TUB) auf die Berliner Wirtschaft?

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

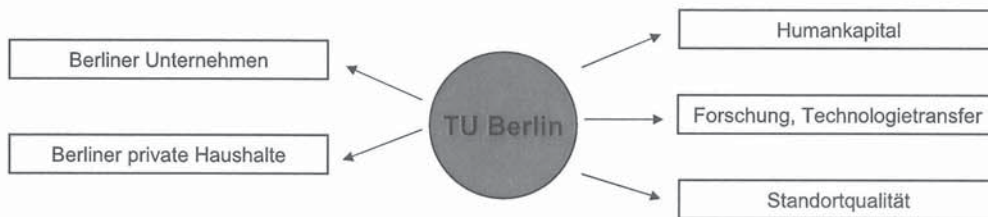
Inhalt

1. Regionalwirtschaftliche Effekte der TU Berlin
2. Einfluss der TU Berlin auf die Berliner Wirtschaft
 - 2.1 Kurzfristige Ausgaben- und Nachfrageeffekte
 - 2.2 Langfristige Wissens- und Angebotseffekte
3. Fazit

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

Regionalwirtschaftliche Effekte der TU Berlin

**Ausgaben- bzw. Nachfrageeffekte
der Zahlungsströme, die durch die
TU Berlin ausgelöst werden**



**Wissens- bzw. Angebotseffekte
durch die Lehre und Forschung
der TU Berlin**

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

Inhalt

1. Regionalwirtschaftliche Effekte der TU Berlin
2. Einfluss der TU Berlin auf die Berliner Wirtschaft
 - 2.1 Kurzfristige Ausgaben- und Nachfrageeffekte
 - 2.2 Langfristige Wissens- und Angebotseffekte
3. Fazit

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

Messung der Input-Verflechtung der TUB mit der Wirtschaft Berlins (Multiplikator-Analyse)

1. Direkter Effekt

- Ergibt sich aus der Zahl der Beschäftigten an der TUB sowie der von ihnen ausgehenden Nachfrage für die Berliner Wirtschaft

2. Indirekter Effekt

- Ergibt sich aus der Nachfrage der TUB nach lokalen Diensten und Zulieferungen sowie der damit verbundenen Beschäftigungswirkung

3. Induzierter Effekt

- Entsteht in der Berliner Wirtschaft durch die Verausgabung der von den direkten und indirekten Effekten herrührenden zusätzlichen Einkommen (Multiplikatoreffekt)

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

Einnahmen- und Ausgabenstruktur der TUB (im Jahr 2006)

- 74%** des Etats stammen aus dem Berliner Haushalt
- 24%** sind eingeworbene Drittmittel und sonstige Quellen
- 67%** der gesamten Ausgaben entfallen auf das Personal
- 32%** werden für laufende Sach- und Ausrüstungsinvestitionen ausgegeben

Einnahmen		in Euro
Grundfinanzierung		
Berlin		276.406.154
Einnahmen aus sonstigen Quellen		19.441.304
Eingeworbene Drittmittel		72.141.000
Drittmittel (Land) Berlin		5.840.000
Insgesamt		373.828.458
Ausgaben		
Personalaufwendungen, gemessen am Gesamthaushalt		247.401.323
(Personalaufwendungen, gemessen am Landeszuschuss)		199.400.000
Sachausgaben und Ausrüstungsinvestitionen		117.258.840
Bauinvestitionen		4.189.764
Insgesamt		368.849.927

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

Effekte der TUB auf die Wirtschaft Berlins (im Jahr 2006)

	Bruttowertschöpfung			Nachfrageeffekte			
	Direkte	Induzierte Effekte	Gesamteffekt	Direkte	Indirekte Effekte	Induzierte	Gesamteffekt
	in Euro						
• Personalausgaben	247.401.323	83.131.567	330.532.891	103.681.516		20.435.948	124.117.464
• Sachausgaben, Ausrüstungsinvestitionen		23.041.362	23.041.362		35.177.652	5.710.769	40.888.421
• Bauinvestitionen		1.811.235	1.811.235		3.142.323	508.406	3.650.730
• Ausgaben der Studenten		177.884.739	177.884.739	213.323.603		42.407.513	255.731.116
Gesamt	247.401.323	285.868.903	533.270.227	317.005.119	38.319.975	69.062.636	424.387.730

- Die Grundfinanzierung von 276,4 Mill. Euro erzeugt eine Nachfrage von 424,4 Mill. Euro in Berlin (145% der Grundfinanzierung)
- Daraus resultiert eine Bruttowertschöpfung von 533,3 Mill. Euro für die Berliner Wirtschaft (192% der Grundfinanzierung)

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

Beschäftigungseffekte der TUB auf die Wirtschaft Berlins (im Jahr 2006)

	Direkte Effekte	Induzierte Effekte	Gesamteffekt
	Arbeitsplätze		
• Personalausgaben	5.245	1.830	7.075
• Sachausgaben, Ausrüstungsinvestitionen		458	458
• Bauinvestitionen		49	49
• Ausgaben der Studenten		3.646	3.646
Gesamt	5.245	5.984	11.229

- Die über 5200 Mitarbeiter der TUB sichern weitere 6000 Arbeitsplätze in Berlin

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

Von der TU Berlin ausgelöste Steuereinnahmen für Berlin

	in Euro
Personalausgaben	15.061.179
Sachausgaben, Ausrüstungsinvestitionen	691.085
Bauinvestitionen	61.525
Ausgaben der Studenten	5.217.367
Gesamt	21.031.156

- Die Personalausgaben der TUB von 247,4 Mill. Euro lösen direkte Steuereinnahmen für Berlin von 15,1 Mill. Euro aus

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

Opportunitätskosten und Nettoeffekte der Finanzierung der TUB (im Jahr 2006)

- Positiver Nettoeffekt der TU Berlin durch:
- Konsumausgaben der über 28.000 Studierenden in Berlin
 - Eingeworbene Drittmittel sowie Einnahmen aus sonstigen Quellen

	Bruttowert- schöpfung	Nachfrage
	in Euro	
Gesamteffekte (Brutto):		
TU Berlin	533.270.227	424.387.730
Alternative 1 <i>(Kostenstruktur wie bei TUB)</i>	266.316.267	126.386.703
Alternative 2 <i>(100% Personalkosten)</i>	369.283.898	138.668.744
Alternative 3 <i>(100% Sachmittel und Ausrüstungsinvestitionen)</i>	54.313.809	96.383.448
Nettoeffekte der TU Berlin	163.986.329 (TUB – A2)	285.718.987 (TUB – A2)

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

Inhalt

1. Regionalwirtschaftliche Effekte der TU Berlin
2. Einfluss der TU Berlin auf die Berliner Wirtschaft
 - 2.1 Kurzfristige Ausgaben- und Nachfrageeffekte
 - 2.2 Langfristige Wissens- und Angebotseffekte
3. Fazit

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

a) Effekte der Lehre der TU Berlin auf das regionale Humankapital (I)

- Studierende und Absolventen der TUB bereichern das Arbeitskräfteangebot für die regionale Wirtschaft
- Absolventen der TUB als Unternehmer und Gründer in Berlin
- Weiterbildung durch die TUB

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

a) Effekte der Lehre der TU Berlin
auf das regionale Humankapital (II)

□ TUB-Absolventen als Unternehmer und Gründer in Berlin

- Absolventen der TUB gründen Unternehmen überwiegend in Berlin:
von 614 bekannten TUB-Ausgründungen beteiligten sich 189 an der
2005/2006 turnusmäßig durchgeführten Gründerbefragung
148 von diesen 189 Unternehmen sind in Berlin ansässig (78%)
und erzielen rund 1,3 Mrd. Euro Umsatz in Berlin (95%)
- Im Jahr 2004 betragen die Umsätze dieser Unternehmen das 4,5-fache des
Landeszuschusses an die TU Berlin
- Insgesamt 11.712 Mitarbeiter, davon 11.172 (95%) in Berlin
(vornehmlich in der Informations- und Kommunikationstechnologie und
Verkehr/Logistik-Branche)

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

b) Effekte der Forschung an der TU Berlin
auf die regionale Wirtschaft (I)

□ Vernetzung der TU Berlin mit Industrie und
außeruniversitärer Forschung

- Strategische Kooperationen mit Industrieunternehmen in
insgesamt 17 (Stiftungs-)Professuren
- Zahlreiche strategische Allianzen mit der Wirtschaft
- Strategische Forschungsk Kooperationen mit An-Instituten
- TUB verfügt über insgesamt 51 S-Professuren mit
außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

b) Effekte der Forschung an der TU Berlin
auf die regionale Wirtschaft (II)

- Unternehmensbeteiligungen der TUB
- Patente und Lizenzen
- TUB erhöht Attraktivität und Standortqualität Berlins

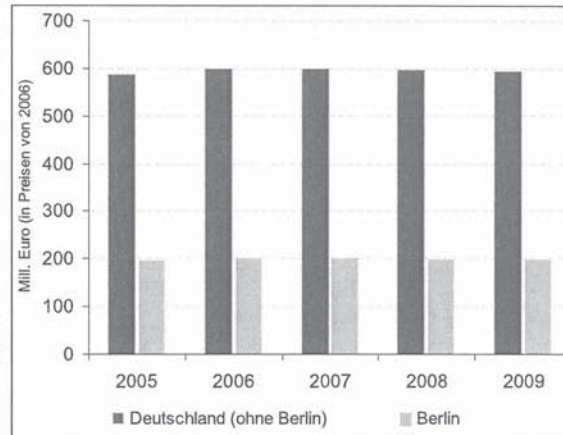
Wirkung von Lehre und Forschung der TU Berlin auf die Wirtschaft

- Absolventinnen und Absolventen sowie Forscherinnen und Forscher der TUB bringen ihr durch formale Bildung erworbenes **Humankapital** mit ihrer Arbeitskraft in den Produktions- und Wertschöpfungsprozess ein
- Forschungsergebnisse, Patente, Lizenzen etc. werden als **Forschungskapital** in den Produktions- und Wertschöpfungsprozess eingebracht
- Human- und Forschungskapital bilden zusammengenommen das verfügbare **Wissenskapital** als Produktionsfaktor für die Wirtschaft

Lehre und Forschung als Inputs in wirtschaftliche Produktionsprozesse

Schätzung des durch die TUB generierten Wissenskapitals:

- Annahmen:
 - Grenzproduktivität: 0,5
 - Zeitliche Verzögerung: 3 Jahre
 - Konstante Skalenerträge
- Durchschnittliche jährliche Investitionen der TUB in Lehre und Forschung: 240 Mill. Euro
- Ergebnis:
 - Wissenskapital der TUB trägt ca. 800 Mill. Euro zur Bruttowertschöpfung in Deutschland bei, wovon ca. 25% (200 Mill. Euro) in der Berliner Wirtschaft wirksam werden



Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

Inhalt

1. Regionalwirtschaftliche Effekte der TU Berlin
2. Einfluss der TU Berlin auf die Berliner Wirtschaft
 - 2.1 Kurzfristige Ausgaben- und Nachfrageeffekte
 - 2.2 Langfristige Wissens- und Angebotseffekte
3. Fazit
4. Anhang

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

3. Fazit

- Ausgaben der TUB erzeugen Bruttowertschöpfung von 533,3 Mill. Euro in Berlin und schaffen insgesamt rund 11.200 Arbeitsplätze
 - Wertschöpfungseffekt um 192% höher als Berliner Grundfinanzierung der TUB
 - Wertschöpfungseffekt durch TUB sind um 163,9 Mill. Euro höher als die bei alternativer Verwendung der öffentlichen Mittel
 - Studierende und Drittmittel sind die wesentlichen Faktoren für höhere wirtschaftliche Effekte

- Wissens- und Angebotseffekte der TUB sind höher als Ausgabeneffekte, jedoch nicht vollständig zu beziffern
 - Forschung und Lehre der TUB verbessern Arbeitskräfteangebot in Berlin
 - Zahlreiche Ansatzpunkte für positive Wirkung der TUB-Forschung auf regionale und nationale Wirtschaft (Unternehmens(aus)gründungen, Kooperationen etc.)
 - Vom Wissenskapital gehen signifikante Wertschöpfungseffekte für Berlin und Deutschland aus
 - Langfristige Sicherung dieser positiven Effekte erfordert gleichmäßige jährliche Investitionen in Forschung und Lehre!

Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes

Kontakt

Dr. Anselm Mattes
Consultant
DIW econ GmbH
Mohrenstraße 58
10117 Berlin

Tel. +49.30.89789-376
Fax. +49.30.89789-116
Email: amattes@diw-econ.de
www.diw-econ.com

Sitz: Berlin, Germany
Reg.-Nr.: HRB 108699 B
Amtsgericht Charlottenburg



Jena, 7.12.2010 Dr. Anselm Mattes



Wirtschaftsförderung
Münster GmbH



Regionalwirtschaftliche Bedeutung von Hochschulen, Studierenden und Studentenwerken

Referent: Dr. Thomas Robbers

Fachkonferenz in Jena, 7. und 8. Dezember 2010



Wirtschaftsförderung
Münster GmbH

Agenda

Kaufkrafteffekte durch Studierende

Einkommenseffekte für Städte

- aus dem Finanzausgleich
- aus einer Zweitwohnsitzsteuer

Was kann die Wirtschaftsförderung tun?

- Allianz für Wissenschaft
- Clusterentwicklung



Wirtschaftsförderung
Münster GmbH

Agenda

Kaufkrafteffekte durch Studierende

Einkommenseffekte für Städte

- aus dem Finanzausgleich
- aus der Zweitwohnsitzsteuer

Was kann die Wirtschaftsförderung tun?

- Allianz für Wissenschaft
- Clusterentwicklung

© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Wirtschaftsförderung
Münster GmbH

Wie bedeutend ist der Wirtschaftsfaktor „Studierende“ für eine Stadt?

Beispiel Münster:

Umfrage im Sommer 2005 im Auftrag von Universität,
Stadt und Wirtschaftsförderung

Beteiligt:

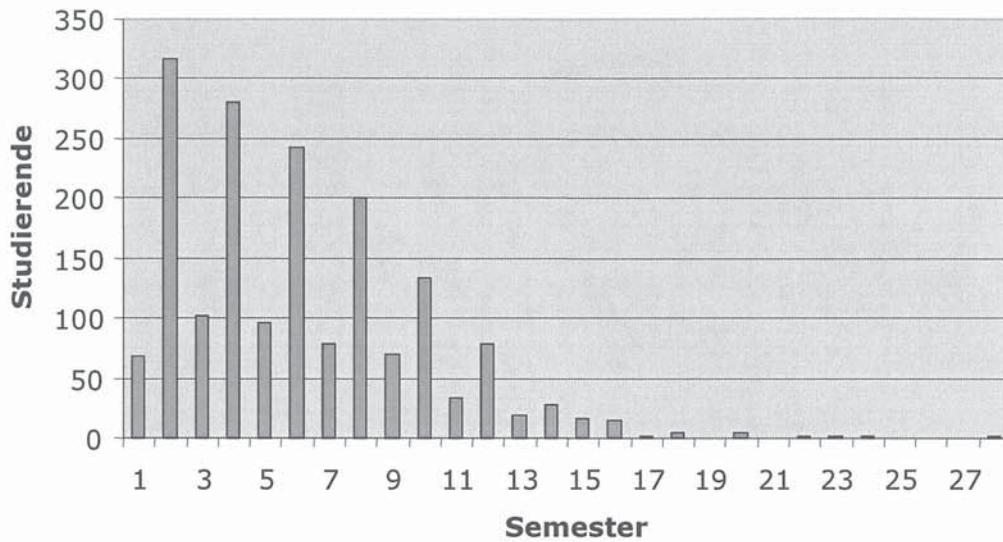
- Universität Münster
- Fachhochschule Münster
- Katholische Fachhochschule Münster

© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Teilnehmer nach Studiendauer

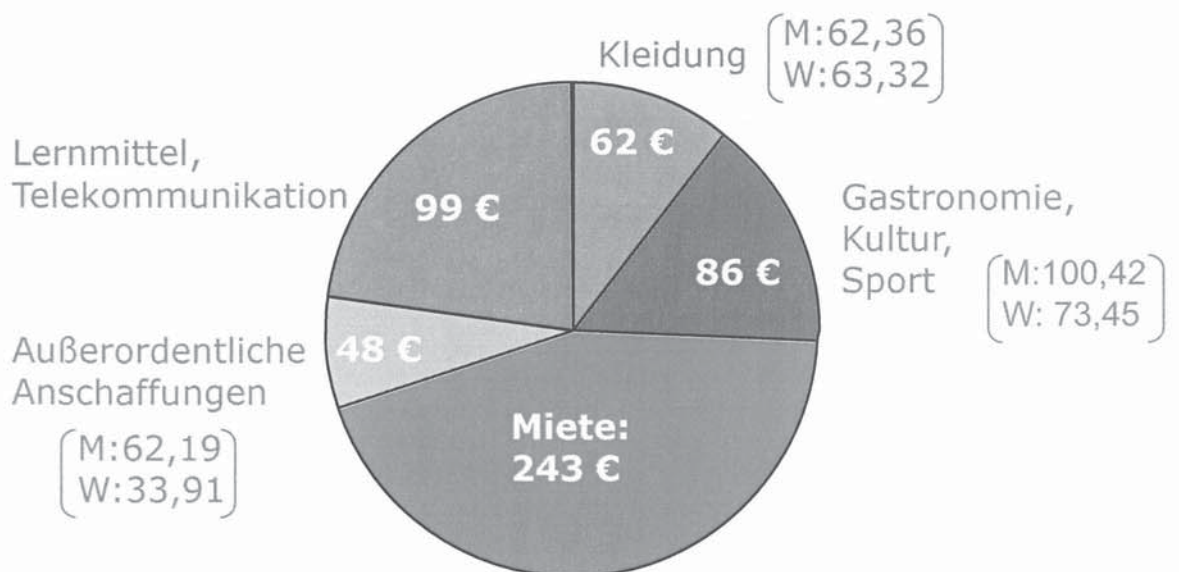
Seit x Semestern in MS



© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Wofür geben die Studierenden ihr Geld aus? (Summe: 539 € pro Monat)



© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Wo kommt das Geld her?

• Eltern:	391 €
• BAföG:	92 €
• Job	215 €
• Sonstige Quellen	69 €
Summe	767 €

./.. Erfragte Ausgaben (539 €)
./.. Nahrungsmittel (159 €)*



Rest: 69 €
(Kraftstoff; Sparen)

* Lt. Erhebung Dt. Studentenwerk

© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Direkte Ausgaben aller Studierenden in MS

	Ausgaben je Student pro Monat	Ausgaben aller Studenten jährlich
Kleidung	62,36 €	29,9 Mio. €
Kultur	86,27 €	41,4 Mio. €
Miete	242,83 €	145,7 Mio. €
Außerordentliche Anschaffungen	47,78 €	28,7 Mio. €
Sonstige	99,31 €	47,7 Mio. €
Summe	538,55 €	293,4 Mio. €

© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Ausgaben der Besucher

Durchschnittliche Ausgaben pro Tag:
(ohne Übernachtung) 39,40 €
Durchschnittliche Besuchsdauer: 5 Tage

	Besuchshäufigkeit (Durchschnitt p. a.)	Gesamtausgaben
Eltern	5,5	54,2 Mio. €
Freunde	8,4	82,7 Mio. €
Geschwister	3,7	36,5 Mio. €
Summe		173, 4 Mio. €

© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Multiplikatoreffekte

Multiplikator: 1,5*	Direkte Ausgaben	Induzierte Ausgaben	Gesamt- ausgaben
Studentische Ausgaben	293,4 Mio. €	146,7 Mio. €	440,1 Mio. €
Besucher- ausgaben	173,4 Mio. €	86,7 Mio. €	260,0 Mio. €
Summe	466,8 Mio. €	233,4 Mio. €	700,1 Mio. €

*Für Münster ermittelter Multiplikator in IIM-Studie

© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Arbeitsplatzeffekte

Einzelhandel Münster:

9.850 Beschäftigte
1,91 Mrd. € Umsatz



5 Arbeitsplätze pro 1 Mio. € Umsatz *

* Entspricht der im Rahmen des IIM-Projektes für Münster ermittelten Quote für den gesamten Tertiären Sektor

Wie viele Arbeitsplätze „hängen“ an den Ausgaben der Studierenden und ihrer Besucher ?



Beschäftigungseffekte in allen Sektoren

	Direkter Effekt	Indirekter Effekt	Gesamteffekt
Umsatz	466,8 Mio. €	233,4 Mio. €	700,1 Mio. €
Arbeitsplätze	2.334	3.734	6.068



Wirtschaftsförderung
Münster GmbH

Agenda

Kaufkrafteffekte durch Studierende

Einkommenseffekte für Städte
- aus dem Finanzausgleich
- aus der Zweitwohnsitzsteuer

Was kann die Wirtschaftsförderung tun?

- Allianz für Wissenschaft
- Clusterentwicklung

© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Wirtschaftsförderung
Münster GmbH

Einkommenseffekte für Städte

... aus dem **Finanzausgleich**

- Studierende mit Hauptwohnsitz in der Hochschulstadt
 - Münster: ca. 700 € p.a. je Student/Studentin aus Schlüsselzuweisung
 - Betrag ist schwankend je nach Schlüsselzuweisung
 - Die Zu- oder Abnahme um je 1.000 Studierende führt zu Veränderungen um je 0,7 Mio. € im städt. Haushalt

© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Einkommenseffekte für Städte

... aus der **Zweitwohnsitzsteuer**

- Studierende mit Zweitwohnsitz in der Hochschulstadt (Münster: ca. 11.000 Studierende)
- Entscheidung der Stadt Münster voraussichtlich am 8. Dezember 2010
- Fiskalische Effekte
 - Münster: 250 € p.a. je Student/Studentin
 - Mittelbarer Effekt: Ummeldungen zum Erstwohnsitz von ca. 3.000 Studierenden führt voraussichtlich zu Mehreinnahmen i.H.v. 2,1 Mio. € an Schlüsselzuweisungen



Agenda

Kaufkrafteffekte durch Studierende

Einkommenseffekte für Städte

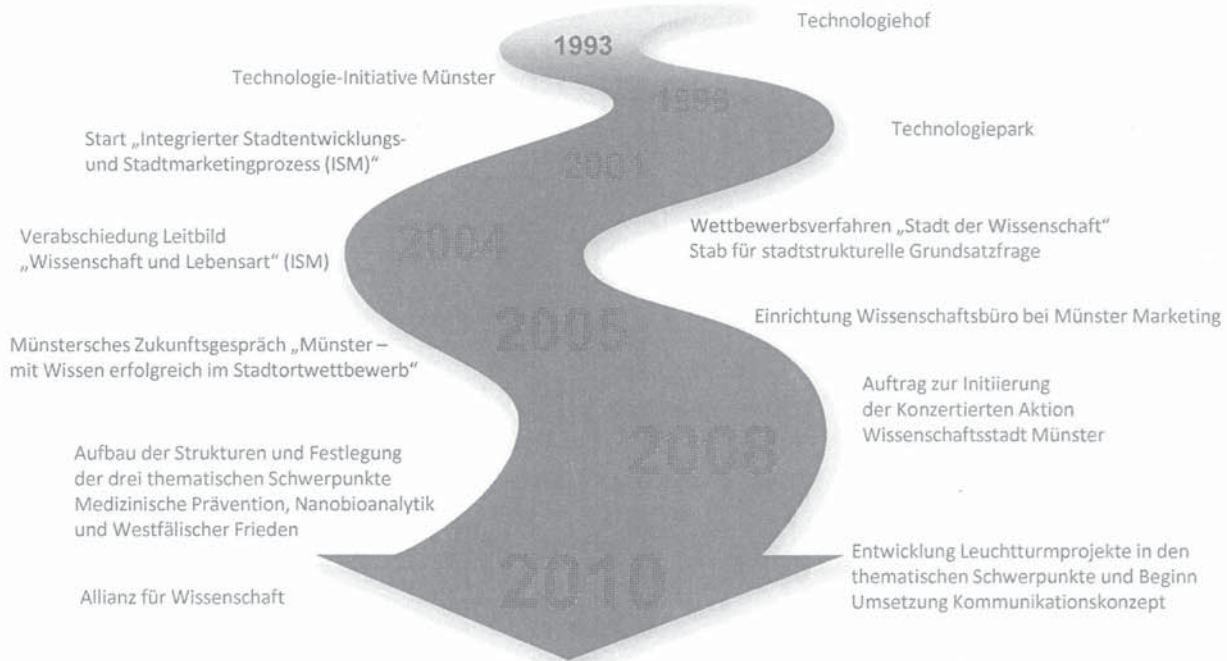
- aus dem Finanzausgleich
- aus der Zweitwohnsitzsteuer

Was kann die Wirtschaftsförderung tun?
- Allianz für Wissenschaft
- Clusterentwicklung



Wirtschaftsförderung
Münster GmbH

Auf dem Weg zur Wissenschaftsstadt



© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Wirtschaftsförderung
Münster GmbH

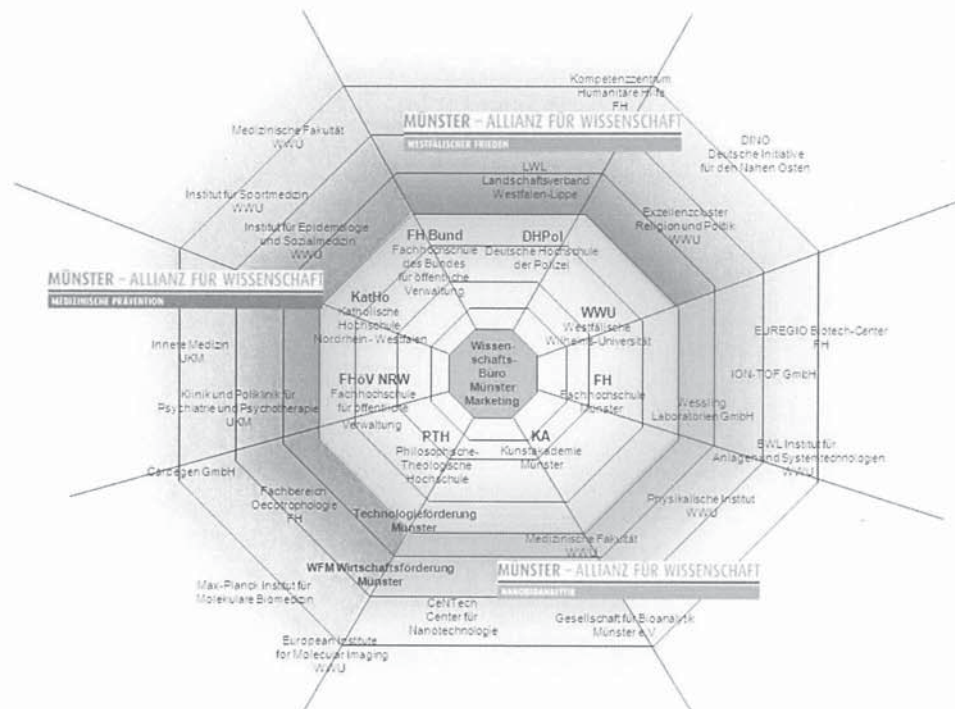
www.allianz-fuer-wissenschaft.de



© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Das Netzwerk Wissenschaftsbüro



© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



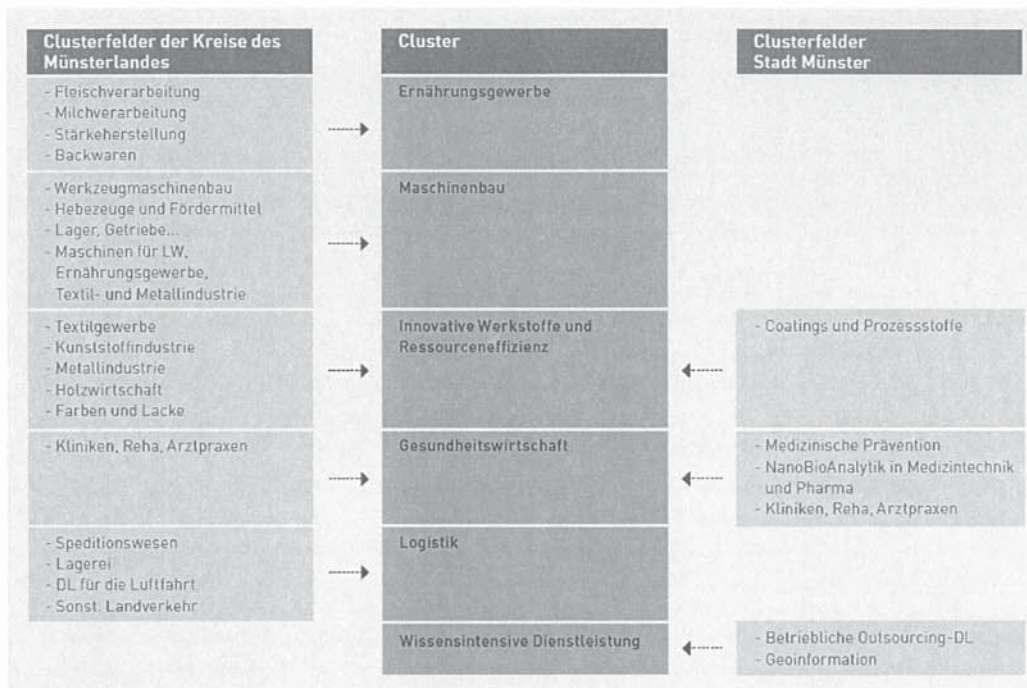
Erfolgsfaktoren

- feste Ansprechpartner und Strukturen in den Netzwerken, damit Koordinationsprobleme und Mehrarbeit vermieden werden
- gemeinschaftliche Zielfindung anhand klarer Kriterien
- politische Legitimation und Unterstützung als Rückhalt und zur Stabilisierung
- Vertrauen(saufbau) durch gemeinsame Projekte und enge persönliche Kontakte
- Vernetzung der Schlüsselpersonen
- kontinuierliche Kommunikation des Nutzen der Partnerschaft nach innen und außen zur Sichtbar- und Erlebbarmachung der Netzwerkarbeit
- Integration von Externen („Ideen von außen“)

© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Cluster der Gesamtregion Münsterland



© Wirtschaftsförderung Münster GmbH



Weitere Informationen unter:
www.wfm-muenster.de



AUF DEM WEG ZUR HOCHSCHULSTADT

DAS FALLBEISPIEL WUPPERTAL

Prof. Dr. Lambert T. Koch



DIE STADT WUPPERTAL UND IHRE UNIVERSITÄT

DIAGNOSE DER AUSGANGSSITUATION



- Wuppertal (360.000 Einwohner) steckt nach wie vor in einem schwierigen Strukturwandel. Viele Bürger hängen noch der industriellen Vergangenheit nach und tun sich schwer mit neuen Ansätzen regionaler Profilbildung.
- Die Bergische Universität (14.500 Studierende) wurde erst 1972 gegründet. Der Stadt fehlt somit eine Tradition als Universitätsstandort.
- Das identitätsstiftende Merkmal „Universität“ muss in der Bevölkerung erst „gelernt“ werden.

Prof. Dr. Lambert T. Koch

FORMULIERUNG DER ZIELSTELLUNG (► LEITBILD)

**„Wissensgesellschaft“
ist nicht nur ein Modebegriff,
sondern ein Auftrag**

200 Jahre nach Humboldt ist die wechselseitige Erfolgsabhängigkeit von Wissenschaft und Gesellschaft stärker denn je

Gefragt sind individuell angepasste Modelle einer sinnvollen Koevolution (nicht mehr nur Koexistenz)

Die Empirie belegt, dass regionale Verwurzelung und nationale/internationale Profilierung sich wechselseitig bedingen, zwei Seiten einer Medaille sind

Prof. Dr. Lambert T. Koch

STUFEN DER „INKULTURATION“

Ständige Kommunikation nach innen und außen

1. Abbau von Vorurteilen/Ignoranz durch Information über die ansässige Hochschule und über wechselseitige Nutzengenerierung
2. Erhöhung des Kooperationspotenzials durch Aufbau eines gemeinsamen Images von Stadt/Region und Hochschule
3. Planung und Durchführung gemeinsamer Projekte
4. Herausbildung von regionalen Netzwerken

Prof. Dr. Lambert T. Koch

STANDORTFAKTOR UNIVERSITÄT

ZENTRALE BOTSCHAFTEN UND IHRE ZIELGRUPPEN (► NUTZUNG UNTERSCHIEDLICHER KOMMUNIKATIONSKANÄLE)

Zielgruppe	Botschaft (Schlagworte)
Politik	Wohlstand / Strukturwandel / Demographie / Bürgerbeteiligung
Wirtschaft	Innovation / F&E-Projekte / Kaufkraft / Arbeitsmarkt / Wohnungsmarkt / Marktdynamik
Kultur	Kulturgüter / Nachfrage / Nachwuchs / Inspiration / kulturelles Klima
Bildung	Bildungsketten-Beteiligung / Bildungsniveau / Bildungsbewusstsein
Marketing	Imageeffekte / Standortattraktivität / Neuansiedlungen

Prof. Dr. Lambert T. Koch

STANDORTPROMOTOR UNIVERSITÄT

STRATEGIEEBENE

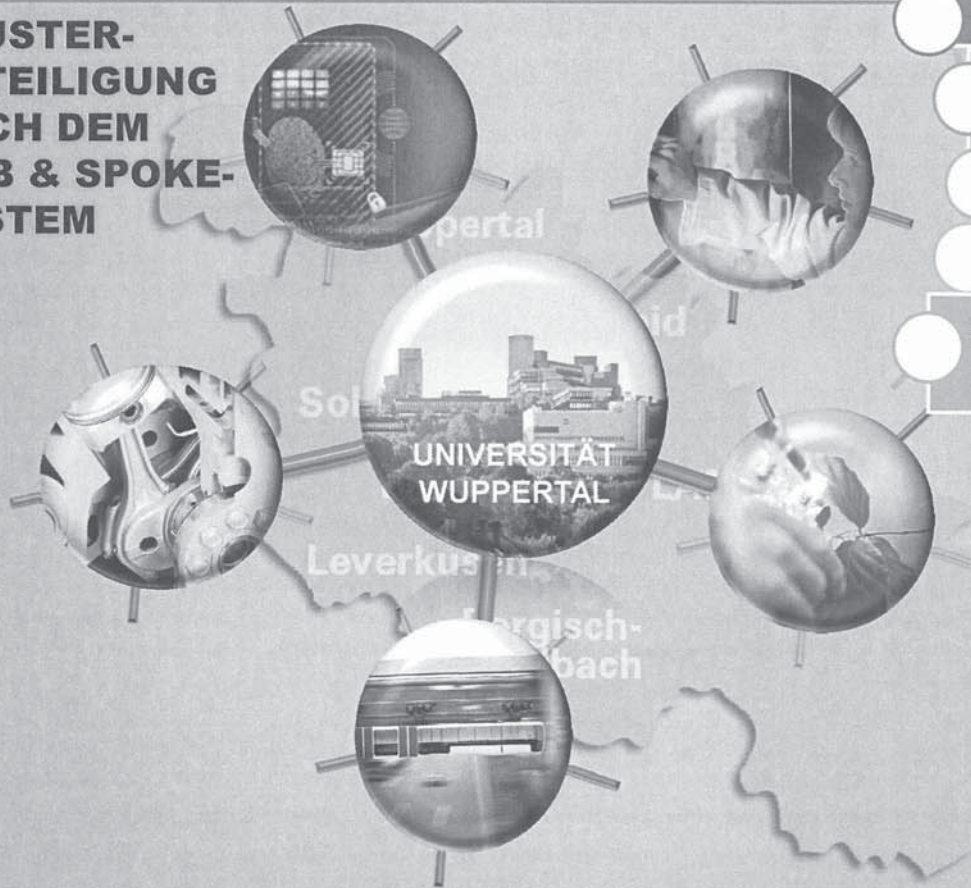
Zentrale Strategien

- Mitberücksichtigung der regionalen Struktur bei der Leitbildformulierung / Anstöße für eine regionale Profilbildung
- Cluster-Politik durch Beteiligung an und Entwicklung regionalen/r Technologie-Cluster
- Aktive Netzwerkbildung durch Kooperationsmanagement
- Förderung von Bildungspartizipation durch Angebotsbeteiligung entlang der gesamten Bildungskette
- Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements von Hochschulangehörigen / Studierenden u.a. durch aktive Vermittlung
- Verstärkte regionale Präsenz der Hochschule in Form von Veranstaltungsbeteiligung / Messen / Beratungsservices / Medienkooperationen / Wettbewerbsinitiativen
- Gemeinsame Standortpolitik

Prof. Dr. Lambert T. Koch

OPERATIONALISIERUNGSBEISPIEL I

CLUSTER- BETEILIGUNG NACH DEM HUB & SPOKE- SYSTEM



Cluster Gesundheitswirtschaft

Gründung des Bergischen Kompetenzzentrums für Gesundheitsmanagement und Public Health (BKG)

als Think Tank, Gate Keeper und Promotor

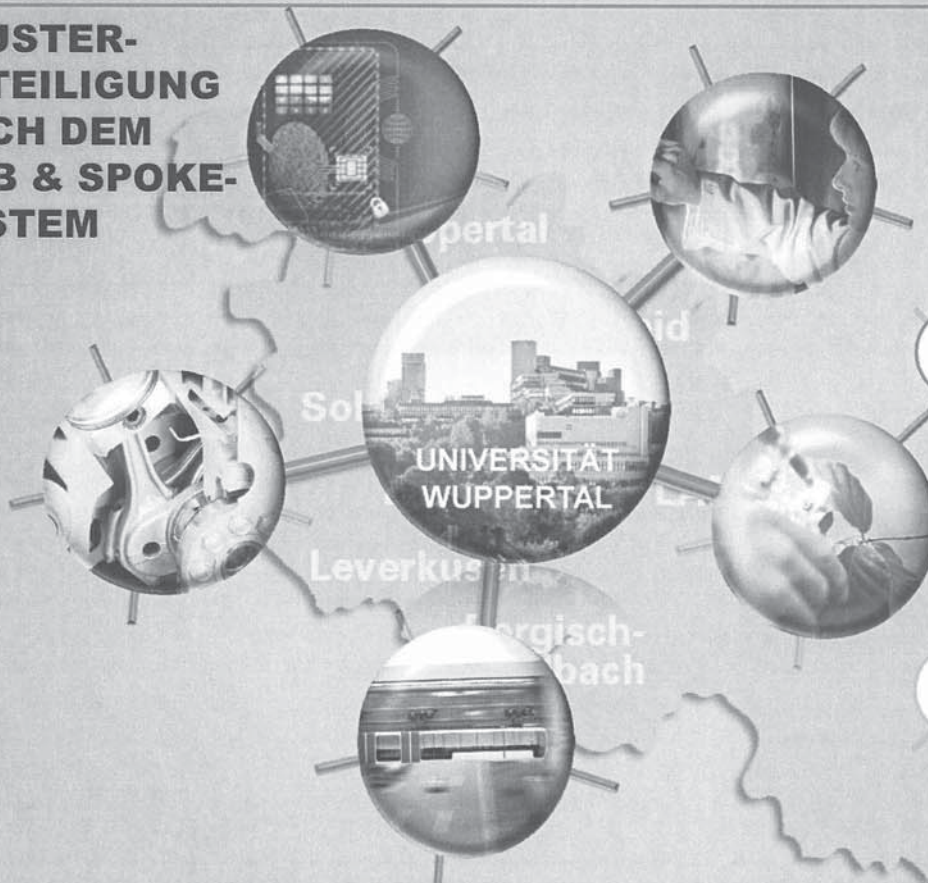
mit Aufgaben in Lehre, Forschung und Transfer

gefördert durch eine Anfangsinvestition von 2 Mio. Euro der privaten Gesundheitswirtschaft (u.a. zwei Stiftungsprofessuren)

Prof. Dr. Lambert T. Koch

OPERATIONALISIERUNGSBEISPIEL I

CLUSTER- BETEILIGUNG NACH DEM HUB & SPOKE- SYSTEM



Cluster Umwelt/ Energie/ NHK

Kooperation mit großen regionalen Playern wie dem Wuppertal Institut, der Energieagentur NRW und der Clean Tech-Wirtschaft

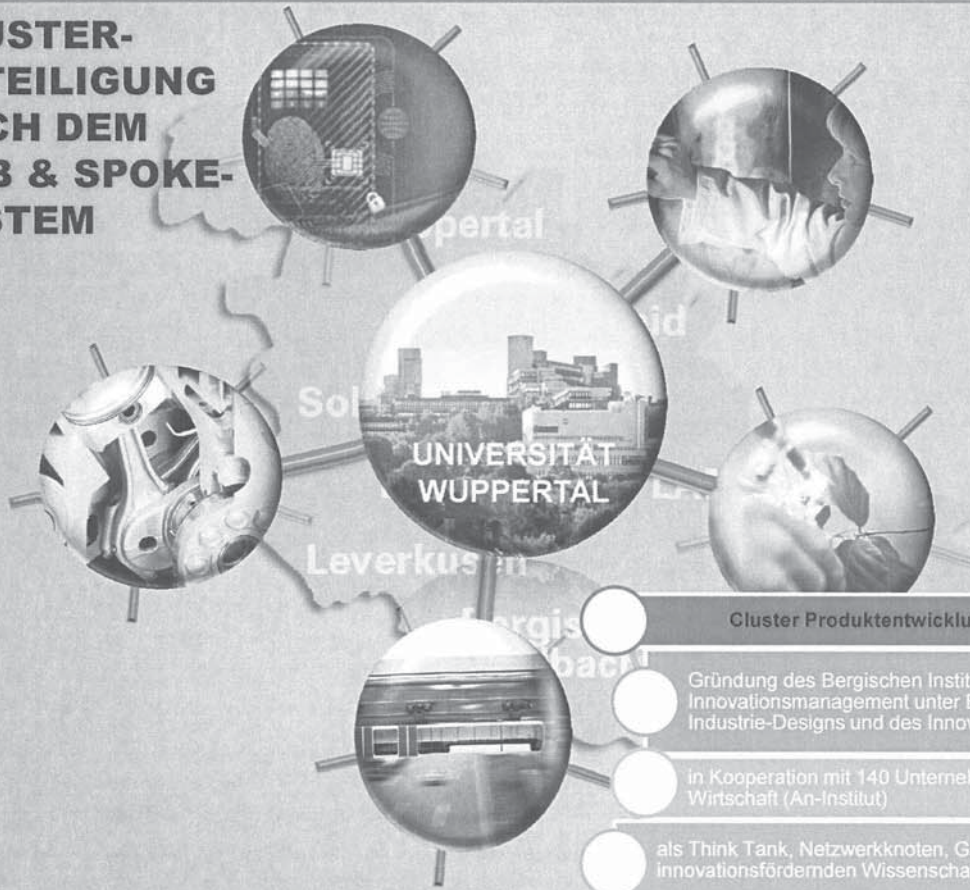
Gründ. v. Austauschforen, Verbindungsprofessuren

Durchführung v. Forschungs- u. Transferprojekte, gem. Technologie-Scouting im Clean Tech-Bereich mit netzwerkgestützter Gründungsförderung, unter Beteiligung der Schumpeter School of Business and Economics

Prof. Dr. Lambert T. Koch

OPERATIONALISIERUNGSBEISPIEL I

CLUSTER- BETEILIGUNG NACH DEM HUB & SPOKE- SYSTEM



Cluster Produktentwicklung und Produktdesign

Gründung des Bergischen Instituts für Produktentwicklung und Innovationsmanagement unter Beteiligung von Professoren des Industrie-Designs und des Innovationsmanagements

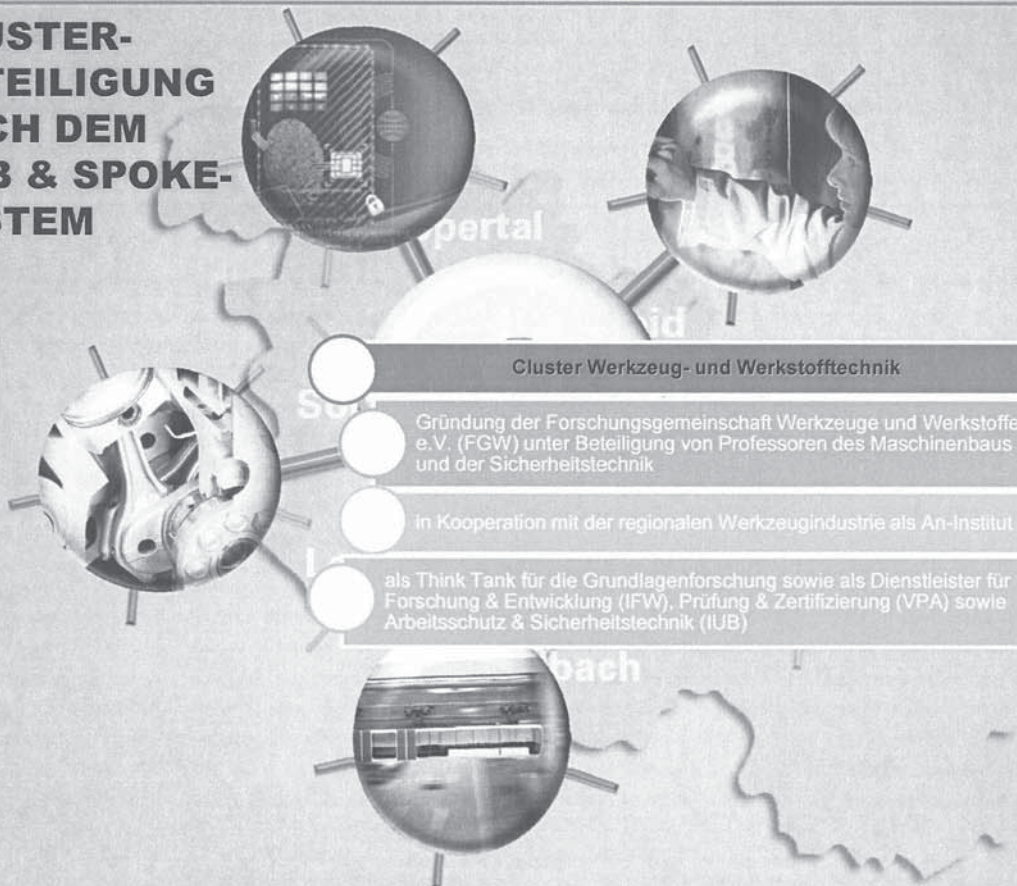
in Kooperation mit 140 Unternehmen der einschlägigen Wirtschaft (An-Institut)

als Think Tank, Netzwerkknoten, Gate Keeper und Promotor einer innovationsfördernden Wissenschafts-Praxis-Kommunikation

Prof. Dr. Lambert T. Koch

OPERATIONALISIERUNGSBEISPIEL I

CLUSTER- BETEILIGUNG NACH DEM HUB & SPOKE- SYSTEM



Cluster Werkzeug- und Werkstofftechnik

Gründung der Forschungsgemeinschaft Werkzeuge und Werkstoffe e.V. (FGW) unter Beteiligung von Professoren des Maschinenbaus und der Sicherheitstechnik

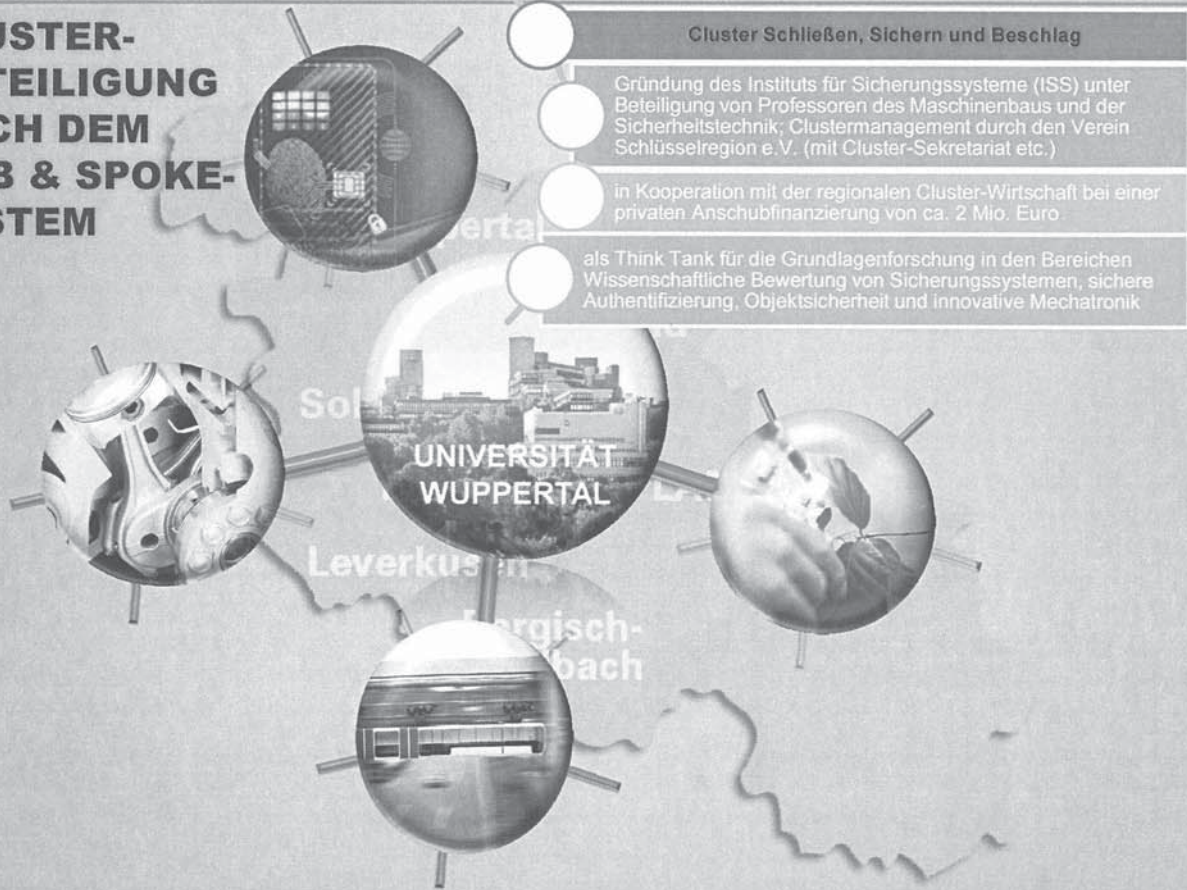
in Kooperation mit der regionalen Werkzeugindustrie als An-Institut

als Think Tank für die Grundlagenforschung sowie als Dienstleister für Forschung & Entwicklung (IFW), Prüfung & Zertifizierung (VPA) sowie Arbeitsschutz & Sicherheitstechnik (IUB)

Prof. Dr. Lambert T. Koch

OPERATIONALISIERUNGSBEISPIEL I

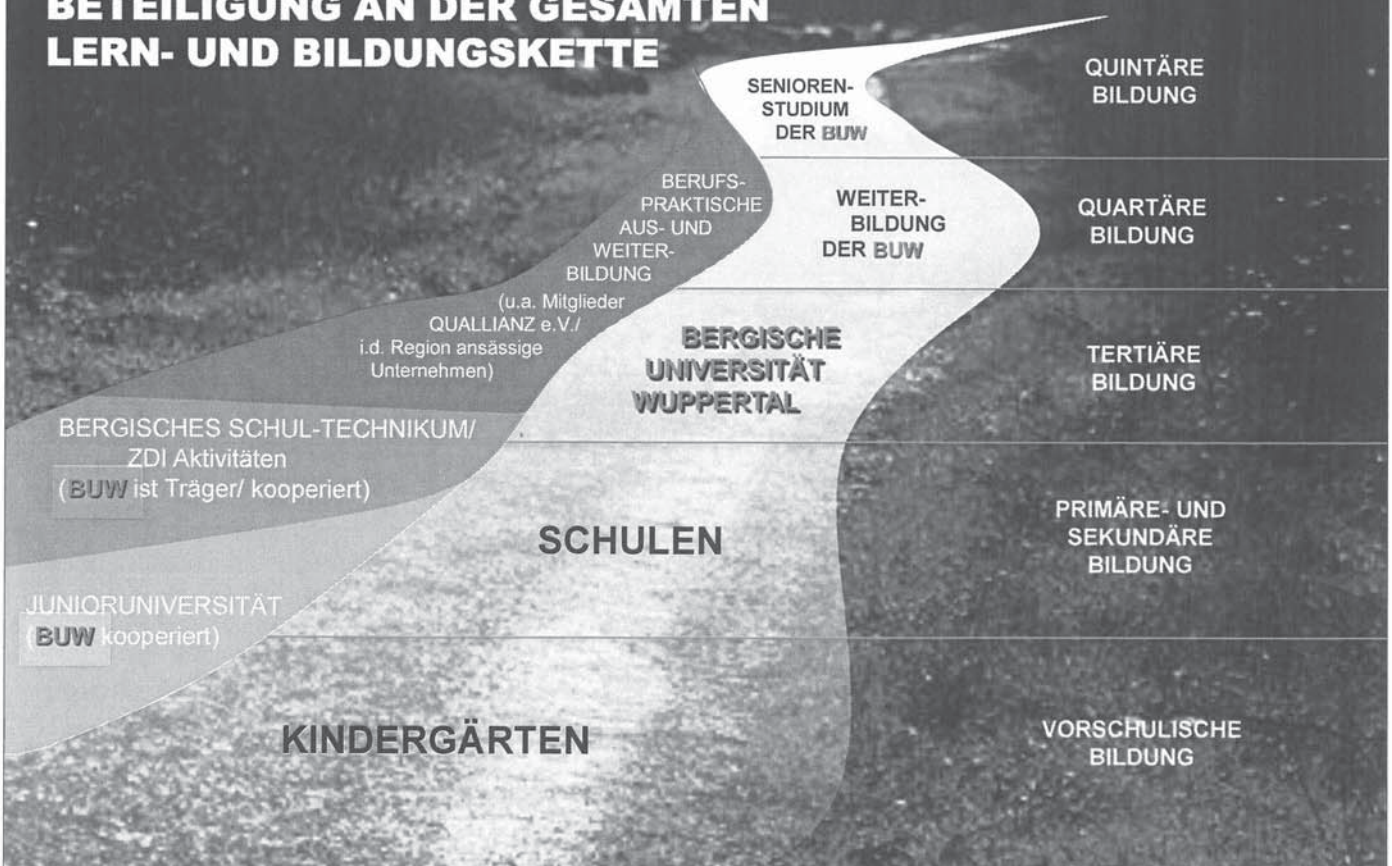
CLUSTER-BETEILIGUNG NACH DEM HUB & SPOKE-SYSTEM



Prof. Dr. Lambert T. Koch

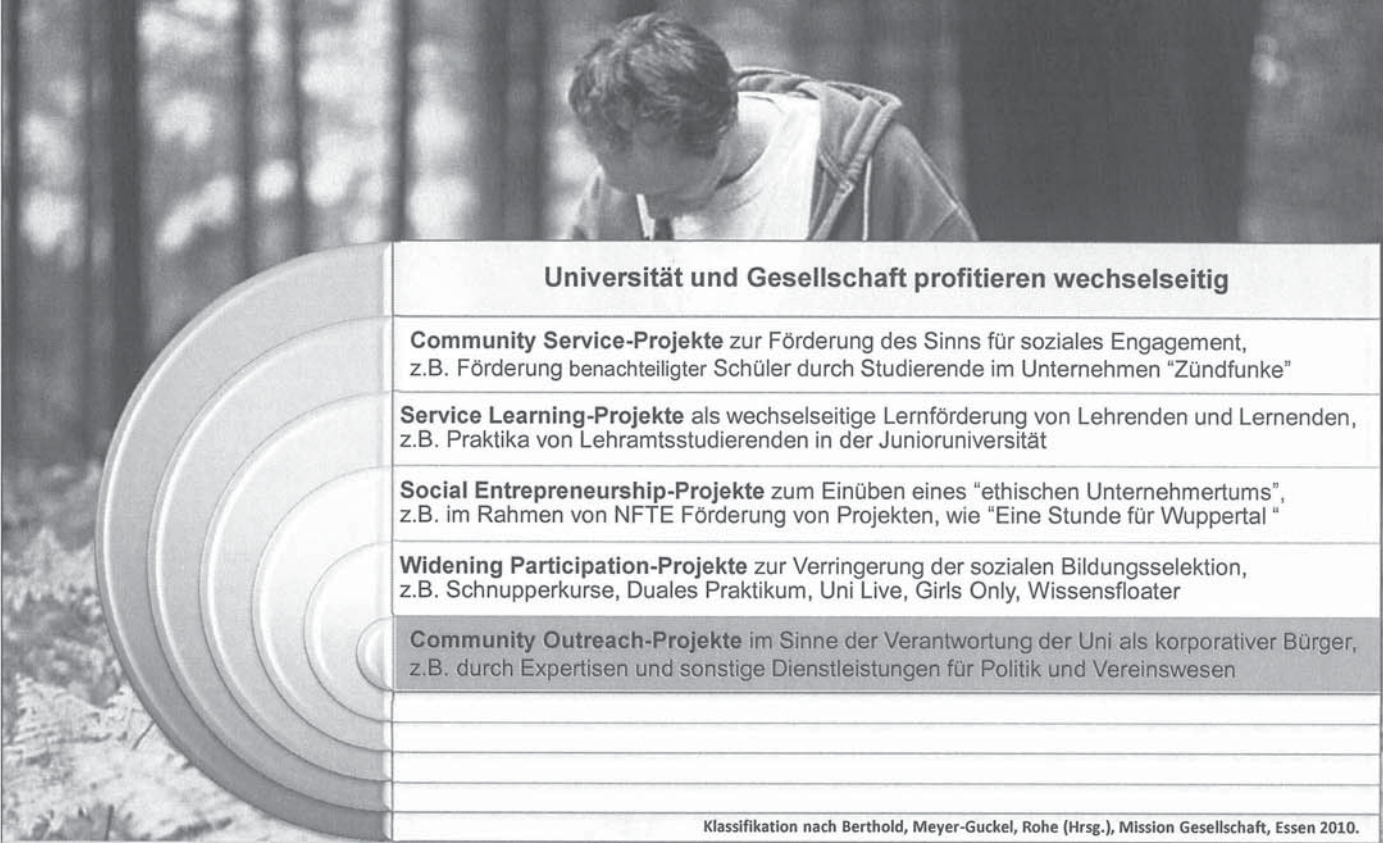
OPERATIONALISIERUNGSBEISPIEL II

BETEILIGUNG AN DER GESAMTEN LERN- UND BILDUNGSKETTE



Prof. Dr. Lambert T. Koch

ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT



Universität und Gesellschaft profitieren wechselseitig
Community Service-Projekte zur Förderung des Sinns für soziales Engagement, z.B. Förderung benachteiligter Schüler durch Studierende im Unternehmen "Zündfunke"
Service Learning-Projekte als wechselseitige Lernförderung von Lehrenden und Lernenden, z.B. Praktika von Lehramtsstudierenden in der Junioruniversität
Social Entrepreneurship-Projekte zum Einüben eines "ethischen Unternehmertums", z.B. im Rahmen von NFTE Förderung von Projekten, wie "Eine Stunde für Wuppertal"
Widening Participation-Projekte zur Verringerung der sozialen Bildungsselektion, z.B. Schnupperkurse, Duales Praktikum, Uni Live, Girls Only, Wissensfloater
Community Outreach-Projekte im Sinne der Verantwortung der Uni als korporativer Bürger, z.B. durch Expertisen und sonstige Dienstleistungen für Politik und Vereinswesen

Klassifikation nach Berthold, Meyer-Guckel, Rohe (Hrsg.), Mission Gesellschaft, Essen 2010.

Prof. Dr. Lambert T. Koch

GEMEINSAME STANDORTPOLITIK



Konkrete gemeinsame Maßnahmen
Erhöhung der Bleibeattraktivität für Absolventen/innen
Unterstützung und Ansiedlung universitärer Ausgründungen
Verbesserung der kommunalen Infrastruktur (u.a. gemeinsame Verkehrsplanung)
Schaffung studentischen Wohnraums (u.a. gemeinsame Konzeptentwicklung)
Abgestimmtes Regionales Bildungskonzept
Unterstützung beim Ausbau der Universität (hohes Investitionsvolumen)
Gemeinsames Marketing

Prof. Dr. Lambert T. Koch

**Prof. Dr. Christian H. Werner,
Präsident der Fachhochschule für angewandtes Management GmbH Erding**

**Die Ansiedlung privater Hochschulen als Erfolgsfaktor
für die regionale Entwicklung**

Panel 1

1. Die Gretchenfrage nach privaten oder öffentlichen Hochschulen

Die Zahlen sprechen für sich: In der Finanzierungsbetrachtung verdoppelten sich von 1999 bis 2007 die Budgets für Bildung im öffentlichen Hochschulsektor von 10,8 Mrd. auf 21,6 Mrd. Euro. Im gleichen Zeitraum stiegen die Ausgaben im privaten Hochschulbereich (natürlich auf niedrigerem Niveau) hingegen um das 6,5-fache von 0,6 Mrd. auf 3,9 Mrd. Euro (vgl. Statistisches Bundesamt 2002:395/Statistisches Bundesamt 2010:160). Gab es 2002 noch 55 private Hochschulen mit knapp 30.000 Studierenden (vgl. Brockhoff 2003:2), so sind es 2010 bereits 102 Hochschulen in privater Trägerschaft mit mehr als 96.000 Studierenden. Die Anzahl privater Hochschulen hat sich somit verdoppelt, die Zahl der Studierenden verdreifacht. Insbesondere der weitere Anstieg der Studierendenzahlen (z.B. induziert durch die doppelten Abiturjahrgänge, den wachsenden Bedarf an hochqualifizierten Fach- und Führungskräften und die in Folge steigende Nachfrage nach akademischer Bildung) spricht dafür, dass sich dieser Trend fortsetzen wird (vgl. Gensch und Raßer 2011:54).

- Private Hochschulen besetzen im akademischen Bildungsmarkt häufig ganz bewusst thematische und regionale Nischen, die öffentliche Anbieter oft gar nicht abdecken können oder wollen (vgl. Darraz et al. 2009:8).
- Private Hochschulen waren und sind Innovatoren und Wegbereiter für neue Formen des Lehren und Lernens (z. B. e-Learning/Blended Learning/duale Studiengänge), die in den häufig kleineren Unternehmensstrukturen schneller implementiert und optimiert werden können.
- Da gute Lehre ohne entsprechende eigene Forschung nicht auskommt, werden sich auch die privaten Hochschulen auf dem Gebiet der Forschung weiter etablieren (vgl. Brockhoff 2003:2). Die im Vergleich zu den großen staatlichen Hochschulen enge Vernetzung mit der Wirtschaft verspricht ein hohes Forschungspotenzial. Insbesondere im Bereich der Auftragsforschung können private Hochschulen künftig neue Akzente setzen.

- Im beschäftigungsintensiven, weiter wachsenden Bildungsarbeitsmarkt gewinnen die privaten Hochschulen zunehmend als Arbeitgeber an Bedeutung (vgl. Sackmann 2010:370), sowohl für akademisch hochqualifiziertes als auch für administratives und verwaltungsbezogenes Personal.

Öffentliche und private Hochschulen stehen nicht zwingend in Konkurrenz zueinander, sondern können im fairen Wettbewerb und/oder in Kooperationen voneinander lernen und profitieren (vgl. Weiler 2003:188). In gemeinsamen Projekten können öffentliche Hochschulen beispielsweise von der Wettbewerbserfahrung der privaten Hochschulen profitieren. Die hier angedeuteten Vorzüge implizieren eine besondere Bedeutung der privaten Hochschulen als regionaler Standortfaktor, die durch staatlich-öffentliche Bildungsanbieter nicht vollständig kompensiert werden kann. Dieser Beitrag gibt dementsprechend einen Einblick in aktuelle Ergebnisse der Forschung zu privaten Hochschulen. Nach einer Differenzierung privater und öffentlicher Hochschulformen erfolgt anschließend eine Darstellung der spezifischen Bedeutung privater Hochschulen als Standortfaktor.

2. Was unterscheidet private und öffentliche Hochschulformen?

Um die spezifischen Vorteile einer lokalen Ansiedlung privater Hochschulen aufzeigen zu können, gilt es zunächst, einen genaueren Blick (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) auf einige Unterschiede zwischen privaten und öffentlichen Hochschulen zu richten. Augenfällig unterscheiden sich staatliche und private Hochschulen häufig deutlich in der Anzahl von Studierenden. Mit einigen Ausreißern nach oben und unten liegt das arithmetische Mittel bei etwa 600 Studierenden pro privatem Anbieter (vgl. Sperlich 2008:59); mit ca. 7.000 Studierenden sind die öffentlichen Hochschulen hier deutlich größer (vgl. Darras et al. 2009:45). Für die staatlichen Hochschulen hat das den Vorteil von Skaleneffekten und damit verbundenen Kostenvorteilen pro Studierendem. Die privaten punkten hier hingegen häufig mit besseren Betreuungsschlüsseln. Während an den öffentlichen Einrichtungen regelmäßig von überfüllten Hörsälen die Rede ist, arbeiten private Anbieter oftmals mit Klassengrößen von zehn bis zwanzig Studierenden (vgl. Sperlich 2008:60ff).

Zweitens unterscheiden sich private und staatliche Einrichtungen in ihrer Wettbewerbswahrnehmung und ihrem Wettbewerbsverhalten: Von jeher sind private Hochschulen auf den Wettbewerb am Bildungsmarkt eingestellt. Sperlich (vgl. 2008:72ff) nennt aus einer Marketing-Perspektive vier Faktoren, die den Wettbewerb für private Hochschulen charakterisieren und die Unterschiedlichkeit privater und öffentlicher Hochschulen weiter beleuchten: (1) Mit einem spezialisierten Bildungsangebot müssen sie geeignete Marktnischen finden und diese

möglichst gut mit spezifischen und zugleich differenzierten Produkten besetzen. Die staatlichen Hochschulen stehen mit ihrem breiten Angebot an Studiengängen außer Konkurrenz. Die privaten Hochschulen müssen daher aus den Vorteilen eines Spezialisten gegenüber einem Generalisten schöpfen. (2) Dabei stehen sie in Konkurrenz zu bereits vorhandenen (Nischen-)Anbietern oder müssen sich beim Markteintritt neuer Wettbewerber gegen diese behaupten, da bei dem häufig vergleichsweise kleinen (weil spezifischen) Zielgruppenpotenzial bereits kleine Abwanderungen problematisch sein können. (3) Zu beachten haben sie dabei die Verhandlungsmacht ihrer Abnehmer. Das sind zum einen ihre direkten Kunden, die beitragsleistenden Studierenden, und zum anderen sind es indirekte Abnehmer wie der Staat und die Wirtschaft, die nach gut ausgebildeten Fachkräften verlangen. (4) Schließlich spielt die Verhandlungsmacht der Lieferanten (z.B. Schulen, Arbeitsmarkt, Kommune) eine gewisse Rolle. Betrachten wir diese vier Aspekte nun etwas genauer hinsichtlich ihres Abgrenzungspotenzials von privaten und staatlichen Hochschulen.

Mit Blick auf (1) ist es die bislang erfolgreiche Strategie der privaten Anbieter, mit ihrem Bildungsangebot eine Antwort auf die Schwachstellen der staatlichen Hochschulausbildung zu geben. In der Studie von Lödermann und Scharrer (vgl. 2010:85f) werden von Unternehmen vor allem die Praxisferne und Theorielastigkeit der Hochschulausbildung genannt. Private Hochschulen setzen hier an und legen neben akademischen Inhalten großen Wert auf die Vermittlung von Handlungskompetenz (vgl. FHAM 2011). Die in (2) benannte Konkurrenz verschafft den privaten gegenüber öffentlichen Hochschulen einen Wettbewerbsvorteil: Von Beginn an müssen die privaten Hochschulen wettbewerbsorientiert und marktgerecht denken und handeln. Ihr Studienangebot resultiert häufig auf vorhergehenden (regionalspezifischen) Marktanalysen. Staatliche Anbieter hingegen sind noch dabei, sich auf den zunehmenden Wettbewerb am Bildungsmarkt einzustellen (vgl. Sperlich 2008:60-65), ihr Ausbildungsangebot resultiert häufig aus den ihnen zur Verfügung stehenden Humanressourcen.

Private Hochschulen sind durch eine günstigere Einnahme-, Organisations- und Kostenstruktur in der Lage, mit einer geringeren Anzahl an Studierenden wirtschaftlich zu operieren. Während die öffentlichen Hochschulen nach Schätzungen einer Mindestgröße von 4.000 Studierenden bedürfen, um wirtschaftlich zu arbeiten, sind private Hochschulen in der Lage, stabile Standorte mit weniger als 500 Studierenden zu realisieren. Nicht zuletzt deshalb gehen fast alle Neugründungen von Hochschulen in den vergangenen beiden Jahrzehnten auf private Initiativen zurück. Im staatlichen Hochschulbereich wird zunehmend über einen Rückzug aus der Fläche und über Standortschließungen diskutiert (vgl. Sauerborn 2005:151). Private Hochschulen finden hier zum Vorteil für die lokale Bevölkerung eine Chance, sich erfolgreich in re-

gionalen Marktnischen zu etablieren (vgl. Reisz und Stock 2008:9). Um dabei erfolgreich zu sein, richten sich die privaten Hochschulangebote stark an der regionalspezifischen Bildungsnachfrage aus, die Kooperation mit der Wirtschaft in Forschung und Lehre (vgl. duale Studiengänge) wird aktiv gesucht. Neben regionalen Nischen besetzen die privaten Hochschulen so auch thematische Nischen des Bildungsmarkts sinnvoll (vgl. auch Sackmann 2004:88).

Auf die Verhandlungsmacht ihrer „Abnehmer“ (3) reagieren private anders als öffentliche Hochschulen. Für das erbrachte Bildungsangebot entrichten Studierende Studienbeiträge, die, anders als bei öffentlichen Anbietern, eine Hauptquelle der Finanzierung sind. Die Studierenden als Kunden zu sehen und zu behandeln, war damit schon lange vor der anhaltenden Debatte um Studiengebühren ein wesentliches Merkmal privater Hochschulen. Staatliche Einrichtungen hingegen entwickeln eine Kundenperspektive nur zögerlich. Private Anbieter haben – weniger belastet von staatlicher Regulierung und Einflussnahme – mehr Möglichkeiten, auf die Nachfrage der Studierenden mit flexiblen Angeboten zu reagieren. Im Umkehrschluss haben die Studierenden einen wohl größeren und weitergehenden Einfluss auf die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung von Studiengängen (vgl. Kamm 2009:25f).

Auch mit Blick auf die Verhandlungsmacht der Lieferanten (4) haben die privaten Hochschulen klare Wettbewerbsvorteile. Ihre flexiblen Strukturen ermöglichen es, sich schnell an Marktveränderungen anzupassen. So wird z.B. der doppelte Abiturjahrgang nicht als Bedrohung wahrgenommen, sondern als Chance. Die privaten Hochschulen positionieren sich hier als Alternative zu den überfüllten Hochschulen. Um ihren Marktvorteil der guten Betreuung Studierender zu erhalten, werden die privaten Anbieter auch bei steigender Nachfrage nach ihren Angeboten niedrige Betreuungsschlüssel beibehalten. Die aufgezeigte höhere Wettbewerbsfähigkeit privater Hochschulen und ihr spezifischer Leistungskatalog führen uns zu ihrer Bedeutung als regionaler Standortfaktor.

3. Welche besondere Bedeutung haben private Hochschulen als Standortfaktor?

Die Liste positiver Standorteffekte von Hochschulen im Allgemeinen ist umfangreich, wie folgende Tabelle zeigt. Im Folgenden werden hiervon diejenigen Aspekte ausgeführt, die in besonderer Weise die privaten Hochschulen betreffen.

Tabelle 1: Hochschulen als Standortfaktor – Angebots- und Nachfrageeffekte

(vgl. hierzu u.a. Schneijderberg und Teichler 2010; Leusing 2007; Sauerborn 2005; Castro und Garcia-Quevedo 2005; Sackmann 2004)

Nachfrageeffekte	
direkt	indirekt
Arbeitsmarkt	
<p>Belebung des Arbeitsmarkts durch die Einstellung von Hochschulpersonal in Verwaltung, Lehre und Forschung</p> <p>Entstehung neuer Arbeitsplätze für Zuziehende und Ortsansässige</p>	<p>Entstehung neuer Arbeitsplätze bei lokalen Unternehmen</p> <p>durch den Konsum der Hochschule, ihres Personals und der Studierenden</p> <p>durch die Investitionen in die Hochschule (Aufträge an die heimische Wirtschaft)</p>
Konsum	
<p>Steigende Konsumausgaben durch die Hochschule selbst, das Hochschulpersonal, die Gäste und Studierenden der Hochschule</p> <p>z.B. Ausgaben für Verbrauchsmaterial, Bücher, Mieten, technische Ausstattung, Spezialbedarf, Güter des täglichen Lebens, Schreibwaren, Hotels und Gastronomie, Mieten</p>	<p>Steigende Konsumausgaben der heimischen Bevölkerung in Folge der mit der Hochschulgründung getätigten Investitionen und des verbesserten Beschäftigungspotenzials am lokalen Arbeitsmarkt</p>
Investition	
<p>Sach- und Bauinvestitionen der Hochschule (z.B. für Gebäude, Kantinen, Forschungseinrichtungen, technische Anlagen)</p> <p>Staatliche Investitionen in die Hochschule (z.B. Gründungszuschüsse, Forschungsgelder)</p> <p>Privatwirtschaftliche Investitionen (z.B. in gemeinsame Forschungsprojekte)</p>	<p>Weitere Investitionen durch die regionale Entwicklung angezogener (z.B. forschungsnaher) Unternehmen und Einrichtungen</p> <p>Gestiegene Einnahmen aus Steuern und Abgaben für öffentliche Investitionen in der Region</p> <p>Wertzuwachs bietet Anreiz für weitere Investitionen, z.B. in private Immobilien</p>

Angebotseffekte	
direkt	indirekt
Arbeitsmarkt	
<p>Ausbildung und Bereitstellung von Fach- und Führungskräften für den regionalen Arbeitsmarkt</p> <p>Studierende als gut ausgebildete Praktikanten, Diplomanden, Doktoranden und Projektmitarbeiter</p>	<p>Zuzug weiterer Fach- und Führungskräfte in Folge der gestiegenen Attraktivität der Region</p>
Forschung, Lehre, Entwicklung, Dienstleistungen	
<p>Direkter Wissenstransfer durch gemeinsame Projektarbeiten, Projektmanagement, Weiterbildung und Beratungsleistungen für Wirtschaft und Kommune</p> <p>Duale und integrierte Studiengänge</p> <p>Unternehmensneugründungen</p> <p>Gemeinsame Forschung von Hochschul- und Unternehmensforschern</p> <p>Praktikanten</p>	<p>Kooperationen vorhandener und neu angesiedelter forschungsnaher Unternehmen</p> <p>In Folge eines entstehenden „Wissenschaftsklimas“ durch forschungsnahe Unternehmen: wachsendes Angebot an wissensintensiven und unternehmensorientierten Dienstleistungen in der Region</p>
Soziale und kulturelle Effekte	
<p>Soziale Projekte mit der Hochschule</p> <p>Knowhow für kommunale, ehrenamtliche, gemeinnützige Projekte</p> <p>Zusammenarbeit mit Vereinen, Organisationen und Verbänden</p>	
Veranstaltungen	
<p>Kulturelle Veranstaltungen der Hochschule</p> <p>Kongresse der Hochschule</p> <p>Sportveranstaltungen und -events</p> <p>Info-Tage zu bestimmten Themen</p>	<p>Durch den Imagegewinn der Region werden andere Veranstalter angezogen</p>

Direkte Nachfrageeffekte auf dem Arbeitsmarkt: Dank flacher Hierarchien und weniger durch staatliche Regularien gebremste Besetzungs- und Einstellungsverfahren, die eher denen von Unternehmen ähneln, werden private Hochschulen neu entstandene Arbeitsplätze zügig besetzen. Insbesondere im Bereich der Verwaltung entstehen neue Jobs, die zum Teil mit Personen des lokalen Arbeitsmarkts besetzt werden können. Während das wissenschaftliche Personal überwiegend überregional rekrutiert wird, kann ein Teil der Dozenten mit ortsansässigen Arbeitnehmern besetzt werden. Gesucht sind akademische Fachkräfte, die relevante Erfahrung in der Wirtschaft und/oder Erwachsenenbildung haben. Neben vollen Stellen in der Lehre bieten sich hier vor allem nebenberufliche, ergänzende Beschäftigungsmodelle an, die den Arbeitsmarkt weiter flexibilisieren. In vielen Fällen arbeiten Lehrende an privaten Hochschulen parallel zu ihrer Lehrtätigkeit in einem ihrer Lehre entsprechenden Wirtschaftsbereich. Wirtschaftserfahrenes Personal ist somit eines der Merkmale privater Hochschulen.

Direkte Nachfrageeffekte im Konsumbereich: Die Hochschule und die mit ihr neu entstandene Beschäftigung beleben den lokalen Konsum. Gleiches gilt für die neu hinzukommenden Studierenden. Besonders profitieren von den in Tabelle 1 aufgeführten Ausgaben die Branchen Dienstleistungen, Gastronomie und Einzelhandel. Mit den Studierenden und Lehrenden steigen die örtlichen Übernachtungszahlen. Fest zuziehende Mitarbeiter und Studierende lassen die Mieteinnahmen steigen. Einen besonderen Beitrag leisten die privaten Hochschulen zum langfristigen Erhalt des konsumtiven Nachfrageeffekts. Die über Praktika und Projekte enge Bindung an die lokale Wirtschaft macht es wahrscheinlicher, dass ein Teil der Absolventen als hochqualifizierte und gut bezahlte Fachkraft auf längere Sicht in der Region verbleibt und den Konsum nachhaltig belebt.

Direkte Nachfrageeffekte im Bereich der Investitionen: Von Bedeutung für die privaten Hochschulen sind Anschubfinanzierungen und Forschungsgelder sowie privatwirtschaftliche Investitionen in kooperative Forschungsprojekte. Da die privaten Hochschulen neben der Lehre zunehmend in den Bereich der Forschung vorstoßen (vgl. Wissenschaftsrat 2010:4), spielen diese Investitionen künftig eine noch größere Rolle. Schließlich motivieren gemeinsame Projekte von Hochschulen und Unternehmen letztere, in einem der Projektgröße entsprechenden Umfang in die Region zu investieren. Die Entstehung von dauerhaften Forschungsverbänden und Hochschulparks wird so möglich.

Direkte und indirekte Angebotseffekte auf dem Arbeitsmarkt: Das wohl wichtigste Angebot der privaten Hochschulen an ihren Standort ist die Ausbildung von hochqualifizierten Arbeitskräften für den (und durch die enge Verzahnung mit der Wirtschaft vor Ort auch: im) regiona-

len Arbeitsmarkt. Hier kommt die Stärke der privaten Hochschulen in der Kooperation mit Unternehmen der Wirtschaft und den Kommunen zum Tragen. Die Studierenden sind von Beginn ihres Studiums an in das Wirtschaftsgeschehen vor Ort eingebunden.

Im Rahmen von Praktika, realen Fallstudien und Studienarbeiten sowie, soweit möglich, in konkreten kurz- bis mittelfristigen Projekten sind sie direkt für die Unternehmen eines Standorts tätig. Für die Studierenden erhöht diese Form des praktischen Lernens die Chancen einer direkten Übernahme im Anschluss an das Studium. Für die Unternehmen sind diese frühen Berührungspunkte eine hervorragende Gelegenheit, um potenziellen Nachwuchs nicht nur in einem kurzen Bewerbungsgespräch, sondern über einen längeren Zeitraum kennenzulernen. Darüber hinaus profitieren die Unternehmen von den Arbeitsergebnissen der für sie tätigen Studierenden. Sie erhalten praktikable Lösungen für reale Fragestellungen und Probleme ihres Unternehmens. Auf diese Weise erfolgt der direkte Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen.

4. Welche Wege führen zur erfolgreichen Hochschulstadt?

Der Erfolg einer neuen Hochschule steht und fällt mit deren gesellschaftlicher und politischer Einbindung in die Stadt und die Region. Brockhoff (vgl. 2003:11-16) nennt als Beispiele die aktive und kontinuierliche Zusammenarbeit der Hochschule mit ortsansässigen Vereinen, Verbänden und Organisationen. Weiter spielt die gute Erreichbarkeit mit öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln eine wichtige Rolle. Aus beiden Gründen liegt die Wahl eines zentrumsnahen Standorts in einer städtebaulich ansprechenden Umgebung nahe (vgl. hierzu auch Kunzmann 2004). Größere Neubauten sind in vielen Fällen für die Hochschulen nicht erforderlich. Eine wichtigere Rolle spielt hier die freizügige Ermöglichung gemeinsamer Nutzung öffentlicher Gebäude wie Kongresszentren und Mehrzweckhallen, z.B. für wissenschaftliche Tagungen und andere größere Veranstaltungen der Hochschule.

Für die Studierenden ist erstaunlicherweise noch vor dem Prestige der Hochschule und den Ertragserwartungen an ihre Investition in Humankapital die Nähe des Heimat- zum Studienort von großer Bedeutung. Weiter spielen konsumgeleitete Motive für die Wahl des Studienorts eine entscheidende Rolle. Neben Mietpreisen sind das die Umgebung der Stadt, das Angebot der Gastronomie und des Einzelhandels vor Ort sowie die Verkehrsinfrastruktur (vgl. Sá, Florax und Rietveld 2003:14ff). Wünschenswert sind vor diesem Hintergrund Angebote preiswerter, vor allem aber in ausreichender Zahl vorhandener Miet- und Unterkunftsmöglichkeiten, Vergünstigungen durch Kooperationen der Hochschule mit lokalen Einzelhändlern, Herstellern und Gastronomen. Förderlich sind zudem kostengünstige, besser noch kostenfreie Angebote

im öffentlichen Personennahverkehr, um nicht nur die Hochschule, sondern auch die Region mit ggf. größeren Städten in der Umgebung gut zu erreichen.

Was muss seitens der Wirtschaft geschehen?

Dreh- und Angelpunkt einer erfolgreichen regionalen Ansiedlung privater Hochschulen ist die intensive Kooperation mit der lokalen Wirtschaft. Der kooperative Ansatz geht über eine rein finanzielle Unterstützung durch regionale Unternehmen und auf die Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnittene Studiengänge hinaus. Blume und Fromm (vgl. 2000) beschreiben vor dem Hintergrund gemeinsamer Forschungsvorhaben vor allem in mangelhaftem oder fehlendem Informationsverhalten gründende Kooperationshemmnisse zwischen den Hochschulen (privat und öffentlich) und der Wirtschaft. In Anlehnung an Blume und Fromm (vgl. a.a.O.) sind folgende Voraussetzungen entscheidend für einen dauerhaften und beiderseits gewinnbringenden Bildungs- und Forschungstransfer:

- Wirtschaft und Hochschule sind dazu angehalten, ein dichtes Netzwerk gemeinsamer Kontakte zu errichten und durch regelmäßige Kontakte zu erhalten. Ein Ziel sollte die gemeinsame Entwicklung neuer und die Optimierung bestehender Studien-, Forschungs- und Dienstleistungsangebote der Hochschule sein.
- Grundlagen hierfür sind ein offener und regelmäßiger Erfahrungsaustausch (z.B. in Form von gemeinsamen Workshops oder regelmäßigen Gesprächsrunden),
- die Nachfrage nach, die Nutzung also der Beratungsleistungen und anderen Dienstleistungen der Hochschule (z.B. für die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter oder die Personalentwicklung),
- prinzipielle Offenheit für gemeinsame kurz-, mittel-, ggf. auch langfristige Kooperationen im Bereich der Forschung und Entwicklung (z.B. in Form der in Tabelle 1 genannten Zusammenarbeit von Hochschul- und Unternehmensforschern).
- Dazu zählen insbesondere für Sicherheit und Kontinuität sorgende Startfinanzierungen sowie monetäre Anreize für Wissenschaftler, um deren Mitarbeit zu gewinnen (vgl. hierzu auch Schneijderberg und Teichler 2010:25).
- Offener Austausch über die Chancen und Risiken gemeinsamer Projekte
- Öffnung gegenüber den Studierenden (z.B. Vergabe von Diplomarbeiten im Unternehmen, Aufnahme von Praktikanten, Übernahme geeigneter Absolventen).
- Der Hochschule die Nutzung im Unternehmen vorhandener technischer Einrichtungen zu ermöglichen.
- Entsendung von Mitarbeitern als Lehrbeauftragte an den Hochschulen.
- Übernahme geeigneter Absolventen, insbesondere dualer Studiengänge.

Eine entsprechende gut funktionierende Kooperation auf den genannten Ebenen hat für die Fachhochschulen nicht alleine reputativen Charakter, sondern sichert neben öffentlichen Forschungsgeldern und Studiengebühren auch die wirtschaftliche Existenz der Hochschule (vgl. Brockhoff 2003:11-16). Ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Hochschulgründung ist die Kreisstadt Unna. Im Gründungsprozess zeichneten sich die Verantwortlichen der Kommune als engagierte, aktive und lösungsorientierte Partner aus, unter anderem bei der Investition in eine hochschulfreundliche Infrastruktur (vgl. Unna 2011). Somit ist der Grundstein für eine nachhaltige Kooperation im Sinne der unter 3. beschriebenen Punkte gelegt.

5. Fazit: Private Hochschulen als regionale Investition in die Zukunft

Private Hochschulen sind aus gutem Grund nicht mehr aus dem deutschen Bildungssystem wegzudenken. Im Kanon der deutschen Hochschullandschaft beförderten sie, entgegen allen Befürchtungen, keinen destruktiven, sondern vielmehr einen konstruktiven Wettbewerb mit den staatlichen Hochschulen. Letzten Endes profitieren sie sogar von der Konkurrenz mit dem privaten Modell. Überzeugt von der durch flache Hierarchien und schnelle Entscheidungswege geprägten Handlungsfähigkeit privater Hochschulen setzen Bund und Länder lange geforderte Reformen zur Deregulierung des handlungshemmenden Zulassungs-, Kapazitäts-, Dienst- und Haushaltsrechts der öffentlichen Hochschulen um (vgl. Weiler 2003:188).

Für ihre Standorte sind die privaten Hochschulen zum wichtigen Standortfaktor geworden. Das liegt an ihren fünf wesentlichen Stärken: (1) Trotz ihrer meist internationalen Ausrichtung pflegen sie ihre regionalen Bezüge durch enge Partnerschaften mit Verbänden, Vereinen und Organisationen vor Ort. (2) Ihr spezialisiertes Bildungs-, Forschungs- und Dienstleistungsangebot orientiert sich an der Nachfrage der Unternehmen vor Ort. (3) Um Berührungspunkte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft abzubauen, suchen private Hochschulen aktiv und regelmäßig den Kontakt zu Unternehmen. (4) Studierende schätzen die dank kleiner Betreuungsschlüssel sehr gute Betreuung. (5) Dank einer ausgeprägten Handlungsfähigkeit können private Hochschulen schnell auf geänderte Rahmenbedingungen und neue Herausforderungen reagieren.

Die hier skizzierten Zusammenhänge und Entwicklungen lassen darauf schließen, dass die Expansion, und damit die Bedeutung, von privaten Hochschulen als regionaler Standortfaktor in den kommenden Jahren weiter zunehmen werden.

Für kommunale Akteure kann also die Ansiedlung privater Hochschulen ein lohnenswertes Vorhaben sein; sofern eine entsprechende fachliche Passung gegeben ist und die Hochschule zur Positionierung des Standorts passt.

Literaturverzeichnis

Barrio-Castro, T., & Garcia-Quevedo, J. (2005). The Effects of University Research on the Geography of Innovation. *Regional Studies*, 39(9), 1217–1229.

Blume, L., & Fromm, O. (2000). Wissenstransfer zwischen Universitäten und regionaler Wirtschaft: Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Universität Gesamthochschule Kassel. *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 69(1), 109–123.

Brockhoff, K. (2003). Management privater Hochschulen in Deutschland. In H. Albach (Ed.), *Hochschulmanagement* (pp. 2–19). Wiesbaden: Gabler.

Darraz, E. F., Lenhardt, G., Reisz, R. D., Stock, M., & Fernández Darraz, E. (2009). *Private Hochschulen in Chile, Deutschland, Rumänien und den USA: Struktur und Entwicklung* (3'09). Wittenberg: HoF – Institut für Hochschulforschung.

Fernández Darraz, E. (2010). *Hochschulprivatisierung und akademische Freiheit: Jenseits von Markt und Staat: Hochschulen in der Weltgesellschaft* (1st ed.). Bielefeld: transcript.

FHAM – Fachhochschule für angewandtes Management. (2011). Unser Leitbild. Retrieved from <http://www.fham.de/Zielsetzungen.1238.0.html>

Gensch, K., & Raßer, G. (2011). *Auswirkungen und Verwendung von Studienbeiträgen in Bayern*. München: IHF.

Hochschulrektorenkonferenz – Mitgliedergruppe Fachhochschulen. (2002). *Neue private Hochschulen – Überlegungen zum Wettbewerb staatlicher und privater Hochschulen: Empfehlung der Mitgliedergruppe*. Retrieved from www.hrk.de/de/download/dateien/Empf.priv.HS1.pdf

Kamm, R. (2009). *Wettbewerb in der Hochschulbildung: Hochschulen zwischen Marktzwang und staatlicher Steuerung.: Paper zur DVPW-Sektionstagung 2009: „Die nächste große Transformation? Marktschaffende Politik: Ursachen, Dynamiken, Ergebnisse“*. Retrieved from http://poloek-dvpw.mpifg.de/e_documents/paper_jahrestagung_08/03%20Kamm%20-%20Wettbewerb%20in%20der%20Hochschulbildung.pdf

Kunzmann, K. R. (2004). Wissensstädte: Neue Aufgaben für die Stadtpolitik. In U. Matthiesen (Ed.), *Stadtregion und Wissen: Analysen und Plädoyers für eine wissenschaftsbasierte Stadtpolitik* (pp. 29–42). Berlin: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Leusing, B. (2007). *Hochschulen als Standortfaktor.: Eine empirische Analyse der regionalökonomischen Effekte der Universität Flensburg*. Retrieved from http://www.iim.uni-flensburg.de/cms/upload/discussionpapers/15_Leusing_HochschulenStandortFaktor.pdf
- Lödermann, A.-M., & Scharrer, K. (2010). Beschäftigungsfähigkeit von Hochschulabsolventen – Anforderungen und Kompetenzen aus Unternehmenssicht. *Beiträge zur Hochschulforschung*, 32(4), 72–91.
- Reisz, R. D., & Stock, M. (2008). Private Hochschulen – Perspektiven der Forschung. *Die Hochschule*, 17(2), 6–18.
- Sá, C., Florax, R. J., & Rietveld, P. (2003). *Determinants of the Regional Demand for Higher Education*. Retrieved from www.tinbergen.nl/uvatin/03013.pdf
- Sackmann, R. (2004). Internationalisierung von Bildungsmärkten? Empirische Daten zur Kommerzialisierung von Bildung in Deutschland und den USA. *Beiträge zur Hochschulforschung*, 26(4), 62–92.
- Sackmann, R. (2010). Globalisierung und Kommerzialisierung von Bildungsmärkten – Stand und Perspektiven. In H. Barz (Ed.), *Handbuch Bildungsfinanzierung* (pp. 367–379). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sauerborn, K. (2005). Auswirkungen auf Einkommen, Beschäftigung und Entwicklung der regionalen Wirtschaft am Beispiel der Universität Trier. *Standort – Zeitschrift für angewandte Geographie*, 29(3), 148–151.
- Schneijderberg, C., & Teichler, U. (2010). Partnerschaften von Hochschulen und Unternehmen. Erfahrungen im europäischen Vergleich. *Beiträge zur Hochschulforschung*, 32(4), 8–30.
- Sperlich, A. (2008). *Theorie und Praxis erfolgreichen Managements privater Hochschulen in Deutschland*. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag.
- Statistisches Bundesamt. (2002). *Statistisches Jahrbuch*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt. (2010). *4,5% der Studierenden an privaten Hochschulen: Pressemitteilung Nr.102 vom 15.03.2010*. Retrieved from http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/03/PD10__102__213.psml
- Statistisches Bundesamt. (2010). *Statistisches Jahrbuch*. Wiesbaden.
- Unna. (2011). *Pressemappe – Eröffnung Unna*. Retrieved from http://www.unna.de/cms/upload/Startseite/2011_05/Pressemappe_Hochschule-Unna.pdf.

Weiler, H. N. (2003). Bildungsforschung und Bildungsreform: Von den Defiziten der deutschen Erziehungswissenschaft. In Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (Ed.), *Innovation durch Bildung. Beiträge zum 18. Kongress der DGfE* (Vol. 1, pp. 181–203). Leverkusen: Leske + Budrich.

Wissenschaftsrat. (2010). *Empfehlungen zur Rolle der Fachhochschulen im Hochschulsystem*. Retrieved from <http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/10031-10.pdf>

Wissenschaftsrat. (2010). *Hintergrundinformation Fachhochschulen*. Retrieved from http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/hginfo_1810.pdf

**PD Dr. Wolfgang Becker,
Wirtschaftswissenschaftler, Universität Augsburg**

**Regionale Netzwerke als Instrument zur Verbesserung der Zusammenarbeit
zwischen Hochschulen, Städten und Wirtschaft**

Panel 1

Hochschulen nehmen in den Städten/Regionen, wo sie ihren Standort haben, besondere (Dienstleistungs-)Funktionen für das wirtschaftliche Umfeld wahr. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Bereitstellung und Sicherung eines qualifizierten Arbeitskräftepotenzials in der Region (Ebene des personenbezogenen Humankapitals). Im engen Zusammenhang mit den regionalwirtschaftlichen Wirkungen, die von Hochschulen in ihrer Funktion als Ausbildungseinrichtung ausgehen, stehen Effekte, die mit der Hochschulforschung in Verbindung zu bringen sind (Ebene des forschungsbezogenen Humankapitals). Unternehmen im wirtschaftlichen Umfeld können aufgrund der räumlichen Nähe gezielt und unmittelbar auf für sie relevante Ergebnisse der Hochschulforschung zurückgreifen und bei adäquaten Angeboten aus dem Hochschulbereich mit relativ niedrigen Raumüberwindungskosten ihre Produktionsmöglichkeiten erweitern (optimieren).

Eine Möglichkeit, um die mit der Humankapitalproduktion im Hochschulbereich in Zusammenhang stehenden Ressourcen- und Entwicklungspotenziale systematisch nutzen und mobilisieren zu können, besteht in der zielorientierten Etablierung und ergebnisorientierten Institutionalisierung von regionalen Netzwerken. Langfristig und verbindlich angelegte Kooperationen zwischen Hochschulen, Städten und Wirtschaft ermöglichen in besonderer Weise die Aktivierung und Mobilisierung von intraregionalen (endogenen) Ressourcen- und Entwicklungspotenzialen.

Städte/Regionen, die sich durch eine aktive Netzwerkbildung und deren Weiterentwicklung durch professionelles Netzwerkmanagement auszeichnen, verfügen über entscheidende Standort- und Wettbewerbsvorteile. Sie sind in der Lage, relativ „immobile“ Humankapitalkomponenten selbst zu generieren und durch entsprechende Produktivitäts-, Gewinn- und Einkommensanreize weiteres Humankapital zu attrahieren und an sich zu binden. Dadurch können die Absorptions- und Handlungskompetenzen der lokalen/regionalen Akteure in Zeiten der globalen Wissensgesellschaft kontinuierlich an die sich dynamisch verändernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Wichtig ist hierbei, dass ein gemeinsames Bewusstsein

dahingehend besteht, dass über die Bündelung von Ressourcen und Kompetenzen die Zusammenarbeit für alle Beteiligten von Vorteil sein kann und sich bei effizienter Netzwerkarbeit positive Synergie- und Lerneffekte einstellen.

**Christian Krähmer, Prof. Dr. Matthias Stoetzer¹,
Fachhochschule Jena, Fachbereich Betriebswirtschaft**

**Die Nachfrageeffekte der Hochschulen in Jena.
Eine regionalökonomische Analyse der Beschäftigungs- und Einkommenswirkungen**

Panel 1

1. Einleitung

Was hat die Stadt Jena von ihren Hochschulen? Neben der offensichtlichen Funktion der Hochschulen als „Produzenten“ von Wissen, gibt es eine Reihe weiterer ökonomischer Wirkungen, die für den Standort zählen: Als Arbeitgeber sind die Hochschulen relevant für die Zahl, den Umfang der Beschäftigung und die Höhe des Einkommens in einer Region. Sie fördern den Zuzug von wissenschaftlichen Arbeitskräften aus anderen Landesteilen, was die regionale Attraktivität ebenso erhöht wie die Ansiedlung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und das Angebot an qualifizierten Absolventen.

Dass all diese Effekte prinzipiell zutreffen und positiv zu bewerten sind, ist unbestritten. Allerdings bleibt die quantitative Bedeutung der Hochschulen als Wirtschaftsfaktor in der Regel unbekannt. Sie wird im allgemeinen unterschätzt, weil die Finanzierungskosten der Hochschulen aus den Haushaltsplänen der Länder abzulesen sind, während hinsichtlich des Nutzens für Bevölkerung und Wirtschaft in der Region meistens keine exakten Zahlen existieren. In der vorliegenden Untersuchung wird diese Lücke für Jena geschlossen und die ökonomische Wirkung der Jenaer Hochschulen am Standort und in der Region quantitativ erfasst.²

2. Die Nachfrageeffekte in der Region Jena

Die Untersuchung konzentriert sich auf die Nachfrageeffekte der Jenaer Hochschulen, d.h. der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Fachhochschule Jena sowie der mit ihnen verbundenen Folgeeinrichtungen, wie Studentenwerk und Universitätsklinikum.³ Ausgangspunkt der Analyse sind die Ausgaben der Hochschulbeschäftigten und der Studierenden sowie die Sach-, Investitions- und Bauausgaben. Zwei Aspekte sind dabei von Bedeutung, die über eine einfa-

¹ E-Mail Adressen der Autoren: Christian.Kraehmer@t-online.de, Matthias.Stoetzer@fh-jena.de

² Die Gesamtstudie steht als Download zur Verfügung: http://www.bw.fh-jena.de/www/cms.nsf/id/DE_Heft012009

³ Die Wirkungen von Hochschulen können grundsätzlich in zwei Ausprägungen auftreten und zwar als Nachfrage- oder als Angebotseffekt. Der Angebotseffekt umfasst die Forschung und Lehre seitens der Hochschulen und den dadurch entstehenden Wissenstransfer aus den Hochschulen heraus. Der Wissenstransfer erfolgt bspw. in Form von Kooperationen mit Unternehmen sowie im Angebot an Absolventen. Er hat Auswirkungen auf die Produktions- und Innovationsmöglichkeiten der ansässigen Unternehmen und damit das langfristige wirtschaftliche Wachstum. Diese Auswirkungen werden in der vorliegenden Arbeit nicht näher untersucht. Siehe dazu für Jena: Gerlach, A.; Sauer, Th.; Stoetzer, M.-W., Formen und regionale Verteilung des Wissenstransfers von Hochschulen – Eine repräsentative Fallstudie für Jena, 2005.

che Ermittlung der gesamten Ausgabensumme hinausführen. Erstens ist von den genannten Gesamtausgaben für den Standort nur der tatsächlich regional verbleibende Teil der Nachfrage, die regionale Inzidenzquote, relevant. Die Untersuchungsregion umfasst im Folgenden die Stadt Jena (Kernregion) und die angrenzenden Landkreise, einschließlich der Stadt Weimar (Hochschulregion). Zweitens ziehen die Ausgaben in der Region weitere Wirkungen nach sich: Soweit sie in der Region zu Umsätzen führen, entstehen dadurch in den betroffenen Unternehmen Einkommen, die ihrerseits wieder verausgabt werden und weitere Umsätze und Einkommen bewirken. Bei der Berechnung der regionalen Gesamtwirkungen müssen diese so genannten Multiplikatoreffekte einbezogen werden.

Die ökonomischen Einflüsse resultieren zunächst aus den Gesamtausgaben, diese werden als Nachfrageeffekte bezeichnet. Von besonderem Interesse sind in der Folge die daraus resultierenden Arbeitsplätze, d.h. die Beschäftigungseffekte, und die damit verbundenen Löhne sowie Gehälter usw., d.h. die Einkommenseffekte.

Von den Hochschulen in Jena geht im Jahr 2006 eine regionale Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen von knapp 333 Mio. € aus (siehe Tab. 1).⁴ Bei Gesamtausgaben von etwas über 500 Mio. € verbleiben also ungefähr 67 % in der Region. Die Stadt Jena als Kernregion hat mit annähernd 294 Mio. € daran den weitaus größten Anteil.

Tabelle 1: Die Nachfrageeffekte

Region	Personal-	Sach- und Inves-	Bau-	Studierenden-	Gesamt-	
	ausgaben	titionsausgaben	ausgaben	ausgaben	ausgaben ^{b)}	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in %
Stadt Jena (Kernregion)	99,5	10,7	49,3	134,1	293,6	58,7
Angrenzende Landkreise (Hochschulregion)	27,0	a)	a)	12,4	39,4	7,9
Insgesamt Untersuchungsregion	126,5	10,7	49,3	146,5	332,9	66,6
Außerhalb Untersuchungsregion	31,8	72,0	25,7	37,8	167,2	33,4
Insgesamt	158,3	82,6	75,0	184,3	500,1	100,0

a) Nicht ermittelt.

b) In der Hochschulregion ohne Sach-, Investitions- und Bauausgaben.

Quelle: Eigene Zusammenstellung und Berechnung, gerundet.

⁴ Die Sach- und Investitionsausgaben beziehen sich auf das Jahr 2004 und die Bauausgaben auf den Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2004.

Die stärkste Wirkung der verschiedenen Nachfragekomponenten entfällt dabei auf die Nachfrage der Studierenden. Von einem studentischen Gesamtausgabebetrag, der 184,3 Mio. € umfasst, fließen 134,1 Mio. € in die Stadt Jena. Das entspricht fast 73%. Vom Ausgabenumfang her an zweiter Stelle stehen mit etwas über 158 Mio. € die Ausgaben der Hochschulbeschäftigten. Von ihnen werden mit annähernd 100 Mio. € ca. 63% ihrer Einkommen als direkte Nachfrage in der Stadt Jena getätigt. Betrachtet man die Kern- und Hochschulregion zusammen, werden 80% der Einkommen der Hochschulbeschäftigten intraregional ausgegeben.

Von den getätigten 75 Mio. € an Bauausgaben verbleiben schätzungsweise 49 Mio. € in der Stadt Jena. Die Höhe dieser Ausgaben ist allerdings zum Teil auf die Ausbauphase der Hochschulen und insbesondere des Universitätsklinikums im Untersuchungszeitraum zurückzuführen. Ein Vergleich mit den Werten für andere Hochschulstädte in Deutschland zeigt, dass die Jenaer Bauausgaben je Studierendem im Zeitraum 2000 bis 2005 etwa um das zwei- bis dreifache höher liegen. In Zukunft ist für diese Ausgabenkategorie also mit abnehmenden Nachfrageeffekten im Umfang von ungefähr 50 bis 60% zu rechnen.

Von geringerer Bedeutung für die Stadt Jena als Kernregion sind demgegenüber die Sach- und Investitionsausgaben mit ca. 11 Mio. €. Insgesamt fließen durch die außerregionale Deckung von Sach- und Investitionsgüternachfrage etwa 72 Mio. € aus der Kernregion ab. In dieser Ausgabenkategorie sind aus regionalökonomischer Sicht die „Schwundeffekte“, in Form von Ausgaben, die in anderen Teilen Deutschlands wirksam werden, besonders hoch: Bei insgesamt fast 83 Mio. € an Sach- und Investitionsausgaben beträgt die Inzidenzquote für die Stadt Jena lediglich 13%. Sie ist im Vergleich zu anderen Studien deutlich niedriger, was in erster Linie aus der starken überregionalen Nachfrage des Jenaer Universitätsklinikums resultiert.⁵ Allerdings sind diese Ausgaben im Unterschied zu den Bauausgaben mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in der Zukunft stabil, da sie nicht von temporären Aufbauphasen dominiert werden.

Als Folge dieser Ausgaben, die aus Sicht der in der Region ansässigen Unternehmen Umsätze darstellen, entstehen für die Stadt Jena und die angrenzenden Landkreise Arbeitsplatz- und Einkommenswirkungen. Diese von den Hochschulen ausgehenden Wirkungen sind als so genannte Multiplikatoreffekte zu berücksichtigen. Sie müssen zu den direkten Arbeitsplätzen und Einkommen der Hochschulangehörigen addiert werden.

⁵ Die regionale Inzidenzquote der Hochschulen und ihrer Folgeeinrichtungen beträgt ohne das Universitätsklinikum etwa 30 %.

Unmittelbar durch das Hochschulsystem finden 6.981 Personen Beschäftigung. Vermindert man diese Beschäftigtenzahl um die darin enthaltenen Beamtenverhältnisse (603 Beamte), so entspricht das fast 15% der in Jena im Jahr 2006 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und verdeutlicht die direkte Arbeitsmarktrelevanz für Jena.⁶ Hinzu kommen die Multiplikatorwirkungen. Kumuliert ergeben die direkten, indirekten und induzierten Arbeitsplätze geschätzte 12.674 Beschäftigungsverhältnisse in der Stadt Jena und den angrenzenden Landkreisen. Damit verbunden ist ein Einkommenseffekt (Bruttoarbeitsentgelt) von etwa 367 Mio. € (siehe Tab. 2).

Tabelle 2: Die Beschäftigungs- und Einkommenseffekte

	Direkte Effekte (gesamt)	Indirekte Effekte (regional)	Induzierte Effekte (regional)	Gesamteffekte
Beschäftigungseffekte (sozialversicherungspflichtige Voll-Arbeitsverhältnisse)	6.981	4.373	1.320	12.674
Einkommenseffekte (Bruttoarbeitsentgelt in Mio. €)	256,0	83,5	27,9	367,4

Quelle: Eigene Zusammenstellung und Berechnung.

Mittels der Verwendung von branchenspezifischen Arbeitsplatzkoeffizienten ist es möglich, die Wirkungen der getätigten Umsätze auf die Beschäftigung für einzelne Wirtschaftsbereiche näher zu quantifizieren. Der Wirtschaftsbereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen profitiert am stärksten von der Existenz der Hochschulen. Insgesamt werden in diesem Sektor etwa 1.500 Arbeitsplätze in der Stadt Jena geschaffen, wobei die geschätzten Mietzahlungen des Personals sowie der Studierenden in jährlicher Höhe von über 87 Mio. € den größten Anteil daran haben. Die Auswirkungen für den Handel, welche aus den getätigten Ausgaben resultieren, schlagen sich in 852 Beschäftigungsverhältnissen nieder. Auch an diesem Effekt sind größtenteils die Hochschulbeschäftigten sowie die Studierenden mit ca. 102 Mio. € beteiligt, während die Hochschulinstitutionen lediglich etwa 4,4 Mio. € an Umsätzen in der Region auslösen.

3. Fazit und kommunalpolitische Schlussfolgerungen

Diese Ergebnisse verdeutlichen die ökonomische Relevanz der Hochschulen unter dem Aspekt der Einkommens- und Beschäftigungseffekte für die Region. Mit insgesamt fast 333 Mio. € an Ausgaben, knapp 12.700 Arbeitsplätzen und 367 Mio. € an dadurch entstehenden Einkommen erreichen diese in der Stadt Jena und den angrenzenden Landkreisen ganz erhebliche Größen-

⁶ Im Jahr 2006 waren am Arbeitsort Jena 42.560 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gemeldet (Statistisches Jahrbuch Thüringen, 2007, S. 121).

ordnungen. Dabei ist nur für die Sach-, Investitions- und Bauausgaben ihre „akademische“ Herkunft offensichtlich, da die Vergabe unmittelbar durch die Hochschulen erfolgt. Diese Ausgabenkategorien verursachen jedoch insgesamt deutlich weniger an Umsatz in der Stadt Jena als die Hochschulbeschäftigten und insbesondere die Studierenden. Dieses ergibt sich zum einen aus dem reinen Umfang der Zahl der Studierenden – an die 25.000 – im Verhältnis zur Zahl der Einwohner Jenas. Zum anderen sind die Nachfrage-, Arbeitsplatz- und Einkommenswirkungen der Ausgaben der Studierenden stark auf die Stadt Jena konzentriert und fließen nur in geringem Maß in andere Regionen ab.

Aus den Ergebnissen können Schlussfolgerungen für die Hochschul- und Kommunalpolitik gezogen werden. Die Bauausgaben der Hochschulen und der mit ihnen verbundenen Einrichtungen werden in Jena in Zukunft sicherlich sinken, während die Sach- und Investitionsausgaben sowie die Personalausgaben tendenziell unverändert bleiben. Problematisch sind aber vor allem die deutlichen Verringerungen der Studierendenzahlen, die längerfristig auf Grund der demografischen Entwicklungen anzunehmen sind. Sie entlasten zwar die städtischen Busse und Straßenbahnen, aber ökonomisch wichtiger sind die damit verbundenen massiven Reduzierungen von Arbeitsplätzen und Einkommen in Jena. Im Hinblick auf die zukünftige Sicherung von Einkommen und Arbeitsplätzen in der Stadt und den angrenzenden Kreisen ist die Vision vom „Studentenparadies Jena“ also ambitioniert aber wichtig. Die Zahl von 25.000 Studierenden in der Stadt sollte für die kommenden zehn bis 20 Jahre als gemeinsames Anliegen von Stadt und Hochschulen verfolgt werden. Dieses Ziel kann vermutlich – wie die Thüringer Bevölkerungsprognose nahelegt – nur durch die vermehrte Attraktivität für Studienanfänger von außerhalb Thüringens erreicht werden. Ein schlüssiges Konzept für die regionale Wirtschaftsentwicklung und das Stadtmarketing sollte dieses berücksichtigen.

**Peter Haßmann,
Geschäftsführer des Studentenwerks Münster**

**Soziale Infrastrukturarbeit als Entwicklungsfaktor für den
Hochschulstandort Münster**

Panel 1

Münster und die Studierenden

(Blatt 2) Mit rund 46.000 Studierenden ist Münster einer der größten Studienstandorte in der BRD. Bemüht man Erhebungen der Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz, wie auch die Sozialerhebungen des DSW, so ist sowohl für die Wahl des Studienplatzes als auch für die Perspektiven des Hochschulstandorts Münster, neben einem guten Angebot in den Bereichen Forschung und Lehre, natürlich auch eine gute soziale Infrastruktur mit von entscheidender Bedeutung.

Das Studentenwerk Münster 1922 bis 2010

(Blatt 3) Als studentische Selbsthilfeorganisation im Jahr 1922 zur Milderung sozialer Not Studierender gegründet, (BLATT 4) ist das Studentenwerk Münster heute nach fast 90-jähriger Entwicklung ein modernes Dienstleistungsunternehmen mit Sozialauftrag des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit der Gründung des Studentenwerks war und ist der Kern unseres Sozialauftrags, das soziale Umfeld der fünf Hochschulen in Münster und die sozialen Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Studium den Bedürfnissen der Studierenden entsprechend positiv mitzugestalten.

(Blatt 5) Mit unserem Serviceangebot in den Bereichen Verpflegung, Wohnraum, Kinderbetreuung, mit Leistungen nach BAföG des Amts für Ausbildungsförderung und durch Angebote der Sozialberatung sind wir heute zentral an 45 Standorten in Hochschulnähe präsent.

(Blatt 6) Im Bereich Hochschulgastronomie betreiben wir heute fünf Mensen und zwölf Bistros, in denen pro Jahr über 2,3 Mio. Essen produziert und ausgegeben werden.

(Blatt 7) Wir unterhalten z.Zt. 22 Wohnanlagen mit aktuell 5.000 Wohneinheiten und sind entsprechend der größte Anbieter von preiswertem studentischem Wohnraum in der Region.

(Blatt 8) Ca. 7 % der Studierenden haben Kinder. Für diese stellt die notwendige Vereinbarkeit von Studium und Kinderbetreuung ein großes Problem dar. Hier bieten wir in drei Kindertageseinrichtungen mit 111 Plätzen flexible Betreuungskonzepte an.

(Blatt 9) Mit der Einführung der Studiengebühren und der Umstellung der Studienordnung auf Bachelor und Master haben sich die sozialen Probleme, gerade für Studierende mit wirtschaftlich schlechtem Hintergrund aus den sog. bildungsfernen Schichten, erneut verschärft. Das ist einer der Gründe, weshalb wir im Jahr 2005 auch eine Sozialberatungsstelle eingerichtet haben.

Die Entwicklung des Sozialauftrags im Kontext wirtschaftlicher Rahmenbedingungen

Prinzipiell wurde das Studentenwerk mit der Gesetzesnovellierung von 1994 in eine bedingte unternehmerische Freiheit entlassen. In eine Freiheit allerdings mit ungünstigen Rahmenbedingungen, innerhalb derer es das unternehmerische Ziel sein sollte, mit einem bis dato nur unzureichend marktfähigen Angebot an Verpflegungs-dienstleistungen und Wohnraum zukünftig wettbewerbsfähig zu werden.

Für den Verpflegungsbereich war – neben einem Zuschuss-Sockelbetrag für alle Studentenwerke in Nordrhein-Westfalen – ab 1994 erstmalig für jedes Studentenwerk individuell die Größe „Umsatz pro Student“ für die Höhe des Zuschusses von Belang. In 1994 wurde jedoch noch mit veralteter Produktions- und Servicetechnik in den Mensen, Cafeterien und Erfrischungsräumen ein nur wenig ausdifferenziertes Angebot offeriert.

(Blatt 10) Da Investitionsmittel des Landes für die Modernisierung von Mensen und Bistros, wenn überhaupt, nur noch in Einzelfällen als Anteilsfinanzierungen gewährt wurden, waren wir gezwungen, hier hohe Eigeninvestitionen zu tätigen.

Perspektiven für studentischen Wohnraum

(Blatt 11) Preiswerter und guter Wohnraum zählt – neben einem Angebot zur gesunden und reichhaltigen Ernährung – zu den elementaren Bedürfnissen der Studierenden und bildet daher ein wesentliches Kriterium für die Studienstandortwahl. Rund 12 % aller Studierenden, bzw. der studentischen Mieterinnen und Mieter in Münster leben und wohnen in einer Wohnanlage des Studentenwerks. Diese Quote ist im Nordrhein-Westfalen-Vergleich sehr hoch.

Um unserem Sozialauftrag auch als Anbieter von preiswertem und qualitativem Wohnraum seit Mitte der 1990er Jahre weiter gerecht werden zu können, war es bis zur jüngsten Bereitstellung von Finanzierungshilfen aus dem Konjunkturprogramm II bitter notwendig, selbst nach konkreten Alternativen zu suchen, um ein damals nicht mehr wettbewerbsfähiges Angebot mit Wohnanlagen aus den 1960er, 1970er und 1980er Jahren überhaupt zukunftsfähig gestalten zu können.

(Blatt 12) Der Weg zur Erhaltung und Bereitstellung unseres Wohnraumangebots war gerade in den vergangenen 16 Jahren nicht einfach, da sich das Land Nordrhein-Westfalen seit Mitte der 1990er Jahre sukzessive aus der Finanzierung zurückzog und auch Investitionsmittel, wenn überhaupt, nur noch in Ausnahmefällen gewährte.

(Blatt 13) Angesichts eines immensen Investitionsstaus waren wir zu hohen Eigeninvestitionen und auch zur Kreativität gezwungen, denn die Bedürfnisse und Ansprüche der Studierenden hatten sich seit Mitte der 1990er Jahre drastisch verändert: 10 qm-Zimmer mit Gemeinschaftsbädern auf dem Flur und Gemeinschaftsküchen und das alles mit einem bescheidenen Ausstattungsstandard waren und sind eher nicht mehr gefragt.

Die Studierenden verlangen heute nach einem ausdifferenzierten Angebot und besseren Standards. Daneben spielt für Studierende natürlich auch ein möglichst preiswertes Wohnraumangebot weiterhin die entscheidende Rolle.

(Blatt 14) Mit aktuell knapp 5.000 Wohnplätzen sind wir heute der größte Anbieter preiswerten Wohnraums in der Region. Ein wesentlicher Grund für die Akzeptanz unseres Angebots ist sicher auch das vergleichsweise günstige Mietniveau, mit dem wir unter dem sozialunternehmerischen Einnahmeziel einer rein kostendeckenden Miete für den Hochschulstandort Münster auch eine Mietniveau-Regulatorfunktion ausüben.

(Blatt 15) Über 50 % unseres Angebots an Einzelzimmern und Appartements sind für die Studierenden, inklusive aller Nebenkosten und Kabel-TV Gebühren, für eine Warmmiete zwischen 160 € und 210 € zu bewohnen, und für einen Anteil von weiteren 25 % unseres Angebots an Wohnraum zahlen Studierende nur 211 € bis 250 € warm.

Für derartige, an Nutzfläche und Ausstattung vergleichbare Angebote des freien Markts, zahlen Studierende laut der letzten Online-Umfrage zum Thema Wohnraum für Studierende, initiiert vom Amt für Wohnungswesen der Stadt Münster, allein an Kaltmiete ohne HK und NK bis

zu 100 € mehr. Gäbe es unser hochschulnahes Angebot nicht, würden die Preise für studentischen Wohnraum sicher direkt exorbitant steigen.

Wir freuen uns natürlich darüber, unser Angebot dank zweier laufender Modernisierungsmaßnahmen und eines Neubaus innerhalb unserer preiswerteren Angebotssegmente bis Mitte 2012 wieder auf insgesamt über 5.600 Wohnplätze erhöhen, und hiermit weiter zur Attraktivität des Hochschulstandorts Münster beitragen zu können.

Best Practice „vorne finanziert hinten“

Ich bin gebeten worden, zu erläutern, wie wir bisher auf den ehemals immensen Investitionsstau im Wohnheimbereich reagiert haben. Wir haben den Erhalt, die Modernisierung oder den Neubau einiger Wohnanlagen in Form von Public-Private-Partnership-Modellen realisiert, doch die meisten Projekte wurden als reine Eigeninvestitionsmaßnahmen durchgeführt.

(Blatt 16) Als Beispiel möchte ich Ihnen hier das Projekt „vorne finanziert hinten“ vorstellen. Ein Projekt, mit dem wir am Standort Bismarckallee 47-51 den drohenden Verlust von gleich drei Wohnheimen aus den 1960er und 1970er Jahren verhindern konnten.

Um dieses Angebot in bester Aaseelage wieder in einen zeitgemäßen Zustand zu versetzen, wäre damals ein zweistelliger Millionenbetrag nötig gewesen, da die Heizungen, Fenster, Küchen- und WC-Anlagen, Leitungen und die Fassade sämtlich derart marode waren, dass die Anlage den Winter 2006 ohne eine Komplettsanierung nicht überstehen würde. Eine reine Sanierung wäre jedoch nur zu Kosten möglich gewesen, in deren Folge eine Mietpreissteigerung entstanden wäre, die kein Studierender hätte tragen können.

Daher wurde schon seit 2004 erwogen, mit dem Konzept gleich auch ein Angebot unseres neuen, ab 2002 eröffneten komplementären Geschäftsfelds der Dachmarke agora: Tagungsort und Hotel um ein zweites Hotel mit 23 Zimmern zu erweitern und auch ein weiteres Restaurant & Cafe zu errichten, um über die in diesem Bereich zu erwartenden Einnahmen die Modernisierung der Wohnanlage im hinteren Bereich mit zu finanzieren. (Blatt 17-20)

Unter anderem auf Nachfrage der Hochschulen nach höherwertigem Wohnraum für Bedienstete und einem Gästehaus für Programmstudierende und Gastdozenten, wurden dann im vorderen Bereich des Komplexes 56 Wohneinheiten mit Balkon zum See und dahinter Gästehaus-Zimmer, Einzelzimmer und Appartements für die Studierenden errichtet. Daneben entstanden das Drei-Sterne-Superior agora: Seehotel und das Cafe & Restaurant relax.

Eine hochwertige Dämmung des gesamten Komplexes und die kombinierte Nutzung von Erd- und Fernwärme helfen, die Energiekosten zu senken und sind ein Beitrag zum Klimaschutz. Die verbesserte Energiebilanz der Gebäude war eine Voraussetzung für das Darlehen der KfW-Bank, mit dem dieses Projekt zinsgünstig finanziert wird.

Ein wesentlicher Effekt des Projekts ist es, dass die Vermietung dieses Wohnraums gegenüber 2004, ausgenommen der Preissteigerungen für Energie, preisstabil erfolgen kann.

(Blatt 21) Sämtliche Wohneinheiten sind vermietet und mit dem Hotel erzielen wir eine überdurchschnittliche Auslastung.

Regionalwirtschaftliche Bedeutung sozialer Dienstleistungen des Studentenwerks

A. Arbeitsplätze für die Region

Münster ist Provinzialhauptstadt und Oberzentrum für die Region. Eine Stadt ohne große Industriebetriebe, in der durch den (Hochschul)-Bildungssektor und durch soziale Dienstleistungen für Studierende gerade im sog. ersten Arbeitsmarkt viele wertvolle Arbeitsplätze gesichert werden. (Blatt 22)

(Blatt 23) Das Studentenwerk Münster bietet vor allem Arbeitsplätze im Verwaltungsbereich. Mehr als die Hälfte der Mitarbeiter ist länger als zehn Jahre im Studentenwerk tätig. Wir sind seit 2009 als familienfreundliches Unternehmen zertifiziert und bilden aktuell 29 Nachwuchskräfte in fünf Ausbildungsbereichen aus.

B. Absatz für die Region

Doch gerade auch durch die Vergabe von Aufträgen an Zulieferer, Handwerksbetriebe und andere Dienstleister durch das Studentenwerk ist dessen Rolle als Wirtschaftsakteur für die Region und für den Erhalt weiterer Arbeitsplätzen von ebenso großer Bedeutung.

(Blatt 24) Allein im Jahr 2009 haben wir an rund 260 Zulieferer und Dienstleister im food- und nonfood-Sektor Aufträge mit einem Gesamtvolumen von 21,4 Euro vergeben. 80 % dieser Aufträge wurden von Unternehmen aus der Region Münster und Umgebung ausgeführt.

Für die Zukunft

Ich denke, die Leistungen des Studentenwerks sind für die Perspektiven des Hochschulstandorts, für die Studierenden, aber auch für die Region Münster weiterhin unverzichtbar.

In diesem Zusammenhang wünsche ich mir natürlich eine noch engere Zusammenarbeit mit der Kommune, gerade dann, wenn es um eine mögliche Ausweitung unseres Kinderbetreuungsangebots, wie auch um die Entwicklung neuer, altersgemischter Wohnformen für Studierende geht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



Studentenwerk Münster
AöR

SOZIALE INFRASTRUKTURARBEIT ALS ENTWICKLUNGSFAKTOR FÜR DEN HOCHSCHULSTANDORT MÜNSTER

Hochschulstandort Münster
fast 1/5 der Bewohner studieren



Einwohner Hochschul-Studenten/
Hochschul-Beschäftigte

Studentenhilfe e.V.

Der Verein hatte die Aufgabe, "die studentischen Selbsthilfebestrebungen zu fördern und Einrichtungen zu schaffen und zu unterhalten, die die Notlage der Studierenden steuern."

(Zitat aus der Satzung)

Verpflegung

Wohnraumangebote

Finanzielle Hilfen



Dienstleistungsspektrum

STUDENTEN-
WERK
MÜNSTER
heute

Hochschulgastronomie

Wohnraum für Studierende

Studienfinanzierung

Kinderbetreuung

Übersicht der Einrichtungen

STUDENTEN-
WERK
MÜNSTER
heute



-  Verwaltung, BAföG
-  Gastronomische Einricht.
-  Wohnanlagen
-  Kinderbetreuung
-  Sozialberatung
-  Hotel und Tagungsort

Mensen + Bistros

STUDENTEN-
WERK
MÜNSTER
heute



Bistro Coerdehof

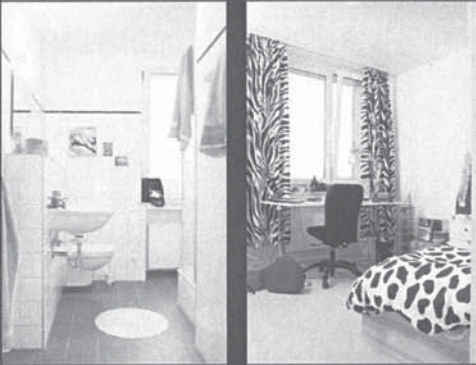


Mensa am Aasee



Wohnraum für Studierende

STUDENTEN-
WERK
MÜNSTER
heute



Wilhelmskamp

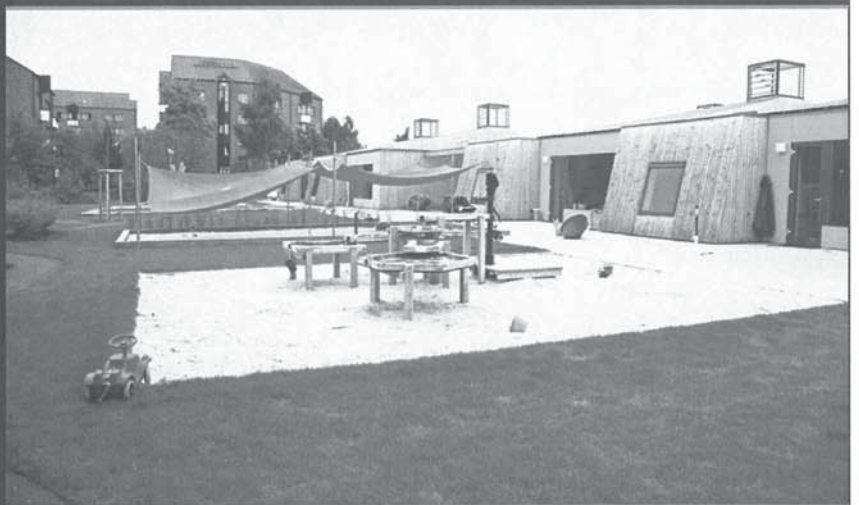


Kinderbetreuung

STUDENTEN-
WERK
MÜNSTER
heute



Kita Chamäleon

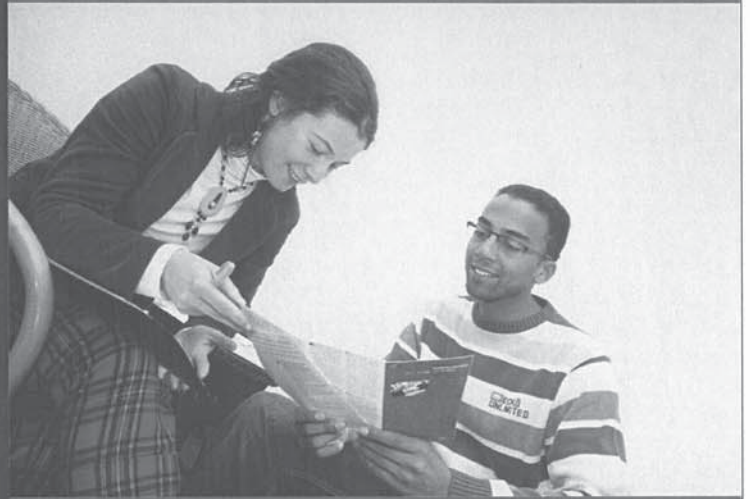


Sozialberatung

STUDENTEN-
WERK
MÜNSTER
heute



Sozialberatungsstelle
Gescherweg 80



Gastronomische Einrichtungen: Modernisierung der Produktions-/Serviceeinrichtungen

ENTWICKLUNG
DES
SOZIAL-
AUFTRAGS

Finanzierungsmittel ab 1994



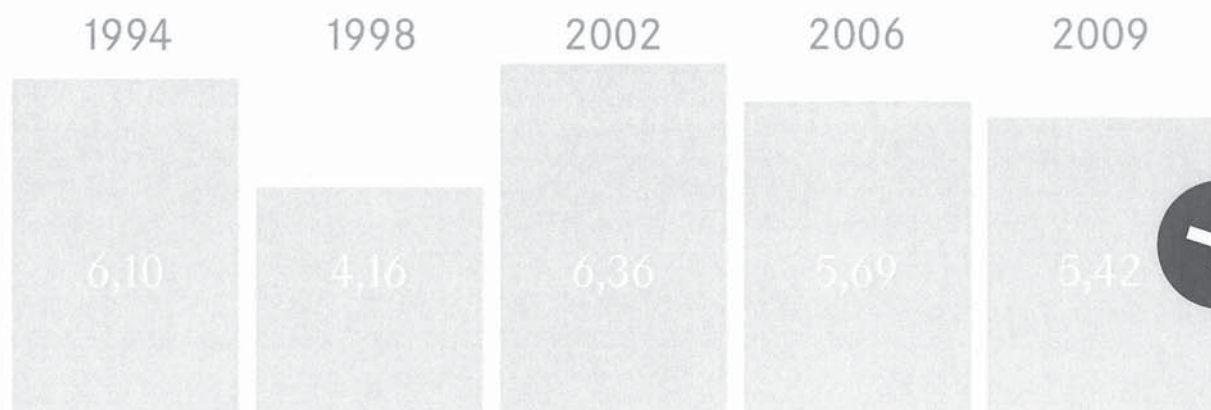
Perspektiven für studentischen Wohnraum

ENTWICKLUNG
DES
SOZIAL-
AUFTRAGS

12 % der Studierenden wohnen in Wohnanlagen des Studentenwerks.

Zuschussentwicklung

ENTWICKLUNG
DES
SOZIAL-
AUFTRAGS



Allgemeiner Zuschuss in Mio. €

Wohnraum: Modernisierungs-/
Sanierungsmaßnahmen

Finanzierungsmittel ab 1994



in Mio. €:

Anteilsfinanzierung

Eigeninvestitionen

Kundenzufriedenheit
lt. Mieterumfrage 2009

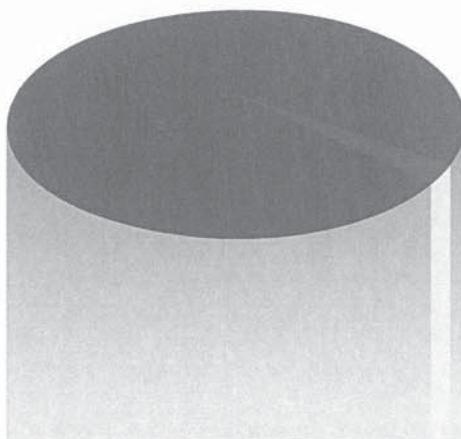
90 % würden wieder in ihre Wohnanlage des Studentenwerks einziehen.

Mietniveau in den Wohnanlagen Warmmiete inkl. Nebenkosten

Wohnanlagen

PLÄTZE	MIETHÖHE	
2.795	160,00 bis 210,00 €	= 56,03 %
1.027	211,00 bis 250,00 €	= 20,59 %
689	251,00 bis 300,00 €	= 13,81 %
268	301,00 bis 350,00 €	= 5,37 %

4.779 = 95,8 %



Plätze gesamt: 4.988

Höherwertiges Wohnen

PLÄTZE	MIETHÖHE	
BISMARCKALLEE 47 B-D		
43	270,00 bis 350,00 €	= 0,86 %
13	351,00 bis 400,00 €	= 0,26 %
19	401,00 bis 470,00 €	= 0,38 %
2	501,00 bis 550,00 €	= 0,04 %
77		= 1,54 %
GERMANIA CAMPUS		
16	339,00 bis 349,00 €	= 0,32 %
96	359,00 bis 369,00 €	= 1,92 %
20	490,00 bis 510,00 €	= 0,40 %
132		= 2,64 %

209 = 4,18 %

“vorne finanziert hinten”

PROJEKT: Bismarckallee 47-51



die ehemalige Wohnanlage
“Internationales
Studentenwohnheim”
Bismarckallee 47

■ Komplementäre Geschäftsfelder

■ Hotel mit Seeblick, Gästehaus, Tagungsort

BEST
PRACTICE
vorne
finanziert
hinten



■ agora: Seehotel

■ agora: Tagungsort

■ agora: Gästehaus

■ Komplementäre Geschäftsfelder

■ Café & Restaurant

BEST
PRACTICE
vorne
finanziert
hinten



relax

■ Bismarckallee 47

**Vorderer Gebäudeteil:
Höherwertiges Wohnen**

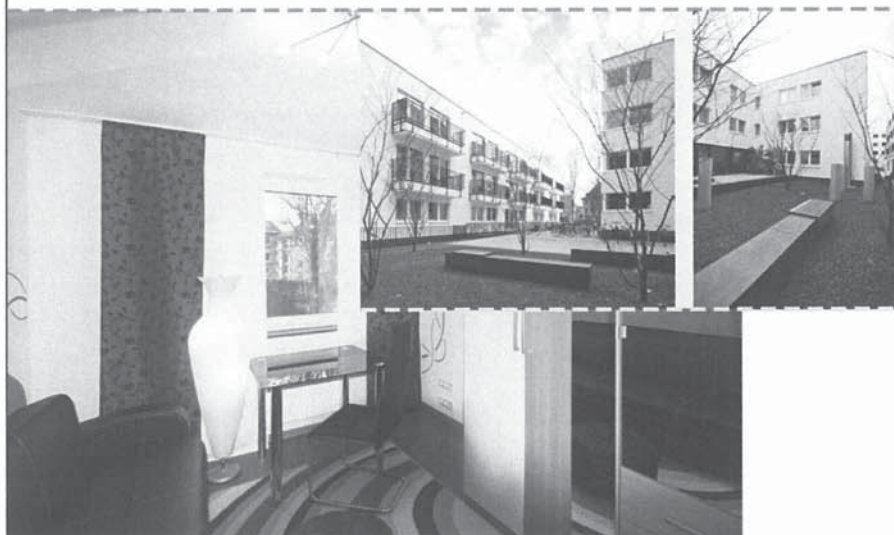
BEST
PRACTICE
vorne
finanziert
hinten



**Wohnen am Aasee
Bismarckallee 47b-d**

**In der zweiten Reihe:
Studentisches Wohnen**

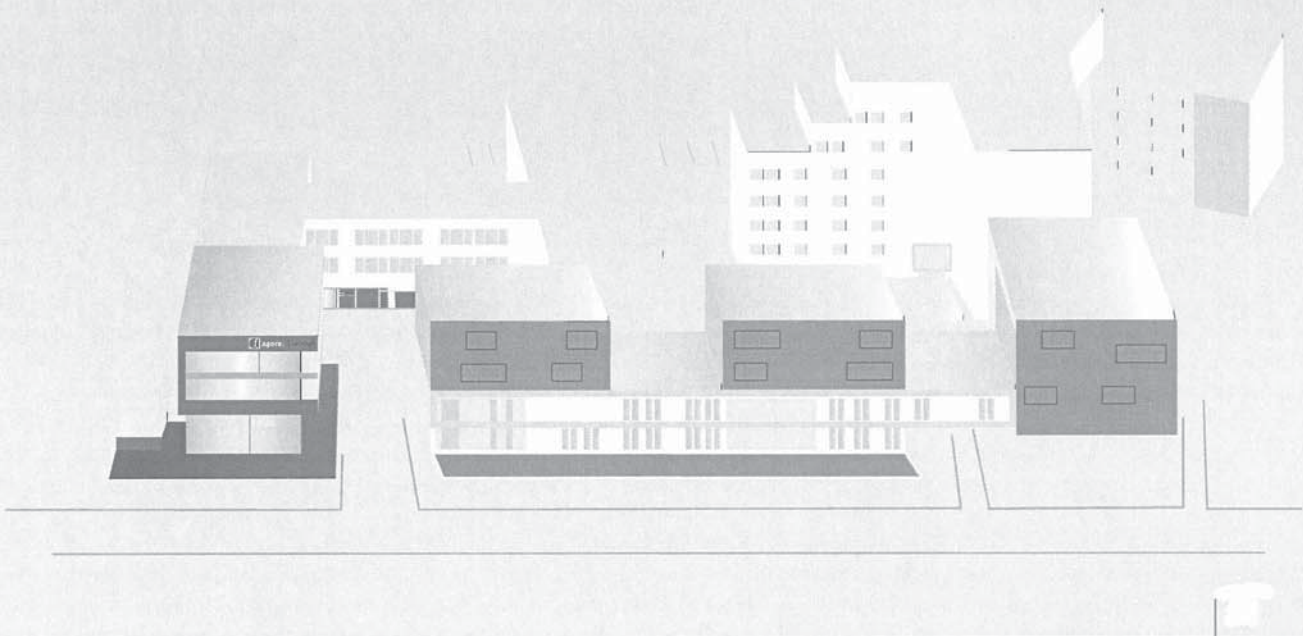
BEST
PRACTICE
vorne
finanziert
hinten



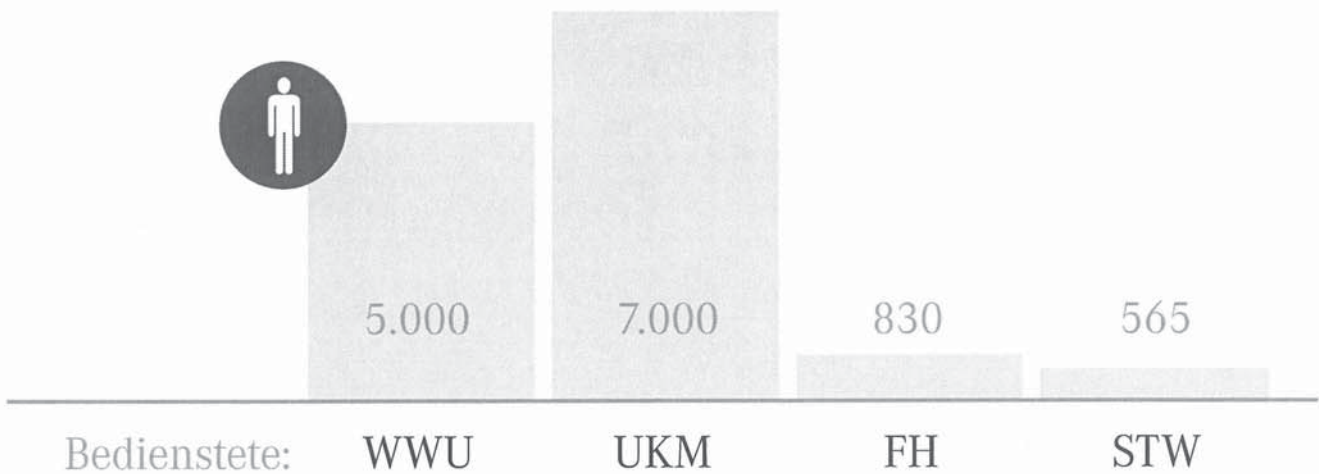
**Wohnanlagen
Bismarckallee 47a
Bismarckallee 49-51**

Gesamtansicht
Bismarckallee 47-51

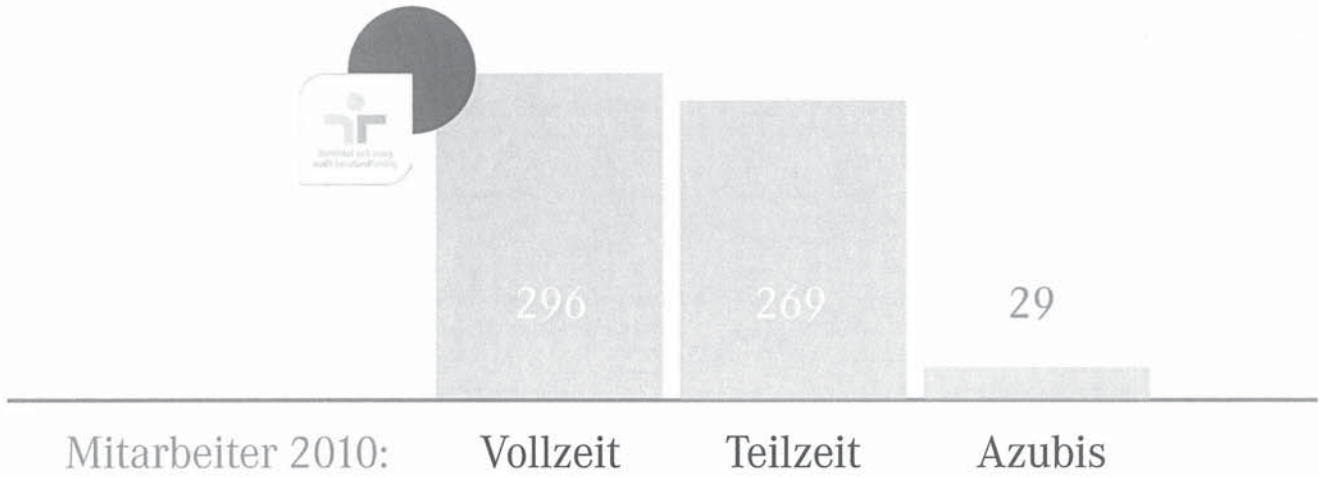
BEST
PRACTICE
vorne
finanziert
hinten



Regionalwirtschaftliche Bedeutung
sozialer Dienstleistungen des Studentwerks



Arbeitgeber Studentwerk Münster



Mitarbeiter 2010:

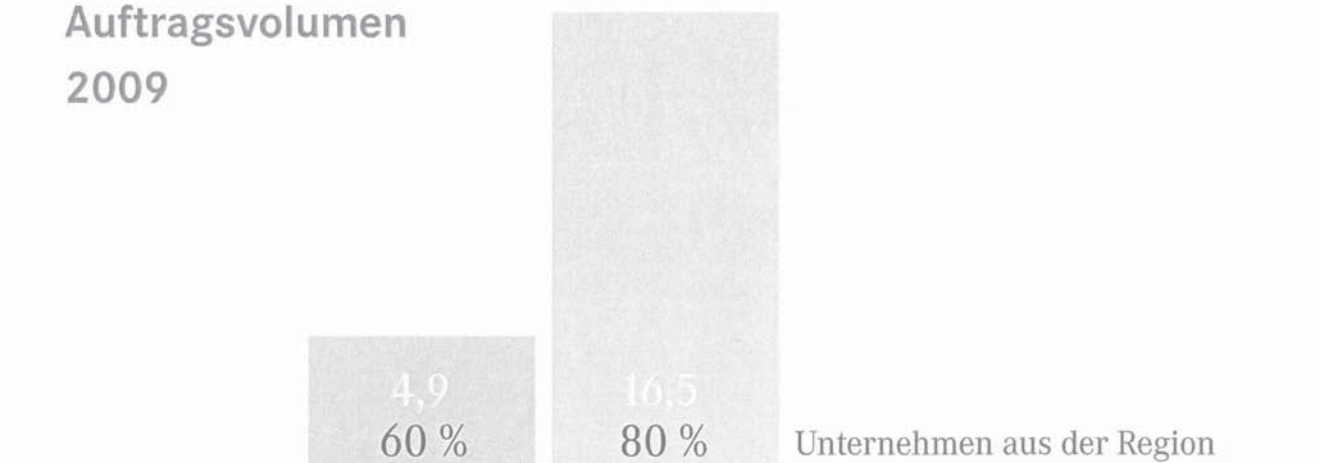
Vollzeit

Teilzeit

Azubis

Auftraggeber für Food & Non-Food-Sektor

Auftragsvolumen
2009



in Mio. €:

Food

Non-Food

Unternehmen aus der Region

Panel 2 Wohnungsmarkt: Der Einfluss von Hochschulangehörigen und Studierenden



**Christina Walz,
Geschäftsführerin des Studentenwerks Kassel**

Bericht

Panel 2: Wohnungsmarkt: Der Einfluss von Hochschulangehörigen und Studierenden

Eingangs hat die Moderatorin, Christina Walz, in einem Kurzvortrag die wesentlichen statistischen Rahmendaten dargestellt, so die Verteilung der Wohnformen, des studentischen Budgets und der hierin enthaltenen Mietausgaben nach Wohnformen.

Das Impulsreferat hielt Thomas Abraham vom empirica Institut, der kurzfristig für Prof. Dr. Volker Eichener eingesprungen war. Er erörterte die Bedeutung und den Einfluss von Studierenden und Hochschulmitarbeitern auf die Wohnungsmärkte. Es wurden die Anteile an der Gesamtnachfrage an ausgewählten Beispielen dargelegt sowie die sich hieraus ergebenden quantitativen Nachfrageeffekte. In nachfrageseitig ohnehin angespannten Wohnungsmärkten führt dieses zur Verschärfung der Situation, andererseits wirkt dieses in mittleren und eher nachfragschwachen Märkten stabilisierend auf den Wohnungsmarkt.

Der Referent wies aber insbesondere auch auf – im Grundsatz ausschließlich positive – qualitative Effekte hin, da Studierende und Hochschulmitarbeiter Quartiere grundsätzlich aufwerten („gentrifizieren“) und auch zur Stabilisierung von schwierigen Quartieren beitragen können. Das hätten Wohnungsgesellschaften bereits erkannt (Beispiel: Quartiere der Wohnungsgesellschaft saga Hamburg-Wilhelmsburg).

Im zweiten Vortrag stellte Tobias Jacobs vom Institut Analyse & Konzepte, Hamburg, am Beispiel der Stadt Jena die Zusammenarbeit zwischen dem Studentenwerk, der Kommune und den Hochschulen im Bereich der Bedarfsplanung und Bereitstellung von Wohnangeboten für Studierenden vor.

Die Diskutanten, Thomas Dienberg und Dr. Ralf Schmidt-Röh, stellten die Situation und die Anforderungen an Kommune und Studentenwerk vor dem Hintergrund der konkreten Situation in den studentisch geprägten Orten Göttingen und Jena dar. Beide würdigten insbesondere die gute Zusammenarbeit der Institutionen (Kommune/Hochschulen/Studentenwerk) und die daraus resultierenden positiven Effekte für Stadt und Region.

Zwischen den beiden Vorträgen und im Anschluss gab es eine ausführliche Diskussion mit dem Publikum, in der u.a. erörtert wurde:

- Öffnung der Studentenwohnheime, auch für Gastwissenschaftler in Kooperation mit Hochschulen, Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, wenn erforderlich
- Bedeutung zahlungskräftiger Hochschulangehöriger und Akademiker für die Städte, wie halte ich Absolventen in der Region?
- Hochschulen sind entscheidende Motoren für Wachstum und demografische Entwicklung in ostdeutschen Städten und generell in ansonsten eher strukturschwachen Gebieten
- Wohnbauflächenpolitik – Baulückenkataster, muss sich an der Nachfrage orientieren
- Situation ausländischer Studierender: Studentenwerk ist erste Anlaufstelle. Im privaten Wohnungsmarkt ist keine ausreichende Bereitschaft vorhanden.
- die Wohnungsnot ist teilweise „hausgemacht“, insbesondere, weil der Studienbeginn oftmals nur zum Wintersemester möglich ist. Dadurch massiert sich die studentische Nachfrage auf zwei bis drei Monate im Jahr. Eine Entzerrung beim Studienbeginn, z.B. Verteilung auf Sommersemester und Wintersemester, würde den studentischen Wohnungsmarkt spürbar entlasten.

Es gab folgende grundsätzliche Handlungsempfehlung:

Kommunale Wohnraumkonzepte müssen mit enger Einbindung der Hochschulen (Hochschulentwicklungsplanung) und Studentenwerk erfolgen. Eine strukturierte dauerhafte Kooperation zwischen Kommunen, Studentenwerk und Hochschulen, wie beim Jenaer Modell, wurde als gelungenes Konzept bewertet.

Studenten und Hochschulmitarbeiter und ihr Einfluss auf städtische Wohnungsmärkte

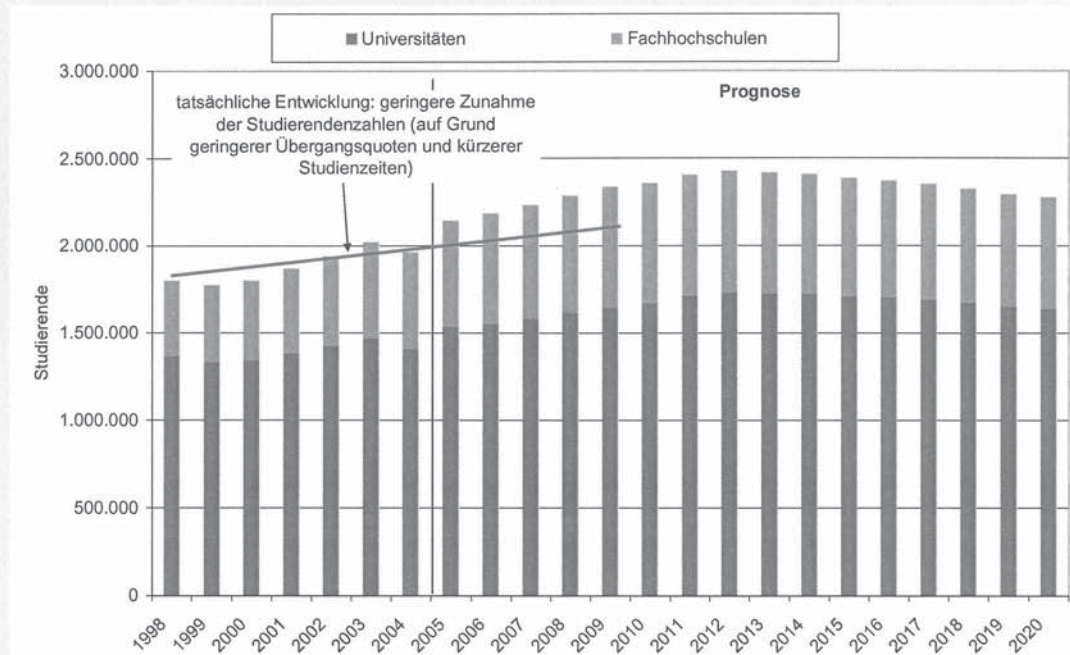
Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands
- Panel 2 -

Thomas Abraham
Jena, 7. Dezember 2010

Studenten und Hochschulbeschäftigte

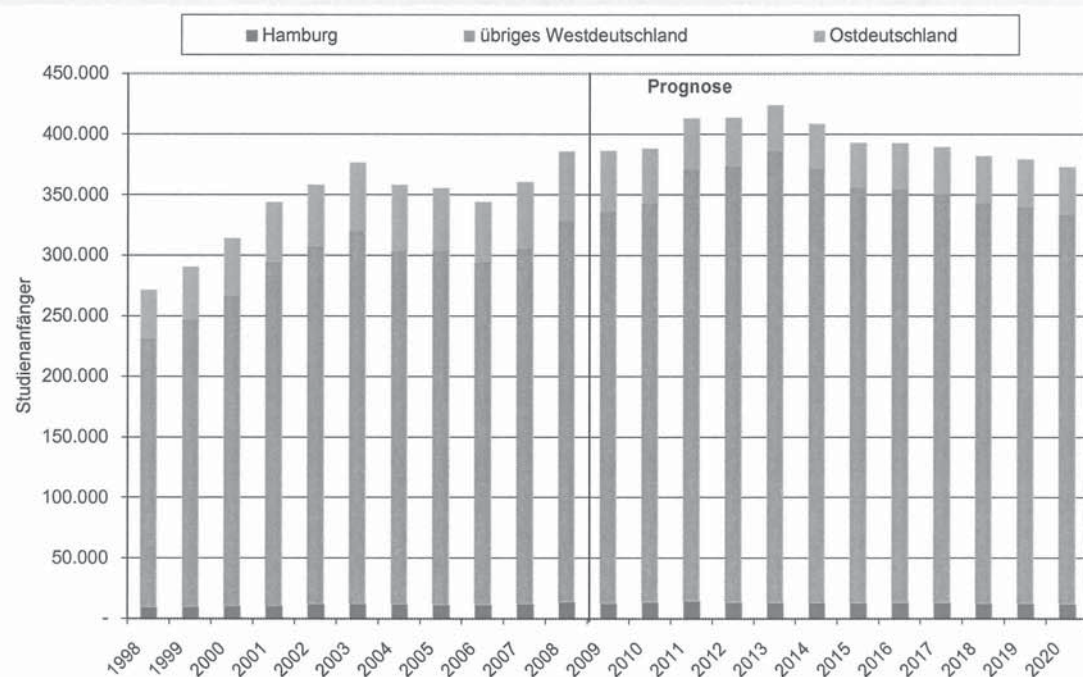
- Studenten (Studienjahr 2009/2010)
 - 2,1 Mio. Studenten an Hochschulen (rd. 350.000 Studienanfänger)
 - an mehr als 400 Hochschulen in 179 Städten in Deutschland
 - Prognose: mittelfristig zunehmend, danach wieder Rückgang (2020er Niveau aber höher als heute), ostdeutsche Hochschulstandorte stärker vom Rückgang betroffen
- Hochschulmitarbeiter
 - Wissenschaftlich/künstlerisches Personal: 170-200 Beschäftigte/1.000 Stud. (davon Professoren: 20-22 Beschäftigte/1.000 Stud.)
 - Verwaltungspersonal: 150-160 Beschäftigte/1.000 Stud.
- Fokussierung auf bestimmte Stadtteile (z.B. Köln: Sülz, Ehrenfeld; Bonn: Kessenich)

Zahl der Studierenden in Deutschland wächst mittelfristig



Quelle: Kultusministerkonferenz 2007

bisher 350.000 bis 400.000 Studienanfänger pro Jahr in Deutschland



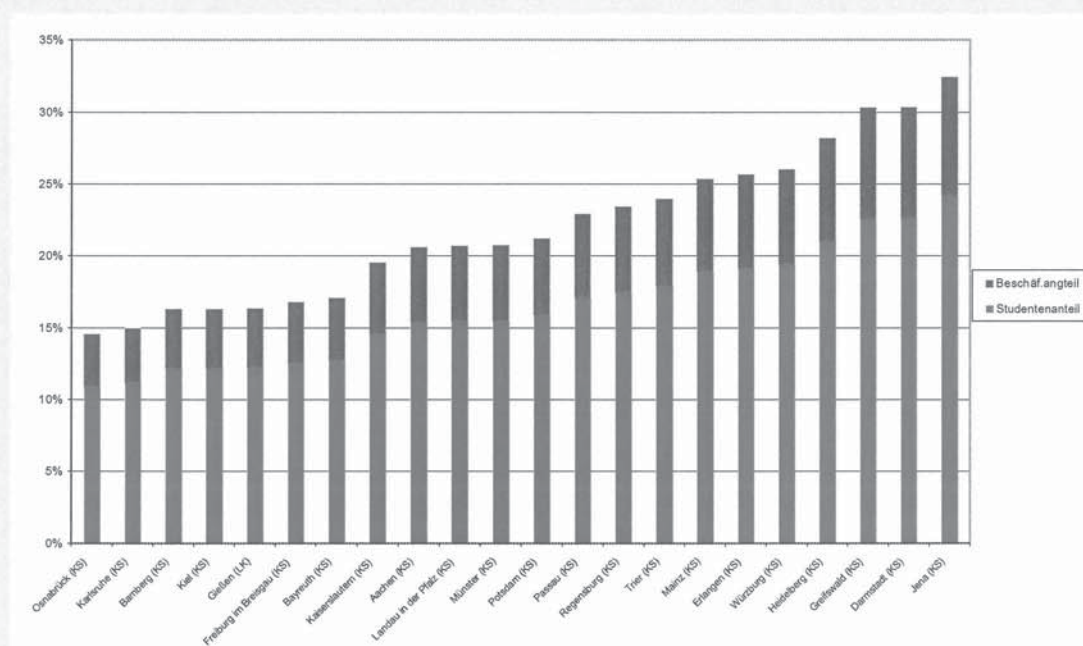
Quelle: Kultusministerkonferenz 2007

Ausgewählte Hochschulstädte: Studenten und Hochschulbeschäftigte

	Einwohner	Studenten		Hochschulbeschäftigte				Stud.+ Besch.	EW-Anteil
		Bestand	Anfänger p.a.	Wissenschaftl./künstl.	Prof.	Verwaltung	gesamt		
Spitzenreiter mit den höchsten Anteilen									
Jena (KS)	104.449	25.298	3.795	4.680	531	3.921	8.601	33.899	32%
Darmstadt (KS)	143.332	32.498	4.875	6.012	682	5.037	11.049	43.547	30%
Greifswald (KS)	54.362	12.304	1.846	2.276	258	1.907	4.183	16.487	30%
Heidelberg (KS)	146.466	30.832	4.625	5.704	647	4.779	10.483	41.315	28%
Würzburg (KS)	133.195	25.913	3.887	4.794	544	4.017	8.810	34.723	26%
Erlangen (KS)	105.554	20.223	3.033	3.741	425	3.135	6.876	27.099	26%
Mainz (KS)	197.778	37.438	5.616	6.926	786	5.803	12.729	50.167	25%
Trier (KS)	104.587	18.733	2.810	3.466	393	2.904	6.369	25.102	24%
Regensburg (KS)	134.218	23.483	3.522	4.344	493	3.640	7.984	31.467	23%
Studentenstädte									
Münster (KS)	275.543	42.718	6.408	7.903	897	6.621	14.524	57.242	21%
Freiburg (KS)	221.924	27.854	4.178	5.153	585	4.317	9.470	37.324	17%
Tübingen (LK)	220.782	22.951	3.443	4.246	482	3.557	7.803	30.754	14%
Bonn (KS)	319.841	31.364	4.705	5.802	659	4.861	10.664	42.028	13%
Großstädte									
Dresden (KS)	517.052	44.707	6.706	8.271	939	6.930	15.200	59.907	12%
Frankfurt/Main (KS)	671.927	47.056	7.058	8.705	988	7.294	15.999	63.055	9%
München (KS)	1.330.440	85.777	12.867	15.869	1.801	13.295	29.164	114.941	9%
Köln (KS)	998.105	61.691	9.254	11.413	1.296	9.562	20.975	82.666	8%
Leipzig (KS)	518.862	31.137	4.671	5.760	654	4.826	10.587	41.724	8%
Stuttgart (KS)	601.646	33.930	5.090	6.277	713	5.259	11.536	45.466	8%
Dortmund (KS)	581.308	31.953	4.793	5.911	671	4.953	10.864	42.817	7%
Düsseldorf (KS)	586.217	25.277	3.792	4.676	531	3.918	8.594	33.871	6%
Berlin (KS)	3.442.675	126.503	18.975	23.403	2.657	19.608	43.011	169.514	5%
Hamburg (KS)	1.774.224	58.223	8.733	10.771	1.223	9.025	19.796	78.019	4%
Essen (KS)	576.259	18.845	2.827	3.486	396	2.921	6.407	25.252	4%
Nürnberg (KS)	503.673	16.363	2.454	3.027	344	2.536	5.563	21.926	4%
Duisburg (KS)	491.931	12.797	1.920	2.367	269	1.984	4.351	17.148	3%

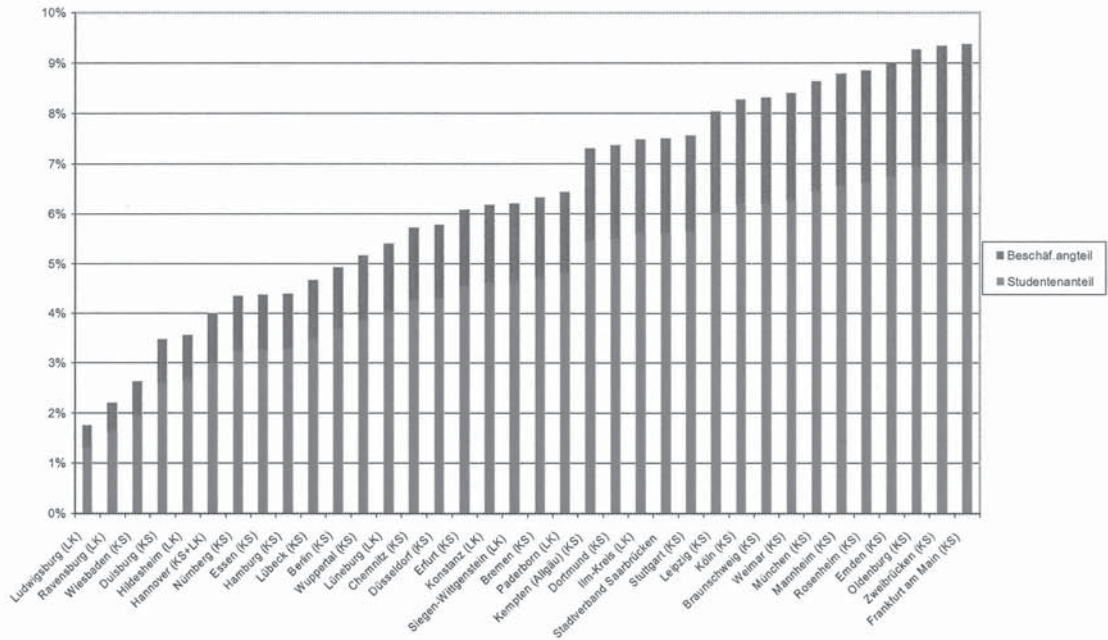
Quelle: eigene Berechnungen, DSW

Hochschulstädte mit hohen Studenten-/Beschäftigtenanteilen (15-32%)



Quelle: eigene Berechnungen, DSW

Hochschulstädte mit geringen Studenten-/Beschäftigtenanteilen (bis 10%)

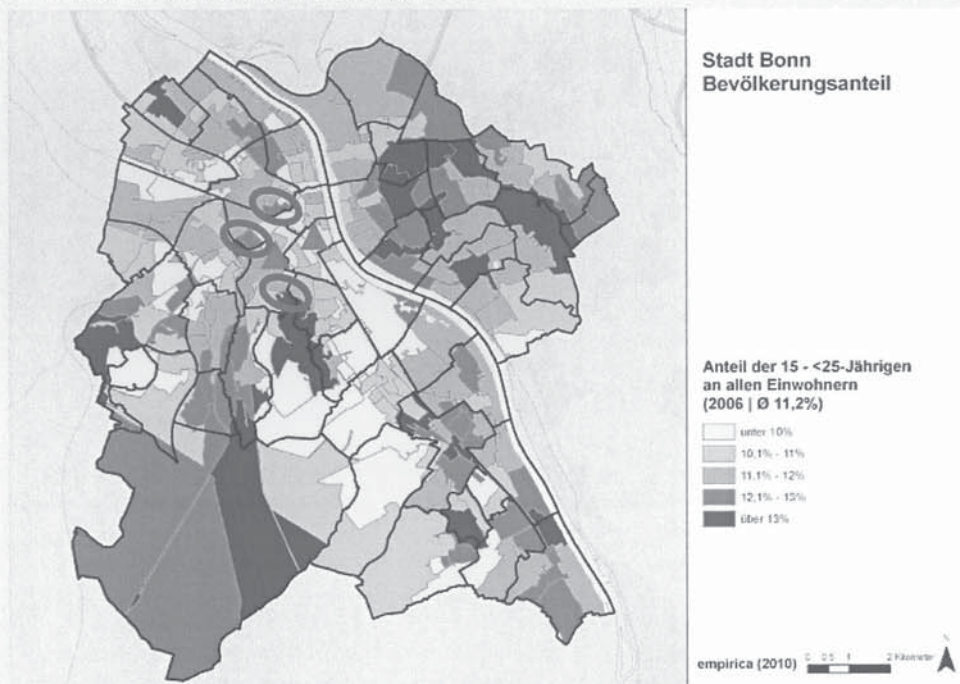


Quelle: eigene Berechnungen, DSW

Beispiel: Studentenviertel in Köln



Beispiel: Studentenviertel in Bonn



Rahmen: internationaler, jünger, kürzerfristig, höhere Qualität

- Internationalisierung: Anteil internationaler Studierender in D (9,3%) liegt über OECD-Schnitt, kann aber noch steigen (z.B. Australien 20,9%, UK 16%)
- Studenten werden jünger: nur noch 12 Schuljahre, Wegfall Wehrdienst/Zivildienst
- Verweildauer am Studienort sinkt auf Grund von kürzerem Studium, Wechseln ins Ausland
- Individueller Zeitaufwand für das Studium nimmt zu (2003: 41h/Woche, 2009: 44h/Woche)
- Wettbewerb der Hochschulstädte wird zunehmen: Standortfaktor Wissen

Relevanz für den Wohnungsmarkt

Kreisfreie Städte	Einwohner	Studentenanteil	Eltern	Wohnheim	Untermiete	WG	Wohnung alleine	Wohnung mit Partner	Summe WE	WE freier Wohnungsmarkt	Anteil an WE i.d. Stadt
Jena (KS)	104.449	24%	3.542	4.554	0	3.036	3.289	2.277	16.697	8.601	16%
Darmstadt (KS)	143.332	23%	9.749	3.250	650	2.600	4.550	3.412	24.211	10.562	15%
Greifswald (KS)	54.362	23%	738	1.476	123	1.107	2.707	1.969	8.121	5.783	21%
Heidelberg (KS)	146.466	21%	8.325	4.008	617	2.980	4.316	2.158	22.405	9.455	13%
Würzburg (KS)	133.195	19%	6.737	3.887	518	2.073	4.405	2.203	19.823	8.681	13%
Erlangen (KS)	105.554	19%	5.258	3.033	404	1.618	3.438	1.719	15.471	6.775	13%
Mainz (KS)	197.778	19%	10.108	5.990	374	2.870	5.616	3.557	28.515	12.043	12%
Trier (KS)	104.587	18%	5.058	2.997	187	1.436	2.810	1.780	14.268	6.026	12%
Regensburg (KS)	134.218	17%	6.106	3.522	470	1.879	3.992	1.996	17.964	7.867	12%
Passau (KS)	50.627	17%	2.254	1.301	173	694	1.474	737	6.633	2.905	11%
Potsdam (KS)	154.606	16%	4.659	4.169	245	1.880	4.414	2.697	18.065	8.991	12%
Münster (KS)	275.543	16%	11.961	5.126	427	2.848	8.116	4.058	32.537	15.022	11%
Landau in der Pfalz (KS)	42.994	15%	1.796	1.064	67	510	998	632	5.065	2.139	10%
Aachen (KS)	258.380	15%	11.136	4.773	398	2.652	7.557	3.778	30.294	13.987	11%
Kaiserslautern (KS)	99.275	15%	3.917	2.321	145	1.112	2.176	1.378	11.049	4.666	9%
Bayreuth (KS)	72.576	13%	2.408	1.389	185	741	1.575	787	7.085	3.103	9%
Freiburg im Breisgau (KS)	221.924	13%	7.521	3.621	557	2.693	3.900	1.950	20.241	8.542	8%
Gießen (LK)	255.765	12%	9.381	3.127	625	2.502	4.378	3.283	23.295	10.162	8%
Kiel (KS)	238.281	12%	2.613	2.904	290	3.291	6.388	3.339	18.825	13.018	11%
Bamberg (KS)	69.827	12%	2.212	1.276	170	681	1.446	723	6.508	2.850	8%
Karlsruhe (KS)	291.959	11%	8.819	4.246	653	3.157	4.573	2.286	23.735	10.017	7%
Osnabrück (KS)	163.514	11%	3.200	2.311	178	1.778	3.022	1.867	12.355	6.666	8%
Frankfurt (Oder) (KS)	60.625	11%	1.237	1.107	65	499	1.172	716	4.795	2.387	8%

Quelle: eigene Berechnungen, DSW, Statistisches Bundesamt

Viele Studenten = geringer Leerstand

Kreisfreie Städte	Studentenanteil	Leerstandsquote
Jena (KS)	24,2%	1,4%
Darmstadt (KS)	22,7%	1,7%
Greifswald (KS)	22,6%	2,6%
Heidelberg (KS)	21,1%	3,8%
Würzburg (KS)	19,5%	2,7%
Erlangen (KS)	19,2%	0,4%
Mainz (KS)	18,9%	1,9%
Trier (KS)	17,9%	1,3%
Regensburg (KS)	17,5%	1,4%
Passau (KS)	17,1%	1,1%
Potsdam (KS)	15,9%	2,1%
Münster (KS)	15,5%	1,9%
Aachen (KS)	15,4%	1,9%
Kaiserslautern (KS)	14,6%	3,8%
Bayreuth (KS)	12,8%	1,9%
Freiburg im Breisgau (KS)	12,6%	1,2%
Gießen (LK)	12,2%	2,3%
Kiel (KS)	12,2%	3,4%
Bamberg (KS)	12,2%	1,4%
Karlsruhe (KS)	11,2%	0,8%
Osnabrück (KS)	10,9%	2,9%
Frankfurt (Oder) (KS)	10,7%	10,0%
Tübingen (LK)	10,4%	1,9%

Quelle: eigene Berechnungen, DSW, Statistisches Bundesamt, empirica Leerstandsindex

Zwischenfazit

- Wohnraumnachfrage in Deutschland insgesamt wird mittelfristig noch zunehmen und erst danach zurückgehen
- Nachfrage nach studentischem Wohnraum in Westdeutschland wird mittelfristig noch kräftig wachsen, langfristig abnehmen (aber 2020 noch höher als heute)
- Wohnraumnachfrage in Ostdeutschland angesichts kontinuierlich sinkender Studentenzahlen eher als verhalten zu bezeichnen
- Höherer Umschlag von Wohnungen, kürzere Mietdauern
- Schaffung optimaler Bedingungen für effizientes Studieren

Sozioökonomischer Hintergrund der Studenten

Durchschnittlich verfügt ein Student in Deutschland über 813€/Monat (2009)

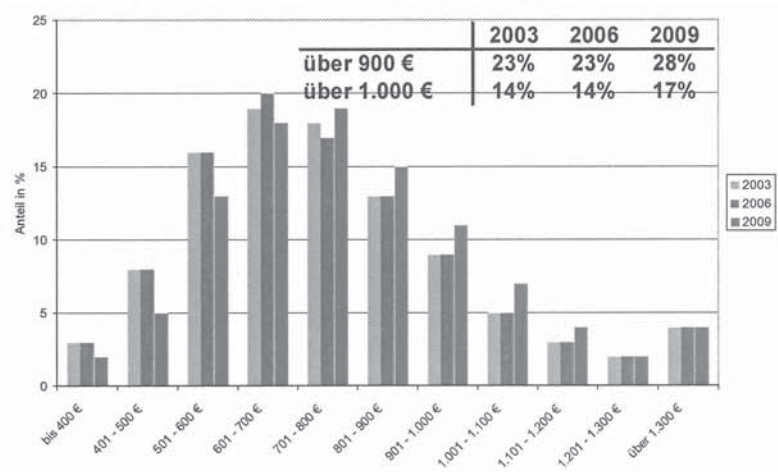
Seit 2006 sind die durchschn. Einnahmen um 6% gestiegen

Soziale Herkunftsgruppe der Studenten in Deutschland (Anteile in %)

	2003	2006	2009
niedrig	12%	13%	15%
mittel	27%	25%	26%
gehoben	25%	24%	23%
hoch	37%	38%	36%

DSW, HIS, 2009

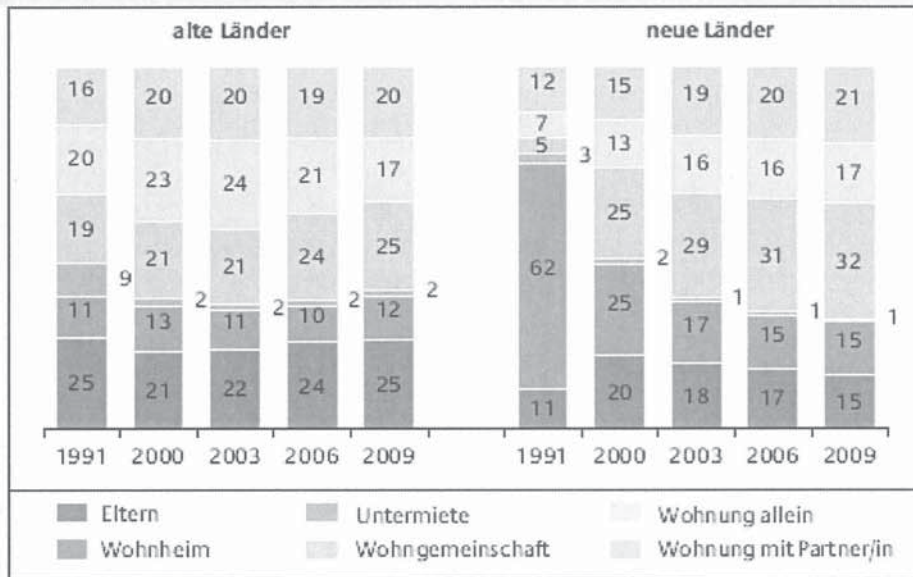
Monatliche Einnahmen der Studenten in Deutschland



DSW, HIS, 2009

Heute anteilig mehr „gut verdienende“ Studenten als 2003, aber keinen Hinweis darauf, dass Studenten heute einen besseren sozialen Hintergrund haben als 2003

Wie wohnen Studenten in Deutschland heute?



DSW/HIS 19. Sozialerhebung

¹ ab 2000 Berlin den alten Ländern zugeordnet; ab 2006 einschl. Bildungsinländer/innen
² Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: DSW, HIS 2009

Ausgaben der Studenten für das Wohnen (Deutschland)

Durchschnittliche Mietausgaben pro Monat (NKM + Nebenkosten)

	2006	2009	2006-09
Westdeutschland	275 €	291 €	5,8%
Ostdeutschland	200 €	221 €	10,5%
Deutschland	266 €	281 €	5,6%

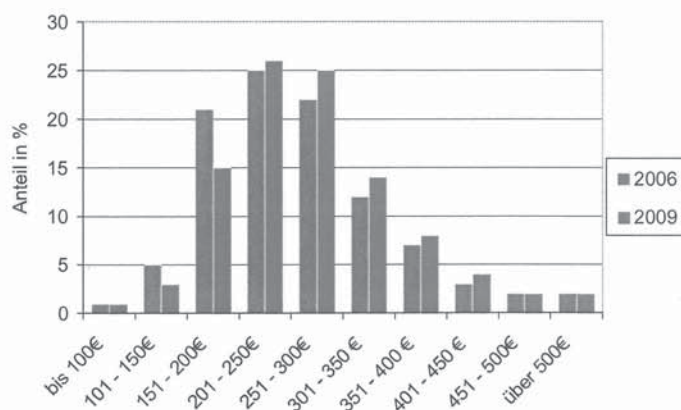
DSW, HIS 2009

Ausgabensteigerung für Wohnen entspricht der Einnahmensteigerung

Rd. 15% geben 350€ und mehr pro Monat aus

DSW, HIS 2009

Verteilung, Deutschland



Ausgaben für das Wohnen in ausgewählten Städten

		Durchschnittliche Mietausgabe pro Monat (NKM+NK)		
		2006	2009	2006-09
10 teuerste Städte	München	336 €	348 €	3,6%
	Hamburg	319 €	345 €	8,2%
	Köln	330 €	333 €	0,9%
	Düsseldorf	311 €	330 €	6,1%
	Frankfurt/Main	327 €	328 €	0,3%
	Darmstadt	297 €	321 €	8,1%
	Mainz	288 €	308 €	6,9%
	Stuttgart	282 €	306 €	8,5%
	Konstanz	269 €	305 €	13,4%
	Heidelberg	281 €	301 €	7,1%
Ostdeutsche Städte und Berlin	Leipzig	222 €	236 €	6,3%
	Dresden	219 €	223 €	1,8%
	Greifswald	226 €	252 €	11,5%
	Jena	217 €	233 €	7,4%
	Berlin	282 €	298 €	5,7%

DSW/HIS 2009

Ausgabensteigerung in einzelnen Städten tlw. über dem deutschen Durchschnitt
In sehr angespannten Märkten sind die Mieten für Apartments insgesamt stärker gestiegen als die studentischen Mietausgaben

Preisniveaus unterschiedlicher Wohnangebote für Studenten in ausgewählten Städten

- **Mietniveau in Hamburg (pro Monat)**
 - für ein unmöbliertes Apartment bis 45qm Wfl.: 10-11€/qm (Ø 360 € NKM)
 - für ein möbliertes Apartment bis 45qm Wfl.: 15-16€/qm (Ø 450 € NKM)
 - für ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft: 21-22€/qm (Ø 350 € NKM)
- **Mietniveau in Karlsruhe (pro Monat)**
 - für ein unmöbliertes Apartment bis 45qm Wfl.: 9-10€/qm (Ø 300 € NKM)
 - für ein möbliertes Apartment bis 45qm Wfl.: 13€/qm (Ø 350 € NKM)
 - für ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft: 16€/qm (Ø 300 € NKM)
 - für eine Wohnung (30qm) im student@home: 330 € (NKM)
 - für eine Wohnung (25qm) im Youniq-Karlsruhe: 390 € (warm)
- **Mietniveau in Erlangen (pro Monat)**
 - für ein unmöbliertes Apartment bis 45qm Wfl.: rd. 10€/qm (Ø 300 € NKM)
 - für ein möbliertes Apartment bis 45qm Wfl.: 13-14€/qm (Ø 330 € NKM)
 - für ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft: 16€/qm (Ø 300 € NKM)
 - für ein Zimmer im Youniq-Erlangen: 14-15€ (NKM)

Quelle: empirica Preisdatenbank (IDN Immodaten GmbH), eigene Recherchen

Auch hier gilt: Mikrolagequalität (Bsp. Hamburg)



Quelle: empirica Preisdatenbank (IDN Immodaten GmbH)

Anbieter von neuen, modernen Studentenwohnanlagen

Bundesweit tätig

Lokal/regional tätig

YOUNIQ
STUDENTENWOHNUNG MIT +



1.500 – 2.500 WE/Jahr; realisiert /in Realisierung rd. .1.900 WE:
Erlangen, Greifswald, Leipzig, Karlsruhe, München, Heidelberg

Möbliert, Küche, Highspeed-Internet, „Miet-Flatrate“,
Gemeinschaftsangebote (z.B. Empfangs-Lounge, Washing-
Lounge, Sauna)

**International
QUARTERS**



in Planung: Freiburg, Münster, Hamburg, München, Nürnberg
17-20qm Wfl., Möbliert, Küche, Highspeed-Internet, Kabel-TV,
Gemeinschaftsangebote (z.B. Empfangs-Lounge, Washing-
Lounge, IQ-Scout)

student@home



Student@home, Karlsruhe

218 WE, 30-50qm Wfl., Einbauküche,
Waschmaschinenraum, Gemein-
schaftsräume, 330 €/Monat (NKM)



Micro Apartments im Quartier et-cet-er-a,
Frankfurt/Main

181 WE, 21-25qm Wfl., vollmöbliert,
Highspeed-Internet, Gemeinschaftsräume,
Energiekonzept



Green Lofts, Berlin (Steglitz)

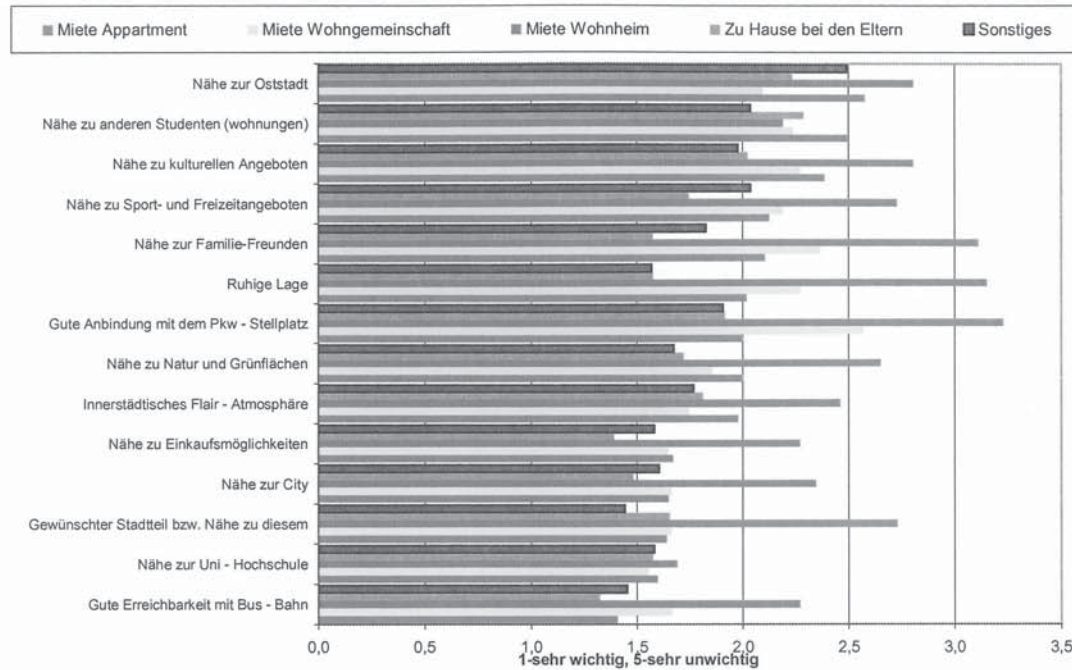
25-35 & 55qm Wfl., eingerichtete
Küche, Designmöbel

**Green
Dorms
Potsdam**

Green Dorms, Potsdam

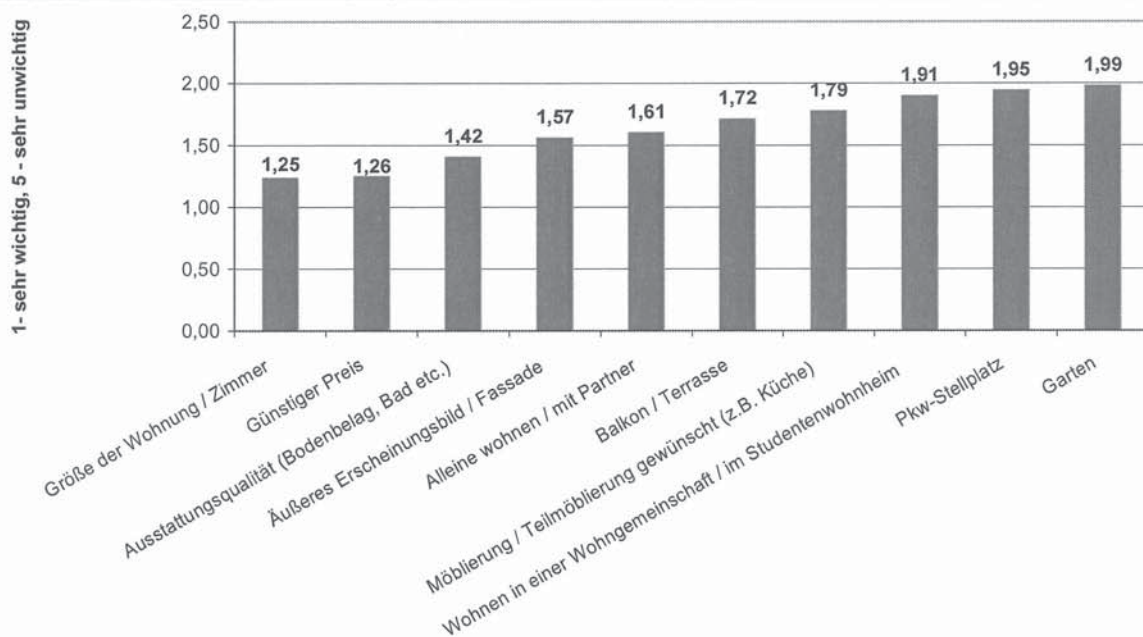
365 WE, 16-26qm Wfl., W-LAN,
Pantryküche, Waschsalon, Cafeteria,
Rezeption, Energiekonzept, 350-400
€/Monat (incl. Waschsalon, W-LAN)

Standortpräferenzen von Studenten (Bsp. kleine Großstadt)



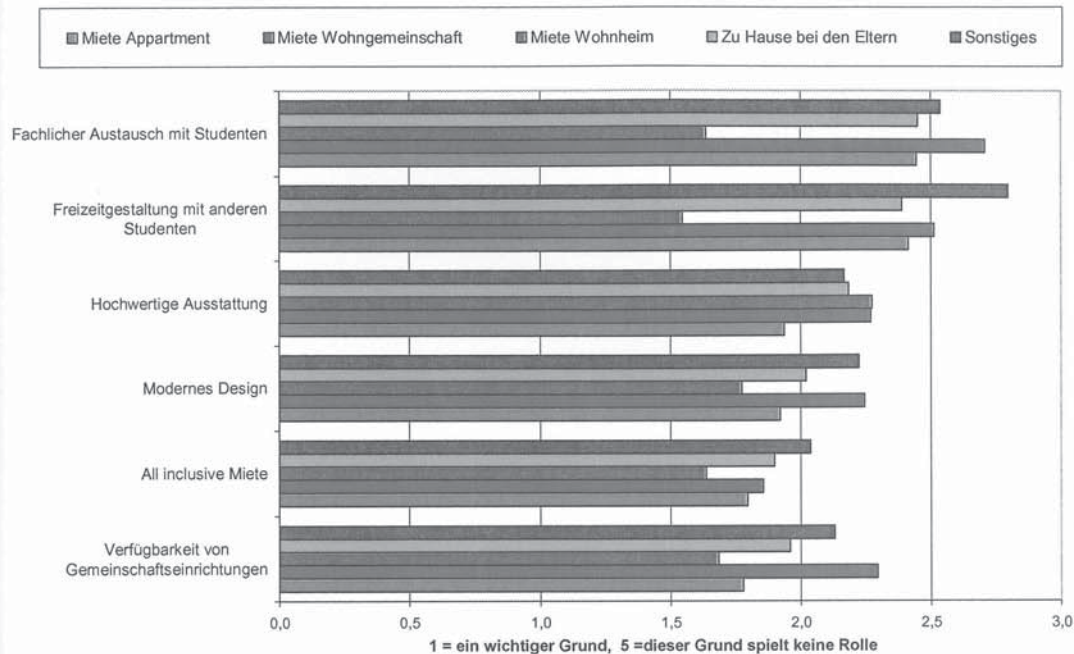
Quelle: eigene Befragung (n = 346)

Wohnungspräferenzen von Studenten (Bsp. kleine Großstadt)



Quelle: eigene Befragung (n = 346)

Spezifische Ausstattungswünsche von Studenten (Bsp. kleine Großstadt)



Quelle: eigene Befragung (n = 229)

Fazit: Studierende und Hochschulangehörige und ihre Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt einer Stadt

- Positives Image für die Gesamtstadt („junge, lebendige Stadt“, „Hochqualifizierte“, „Kreative Klasse“)
- Attraktivität für Investoren („aussichtsreiche Renditen“) belebt den Wohnungsmarkt insgesamt (Verfügbarkeit neuer Produkte)
- Studentisches Wohnen kann wichtiger Betrag zur gezielten Quartiersentwicklung sein (Bsp. Wilhelmsburg mit mehr als 500 Studenten in Saga-Wohnungen)
- Folgeeinrichtungen (Gastronomie, Einzelhandel) beleben die Stadt bzw. die Quartiere
- Hohe Nachfrage nach studentischem Wohnraum kann andererseits Angebotsengpässe am Wohnungsmarkt einer Stadt noch verschärfen (Wettbewerb um kleinere, preisgünstigere Wohnungen, Preissteigerungen) und in der Folge den Handlungsdruck erhöhen

empirica
Berlin | Bonn | Leipzig

empirica ag

Forschung und Beratung AG
Kurfürstendamm 234, D-10719 Berlin
Fon: 030 / 884 795-0
Fax: 030 / 884 795 17
Mail: berlin@empirica-institut.de
USt.-ID: DE 177 317 244
St.Nr.: 27/473/3029

empirica ag

Zweigniederlassung Bonn
Kaiserstr. 29, D-53113 Bonn
Fon: 0228 / 914 89-0
Fax: 0228 / 217 410
Mail: bonn@empirica-institut.de
USt.-ID: DE 122 113 967
St.Nr.: 205/5715/0047

komet-empirica gmbh

Regionalentwicklung,
Stadtentwicklung,
Immobilienforschung GmbH
Schreiberstr. 1, D-04109 Leipzig
Fon: 0341 / 96008-20
Fax: 0341 / 96008-30
Mail: leipzig@empirica-institut.de
USt.-ID: DE 122 656 478
St.Nr.: 231/1120/7720

www.empirica-institut.de

**Dr. Ralf Schmidt-Röh,
Geschäftsführer des Studentenwerks Thüringen**

Studentenparadies Jena

Panel 2

„In Jene lebt sich's bene ...“ besingt schon ein sehr altes Studentenlied die traditionsreiche Hochschulstadt an der Saale. Das Jenaer Paradies kennt man schon ebenso lange: Seit dem Mittelalter werden die Wiesen an der Saale so genannt, und der heute dort befindliche Park, gleich an Jenas Stadtzentrum gelegen, natürlich auch. Das Jenaer Studentenparadies ist also schon da, zum Ankommen und Dableiben, zum Sich-Erholen und Feiern, zum Lernen und zum Genießen, Disputieren, Debattieren. Tüftler und Erfinder finden hier schon seit Langem zusammen. Und in den über 450 Jahren Universitätsgeschichte geben kluge, zuweilen rauchende Köpfe hinter Büchern und vor Manuskripten der Stadt Jena ihr Gesicht.

Mit diesen Worten beschreibt die Webseite www.studentenparadies-jena.de das Entstehen der Initiative „Studentenparadies Jena“ von Stadt, Hochschulen, Studentenwerk und Jenaer Unternehmen. Diese Initiatoren verfolgen damit das Ziel, noch besser werden zu wollen, und das auch breitesten Kreisen kundzutun.

Die Initiativen um die Schaffung wirklich paradiesischer Studien- und Lebensbedingungen in Jena sind vielseitig und können an dieser Stelle nur ansatzweise Erwähnung finden. Der Jenaer Oberbürgermeister, Dr. Albrecht Schröter, betont, dass die 25.000 Studierenden knapp ein Viertel der Jenaer Bevölkerung stellen, das ist ein Zeichen dafür, dass Jena als ein sehr beliebter Studienort angesehen wird. Sie sind es, die die Stadt so jung und dynamisch sein lassen, sie sind das Potenzial für die auch zukünftig erfolgreiche Entwicklung Jenas als Wissenschafts-, Wirtschafts- und Hochtechnologiestandort. Die Stadt wird ihr Bestes tun, um Top-Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Studium in Jena zu schaffen.

Die Hochschulen bemühen sich in vielfältiger Weise, den Studierenden neben einer ausgezeichneten Lehre auch eine serviceorientierte Studienverwaltung und eine familienfreundliche Infrastruktur zu bieten.

Mit der Schaffung neuer Wohnplätze und der Unterstützung der Suche von Zimmern auf dem privaten Markt versucht das Studentenwerk, den neuen Studierenden zu einem Dach über

dem Kopf zu verhelfen. Dieses Bemühen wird von einem Runden Tisch des Oberbürgermeisters mit Unternehmen der Wohnungswirtschaft und dem Studentenwerk unterstützt. Mit einem gemeinsamen Internetauftritt wird die Wohnungssuche vereinfacht. Mit bedarfsgerechten Beratungsangeboten werden die Studierenden durch das Studentenwerk dabei unterstützt, ihre sich von Generation zu Generation wandelnden persönlichen Probleme zu klären. Über die kulinarische Leistungsfähigkeit des Studentenwerks können sich die Tagungsteilnehmer selbst ein Bild machen.

Ausländische Studierende kommen in zunehmender Zahl Jahr für Jahr an die Universität und Fachhochschule. Um diesen Kommilitonen die Integration zu erleichtern und sie allumfassend zu unterstützen, haben die Stadt Jena, die beiden Hochschulen und das Studentenwerk auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung im denkmalgeschützten „Haus auf der Mauer“ im Stadtzentrum ein Internationales Centrum (IC) geschaffen. Mit der Unterstützung des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) hat es sich innerhalb von drei Jahren zu einer wirklichen Anlauf- und Begegnungsstätte für deutsche und ausländische Studierende entwickelt.

Paradiesisch sollen sich auch die jüngsten Bewohner der Stadt fühlen – das Wohl der Kinder von Studierenden und Hochschulangehörigen ist nicht nur den Eltern wichtig. Mit einem gemeinsamen „Kinderpaket“ werden alle neuen Erdenbürger begrüßt. Im Rahmen des Kita-Netzplanes der Stadt werden neue Betreuungsplätze geschaffen und es wird gemeinsam nach alternativen Betreuungsangeboten gesucht. Als großer Erfolg erweist sich in dem Zusammenhang die flexible Kinderbetreuung „JUni Kinder“, die das Studentenwerk in Räumen auf dem Uni-Campus anbietet. Stundenweise Betreuungszeiten, auch am Wochenende, in den Abendstunden und bei Konferenzen und Tagungen bescheren den Eltern Flexibilität in der Gestaltung des Tagesablaufs.

Die Stadt Jena kann bereits heute in vielen Bereichen mit guten Bedingungen für ihre Studierenden aufwarten. Dennoch gibt es auch Dinge, die noch besser werden können und sollen. Der Erfahrungsaustausch während der Fachkonferenz zur Hochschulstadt wird dabei ein wichtiger Impulsgeber sein.

ANALYSE &
KONZEPTE

Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands





Wohnen in Jena -
Impulse für das Panel 2

07.12.10 - 1

ANALYSE &
KONZEPTE

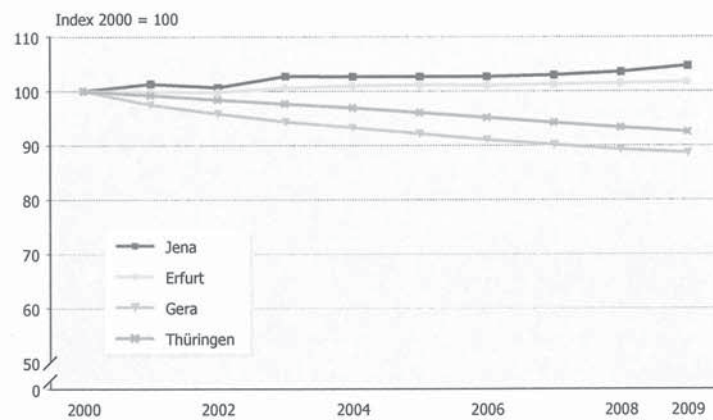
Räumliche Gliederung Jenas



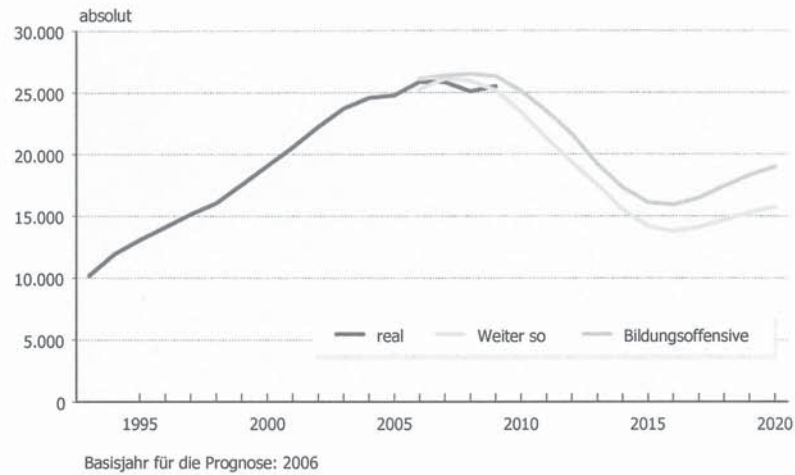
07.12.10 - 2

*Universität und Fachhochschule –
entscheidende Motoren für Wachstum und
demographische Entwicklung*

Relative Bevölkerungsentwicklung Thüringer
Städte im Vergleich



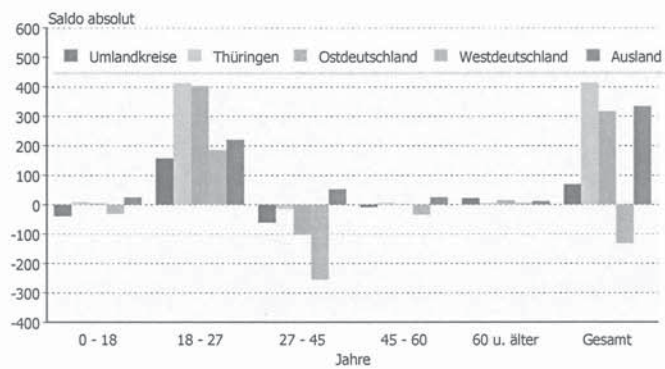
Vorausschätzung der Gesamtstudentenzahl



Quelle: TLS, Stadt Jena, Berechnungen Analyse & Konzepte

07.12.10 - 5

Studenten kommen und gehen wieder

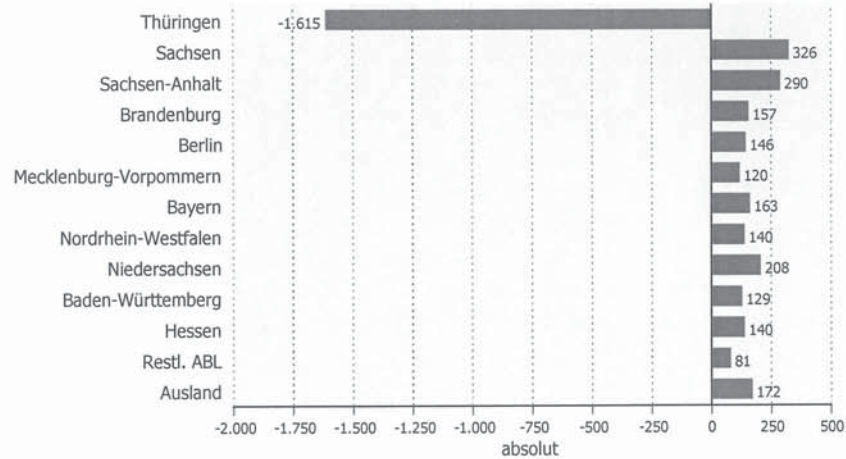


Dargestellt sind die Wanderungen von Einwohnern mit Hauptwohnsitz
 Umlandkreise: Weimarer Land und Saale-Holzland-Kreis
 Thüringen: exkl. Umlandkreise;
 Ostdeutschland: inkl. Berlin, exkl. Thüringen

Quelle: FSU und FH nach Statistikstelle Stadt Jena, Berechnungen Analyse & Konzepte

07.12.10 - 6

Entwicklung der Studentenzahlen nach Herkunft zwischen WiSe 2006/2007 und 2009/2010



Quelle: FSU und FH nach Statistikstelle Stadt Jena, Berechnungen Analyse & Konzepte

07.12.10 - 7

*Studentisches Wohnen:
zwischen hofieren und diskriminieren oder:
am liebsten zentral und billig oder:
ein schnelles Leben zwischen WG und
Wohnheim*

07.12.10 - 8

Nicht alle Studenten wohnen in Jena

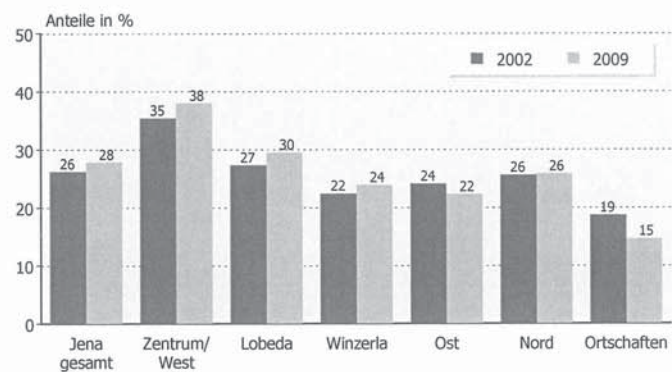
	WiSe 2003/2004	WiSe 2009/2010
Studenten insgesamt	23.674	25.475
davon in Jena wohnende	ca. 16.800	ca. 18.800
Anteil der in Jena wohnenden	71 %	74 %

Quelle: FSU und FH nach Statistikstelle Stadt Jena, Berechnungen Analyse & Konzepte

07.12.10 - 9

Am liebsten Innenstadt I

Relativer Anteil der 18- bis 30-Jährigen



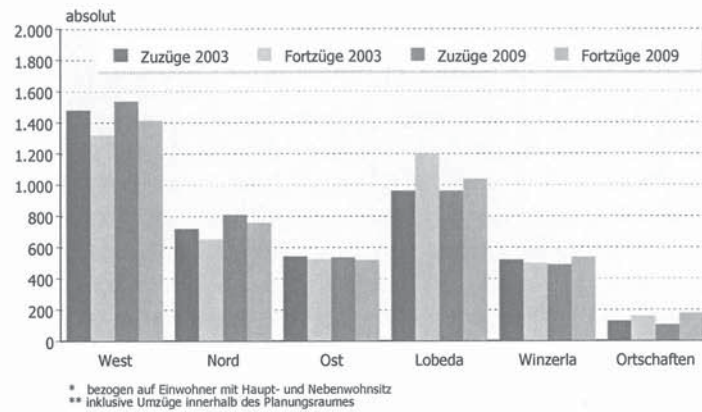
*bezogen auf die Einwohner mit Haupt- und Nebenwohnsitz

Quelle: Statistikstelle Stadt Jena, Berechnungen Analyse & Konzepte

07.12.10 - 10

Am liebsten Innenstadt II

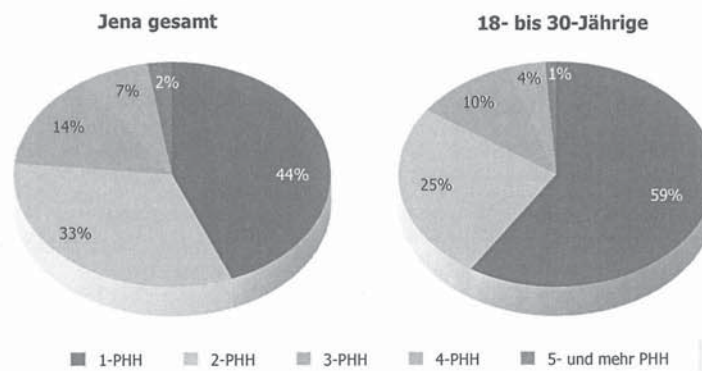
Innerstädtische Wanderungen der 18- bis 30-Jährigen



Quelle: Statistikstelle Stadt Jena, Berechnungen Analyse & Konzepte

07.12.10 - 11

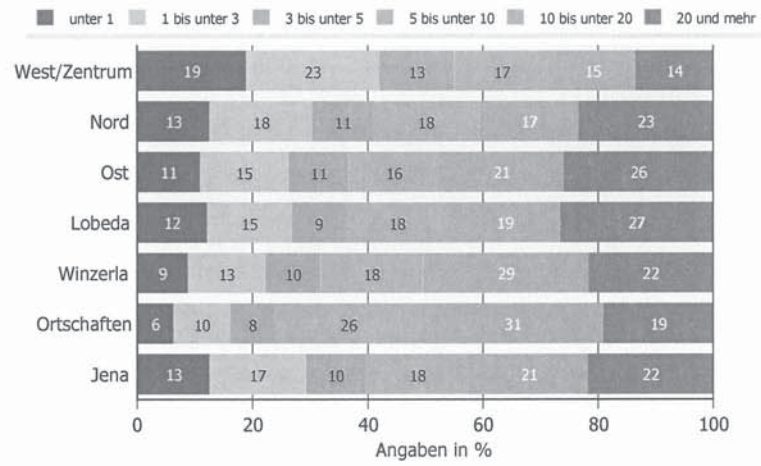
Wohnen Studenten in WGs?



Quelle: Statistikstelle Stadt Jena, Berechnungen Analyse & Konzepte

07.12.10 - 12

Wohndauer (in Jahren) nach Planungsräumen



*bezogen auf Einwohner mit Hauptwohnsitz

Quelle: Statistikstelle Stadt Jena

07.12.10 - 13

Ein zentrales Problem: das Winter-Semester



07.12.10 - 14

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

www.analyse-konzepte.de

**ANALYSE &
KONZEPTE**

Beratungsgesellschaft für Wohnen,
Immobilien und Tourismus mbH

Gasstraße 10, 22761 Hamburg
Telefon: 040 / 485 00 98-0
www.analyse-konzepte.de
info@analyse-konzepte.de

**Annette Friedrich,
Stadtplanungsamt Heidelberg**

Perspektive: europäische Wissenschaftsstadt Heidelberg

Panel 2

Im polyzentralen deutschen Städtesystem sind erfolgreich profilierte kleine Großstädte wie Heidelberg nicht ungewöhnlich; selten jedoch ist das Profil so markant auf zwei herausragende Vertreter europäischer Kulturleistungen und Erfolgsmodelle gegründet, auf die urbane Stadt der kurzen Wege und die Universität mit der Einheit von Forschung und Lehre. Diese beiden „Marken“ verschaffen der kleinen Großstadt Heidelberg mehr internationale Bekanntheit als mancher Millionenstadt. Diese Kulturleistungen gilt es fortzuentwickeln.

Das Ergebnis der historischen Entwicklung ist eine intakte Typenreihe von Wissenschaftsstadtteilen von denen neu entstehende Wissenschaftsquartiere lernen können: von den Wissenschaften in der historischen Altstadt – die Mischung mit anderen Nutzungen, von den Wissenschaften in der Gründerzeitstadt – die Wandlungsfähigkeit innerhalb der baulichen Strukturen, von den Wissenschaften in der funktionalen Stadt – die Herstellung von Nähe zu anderem relevanten Wissen.

Die Reihe der Heidelberger Wissenschafts-Stadtmodelle ergänzt der Campus Bahnstadt als „Stadtmodell in Arbeit“, mit dem Ziel einer Neuinterpretation der Europäischen Stadt. Darüber hinaus ergibt sich bis 2015 das flächenmäßig größte Potenzial der Stadtentwicklung Heidelbergs: Rund 200 Hektar Fläche werden aus militärischer Nutzung entlassen. Die Überlegungen zu Nachfolgenutzungen werden auch die Frage umfassen, welche Flächen wie zur weiteren Profilierung Heidelbergs als Wissenschaftsstadt beitragen könnten. Zehn Nobelpreise für Professoren der Universität Heidelberg dokumentieren eindrucksvoll Niveau und Anspruch der Wissenschaften in Heidelberg, auch für die Zukunft.

Außergewöhnlich für eine Stadt der Größe Heidelbergs sind darüber hinaus die große Anzahl an weiteren Einrichtungen der Spitzenforschungen sowie die aktuellen Erfolge in den Exzellenzinitiativen und internationalen Rankings. Vielfalt und Exzellenz sind Qualitätsmaßstab und Motor der Stadtentwicklung. Bei der Weiterentwicklung einer sozialen und nachhaltigen Wissenschaftsstadt ist eine Balance zwischen ökologischer Qualität, wirtschaftlicher Dynamik, baukultureller Qualität, kreativen Stadträumen, sozialer Aneignung und Stabilität der Gesamt-

stadt herzustellen. Das Profil Europäische Wissenschaftsstadt Heidelberg lässt zahlreiche Synergien erwarten. Der städtebauliche Ansatz und der Bezug zum gemischten urbanen Kontext sind gute Voraussetzungen für Ganzheitlichkeit und Interessenausgleich. Die Verknüpfung von Wissenschafts- und Baukultur soll die Vision und das Leitthema einer Perspektive Heidelbergs werden.

(unter Verwendung von Auszügen aus „Perspektive Europäische Wissenschaftsstadt Heidelberg“ – Sachstandsbericht an den Gemeinderat vom September 2010)

Panel 3
Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)



**PD Dr. Eva Schmitt-Rodermund,
Dezernentin Akademische und Studentische Angelegenheiten,
Friedrich-Schiller-Universität Jena**

Bericht

Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Etwa 20 Besucher verfolgten interessiert das Panel zu den besonderen Problemen von Mitarbeitern und Studierenden mit Kindern, in erster Linie von Seiten der Studentenwerke, aber auch von den Hochschulen. Das Impulsreferat von Markus Langer, Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) Consult GmbH, zeigte zunächst eine Reihe von Best-Practice-Beispielen aus Hochschulen auf, wo in unterschiedlicher Weise und mit verschiedenen Schwerpunkten zum Thema „Familie an der Hochschule“ im Rahmen des von der Robert Bosch Stiftung geförderten und durch das CHE begleiteten so genannten Best-Practice-Clubs Lösungsvorschläge erarbeitet worden waren. Interesse ergab sich beispielsweise aus dem Vorschlag, schwangeren Studierenden, die aus Gründen des Mutterschutzes keinen Umgang mit gefährlichen Substanzen haben dürfen, über eine virtuelle Teilnahme zu ermöglichen, geforderte Leitungspunkte in Praktika, etwa der Chemie oder der Biologie, zu erbringen.

Durch die Damen und Herren auf dem Podium setzte sich die Reihe der guten Vorschläge fort. Dr. Johann Schäfer, Kanzler der Universität Siegen, stellte dar, dass er bereits seit Jahren auf das Thema gesetzt und insofern erfolgreich Studierende wie Mitarbeiter nach Siegen gebracht hat. Hier ging es vor allem um Low-budget-Lösungen, die dennoch ihren Zweck erfüllen. Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht, Geschäftsführerin des Studentenwerks München, zeigte dagegen auf, was alles möglich ist, wenn in einem Bundesland einerseits Studienbeiträge eine andere finanzielle Situation mit sich bringen, zum anderen aber auch Mitarbeiter und Studierende dementsprechende Forderungen nach Unterstützung und Kinderbetreuung stellen. Dr. Siegfried Haller, Leiter des Jugendamts der Stadt Leipzig, präsentierte die Situation der Kinderbetreuung an und für Hochschulen – vor allem vor dem Hintergrund der geltenden Rechtslage, der Anforderungen an Kinderbetreuung und der festgeschriebenen Ausweitung auf kleinere Kinder. Er konnte eindrucksvoll die Kostenentwicklung und die Zahl der betreuten Kinder aufzeigen, aber auch die Anforderungen skizzieren, die in den kommenden Jahren auf alle Beteiligten warten. Vor allem machte er sich stark dafür, ins gemeinsame Gespräch einzutreten, statt zu warten, bis das Kind im Brunnen liegt. Der letzte Vortragende war Prof. Dr. Andreas Strunk, der von Ergebnissen aus Befragungen berichtete und die Eckpunkte einer gelungenen Kinderbetreuung an Hochschulen darstellte.

Die anschließende Diskussion zeigte, dass die Situation in den einzelnen Studentenwerken noch erheblich unterschiedlich ist, weil teils auch die Rechtslage in den Ländern erheblich variiert, was die Handlungsfähigkeit der Studentenwerke teils empfindlich einschränkt. Erkennbar war jedoch, dass alle sich der Wichtigkeit des Themas, auch für das künftige Hochschulmarketing, bewusst waren. Gemeinsam, so die Quintessenz der Veranstaltung, werde man nach Lösungen suchen müssen, und für diese sind ungewöhnliche Ideen erforderlich.

**Dr. Johann Peter Schäfer,
Kanzler der Universität Siegen**

Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Ohne dem Ergebnis der Fachkonferenz vorzugreifen, ist es sicher nicht vermessen, zu sagen, dass Hochschulen für die jeweilige Stadt ein Standortfaktor sind. Für Hochschule und Stadt ist dementsprechend auch die Familiengerechtigkeit ein wichtiger Standortvorteil.

Studium und Arbeiten muss auch mit Kindern möglich sein. Für die Universität Siegen ist dieses schon seit Jahren eine Binsenweisheit. Deshalb hat die Universität Siegen schon vor Jahren das Thema aktiv aufgenommen. Wir haben es zu einem Zeitpunkt getan, als die Hochschulgesetze eine entsprechende Bestimmung noch nicht enthielten. Allerdings ist inzwischen z.B. im Hochschulgesetz von Nordrhein-Westfalen aufgenommen: „§ 3 Abs. 5 – Die Hochschulen wirken an der sozialen Förderung der Studierenden mit. Sie berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse der Studierenden und Beschäftigten mit Kindern. Sie setzen sich für eine angemessene Betreuung dieser Kinder ein.“

Diese Aufgabe können Hochschulen jedoch nicht alleine wahrnehmen. Deshalb ist es in der Universität Siegen schon seit Jahrzehnten Tradition, dass die Universität und das Studentenwerk auch auf diesem Feld trotz unterschiedlicher Aufgabenstellungen und wirtschaftlichen Zwängen gut zusammenarbeiten. Ich nehme ein Beispiel aus der Frühzeit: 1993 haben die Handwerker des Technikdezernats eine Holzseisenbahn gebaut. Sie steht heute in der Mensa und wird nach wie vor in Anspruch genommen. Das jüngste Beispiel ist die gemeinsam mit dem Studentenwerk betriebene flexible Kinderbetreuung (FLEXI).

Warum tun wir das?

In der Universität Siegen hat sich seit Langem die Überzeugung durchgesetzt, dass studieren und arbeiten auch mit Kindern (und auch mit pflegebedürftigen Angehörigen) möglich sein muss. Das sind keine sozialen Verbeugungen, sondern die Umsetzung einer rechtlichen Verpflichtung, die wir zugleich mit Engagement und Freude erfüllen.

Siegen ist der Studienstandort mit dem höchsten Anteil an BAföG-Empfängern in Nordrhein-Westfalen. Für viele ist die Studienförderung wichtig – aber in einer erheblichen Zahl der Fälle nicht ausreichend. Deshalb möchten wir auch diejenigen fördern, die die Erziehung von Kindern und ihr Studium in Einklang bringen müssen. Ferner gilt unser Augenmerk auch dem Per-

sonal der Universität – von den Mitarbeitern in Technik und Verwaltung bis zu Professorinnen und Professoren.

Was wird gebraucht?

a) Kinderbetreuung

Das Studentenwerk Siegen hat als eines der Ersten in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1996 eine Kindertagesstätte gebaut. Zur etwa gleichen Zeit ist eine Selbsthilfegruppe entstanden, die in einem von der Universität zur Verfügung gestellten Raum eine Kinderbetreuung organisiert hat und bis heute noch organisiert. Im Jahre 2007 hat sich die Universität als familiengerechte Hochschule auditieren lassen. Das Reaudit erfolgte im Jahre 2009.

Im Rahmen dieses Verfahrens hat die Universität ein umfangreiches Programm an familiengerechten und kinderfreundlichen Maßnahmen (zum Teil in enger Zusammenarbeit und in Abstimmung mit dem Studentenwerk Siegen) erarbeitet und umgesetzt:

- Eltern-Kind-Räume an allen Standorten der Universität Siegen.
Hier können sich Eltern mit ihren Kindern zum Stillen und Wickeln in eine ruhige und freundliche Atmosphäre zurückziehen.
- Kinderzimmer mit PC-Arbeitsplatz
- Kindertagesstätte des Studentenwerks mit 70 Plätzen für Kinder im Alter von Vier Monaten bis zum Schuleintrittsalter
- Flexible Kinderbetreuung (FLEXI).

Dieses Angebot richtet sich an alle Eltern der Hochschule und des Studentenwerks mit Kindern im Alter von einem bis zehn Jahren, die eine stundenweise und flexible Kinderbetreuung benötigen. Es können einzelne Kontingente an Betreuungsstunden, semester-, tage- bzw. stundenweise flexibel gebucht werden. Das Projekt wird von der Universität laufend finanziell unterstützt.

- Ferienbetreuung.
In den Sommerferien von Nordrhein-Westfalen wird eine Ferienbetreuung für die Schulkinder der Hochschulangehörigen angeboten. Studierende und Beschäftigte haben die Möglichkeit, ihre sechs- bis zwölf-jährigen Kinder drei Wochen lang zu einem vielseitigen und ansprechenden Programm in und um die Hochschule herum anzumelden.

b) Familiengerechte Gestaltung von Arbeitszeit und Arbeitsplatz

- flexible Arbeitszeiten
- Telearbeit

Familiengerechtigkeit als Standortfaktor

Die Universität Siegen ist davon überzeugt, dass Familienfreundlichkeit und Familiengerechtigkeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung für eine Hochschule bei der Werbung um Personal und Studierende ist. Die Universität Siegen ist ein wichtiger Standortfaktor für die Region. Deshalb müssen wir alles tun, um sie im Wettbewerb mit anderen Hochschulen gut zu platzieren. Dazu gehören die vorstehend beschriebenen Maßnahmen. Die Universität Siegen nimmt dafür auch in erheblichem Umfang Geld in die Hand. Es ist nicht damit getan, Flyer zu drucken und Familiengerechtigkeit zu propagieren. Wichtig ist, konkrete bedarfsgerechte Angebote zusammen mit Studierenden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu entwickeln und umzusetzen. Das kostet Geld. Die Errichtung der flexiblen Kinderbetreuung hat die Universität mit der Finanzierung der Baukosten und einem laufenden Unterhaltzuschuss von z.Zt. 80 TEuro pro Jahr finanziert. Ein Teil dieser Mittel wird aus Studienbeiträgen eingebracht. Auf diese Weise wollen wir den Arbeitsplatz und den Studienort „Universität Siegen“ attraktiv, zukunftssicher und lebenswert machen.

Die Hochschulstadt – Ein Modell für die Zukunft
Deutschlands

Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Dr. jur. Johann Peter Schäfer –
Kanzler der Universität Siegen

Jena, 7. und 8. Dezember 2010 – Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Familiengerechte Hochschule



Holzeisenbahn in der Kinderecke der Mensa Universität Siegen

Jena, 7. und 8. Dezember 2010 – Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Familiengerechte Hochschule

- Studium und Arbeiten für Eltern ermöglichen
- Universität Siegen schon seit Jahren aktiv in Gestaltung einer familiengerechten Hochschule
- Inzwischen ist soziale Förderung der Studierenden und Beschäftigten auch gesetzlich verankert

„[Die Hochschulen] berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse [...] der Studierenden und Beschäftigten mit Kindern. Sie setzen sich für eine angemessene Betreuung dieser Kinder ein.“

(§ 3 Abs. 5, Hochschulgesetz NRW)

Jena, 7. und 8. Dezember 2010 – Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Familiengerechte Hochschule

Flexible
Kinderbetreuung von
Studentenwerk und
Universität Siegen



Jena, 7. und 8. Dezember 2010 – Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Familiengerechte Hochschule

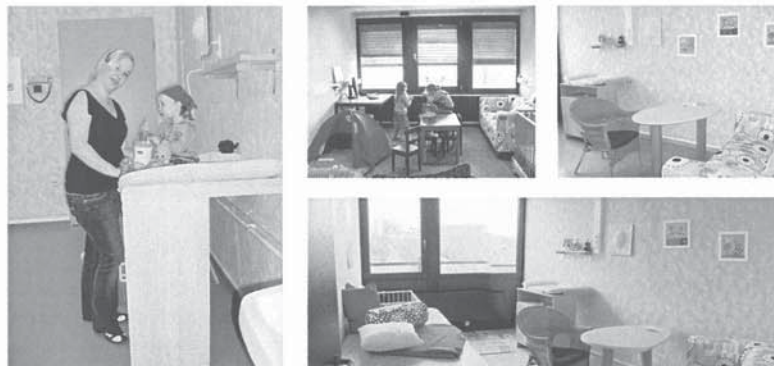
- Audit der Universität Siegen als familiengerechte Hochschule im Jahr 2007, Reaudit 2009.
- Im Rahmen des Audits etabliert die Universität ein umfangreiches Programm an familiengerechten und kinderfreundlichen Maßnahmen



Jena, 7. und 8. Dezember 2010 – Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Familienfreundliche Angebote

1.) Eltern-Kind-Räume in allen Standorten der Universität



Jena, 7. und 8. Dezember 2010 – Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Familienfreundliche Angebote

2.) Kindertagesstätte des Studentenwerks



Jena, 7. und 8. Dezember 2010 – Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Familienfreundliche Angebote

3.) Flexible Kinderbetreuung (Flexi)



Öffnungszeiten: Montag bis Freitag, 8.00 – 18.00 Uhr

Kosten: 3,- € für Studierende, 7,- € für Beschäftigte,
10,- € für ProfessorInnen und Dritte

Jena, 7. und 8. Dezember 2010 – Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Familienfreundliche Angebote

4.) Ferienbetreuung in den Sommerferien



Jena, 7. und 8. Dezember 2010 – Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Familiengerechtigkeit als Standortfaktor

- Wichtiger Faktor bei Werbung von Studierenden und Personal
- Platzierung im Wettbewerb mit anderen Hochschulen
- Entwicklung und Umsetzung bedarfsgerechter Angebote gemeinsam mit Studierenden und Hochschulpersonal

Jena, 7. und 8. Dezember 2010 – Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

**Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht,
Geschäftsführerin des Studentenwerks München**

Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

1. Welchen spezifischen Bedarf haben Studierende mit Kindern?

Beratung

- neue Lebenssituation
- Verantwortung
- keine Erfahrung
- oft alleinerziehend
- Doppelbelastung Studium + Kindererziehung
- Probleme bei Studienorganisation (auch Panik)
- gewohnter Lebensalltag kann nicht beibehalten werden
- Finanzierungssituation ändert sich (mehr Kosten, weniger Zeit, um zu jobben)
- Unkenntnis über Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten

Kinderbetreuung und -förderung

- Kitaplätze in Hochschul- oder Wohnheimnähe
- bezahlbare Kitaplätze
- qualifizierte Förderung der Kinder
- flexible Alternativen für besondere Situationen, z.B. stundenweise Betreuung

Finanzierung

- finanzielle Unterstützung, die es ermöglicht, ein Studium fortzuführen
- Starthilfen
- bezahlbarer familiengerechter Wohnraum

Studienorganisation

- flexible Studien- und Prüfungsordnungen
- Beurlaubungsmöglichkeiten

2. Welche Angebotsvielfalt bieten die Studentenwerke?

Kindertagesbetreuung

- 42 von 58 Studentenwerken unterhalten Kinderkrippen und -gärten
- 21 bieten flexible Kurzzeitbetreuung an

Beratung

- Beratung für Studierende mit Kind: an 38 Studentenwerken
- sieben Studentenwerke: spezielle Kurse, z.B. Geburtsvorbereitungskurs, Stillkurs usw.

Mensen

- kostenloses Essen in den Mensen bieten 15, vergünstigtes Essen zwölf Studentenwerke an
- Spielecken: in 32 Studentenwerken

Wohnraum

- Wohnraum: 48 Studentenwerke (= am weitesten verbreitetes Angebot)

Finanzielle Unterstützung (eher selten)

- 7 x „Begrüßungsgeld“ für neugeborene Kinder Studierender
- 9 x Ausstattung (Möbel, Kindergeschirr, Babybadewanne usw.)

Soziale Aspekte (etwa die Hälfte aller Studentenwerke)

– besondere Freizeitveranstaltungen für Studierende mit Kind (Feste, Themenveranstaltungen, Flohmärkte): 21 Studentenwerke

– 27 Studentenwerke haben spezielle Räume, z.B. für Wickeln und Stillen

Spezielles (besondere Angebote einzelner Studentenwerke)

– Nothilfen, Familienzentren, Spielplätze, Kindersauna, kostenloses Essen in der Kita, Informationsmaterial, Schulkinderbetreuung in den Sommerferien ...

Zusammenfassung

Studentenwerke fühlen sich verantwortlich für alle Bereiche, in denen Studierende mit Kind besonderen Bedarf haben oder Unterstützung benötigen. Ihr Angebot umfasst schon jetzt alle relevanten Bereiche des täglichen Lebens – natürlich in unterschiedlichem Umfang und abhängig von den konkreten Gegebenheiten vor Ort bzw. den Möglichkeiten des einzelnen Studentenwerks. Neben der „klassischen“ Kinderbetreuung wird dabei praktisch immer mindestens ein weiteres Angebot bereitgehalten, oft auch viel mehr und mit viel Phantasie und Einfallsreichtum gestaltet. Dabei arbeiten sie eng zusammen mit Hochschulen, städtischen und anderen Trägern oder Institutionen vor Ort. Allein 45 unterhalten formelle Kooperationen mit „ihren“ Hochschulen in diesem Bereich. In 39 Fällen wird das örtliche Studentenwerk eingebunden in die Bemühungen der Hochschule um das „Audit familiengerechte Hochschule“.

3. Welche Angebote bietet das Studentenwerk München an?

Hintergrund

– 3 % Studierende mit Kind in München (Bayern: 4 %, Deutschland: 7 %)

– Studienort mit extrem hohen Lebenshaltungskosten (922 €, Bayern: 846 €, Deutschland: 719 €)

– relativ hoher Anteil Studierender, die selbst noch bei den Eltern wohnen (28 %, Bayern: 25 %, Deutschland: 24 %)

– etwas geringeres Durchschnittsalter der Studierenden (23,8 Jahre, bundesweit: 24,5 Jahre)

– doppelter Abiturjahrgang steht im Jahr 2011 bevor (auch, wenn diese Studierenden nicht „sofort“ Kinder haben, „wandert“ die Welle durch die Semester und kann einen weiteren Anstieg in zwei bis drei Jahren zur Folge haben)

aber: 3 % von 94.000 sind immer noch fast 3.000 Studierende (2.820)!

Angebot des Studentenwerks München

Kindertagesbetreuung

– derzeit 19 Kitas für 330 Kinder

– weiter im Ausbau

– stundenweise Kinderbetreuung bei den „Campuskindern“

– in Zusammenarbeit und auf Wunsch der Hochschulen auch Abendöffnungszeiten

Beratung

– Beratung für Studierende mit Kind (3 x wöchentlich)

– Gesprächskreise in Zusammenarbeit mit den Hochschulen und teilweise auch mit den Hochschulgemeinden vor Ort

Mensen

– Kindersitze

– Spielecken

Wohnraum

- Apartments für Familien und Alleinerziehende
- in einigen Wohnanlagen auch Kinderkrippen
- Spielplätze

Finanzielle Unterstützung

- „Freitischchen“, ermöglicht durch den Studentenhilfe München e.V. (ausschließlich auf Spendenbasis und durch Kooperation mit der Münchner Sozialstiftung)

Soziale Aspekte

- Räume für Wickeln und Stillen

Besonderheiten

- Studentenwerk München hat selbst am Audit „berufundfamilie“ teilgenommen und wurde 2009 zertifiziert:
- Prozess wurde gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Studentenwerks durchgeführt
- legt umfassendes Bild von „Familie“ zu Grunde
- Eröffnet auch Möglichkeiten zur Betreuung der Kinder von Mitarbeitern
- Angebot an Kinderkrippen wird weiter ausgebaut:
- 2011: weitere 72 Plätze
- enge Zusammenarbeit mit den Hochschulen: sehr gute Erfahrungen! (Beispiel: Kindervilla Freising, Campuskinder LMU, Ingebort-Ortner-Kinderhaus)
- dadurch auch Betreuung von Kindern Hochschulangehöriger
- bei veränderten Vorlesungszeiten: erweiterte Öffnungszeiten und auch Betreuung am Samstag wird geprüft
- Umstellung der Finanzierung auf das Bayerische Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG)
- keine Zuschüsse mehr durch das Ministerium (keine Doppelförderung)
- dafür bessere Förderung und mehr Planungssicherheit
- hier: enge Zusammenarbeit mit den Städten

Herausforderungen

Personal

- große Probleme, geeignetes Personal zu finden
- Lebenshaltungskosten in München sind ein Problem für nicht so gut verdienende Erzieherinnen
- zugleich müssen Kosten so gering wie möglich gehalten werden, damit die Betreuung für Studierende finanzierbar bleibt
- große Konkurrenz um qualifiziertes Personal

Räume

- Anmietung in München zu teuer
- Räume werden am besten von Hochschulen zur Verfügung gestellt: klappt bereits sehr gut!

Öffnungszeiten

- Hochschulen äußern oft den Wunsch nach ausgeweiteten Öffnungszeiten (im Zusammenhang mit ihren Initiativen zur Familienfreundlichkeit), die in der Realität nicht genutzt werden.

An der Uni mit Kind

Was brauchen Studierende und Hochschulangehörige mit Kindern?

- Bedarf
- Angebot
- Zusammenarbeit

Bedarf?

- Beratung
- Kinderbetreuung
- Finanzierung
- Studienorganisation
- Wohnumfeld



Angebot!

▪ Kinderbetreuung- u. Förderung	42 x
▪ Spezielle Beratung	38 x
▪ Kostenloses Essen	15 x
▪ Spielecken in Mensen	32 x
▪ Wohnungen für Eltern mit Kind	48 x
▪ „Begrüßungsgeld“	7 x
▪ Räume für's Wickeln und Stillen	27 x

Studentenwerk München • „An der Uni mit Kind“ • Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht • 07.12.10

In München...

...Hintergrund

- 3 % Studierende mit Kind
- Lebenshaltungskosten: 922 €
- Altersdurchschnitt: 24 Jahre
- 2011: doppelter Abiturjahrgang

Studentenwerk München • „An der Uni mit Kind“ • Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht • 07.12.10

In München...

... bietet das Studentenwerk

- 19 Kitas für 314 Kinder
- bis 2013: 520 Plätze
- 3 x wöchentlich Beratung
- Kindersitze u. Spielecken
- Wohnungen

Studentenwerk München • „An der Uni mit Kind“ • Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht • 07.12.10

Besonderheiten

- **Audit berufundfamilie 2009**
- **Unterstützung der Auditierung von Hochschulen**
- **Intensive Zusammenarbeit mit Hochschulen**
- **Förderung nach BayKiBiG:
Zusammenarbeit mit Gemeinden**

Studentenwerk München • „An der Uni mit Kind“ • Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht • 07.12.10

Herausforderungen

- **Personalrekrutierung**
- **Kooperative Einrichtung von Kitas mit den Hochschulen**
- **Flexible aber realistische Öffnungszeiten**
- **Engere Zusammenarbeit mit Gemeinden bei Umsetzung des BayKiBiG**

Studentenwerk München • „An der Uni mit Kind“ • Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht • 07.12.10

gemeinsam lösen!



Studentenwerk München • „An der Uni mit Kind“ • Dr. Ursula Wurzer-Faßnacht • 07.12.10



Die Hochschulstadt: Ein Modell für die Zukunft Deutschlands

Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

Jena am 07. Dezember 2010

Dr. Siegfried Haller, Leiter des Jugendamtes Leipzig



Herausforderungen an die Leipziger Stadtentwicklung



Aufbau des SEKo

Soziodemographische Rahmenbedingungen

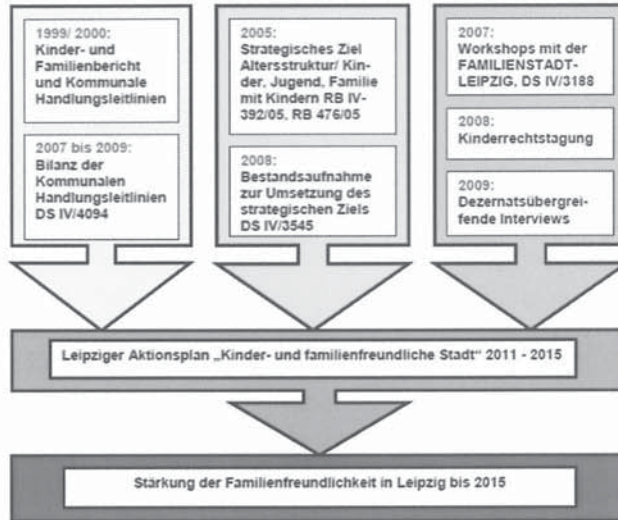
Fachkonzepte

Wohnen	Sport
Zentren	Kultur
Wirtschaft und Beschäftigung	Bildungslandschaft
Verkehr und Technische Infrastruktur	Soziales
Freiraum und Umwelt	Denkmalpflege

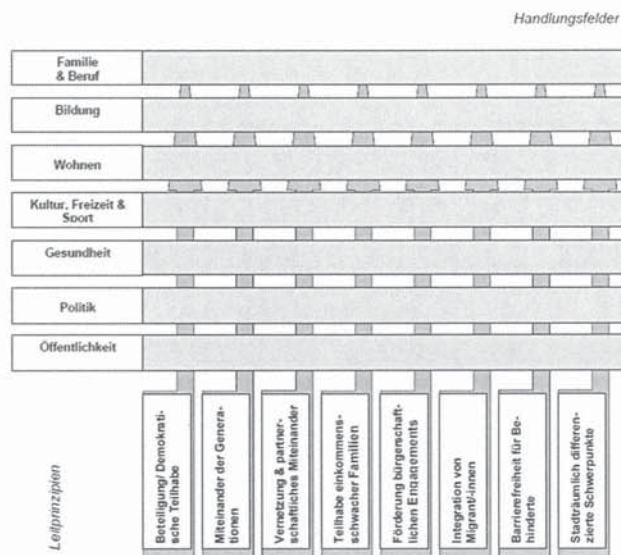
Gesamtkonzept (Stadtentwicklungsstrategie)

Handlungskonzepte für Schwerpunktgebiete (Stadtteilkonzepte)

Familiengerechte Stadt



Familiengerechte Stadt – Aktionsplan 2011 - 2015





Zusammenfassung und Schwerpunktsetzung der Stadt Leipzig im Handlungsfeld Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Ausbildung

Handlungsbedarf besteht insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bedarfsgerechter Ausbau der Krippenplätze
- Weiterentwicklung der personellen und sachlichen Ausstattung in Kindertageseinrichtungen
- Sicherung des Erzieher Nachwuchses für Kindertageseinrichtungen
- Beobachtung der Deckung des Bedarfs an flexiblen Betreuungszeiten in Kindertageseinrichtungen
- Unterstützung und Kooperationen zum Thema „Studieren mit Kind“
- Weiterentwicklung der Stadtverwaltung als familienfreundlichem Arbeitgeber.

Die Stadt Leipzig setzt sich selbst, ihren politischen Vertreterinnen und Vertretern, ihren Eigenbetrieben und Beteiligungsunternehmen für die kommenden vier Jahre aus dem Handlungsfeld Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Ausbildung die folgenden zwei Handlungsschwerpunkte:

Sicherung einer wohnort- oder arbeitsnahen, nachfrageorientierten Versorgung mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege

Dazu werden folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Nachfrageorientierte Bedarfsplanung für Plätze in Kindertageseinrichtungen und Tagespflege
- Aktualisierung der langfristigen Planung bis 2025

Federführendes Amt für die Umsetzung:

- Jugendamt

Ausbau der Familienfreundlichkeit der Verwaltung als Arbeitgeber

Dazu werden folgende Maßnahmen umgesetzt:

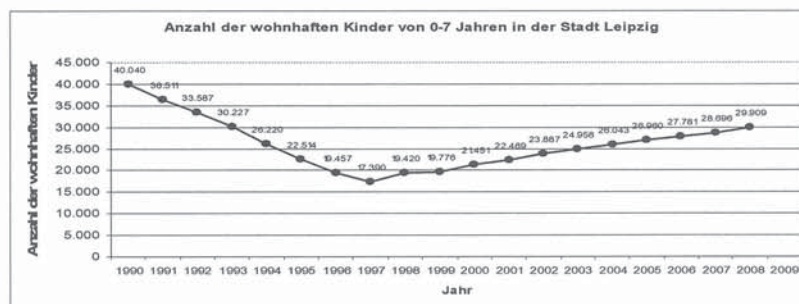
- Umsetzung des 3. Frauenförderplans der Stadtverwaltung Leipzig
- Folgebewerbung (nach drei Jahren) um das Prädikat TOTAL-E-QUALITY
- Zusammenarbeit der Stadt Leipzig mit stadt-, landes- und bundesweiten „Allianzen für Familien“ der Arbeitgeber

Federführendes Amt:

- Personalamt

Demografie

Entwicklung der Zahl wohnhafter Kinder von 0 bis 7 Jahren in Leipzig



Bedarf

Leistungsbezogene Bedarfsquoten für 2011

Altersgruppe	Ermittelte Nutzungsquote ^[1]	Für die Planung verwendete Bedarfsquote
0 bis 1 Jahr	1%	2%
1 bis 3 Jahre	45%	46%
3 bis 4 Jahre	90%	91%
4 bis 5 Jahre		
5 bis 6 Jahre		
6 bis 7 Jahre		
1. Klasse	92%	94% Schuljahr 10/11; 95% Schuljahr 11/12
2. Klasse	93%	93,5% Schuljahr 10/11; 94% Schuljahr 11/12
3. Klasse	90%	91,5% Schuljahr 10/11; 92,5% Schuljahr 11/12
4. Klasse	79%	80% Schuljahr 10/11; 81,5% Schuljahr 11/12
Tagespflege Krippenkinder	12%	13,25%
Tagespflege Kindergarten- kinder ^[2]	0,2%	0,2%

[1] Nutzungsquoten für Krippe und Tagespflege ermittelt im Dezember 2009, für Kindergarten ermittelt im Juni 2009, Nutzungsquoten für Horte ermittelt im September 2009

[2] Tagespflege in der Stadt Leipzig ist ein Angebot für Krippenkinder. Kindergartenkinder werden nur nach Einzelfallprüfung in Tagespflege betreut.

Platzangebot

Entwicklung der Platzzahlen in Leipziger Kindertageseinrichtungen 2009 und 2010

	Plan 2010 (Beschluss)	Plan 2011	Änderungen zu 2010
Krippenplätze in Einrichtungen	4.761	4.880	+119
Krippenplätze in Tagespflege	1.697	2.080	+383
Summe Plätze für Krippenkinder	6.458	6.960	+502
Kindergartenplätze in Einrichtungen	15.517	16.107	+590
Kindergartenplätze in Tagespflege	34	35	+1
Summe Plätze für Kindergartenkinder	15.551	16.142	+591
Hortplätze in Kitas und an freien Schulen	3.412	3.463	+51
Hortplätze an kommunalen Grundschulen	9.953	10.234	+281
Hortplätze gesamt	13.365	13.697	+332
Plätze insgesamt:	35.374	36.799	+1.425

Kitas mit spezifischem Hochschulbezug



Stadtbezirk	Anschrift der Einrichtung	Träger	Kapazität			
			gesamt	KK	KG	dav. beh.
0-Mitte	miniUNiversum Liebigstraße 22b	Internationaler Bund für Sozialarbeit e.V.	123	48	75	4
0-Mitte	EinSteinchen Brüderstraße 14-17	FRÖBEL gGmbH	105	36	69	3
4-Süd	Bornaische Straße 138	Studentenwerk Leipzig e.V.	27	17	10	0



Eltern-Kind-Treffs (ZAPPELKISTE) von Studierenden für Studierende (Nürnberger Straße 42)

- Möglichkeit zur gegenseitigen Kinderbetreuung in Hochschulnähe
- kleiner PC-Pool für Studienarbeiten
- Schlaf- und Spielraum für Kinder
- wöchentliche Krabbelgruppen, Alleinerziehendentreff, Stillgruppe, Spielgruppe, kostenlose Rechtsberatung u.v.m.

Was sind die Rechtsgrundlagen zur Erhebung der Elternbeiträge?



§§ 22 – 24 SGB VIII, „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege“

§ 90 SGB VIII), „Pauschalierte Kostenbeteiligung“ mit einkommensabhängigem Ermäßigungsanspruch

§§ 82 ff. SGB XII, „Einkommen...“

§§ 14 u 15 SächsKitaG, „Betriebskosten“ bzw. Elternbeiträge“



Welche Steuerungsmöglichkeiten hat die Stadt?



- Betriebskosten ergeben sich aus der jährlichen Betriebskostenabrechnung (Veröffentlichung lt. § 14 Abs. 2 SächsKitaG bis 30. Juni des Folgejahres)
- Pflicht zur einkommensabhängigen *Ermäßigung* von Elternbeiträgen gemäß § 90 Abs. 3 u. 4 SGB VIII bis zur Freiplatzgewährung
- Pflicht zur *Absenkung* von Elternbeiträgen gemäß § 15 Abs. 1 SächsKitaG



Finanzierungsanteile für die Betriebskosten in den Kindertageseinrichtungen der Stadt Leipzig ab 2011



Betreuungsart	Betriebskosten 2009 lt. § 14 u. 15 SächsKitaG	Elternanteil 2011	Landesanteil 2011	Stadtanteil 2011	Eltern in %	Land in %	Stadt in %
Kinderkrippe (9 h/Tag)	883,81 €	185,60 €	150,00 €	548,21 €	21,0%	17,0%	62,0%
Kindergarten (9 h/Tag)	407,92 €	97,90 €	150,00 €	160,02 €	23,0%	36,8%	39,2%
Hort (6 h/Tag)	238,63 €	71,59 €	100,00 €	67,04 €	30,0%	41,9%	28,1%

Betreuungsart	Betriebskosten 2009 lt. §§ 14 u. 15 SächsKitaG	Elternbeitrag 2011 abzgl. Absenkung/ Ermäßigung	Landesanteil 2011	Stadtanteil zgl. Absenkung/ Ermäßigung	Eltern in %	Land in %	Stadt in %
Kinderkrippe (9 h/Tag)	883,81 €	104,49 €	150,00 €	629,32 €	11,8%	17,0%	71,2%
Kindergarten (9 h/Tag)	407,92 €	55,12 €	150,00 €	202,80 €	13,5%	36,8%	49,7%
Hort (6 h/Tag)	238,63 €	44,92 €	100,00 €	93,71 €	18,8%	41,9%	39,3%

Der prozentuale Anteil der Absenkungen/ Ermäßigungen an den Elternbeiträgen je Betreuungsart wurde auf der Grundlage der EB-Einnahmen und der Ausgaben für die Differenzzahlungen ermittelt. Die Anteile betragen 2009 für KK / KG 43,7 % und für Hort 37,26 %.



Elternbeiträge im Städtevergleich für Kindertageseinrichtungen aus 13 Städten (1. Kind Familie 9 Std.)

Städte	Krippe 9 h in €			Kindergarten 9 h in €			Hort 6 h in €		
	EB	nach Bruttoeink.	nach BK	EB	nach Bruttoeink.	nach BK	EB	nach Bruttoeink.	nach BK
Halle/Saale	180,00		x	130,00		x	55,00		x
Köln	341,07	x		256,36	x		164,96	x	
Hamburg	496,00	x		496,00	x		307,00	x	
Hannover	256,00	x		244,00	x		165,00	x	
Magdeburg	150,00		x	120,00		x	33,23		x
Erfurt	560,00	x		280,00	x		30,00	x	
Duisburg	630,00	x		315,00	x		252,00	x	
München	397,00	x		181,00	x		145,00	x	
Nürnberg	240,00		x	110,00		x	80,00		x
Potsdam	282,00	x		217,00	x		135,00	x	
Chemnitz	171,42		x	116,75		x	65,92		x
Dresden	231,60		x	153,47		x	76,04		x
Leipzig	185,60		x	97,90		x	71,59		x

(Internetrecherche Stand September 2010)

Studierende in Leipzig

Kennzahl	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09	2009/2010
Studierende insgesamt in Leipzig	38.469	37.136	36.469	35.966	37.039
darunter: Studierende aus anderen Bundesländern und Ausland	20.654	20.242	20.419	20.334	21.608
Anteil in %	53,7	54,5	56,5	56,5	58,3

Quelle: Amt für Statistik und Wahlen Sozialreport Leipzig 2010

ca. 3000 Studierende mit Kind

Karte F1_1: Hochschulstadt Leipzig



Petition studentischer Eltern aus Sachsen an den Wissenschaftsausschuss des Landtages vom Dezember 2009



- Familienfreundlichkeit zur universitären Leitlinie zu machen
- jede Hochschule durch gesetzliche Richtlinien zur Berufung einer Familienbeauftragten zu verpflichten
- zentrale Beratungsstelle rund ums Studieren mit Kind einrichten
- Kinderbetreuungsplätze insbesondere im Kleinkindalter ausbauen
- bessere Vereinbarkeit von Studium und Familie durch familienfreundliche Gestaltung von Anwesenheitszeiten sichern

(eine Auswahl)

Anforderungen



- strategisches Konzept für die Stadtentwicklung mit Profil Bildungslandschaften (inkl. Hochschulen) profilieren und entsprechenden Ratsbeschluss herbeiführen
- konzeptgesteuerte familienpolitische Strategie für die Kommune und die Hochschule(n) entwickeln
- eindeutige Schlüsselakteure in Verwaltung von Kommune und Hochschule(n) benennen (Bsp. Einrichtung eines Referates Wissenspolitik im Geschäftsbereich des OBM Leipzig mit Schnittstelle zur Jugendhilfeplanung)
- verlässliche Kooperationsstrukturen bzw. Konferenzstrukturen zwischen Kommune und Hochschule(n) etablieren
- gemeinsame Ziele festlegen und Messgrößen für die Zielerreichung vereinbaren
- hochschulnahe Kitabetreuung modellhaft entwickeln



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Stadt Leipzig

Jugendamt

04092 Leipzig

Tel.: 0341 123-4494

Fax.: 0341 123-4484

Mail: jugendamt@leipzig.de

www.leipzig.de



**Prof. Dr. Andreas Strunk,
Gesellschafter und Projektleiter Gesellschaft für Innovation,
Systementwicklung und Soziale Arbeit (GISA) mbH**

Panel 3: Studierende und Hochschulangehörige mit Kind(ern)

1. Wenn man an die Hochschule in ihrem jeweiligen Quartier als Lebensraum denkt, dann wird deutlich, dass unterschiedliche Lebensvollzüge der Studierenden verteilt werden auf unterschiedliche Orte. So z.B.:

Mensa	→ Essen
großer Hörsaal	→ Vorlesung
Seminarraum	→ vertiefende Arbeitsgemeinschaft
Sporthalle	→ Leibesübungen
Kulturhaus	→ Geselligkeit
Labor	→ Experimente

Um diese Segmentierung deutlich zu machen, gibt es sicher noch weitere Beispiele. Diese Segmentierung mag unter einer gewissen Perspektive in Ordnung sein, als die unterschiedlichen Orte einer „Produktionslogik“ mit dem Ziel der Schaffung berufsfähiger Jungakademikerinnen und Jungakademiker. Sie stehen aber im Widerspruch zu einer sehr personennahen Haushaltung. Vieles von dem, was ich an mehr oder weniger weit entfernten Orten verwirklichen muss, möchte ich eigentlich im engeren Sinne zuhause erledigen können. Man könnte also von einem „zerhackten Alltag“ sprechen.

2. Im Mittelpunkt der jeweiligen Haushaltung stehen vor allem Studierende (und in sehr viel geringerem Maße die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulen): männlich, weiblich, jung, dynamisch, mit relativ wenig Geld und welche Zuschreibungen noch geeignet sein sollen, um die Lebenslage von Studentinnen und Studenten zu kennzeichnen. Es handelt sich hier um eine sehr eng zu beschreibende Zielgruppe. Kinder spielen erfahrungsgemäß bei der Zielgruppe eine sehr untergeordnete Rolle. Es wird gesagt, dass in Deutschland ca. 4% der Studierenden Kinder haben. In Schweden – so eine von mir befragte Studentin – sollen 25% der Studierenden Kinder haben.
3. Die von mir befragte Studentin erzählte, dass in Schweden die Versorgungslage von studierenden Müttern bzw. Vätern mit Kindern wesentlich besser sei. Sie nannte das

ein: „IKEA-Prinzip“, das wir möglicherweise auch bei der Gestaltung von Hochschulbereichsräumen berücksichtigen könnten. Man kann das sicherlich nicht eins zu eins übertragen, aber die Orientierung stimmt: Mehr Wickelkommoden und Kinderzimmer in der Nähe eines großen Hörsaals (zur selbstorganisierten stundenweisen Betreuung, die dann die Mütter selbst in die Hand nehmen würden) usw.

4. Für die Hochschulverwaltung entsteht hier eine neue Planungsaufgabe: Es wird empfohlen, das Quartier bzw. den Campus einmal grundsätzlich zu analysieren – aus der Bedürfnislage und der Perspektive der Kinder und ihrer Eltern heraus. Das Ergebnis könnte dann ein Kinder- und Elternplan für den Campus bzw. das Quartier sein. Natürlich könnte eine solche Analyse auch dazu führen, die eine oder andere Maßnahme wirklich vor Ort zu realisieren.
5. Zur Haushaltung gehört auch die Gestaltung der Wohnsituation. Gibt es in der Stadt genügend geeigneten Wohnraum für Studierende mit Kindern (Größe, Miethöhe, Vermieterschaft ...)? Ich kenne Stadtverwaltungen, die wohnungsbezogene Erhebungen bei Studierenden machen. Und wenn man dann in die Fragebögen schaut, wird man feststellen, dass die Bedarfslagen der Kinder von studierenden Eltern in der Regel keine Rolle spielen.
6. Solche Befragungen sind aber notwendig und müssten Bestandteil eines „Kommunalen Wohnraumversorgungskonzepts“ sein, denn Studierende – mit oder ohne Kind – sind in der Regel als „Haushalte mit schlechten Marktzugangsmöglichkeiten“ einzuordnen. Für die Erstellung kommunaler Wohnraumversorgungskonzepte gibt es übrigens eine gesetzliche Grundlage und einen entsprechenden gesetzlichen Auftrag. Viele Kommunalverwaltungen setzen diese Instrumente allerdings nicht ein¹.
7. Im gesamten Feld der Tagesbetreuung von Kindern fehlen vor allem Angebote sowohl für die Gruppe der Null- bis Drei-Jährigen als auch für die Tagesbetreuung über den gesamten Zeitraum für beispielsweise 7.00 bis 17.00 Uhr für alle Kinder. Schwierigkeiten bestehen in den sog. Randzonen. Da sagte eine von mir befragte Mutter: „Ich kenne Kitas für Studierende, da können wir nach der offiziellen Schließzeit den Schlüssel für das Haus abholen und dürfen für die restliche Betreuungszeit im Randbereich selbstbestimmt organisieren. Das klappt in der Regel auch sehr gut.“

¹ Vergl. dazu: Andreas Strunk, Kooperationsverträge nach dem WoFG-Instrument der Wohnungssicherung, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (2003), S. 478 ff.

8. Die gesamte Versorgungsproblematik von Studierenden mit Kindern muss in der Regel mit der kommunalen Kita-Planung abgestimmt werden. Hier gibt es offensichtlich wenige Probleme. Die Probleme liegen eher bei den Schwierigkeiten von Trägern, geeignete Grundstücke bzw. Häuser zu finden, die man für die Tagesbetreuung von Kindern braucht. Hier liegt übrigens auch ein besonderer Innovationsbedarf hinsichtlich der Architektur. Es gibt nur wenige sehr gute Beispiele für kindgemäße Tagesstätten. Ein solches Beispiel finden wir bei dem Stuttgarter Architekten Prof. Peter Hübner, der sich auf Kindertagesstätten und Schulen konzentriert hat, unter besonderer Beteiligung der Kinder selbst und ihrer Eltern².

Im Übrigen gilt auch hier grundsätzlich das Prinzip der „lokalen Richtigkeit“. Stuttgart ist nicht Freiburg, Freiburg ist nicht Cottbus. Insofern lassen sich nur schwer generalisierbare Aussagen und Forderungen formulieren.

9. Strategisch die beste Lösung ist nicht die Schaffung spezieller Kindertagesstätten für die Kinder studierender Eltern, sondern die Sicherung entsprechender Kontingente in einer Regelversorgung. Hier müssten Kooperationsvereinbarungen geschlossen werden zwischen den Trägern der Regelversorgung und den Hochschulen bzw. den Studentenwerken. Beide können natürlich auch selber in die Regelversorgung einsteigen. Ein gutes Beispiel für Kooperationsvereinbarungen bietet die Gesellschaft für Gesundheit und Pädagogik (GGP) in Rostock.

Seit dem 1. Dezember 2010 besteht ein Kooperationsvertrag mit dem Max-Planck-Institut für demografische Forschung. Inhalt der Vereinbarung ist:

- die Betreuung von Kindern von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung,
- gemeinsame Projekte mit Vorschulkindern sowie
- das Angebot von Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GGP seitens des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung.

Seit dem 20. Juli 2010 besteht ein Kooperationsvertrag mit der Universität Rostock. Inhalt der Vereinbarung ist:

- Die Betreuung von Kindern Studierender und von Kindern der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität Rostock,

² Ein solches Beispiel – Horthaus in Bremen, wo der Verfasser die Rolle des Bauherren für die Hans-Wendt-Stiftung übernahm – findet sich in: Peter Blundell Jones, Peter Hübner. Bauen als sozialer Prozess, Stuttgart/London 2007, S. 156 ff.

- gemeinsame Projektarbeit mit Vorschulkindern, insbesondere auf naturwissenschaftlichem Gebiet,
 - eine wissenschaftliche Begleitung der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten der GGP und
 - das Angebot von Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeiter der GGP seitens der Universität.
10. Eine angemessene Planung und Verwirklichung der Betreuung von Kindern, deren Eltern Studierende sind, kann man als einen Balanceakt zwischen relevanten Kräften bezeichnen.

Relevante Kräfte sind:

- Kommunale Kitaplanung
- Strategische Orientierung des Studentenwerks
- Kommunale Wohnraumversorgungskonzepte
- Investorenbereitschaft
- Engagement freier Träger
- Kinderfreundliche Campusgestaltung bzw. der dezentralen Standorte der Hochschulen in ihrer Stadt
- Selbstorganisation der Eltern

Ein solcher Balanceakt gelingt, wenn Hochschule bzw. Studentenwerke Vorhaben im Sinne eines Projektmanagements aufsetzen. Die Handlungsoptionen wären:

- einmischen in die lokalen Kontexte (das betrifft auch unterschiedliche Aspekte des lokalen Kapitals)
- planen
- kooperieren
- vorsorgen dort, wo keine kommunalen Versorger zu aktivieren sind

Wie Sie wissen, gibt es zunehmend Städte, die sich als kinder- und familienfreundlich profilieren wollen. Diese Kommunalverwaltungen gehen davon aus, dass solche „sanften Merkmale“ im regionalen Wettbewerb der Städte Attraktivität steigernd sind. Die Versorgungslage von Kindern und deren Eltern, die studieren, müsste dann in eine entsprechende kommunale Gesamtplanung eingeordnet werden. In Stuttgart wird gerade über eine Hypothese spekuliert: In

Quartieren mit einer sehr guten Versorgung der Kinder soll sich die Generativität bei den jungen Eltern erhöht haben. Eine interessante Perspektive.

Panel 4
Hochschulstadt als Teil des Stadtmarketings



Warum zum Studium nach Bielefeld?

Fachkonferenz von
Deutschem Städtetag,
Hochschulrektorenkonferenz
und Deutschem Studentenwerk

**Die Hochschulstadt:
ein Modell für die
Zukunft Deutschlands**

8. November 2010, Jena

Ingo Lohuis
Universität Bielefeld
Leiter Referat für
Kommunikation



I. Gute Argumente Die Universität Bielefeld...

- wurde 1969 als „Reformuniversität“ mit einem zentralen Leitbild – Interdisziplinarität – gegründet
- hat aktuell 13 Fakultäten, 17.500 Studierende, 80 Studiengänge, 292 Professuren, 4 SFBs, 8 Leibniz-Preis-Träger...
- war 2007 doppelt erfolgreich in der Exzellenzinitiative (Cluster, Graduiertenschule)
- war 2009 erfolgreich in der „Exzellenzinitiative für die Lehre“
- belegt in wichtigen Rankings Spitzenplätze (bspw. von Times Higher Education)

I. Gute Argumente Die Universität Bielefeld...

- hat eine der besten Universitätsbibliotheken Deutschlands (Nr. 2 im CHE-Ranking)
- hat bereits früh auf BA/MA umgestellt – Umstellung ist abgeschlossen
- sieht in ihrer Studienstruktur sehr große Kombinationsmöglichkeiten vor

I. Gute Argumente Universität Bielefeld // eine ungewöhnliche Uni



**„Alles unter einem Dach“
kommunikativ, lebendig, interdisziplinär**



II. Gute Argumente, aber... Die Universität Bielefeld ist...

... jung, innovationsfreudig, ungewöhnlich,
erfolgreich, gut positioniert.

... aber in den Augen von „überregionalen“
Studieninteressierten erst einmal nicht
besonders attraktiv.

Ist es mangelndes Wissen um die Stärken und
Vorteile der „Reformuniversität“?

Ist das Image der Stadt Bielefeld das Problem?

II. Gute Argumente, aber... Die Universität Bielefeld ist...

... jung, innovationsfreudig, ungewöhnlich,
erfolgreich.

... aber sie ist in den Augen von „überregionalen“
Studieninteressierten erst einmal nicht besonders
attraktiv.

Aufgabe von Marketing und
Öffentlichkeitsarbeit der Universität!

Ist es mangelndes Wissen um die Stärken und
Vorteile der „Reformuniversität“?

Ist das Image der Stadt Bielefeld das Problem?

II. Gute Argumente, aber... Die Universität Bielefeld ist...

Hier passiert schon viel....
... ungewöhnlich,
erfolgreich.

... aber sie ist in den Augen von „überregionalen“
Studieninteressierten
besonders attraktiv.

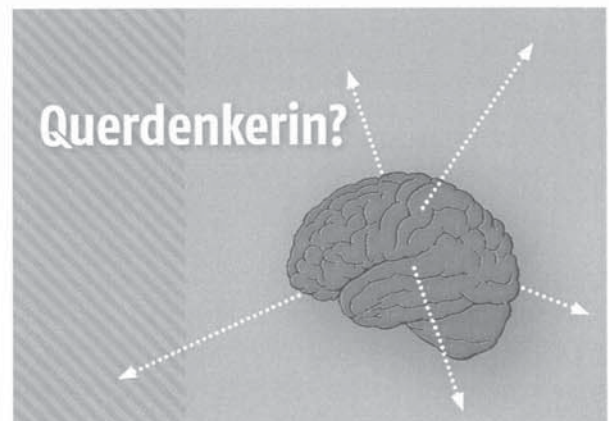
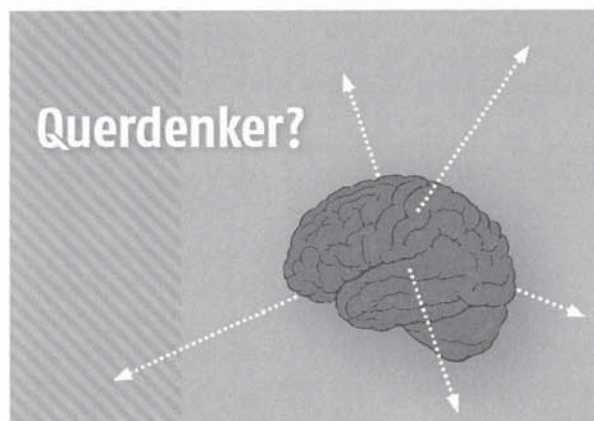
Aufgabe von Marketing und
Öffentlichkeitsarbeit der Universität!

Ist es mangelndes Wissen um die Stärken und
Vorteile der „Reformuniversität“?

Ist das Image der Stadt Bielefeld das Problem?

III. Marketing für die Universität Bielefeld Kampagne

Hier passiert schon viel....



III. Marketing für die Universität Bielefeld Raum zum Querdenken

- Einheitliche Linie („Kampagne“)
- Online-Marketing aufgebaut
- In ausgesuchten Regionen werben



IV. Gute Argumente, aber... Die Universität Bielefeld ist...

... jung, innovationsfreudig, ungewöhnlich,
erfolgreich, gut positioniert.

**... aber in den Augen von „überregionalen“
Studieninteressierten erst einmal nicht besonders
attraktiv.**

Ist es mangelndes Wissen um die Stärken und
Vorteile der „Reformuniversität“?

Ist das Image der Stadt Bielefeld das Problem?

IV. Gute Argumente, aber...

... jung, innovationsfreudig, ungewöhnlich, erfolgreich.

... aber sie ist in den Augen von „überregionalen“ Studieninteressierten erst einmal nicht besonders attraktiv.

Ist es mangelndes Wissen um die Stärken und Vorteile an der „Reformuniversität“?

Ist das Image der Stadt Bielefeld das Problem?

IV. Gute Argumente, aber...

... jung, innovationsfreudig, ungewöhnlich, erfolgreich.

... aber sie ist in den Augen von „überregionalen“ Studieninteressierten erst einmal nicht besonders attraktiv.

Ist es mangelndes Wissen um die Stärken und Vorteile an der „Reformuniversität“?

Ja, aber die Stadt Bielefeld hat verstanden!

Ist das Image der Stadt Bielefeld das Problem?

IV. Gute Argumente, aber...

Es tut sich etwas in der Kaufmannsstadt am Teutoburger Wald....

... aber sie ist in den Augen von „überregionalen“ Studieninteressierten erst einmal nicht besonders attraktiv.

Ist es mangelndes Wissen um die Stärken und Vorteile an der „Reformuniversität“?

Ja, aber die Stadt Bielefeld hat verstanden!

Ist das Image der Stadt Bielefeld das Problem?

IV. Gute Argumente, aber...

Es tut sich etwas in der Kaufmannsstadt am Teutoburger Wald....

Aus „Chaoten“ werden „Hoffnungsträger“!



GENIALE Allianzen

Stadtmarketing und Hochschulen in Bielefeld



Konferenz des Deutschen Städtetages

Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands

7./8. November 2010, Jena

Dr. Annette Klinkert, Bielefeld Marketing GmbH, Wissenschaftsbüro

Strategische Allianz zwischen Stadtmarketing und Wissenschaft: **Warum?**

Die Ansprache der „Kreativen Klasse“ ist seit einigen Jahren ein urbanes Trend-Thema, das verschiedene Bereiche betrifft:

- Stadtentwicklung
- Immobilienwirtschaft/Wohnungsbaugesellschaften
- Kulturinstitutionen
- Medien
- **Stadtmarketing**
- Kommunalpolitik (noch wenig, aber Tendenz steigend)

Zunehmend wird der Begriff „High Potentials“ dabei durch die „Kreative Klasse“ ersetzt!

Definition High Potential

Wie definieren Unternehmen den Begriff „High Potential“?

In den Definitionen der Unternehmen werden u.a. folgende Merkmale genannt:

- »Hohe fachliche, soziale, emotionale, methodische, kommunikative Kompetenz
- »Überdurchschnittliche akademische und berufliche Leistungen
- »Potential für höhere Führungs-oder Spezialistenpositionen
- »Mehrsprachig
- »Praktische Erfahrung im Rahmen von Praktika oder erster Berufserfahrung
- »Lern-, team-, durchsetzungsfähig
- »Analytisches, zielorientiertes, vernetztes, interdisziplinäres, unternehmerisches Denken
- »Sehr hohes Engagement, Eigeninitiative und Selbstmotivation
- »International mobil und flexibel
- »Überdurchschnittlich belastbar
- »Fähig zur Selbstreflektion und Selbstkritik

Kreativität nach Richard Florida

Die Faktoren Talent, Technologie und Toleranz Faktoren bestimmen zum großen Teil die persönliche Entscheidung für einen Standort. Die wirtschaftliche Entwicklung folgt nach: „*Jobs follow people!*“

Kreativität =
die entscheidende Triebkraft wirtschaftlichen Wachstums in hoch entwickelten Gesellschaften



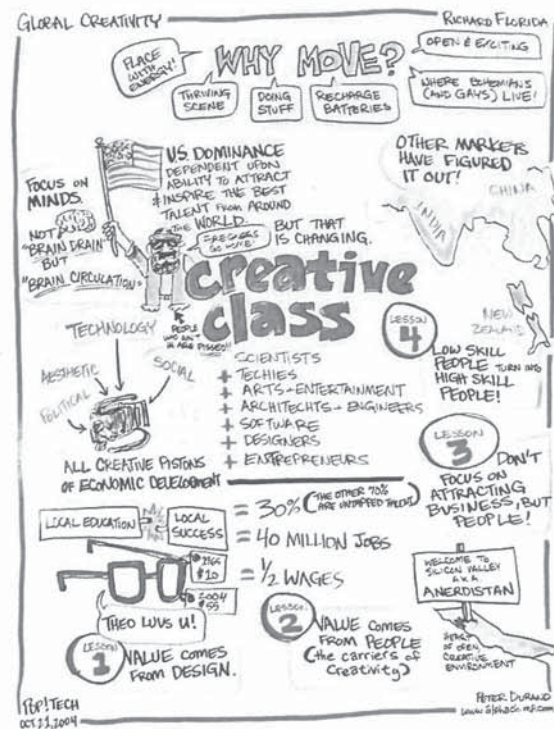
(Zitat aus: „Cities and the Creative Class“, Florida, 2005)

Wer gehört zur „Kreativen Klasse“?

Wissenschaftler, Künstler,
Ingenieure, Ärzte, Architekten,
Schriftsteller, Kreativ-Agenturen...

Hoher Bildungsstand, hohes
Umwelt- und Sozialbewusstsein,
Suche nach „Sinn“ und Ästhetik

Kulturelle Fähigkeiten und
Fähigkeit zum sozialen Wandel



Ist der Erfolg messbar?

Es gibt auch in Deutschland einen messbaren Zusammenhang zwischen der räumlichen Verteilung von „Kreativen“ und wirtschaftlichen Standortentwicklungen

Allerdings muss es bei der Ansprache der „Kreativen“ um mehr gehen als wirtschaftliche Argumente

Es geht um die kulturelle Vielfalt einer Stadt, ihre Milieus und Lebensweisen. Es geht um Individualität, weniger um „Schönheit“.

Siehe auch: „Kreativität und Stadtentwicklung – Arbeitspapier der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetags“ Juli 2009

Die „Lissabon-Strategie“

Städte sollen als „Zentren des Wissens und der Kreativität“ zu Entwicklungsmotoren für Regionen in Europa werden.

Ziele: „Brain Drain“ verhindern, „Brain Circulation“ anregen

Europa soll zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum“ der Welt werden

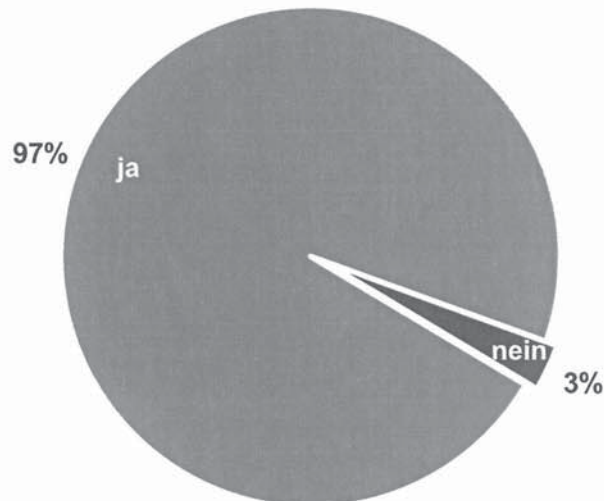
Im Kontext des Strukturwandels werden
Wissen und Innovation zum Standortfaktor Nr. 1



Markenuntersuchung Bielefeld

Bekanntheit der Stadt

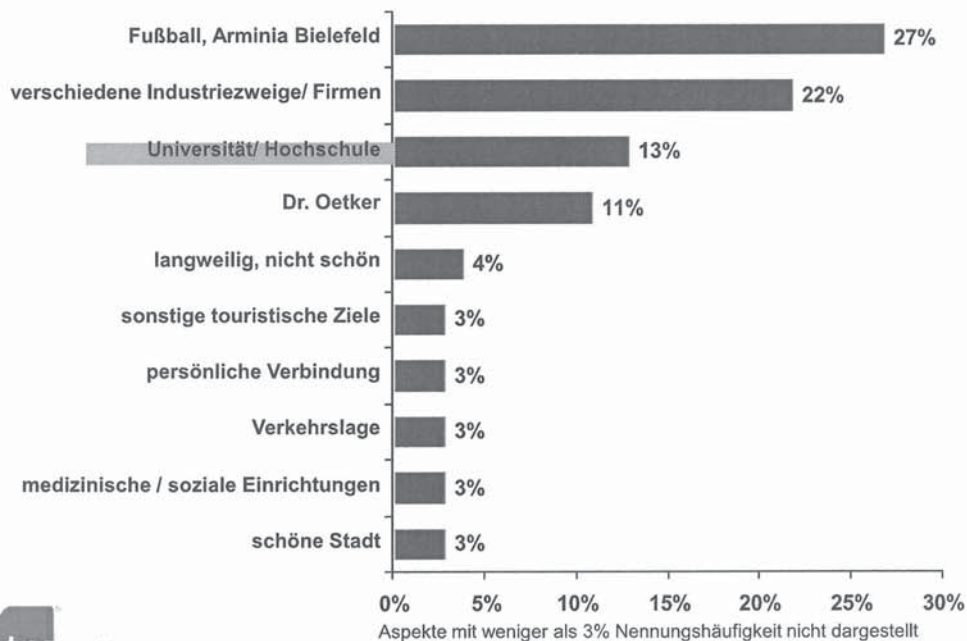
Haben Sie schon einmal etwas über die Stadt Bielefeld gehört oder gelesen?



Markenuntersuchung Bielefeld

Assoziationen mit Bielefeld (ungestützt)

Was fällt Ihnen ein, wenn Sie den Namen Bielefeld hören oder lesen? Was verbinden Sie mit dem Namen Bielefeld?



Markenuntersuchung Bielefeld

Merkmale und Eigenschaften Bielefelds

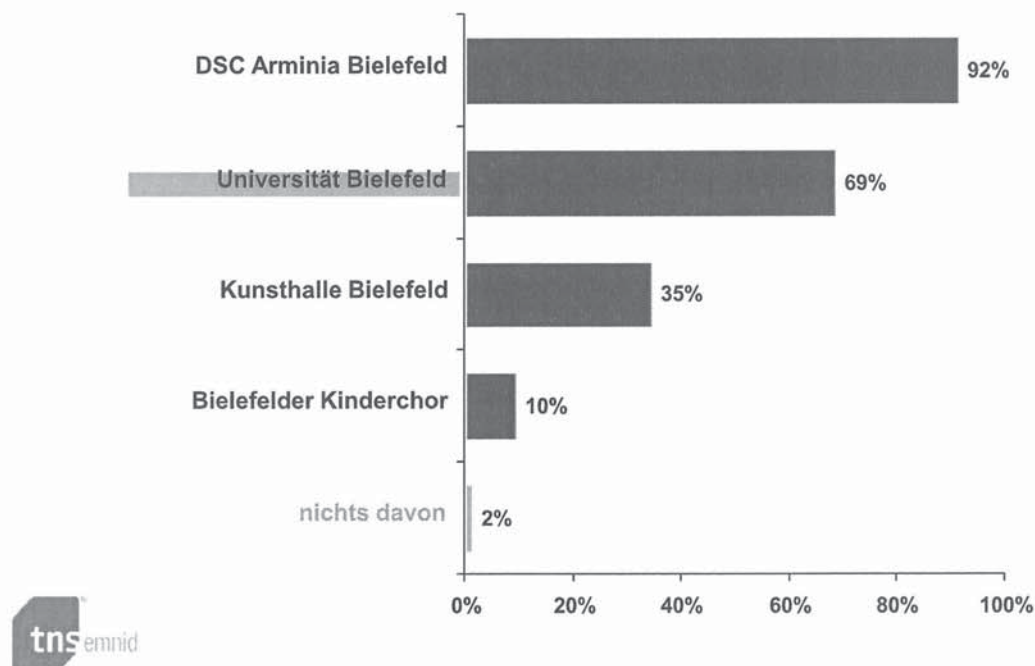
Ich nenne Ihnen nun verschiedene Merkmale und Eigenschaften dieser Stadt. Welche davon bringen Sie mit Bielefeld in Verbindung?



Markenuntersuchung Bielefeld

Bekanntheit verschiedener Bielefelder Institutionen

Und haben Sie schon einmal von folgenden Institutionen oder Vereinen gehört oder gelesen?



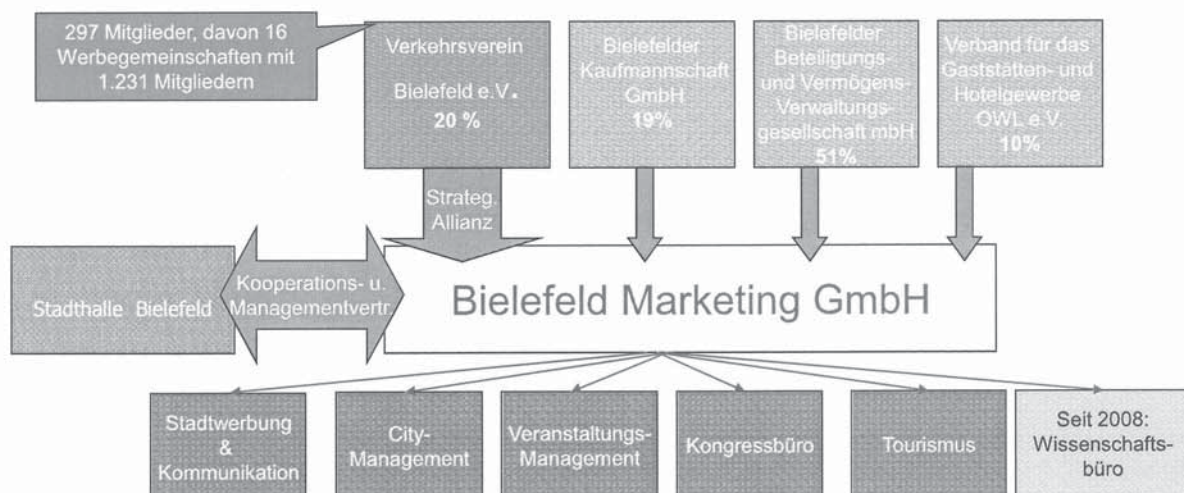
Bielefeld Marketing GmbH

Ziele

- Regionale und überregionale Positionierung Bielefelds als dynamischer, urbaner Mittelpunkt der Region OstWestfalenLippe
- ➔ Stadtmarketing ist dabei mehr als „Werbung“, sondern strategischer Partner einer integrativen Stadtentwicklung

Bielefeld Marketing GmbH

Struktur



Stadtmarketing hat das Thema Hochschulen schon früh entdeckt!

2002/2003 Themenjahr „Hochschulstadt Bielefeld: Wissen schafft Einblicke“

- Initiative der Bielefeld Marketing GmbH
- Aktionsjahr mit allen Bielefelder Hochschulen
- Über 200 Veranstaltungen im gesamten Stadtgebiet
- Neue Formate wie das Science-Festival „Campus: City!“

Ergebnis: Wunsch nach Ausbau der Kooperation!

Fachtagung „Bielefelder Forum“

„Hochschulen und Stadtmarketing: Von der Koexistenz zur Partnerschaft“, 3. Dezember 2003

- Fachlicher Austausch zwischen Hochschulbeauftragten und Stadtmarketing-Akteuren
- Diskussion über Schnittstellen und Kooperationsformen
- Best-Practice-Beispiele z.B. aus Göttingen

Ergebnis: Wichtiges Zukunftsthema mit Chancen für Städte und Hochschulen!



Bielefeld 2000plus Ziele



Stadt Bielefeld und studentisches Wohnen

- In Bielefeld werden im Rahmen der öffentlichen Wohnraumförderung des Landes NRW studentische Wohnprojekte realisiert.
- Ein Investor (z.B. BGW) beantragt öffentliche Wohnraumfördermittel (zinslose Darlehn) für Projekte, die entweder in der Innenstadt oder nah der Uni liegen und langfristig auch von anderen Zielgruppen genutzt werden könnten.
- Das Studentenwerk Bielefeld tritt als Generalmieter für die nächsten 20 Jahre auf und gewährleistet, dass nur berechnete Studenten (mit Wohnberechtigungsschein WBS) in die Objekte einziehen.
- Nach den 20 Jahren endet die Mietbindungsfrist und die Objekte können wie frei finanzierte Wohnungen vermietet werden.
- Die Objekte sind "demografiefest" und eignen sich je nach Wohnungsgröße auch für Senioren oder Familien. Alle Wohnungen sind 100% barrierefrei.

Das Wissenschaftsbüro

**Bielefeld
MARKETING** ●
WISSENSCHAFTSBÜRO



Das Wissenschaftsbüro

Gegründet im Januar 2008 als „dynamische Netzwerkeinrichtung“
zwischen Stadt und Hochschulen.

Finanzierung durch Ratsbeschluss über jeweils drei Jahre gesichert
(120.000 € pro Jahr inkl. Personalkosten)

Ziele:

- Entwicklung der Stadt Bielefeld als Hochschulstandort befördern
- stärkere Verankerung von Hochschulen und Stadtgesellschaft
- offensivere Positionierung Bielefelds als Hochschul- und Innovationsstandort

Science-Festival

Experimente

Stadttouren

GENIALE

**3.-11.10.2008
Bielefeld**

Kinder-Uni

Science-Camps

Lange Nacht
der Wissenschaft

Workshops

Offene Labore

Konzerte

Science Shows

Firmenprojekte



Macht Euch schlau!

© 2008 • Bielefeld Marketing GmbH

www.geniale-bielefeld.de

GENIALE
BIELEFELD 2008

**Bielefeld
MARKETING**
WISSENSCHAFTSBÜRO

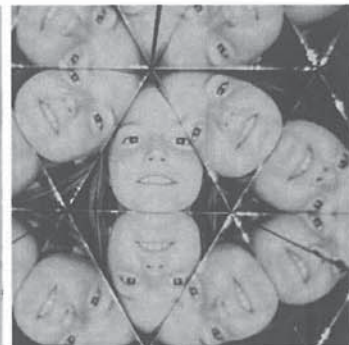
Zielgruppe

Familien aus NRW

Kinder und Jugendliche
zwischen 6 und 18 Jahren

Ziel der GENIALE

Familien begeistern - für
Wissenschaft und Forschung in
Bielefeld!



© 2008 • Bielefeld Marketing GmbH

www.geniale-bielefeld.de



GENIALE – Macht Euch schlau!

Rückblick 2008

- 400 Veranstaltungen
- 50 Orte
- Mehr als 40.000 BesucherInnen
- Über 200 WissenschaftlerInnen

**Bielefeld
MARKETING**
WISSENSCHAFTSBÜRO

GENIALE
BIELEFELD 2008

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Erfolg im Ziel2-Wettbewerb „Erlebnis.NRW“

Das Wissenschaftsfestival
GENIALE – Macht Euch schlau!
wird bis 2011 gefördert
als „Leuchtturm des Reise- und
Innovationslandes NRW“



Erlebnis.NRW
Gesucht: Die besten Ideen
für Tourismus und
Naturerlebnisse in NRW

Informationen zum Wettbewerb als
Grundlage für die Workshops im Oktober 2007



www.ziel2.nrw.de

DenkWerkStadtBielefeld



Bielefeld Marketing GmbH • Wissenschaftsbüro

www.denkwerkstadt-bielefeld.de

DenkWerkStadtBielefeld



Bielefeld Marketing GmbH • Wissenschaftsbüro

www.denkwerkstadt-bielefeld.de

Hochschulkompass



Erschienen 2009 und 2010

Science-Café Bielefeld „Wissenschaft à la carte“



28. Oktober 2009 (anschließend vierteljährlich)
In einem Café in der Altstadt

2010 geplant: Junior Science Cafés in Schulen



Hochschultour Bielefeld

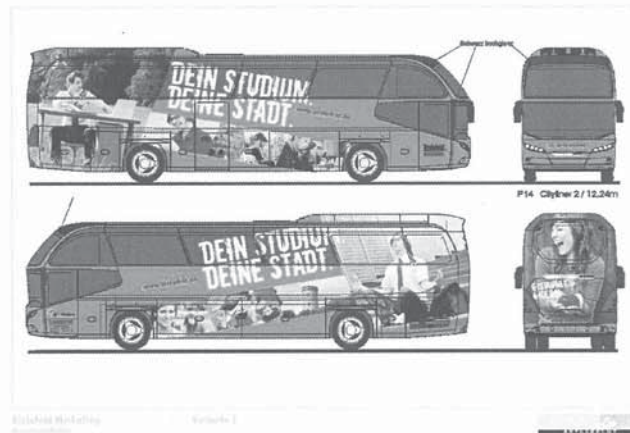
Buchbares Angebot für Schulen:

Abholung mit Bus direkt an der Schule

Besuch von Universität und weiterer Hochschule nach Wahl

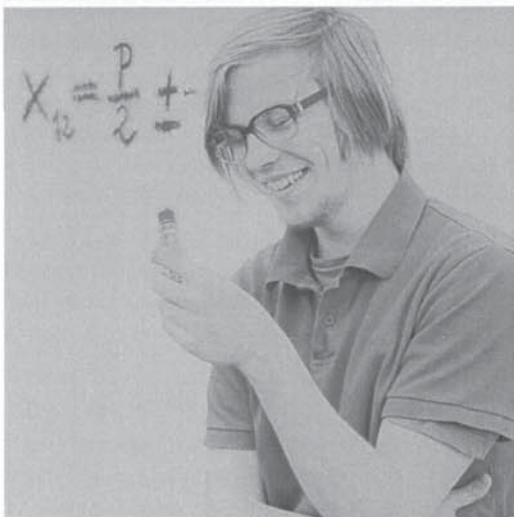
Mensa-Essen

Stadtbesuch



ab Frühjahr 2010

DenkWerk Stadt



Bielefeld

*Von Querdenkern,
Querköpfen
& Querulanten*

„Stadt der Wissenschaft 2011“ Wettbewerb des Stifterverbandes

2. Platz im Finale
Bundesweite Wahrnehmung
Bielefelds als Wissenschaftsstandort



Internationaler Wettbewerb für Wissenschaftskommunikation

In Kooperation mit dem British Council Germany



- ▶ Erstmals in Deutschland
- ▶ In fünf Bundesländern
- ▶ Finale in Bielefeld

Internationales Finale beim Cheltenham Science-Festival, UK

•campusbielefeld

Raum für Zukunft

Interdisziplinär. International. Vernetzt

•campusbielefeld

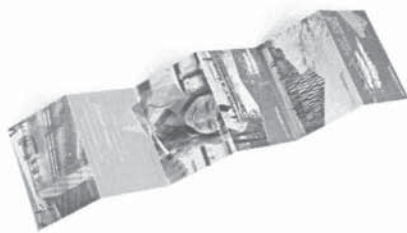
Zentrales Thema der Stadtentwicklung in Bielefeld!

Wissenschaftsbüro koordiniert das Marketing-Konzept für den neuen Campus Bielefeld

Kooperation von Universität, Fachhochschule, Stadt und BLB als Bauträger

Regionales und nationales

Marketing-Konzept



Universität Bielefeld

FH Bielefeld
University of
Applied Sciences

Bielefeld

BLB
Bau- und Logistikunternehmen N20
Bielefeld

•campusbielefeld

Fazit:

Stadt und Hochschulen sind in Bielefeld
auf einem guten gemeinsamen Weg –
von der Koexistenz zur strategischen
Partnerschaft!

•campusbielefeld

Vielen Dank.

Panel 4: Hochschulstadt als Teil des Stadtmarketings

Statement

Markus F. Langer
Jena, 07.12.2010

www.che-consult.de

Einige Thesen zum Miteinander von Hochschul- und Stadtmarketing

- Hochschulentwicklung - Stadtentwicklung
- Entwicklung Studierendenzahlen/Ströme, Prognosen
- Einzugsbereiche von Hochschulen (und Städten ...)
- Bedeutung einer Hochschule für die Stadt – Thesen
- Bedeutung einer Stadt für die Hochschule – Thesen
- Kooperationsfelder: freiwillige und unfreiwillige

Einige Thesen zum Miteinander von Hochschul- und Stadtmarketing 1



- **Hochschulentwicklung – Stadtentwicklung**
 - Hochschulen wie Städte versuchen sich Profile zu geben
 - Marketing wird als Instrument von beiden genutzt.
 - Unterschiedliche Profile?
- **Entwicklung Studierendenzahlen/Demographie**
 - West-Ost-Unterschiede: Wachstum hier, Rückgang dort
 - langfristig: Studierendenzahlen in ganz Deutschland tendenziell steigend
 - regional sehr unterschiedlich!
- **Einzugsbereiche von Hochschulen (und Städten ...)**
 - extrem unterschiedlich, in Abhängigkeit von Attraktivität von Hochschule oder Stadt
 - Aber: Tendenz zur Regionalisierung – Ausnahme B, K, M, HH

Hochschulstadt als Teil des Stadtmarketings | Jena, 07.12.10 | Langer

Was ist eine Stadt für die Hochschule?



- Lebensort der Angehörigen (Wohnen, Freizeit, Sport etc.)
- Anbieter/Vermittler wichtiger Infrastrukturleistungen (Verkehr, Immobilien, Verwaltung, ...)
- Sitz (kooperierender) Arbeitgeber
- Arbeitsort der ehemaligen / aktuellen Studierenden
- Partner in Außendarstellung
- Image beeinflussend

Hochschulstadt als Teil des Stadtmarketings | Jena, 07.12.10 | Langer

Einige Thesen zum Miteinander von Hochschul- und Stadtmarketing 2



- Bedeutung einer Hochschule für die Stadt – Thesen
 - Profilgebend
 - Arbeitgeber
 - Soziale Institution
 - Expertise
 - Bereitstellung qualifizierter Arbeitskräfte
 - Reputierlich
- Bedeutung einer Stadt für die Hochschule – Thesen
 - Arbeitsfeld / Gegenstand von Lehre und Forschung
 - Heimat der Hochschule, der Studierenden, der Lehrenden
 - Reputierlich
 - das Umfeld mit Freizeit-, Kultur-, Sportangeboten
 - Infrastruktur

Hochschulstadt als Teil des Stadtmarketings | Jena, 07.12.10 | Langer

Einige Thesen zum Miteinander von Hochschul- und Stadtmarketing 3



- Kooperationsfelder: freiwillige und unfreiwillige
 - Studierendenwerbung: „Theorie“ und Praxis (!)
 - Soll: kooperativer Ansatz
 - Ist: häufig nebeneinander von Hochschul- und Stadtmarketing und damit auch der Studierendenwerbung
 - Profilierung der Stadt durch Hochschulen und Wissenschaft
 - Wechselseitige Bereitstellung von Infrastruktur und Beratung
 - Entwicklung von Lebens- und Hochschulräumen
 - Verwirklichung einer Wissensgesellschaft
 - ...
 - **Städte und Hochschulen bilden eine „Schicksalsgemeinschaft“, sie sind nolens volens auf Kooperation angewiesen.**

Hochschulstadt als Teil des Stadtmarketings | Jena, 07.12.10 | Langer

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Für weitere Auskünfte sprechen Sie mich gerne an.

Markus F. Langer
Verler Straße 6
33332 Gütersloh
05241-2117931
markus.langer@che-consult.de

Dr. Uwe Grebe,
Geschäftsführer Studentenwerk Marburg



Willkommensdinner



Willkommensdinner





STUDENTENWERK
MARBURG

Dienste für Studierende

Willkommensdinner



STUDENTENWERK
MARBURG

Dienste für Studierende

Innenstadtkirmes





STUDENTENWERK
MARBURG

Dienste für Studierende

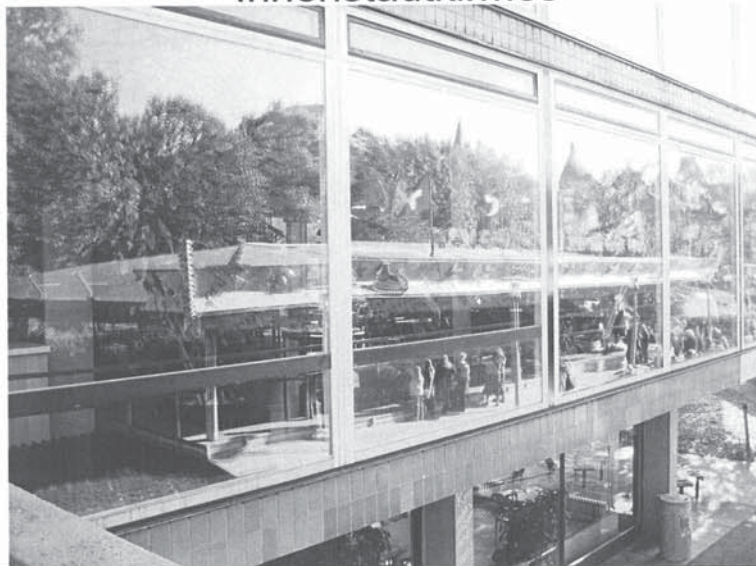
Innenstadtkirmes



STUDENTENWERK
MARBURG

Dienste für Studierende

Innenstadtkirmes





STUDENTENWERK
MARBURG

Dienste für Studierende

Innenstadtkirmes



STUDENTENWERK
MARBURG

Dienste für Studierende

Innenstadtkirmes

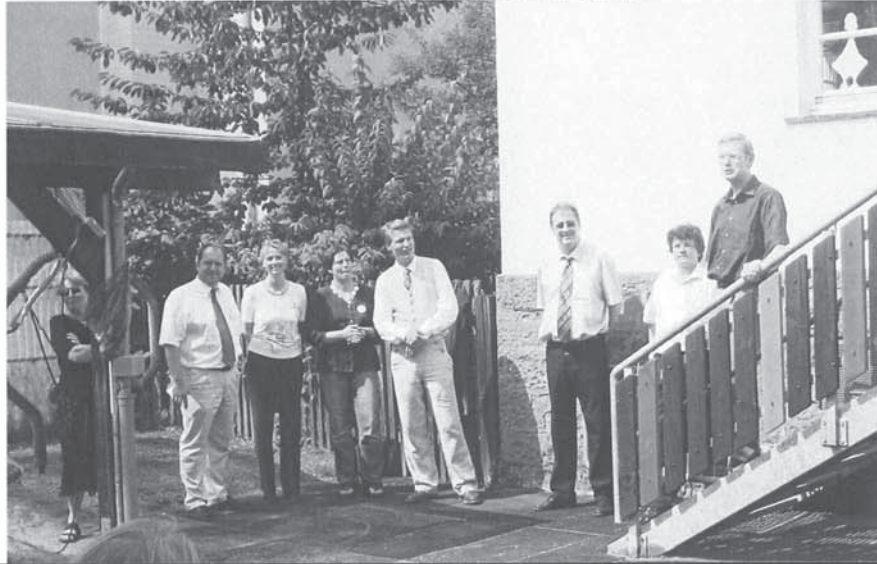




STUDENTENWERK
MARBURG

Dienste für Studierende

40 Jahre Uni-Kita



STUDENTENWERK
MARBURG

Dienste für Studierende

40 Jahre Uni-Kita



Einweihung Kita Erlenring



40 Jahre Konrad Biesalski Haus- Wohnheim für behinderte Studierende





STUDENTENWERK
MARBURG

Dienste für Studierende

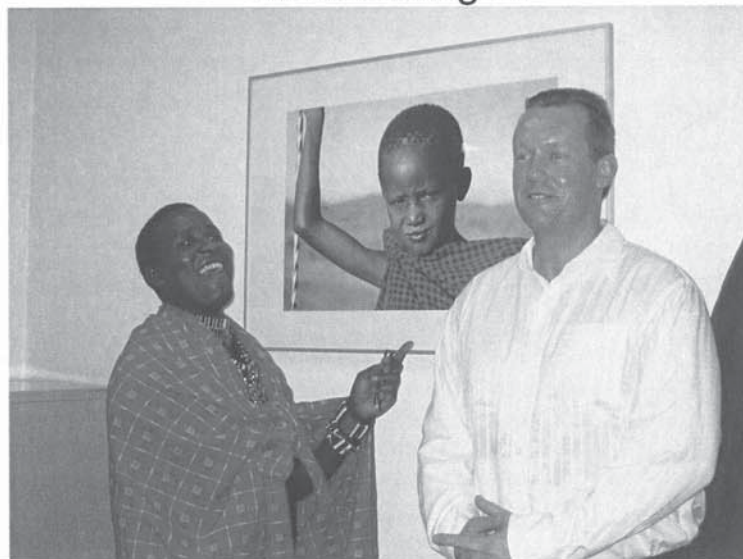
Einweihung Jung-Stilling Haus



STUDENTENWERK
MARBURG

Dienste für Studierende

Ausstellungen





STUDENTENWERK
MARBURG

Dienste für Studierende

Ausstellungen



STUDENTENWERK
MARBURG

Dienste für Studierende

Ausstellungen



Ausstellungen



Ausstellungen



**Dr. Rainer Lisowski,
Referent für wissenschaftliche Angelegenheiten, Stadt Oldenburg,
Vertretungsprofessur öffentliche Betriebswirtschaftslehre
(Schwerpunkt Marketing), Fachhochschule Osnabrück**

Deutschland ist keine Insel

Panel 4

Deutsche Kommunen suchen noch ihre Rolle in der Wissenschaftsgesellschaft

Kommunen beschäftigen sich in Deutschland noch nicht sehr lange mit dem Thema Wissenschaft. „Wir haben keine Stadt mit Universität, sondern wir sind eine Universität mit Stadt“ ist ein typischer Spruch, der künftig so nicht mehr funktionieren wird. Viele Städte experimentieren und suchen ihre Wissenschaftsstrategien (vgl. Rainer Lisowski, Clas Meyer et al. [Hrsg.]: Wissensbasierte Stadtentwicklung. 16 Beispiele aus der Praxis, Edition Stifterverband, Essen 2011).

Nicht selten wird diese Suche begleitet von kritischen Fragen seitens der Bürgerinnen und Bürger oder seitens der Kommunalpolitik: Warum investiert die – finanziell klamme – Stadtverwaltung Geld in dieses Thema? Warum konzentriert sich die Stadt nicht auf die Themen, die für die Bürgerinnen und Bürger (vermeintlich) wichtiger sind, etwa Hortplätze oder Straßenräumdienste im Winter?

Anderswo in der Welt verläuft die Entwicklung rasant

Wer Deutschland verlässt, kommt nicht umhin, sich staunend die Augen zu reiben. Einerseits über die klare Fokussierung auf Wissenschaftsthemen andernorts, andererseits auf die manchmal kleinteilige und mitunter selbstgenügsame Diskussion in unserem Land. Was sich insbesondere in Asien derzeit tut, dürfte viele kommunalpolitisch Verantwortliche in Erstaunen versetzen. In Singapur etwa – zwar ein eigener Staat, aber mit nicht einmal der doppelten Größe Berlins ein zwergenhafter – erklärte bereits 2000 die Stadtregierung den Wunsch, die Stadt in Richtung „Knowledge based Economy“ umwandeln zu wollen. Mittlerweile sind den Worten Taten gefolgt und mit dem naturwissenschaftlichen Clustern im Projekt „One North“ Investitionen in Milliardenhöhe geflossen.

Oder schauen wir nach Australien: Völlig selbstverständlich sprechen dort Städte und Hochschulen gemeinsam von der „Education Industry“. Die Hochschulen sind allgemein als wesentlicher Faktor im Wirtschaftsleben des Landes akzeptiert, sie gelten als drittgrößte Industrie in „Down under“. Und die Vermischung mit wirtschaftlichen Interessen – auch und gerade seitens der Städte – ist für deutsches Denken zumindest verwunderlich. Studierende werden durch die guten Hochschulen ins Land gezogen (wobei die schönen Strände und die aufregende Natur dabei sicher nicht stören) – und Städte versuchen, die Eltern der Studierenden gezielt anzusprechen und zu einem Aufenthalt in das Land einzuladen. Ein Muster, das auf Deutschland übertragbar wäre (insbesondere, wenn an den Hochschulen mehr Veranstaltungen in Englisch angeboten werden würden).

Sich zu positionieren wird wichtiger werden

Warum sollte uns die Entwicklung in Singapur oder Sydney interessieren? Ganz einfach: Viele von uns lieben es, Richard Florida und die These der Creative Class zu zitieren. Wir selbst weisen darauf hin, dass künftig – anspruchsvolle – Jobs den Menschen folgen würden (und nicht umgekehrt). Nehmen wir diese Aussage ernst, dann werden die genannten Entwicklungen eine Auswirkung auf unsere Standorte haben. Und zwar auch auf die mittelgroßen, allein schon, weil der Wettbewerbsdruck zwischen den großen Städten zunimmt.

Dieses wird dauerhaft mit Events als alleiniger Form nicht funktionieren. Events sind oft der erste Ansatz seitens der Kommunen, sich an das Thema Wissenschaftsstandort heranzutasten. Unbestritten sind sie wichtig, etwa um ein bislang uninteressiertes Publikum zu erreichen. Aber auch geniale Events tragen allein langfristig keine strategische Positionierung. Die Wissenschaftsstrategie sollte über Themen entwickelt werden und sich an Clustern orientieren, zumal diese meistens schon den Großteil der strategischen Situation widerspiegeln.

In Oldenburg arbeiten Vertreter der Verwaltung und der Wissenschaft – gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft und der Kultur – derzeit im Rahmen des „STEP“ (Stadtentwicklungsplan)-Programms an einer verbesserten Positionierung, die insbesondere auch das „Produkt Wissenschaftsstandort“ ins Visier nehmen soll. In einer Reihe von vier konsekutiven Workshops wurden zunächst die stadtplanerischen Grundlagen zweier Wissenschaftsquartiere analysiert und künftige Ansprüche an sie definiert. In einem Workshop mit Vertretern der Wirtschaft wurde anschließend überlegt, welche Rolle die Stadt spielen kann, Talente für Oldenburg zu begeistern und wie die Quartiersentwicklung mit diesen besagten Talenten gelingen könnte. Im Frühsommer 2011 werden zwei weitere Workshops mit Kulturvertretern und Marketingexperten folgen. Am Ende soll ein „Grünbuch Wissenschaftsstandort“ stehen:

Mit einer verständlichen Zielsetzung und einem klaren Maßnahmenprogramm. Das ist dann immer noch weit weg von Singapur und Sydney — aber vielleicht ein Stück näher an den künftigen Bedürfnissen des Wissenschaftsstandorts.

Panel 5
Stadtentwicklung, Stadtplanung



**Niclas Stucke,
Hauptreferent Deutscher Städtetag**

Bericht

Panel 5: Stadtentwicklung, Stadtplanung

Die verschiedenartigen Ansätze, wo und wie sich Hochschuleinrichtungen in den Städten ansiedeln und wie diese Modelle auf die Stadtentwicklung der Kommunen einwirken, das beschäftigte unter der Moderation von Niclas Stucke, Deutscher Städtetag, das Panel 5 „Stadtentwicklung, Stadtplanung“. Einführend zeigte Prof. Hermann Kokenge von der Technischen Universität Dresden die historischen Dimensionen der Ansiedlung von Hochschuleinrichtungen in Städten auf, schilderte die Entwicklung von Schulen, Kollegien und Universitäten im Stadtraum seit dem Mittelalter bis hin zu den Neu- und Umgründungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er wies darauf hin, dass sich schon im Wien des 19. Jahrhunderts die dortige Universität mit über 60 Standorten quer über die Stadt verteilt habe. Die heutige Situation in den Städten sei durch ein meist zufällig entstandenes Nebeneinander von zentralen Standorten im Stadtkern, von über die Stadtquartiere verteilten Hochschulgebäuden bis hin zu reinen Campusbauweisen im Weichbild der Städte gekennzeichnet. Alle diese Modelle hätten ihre Vor- und Nachteile: Wichtig sei es, auch mit Gebäuden, mit Architektur der Universitätseinrichtungen signifikant im Stadtbild präsent zu sein. Das präge das „Corporate Design“ – sowohl des Stadtkerns als auch der Stadtteile. Gerade sonst nicht so herausgehobene Stadtquartiere könnten durch die Ansiedlung von Hochschuleinrichtungen ungemein gewinnen.

An eine Neuanlage „aus einem Guss“ sei heutzutage nur noch in gesonderten Einzelfällen zu denken; in der Regel müsse aus dem Bestand heraus vorsichtig weiterentwickelt werden. Stadtplanung und Universitätsplanung sollten dabei idealerweise „Hand in Hand“ und in möglichst festen institutionalisierten Formen zusammenarbeiten. Als großes Hindernis erweise sich dabei die Tatsache, dass die Planung und der Bau von Hochschulgebäuden – und damit auch deren Finanzierung – Länderangelegenheit seien. Städtische Zielsetzungen in Bezug auf die „Umgebungsinfrastruktur“ würden damit nicht immer korrespondieren und müssten in zum Teil mühsamen Prozessen abgestimmt werden. Soweit möglich, plädierte der Referent für einen gemeinsamen Leit- oder Masterplan, um ein Höchstmaß an einheitlicher Vorgehensweise zu schaffen.

Der Erfahrungsaustausch wurde fortgesetzt mit verschiedenen Beispielen aus deutschen Universitätsstädten. Heinz Tibbe, Stadtplaner aus Berlin, zeigte am Beispiel des Masterplans Ber-

lin City-West (Campus Charlottenburg), dass auch stadtintegrierte Campusmodelle von hohem Reiz sein können. Vorrangig sei in einem Strukturplan zu klären, welche Verdichtungen ein solches Quartier vertrage und wie – auch bei unterschiedlichen Nutzern – ggf. über Rochaden und Gebäudetausch eine Neuordnung des Hochschulquartiers möglich sei. Mitten in der Stadt biete es sich an, im jeweiligen Erdgeschoss publikumsbezogene Einrichtungen vorzusehen, die auch von nicht-universitären Besuchern frequentiert werden könnten. Hauptproblempunkte bei der Umsetzung seien vor allem der hohe Sanierungsbedarf und damit einhergehend der Denkmalschutz.

Die besondere Gemengelage einer schon lange bestehenden Universität in einer Mittelstadt mit überwiegend mittelalterlicher Bausubstanz schilderte Annette Friedrich vom Stadtplanungsamt Heidelberg. Heidelberg besitze – ähnlich wie Tübingen – neben den Innenstadtgebäuden einen großen Stadtrandcampus mit der besonderen Problemlage einer Universitätsklinik. Gerade diese Einrichtungen brächten spezielle Probleme (hohe Zahl von Beschäftigten und Besuchern, gesonderte Verkehrsanbindungen etc.) mit sich. Es könne festgestellt werden, dass in Städten dieser Größenordnung die Entwicklung der Universität zentraler Motor der Stadtentwicklung sei. Bei allen unterschiedlichen Interessen sei es dringend notwendig, so früh wie möglich in gegenseitige Abstimmungsprozesse einzutreten.

Albert Berger, Kanzler der Technischen Universität München, stellte am Beispiel „seiner“ Hochschule eine Universität vor, die an vier verschiedenen Standorten jeweils völlig unterschiedliche Rahmenbedingungen, aber auch Probleme vorfinde. Das auch deswegen, weil es sich nicht nur um eine, sondern um mehrere Kommunen als Ansprechpartner handele. Die Universität sei sich dabei immer der Tatsache bewusst, wie stadtteil- und stadtbildprägend ihre Einrichtungen seien; man könne nicht einfach nur Institute in die Landschaft setzen, sondern müsse sich auch der Tatsache bewusst sein, wie sehr man das soziale Gefüge im jeweiligen Stadtteil beeinflusse.

Zwei studentische Vertreter (André Schnepfer und Martin Witte) schilderten am Beispiel der Städte Münster und Regensburg, wie die Betroffenen und Nutzer mit den verschiedenen Modellen zurechtkommen. Es wurde dringend dafür plädiert, möglichst innenstadtnahen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Oft seien Einrichtungen des sozialen Zusammenseins (Wohnungen, Kneipen, Einkaufsmöglichkeiten etc.) an den Stadtranduniversitäten nicht vorhanden; zudem ließen öfter die Verkehrsverbindungen z.B. in den Abendstunden (bei 24-Stunden-Öffnungen der Bibliotheken und Labore) sehr zu wünschen übrig.

In der sich anschließenden Diskussion wurden weitere Beispiele und Varianten aus bundesdeutschen Universitätsstädten vorgestellt. Angesprochen wurde auch die Frage, wie auf die Dynamik des Wissenschaftsbetriebs (Umsetzung von Drittmitteln, Exzellenzinitiative) reagiert werden könne; diese Dynamik führe oft zu ungeplanten, wilden Anmietungen ohne Berücksichtigung von Gesamtplanungen. Diskutiert wurden auch die Problematik der Ansiedlung von Gründerzentren und weiteren Unternehmen im Umfeld der Hochschuleinrichtungen sowie die bisweilen zu konstatierende räumliche Distanz zwischen Forschung und Lehre. Auch die Studentenwerke seien in die Diskussions- und Entscheidungsprozesse stärker einzubinden; die von den Studierenden eingebrachten Forderungen könnten so am wirkungsvollsten umgesetzt werden.

Handlungsempfehlungen aus Panel 5:

These 1:

Durch die Vielfalt der deutschen Hochschullandschaft gibt es höchst unterschiedliche Entwicklungen. Daher kann es ein allgemeingültiges Zukunftsmodell für die räumliche Entwicklung von Hochschulstädten nicht geben.

These 2:

Wenn es Campussituationen am Rand der Hochschulstädte gibt, ist es notwendig, diese Quartiere auch mit Leben zu füllen. Das gilt sowohl für die verkehrstechnische Anbindung als auch für das kulturelle und soziale Leben sowie für die Versorgungs-, Wohn- und Verkehrssituation.

These 3:

Stadtentwicklung und Hochschulentwicklung bedingen aneinander. Dies erfordert eine verstärkte institutionelle Zusammenarbeit, die Berücksichtigung der städtebaulichen Auswirkungen und der unterschiedlichen Finanzierungsquellen.

These 4:

Es hat sich bewährt, dass Hochschulen und Städte in netzwerkartigen Strukturen und gemeinsamen Rahmenplänen zusammenwirken. Das gilt es, zu intensivieren und auszubauen.

**Prof. Dr. Hermann Kokenge,
Technische Universität Dresden, Institut für Landschaftsarchitektur**

Panel 5: Stadtentwicklung, Stadtplanung

Themen

1. Entwicklung
2. Städtebauliche Aspekte
3. Städtebauliche und architektonische Signifikanz
4. „Innerbetriebliche“, organisatorische und funktionale Aspekte
5. Konsequenzen und Folgerungen

1. Entwicklung

- Die alten Universitäten sind aus den „Hohen Schulen“ (Klosterschulen, sonstige kirchliche und dann auch weltliche Einrichtungen) hervorgegangen. Nicht überall hatte man für den Unterricht ein eigenes Gebäude.
- In den mittelalterlichen Universitäten waren die Studenten in Kollegien (ursprünglich kirchliche Einrichtungen mit freiem Unterhalt und Beaufsichtigung) untergebracht. Vor allem im deutschsprachigen Raum kamen als private, dem Kolleg ähnliche Einrichtungen, die Bursen auf. Daraus entwickelten sich zwei „Modelle“:

Die Universität als Gebäude für den Unterricht und für sonstige universitäre Veranstaltungen, wie z.B. Promotionsfeierlichkeiten (Deutschland)

Die Universität darüber hinaus auch als Ort der Unterbringung und Verköstigung der Studenten und Professoren (England)

- Mit der Ausdifferenzierung der Wissenschaftsgebiete, dem Aufkommen von Polytechnischen (Technischen) Hochschulen, dem zunehmenden Erfordernis der Forschung sowie durch steigende Studentenzahlen gab es im 19. Jahrhundert ein neues Bauprogramm für Universitäten und Hochschulen.
- Es entstanden in markanter, städtischer Lage repräsentative Gebäude, die den Anspruch und Stolz des jeweiligen Landes und den hohen Stellenwert der Universitäten innerhalb der Gesellschaft widerspiegeln (z.B. Berliner Universität, Universität Wien, Technische Hochschule Hannover, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich).
- Bedingt durch den enormen Anstieg an Studierenden kommt es in den 60er/70er Jahren des 20. Jahrhunderts in Westdeutschland zu einer ganzen Serie an Universitätsneugründungen, deren geografische Standorte sehr stark nach struktur- und regionalpolitischen Gesichtspunkten festgelegt wurden. Bei diesen Neugründungen handelt es sich in aller Regel um Campusanlagen, das heißt mehr oder weniger geschlossene Universitätsareale. Wegen fehlender Verfügbarkeit und Finanzierbarkeit von Grundstücken in zentrale Lage finden sich die meisten Neugründungen eher an der Peripherie der Städte (z.B. Konstanz).

- Der notwendige Ausbau der vorhandenen Universitäten erfolgte in aller Regel dezentral, d.h. die Gebäude sind mehr oder weniger stark über den Stadtgrundriss verteilt.

2. Städtebauliche Aspekte

- **Zentrale Gebäudeanordnung = Campusanlage:**
Anordnung der Gebäude um einen zentralen Platz oder Gruppierung der Gebäude auf einer Fläche mit Bezug zueinander. Vorteile: Die zentralen Einrichtungen (Mensa, Bibliothek, Vorlesungsräume usw.) sind auf kurzen Wegen erreichbar. In vielen Ländern (USA, England, China ...) sind Wohnheime, Sportanlagen, Einkaufsmöglichkeiten, Kinos etc. ebenfalls Bestandteile des Campus.

„Campusanlagen“ können aufgrund ihrer Konzeption die außeruniversitäre Öffentlichkeit ausschließen, wofür gewisse Sicherheitsaspekte sprechen mögen. Für die Akzeptanz und die gesellschaftliche Bedeutung von Hochschulen ist es dienlich, die Öffentlichkeit z.B. durch die Bereitstellung von Wegen, Freiflächen, Aufenthaltsmöglichkeiten einzubeziehen. Campusanlagen besitzen das Potenzial, zur Attraktivitätssteigerung von Stadtteilen beizutragen.

- **Dezentrale Gebäudeanordnung:**
In Deutschland häufig anzutreffen. Ein Vorteil kann darin bestehen, dass die Universität an mehreren/vielen Orten der Stadt in Erscheinung tritt und somit im Stadtbild und Stadtleben sehr präsent ist. Die Universität kapselt sich nicht ab, sie ist Teil der Stadt. Die Nachteile liegen in dem zeitlichen Aufwand, der für den Besuch einzelner Teilbereiche (Hörsaal, Bibliothek, Mensa usw.) benötigt wird und im höheren Finanzaufwand (z.B. Fachbereichsbibliotheken versus Zentralbibliothek).
- **Lage in der Stadt**
Eine zentrale städtische Lage (z.B. Universität Leipzig) bietet in aller Regel eine hohe Sichtbarkeit und Präsenz im Stadtbild und eine enge Verknüpfung mit der städtischen Infrastruktur (Öffentliche Verkehrsmittel, städtische Einrichtungen, Kulturinstitutionen, Gaststätten, Cafés usw.). Der Nachteil ist, dass in aller Regel Erweiterungen in direkter Benachbarung kaum möglich sind.

Viele Neugründungen in den 1960er/70er Jahren wurden in Randlagen (Ulm, Regensburg, Bochum) oder ganz außerhalb der Stadt (Konstanz) realisiert. Hier gibt es weniger Ablenkungen, weniger Lärm, man ist auf sich bezogen und auch mögliche Erweiterungen lassen sich vor Ort verwirklichen. Dafür fehlt in aller Regel städtisches Leben und Ambiente.

- **Verkehrliche Anbindung**
Zu den städtebaulichen Aspekten gehört ganz wesentlich die Verkehrsinfrastruktur: Erschließung und Anbindung über öffentliche Verkehrsmittel, Fahrradwege, Unterbringung des ruhenden Verkehrs.

3. Städtebauliche und architektonische Signifikanz

- Gebäude und Gebäudeensembles können einen Ort prägen, ihn unterscheidbar machen von anderen Orten. Sie können Signifikanz besitzen und damit Identität stiften. Nicht von ungefähr werben viele Universitäten in Broschüren und auf Internetportalen mit einzelnen Gebäuden. Das können alte Gebäude ebenso sein wie moderne.

In ein durchdachtes „Corporate Design“ wird man auch die Architektur einbeziehen.

Deshalb ist die Frage nicht ganz unwesentlich, wer über die Architektur und die räumliche Anordnung der Hochschulbauten entscheidet, wer also Bauherr ist. Es ist in starkem Interesse der Hochschulen, dass sich Studierende – wie auch alle übrigen Mitglieder – in einem hohen Maße mit ihrer Einrichtung identifizieren und sich nach Möglichkeit eine lebenslange Anhänglichkeit und Bindung bewahren. Hierzu können auch Gebäude und das Universitätsgelände insgesamt einen Beitrag leisten.

4. „Innerbetriebliche“ organisatorische, funktionale Aspekte

4.1 Synergien schaffen und nutzen

- Zentralverwaltung
- Hörsaalzentrum
- Laboreinrichtungen
- Bibliothek (Zentralbibliothek)
- Studentenwerk
- Mensa (Erreichbarkeit für möglichst viele Universitätsangehörige)
- Wohnheime, Gästehäuser (u.a. für Gastwissenschaftler)
- Sonstige Infrastruktureinrichtungen wie Sportanlagen, Parkplätze

4.2 Zukunft sichern

- Masterplan
- Entwicklungsmöglichkeiten (Flächenreserve)

5. Konsequenzen und Folgerungen

5.1 Bestand entwickeln

Eine komplette Neuplanung und Neuanlage einer Hochschule steht nur in sehr seltenen Fällen an. Vielmehr sind aus dem vorhandenen Bestand (längerfristige/langfristige) Überlegungen für die Weiterentwicklung anzustellen. Die zuvor angestellten Gedanken können hierfür hilfreich sein.

5.2 Stadtplanung und Universitätsplanung mit gemeinsamer Zielsetzung

Stadtplanung und Universitätsplanung sollten sich auf gemeinsame städtebauliche Ziele verständigen, die neben den rein funktionellen Anforderungen der Hochschule auch Aspekte wie Stadtbild, Aufenthaltsqualitäten, städtebauliche Verknüpfung umfassen.

5.3 Wer ist Bauherr bei Entwicklungs- und hochbaulichen Planungen?

Es ist zu klären, wer für die Universität sowohl bei Fragen der städtebaulichen Einordnung und Verknüpfung mit dem städtischen Umfeld, als auch über die räumliche Entwicklungsplanung und die architektonische Entwurfsplanung für das Einzelgebäude der Hochschule entscheidet. Die Universitäten haben ein großes Eigeninteresse daran, über eine identitätsstiftende Architektur und Ensemblewirkung zur Identifizierung der Studierenden und sonstigen Mitglieder mit ihrer Universität beizutragen.

5.4 Zukunft gestalten und sichern

Die Vorstellungen der Hochschule sollten in einem Leitbild für die bauliche Entwicklung zusammengefasst werden. In einem Masterplan sind die räumlich- städtebaulichen Überlegungen darzulegen. Hierin eingeschlossen sind auch Reserveflächen für zukünftige Entwicklungen.



Die Hochschulstadt: Ein Modell für die Zukunft Deutschlands

Panel 5: Stadtplanung, Stadtentwicklung



Themen:

1. Entwicklung

1. Städtebauliche Aspekte

3. Städtebauliche und architektonische Signifikanz

4. Innerbetriebliche, funktionale Aspekte

5. Folgerungen



1. Entwicklung

- Alles unter einem Dach
- Kollegien und Bursen
- Ausdifferenzierung der Fächer
- Zunahme der Studierendenzahlen
- Technische Hochschulen und Universitäten
- Prestigegewinn durch Universitäten
- Gründungsboom in den 1960er / 1970er Jahren



Entwicklung

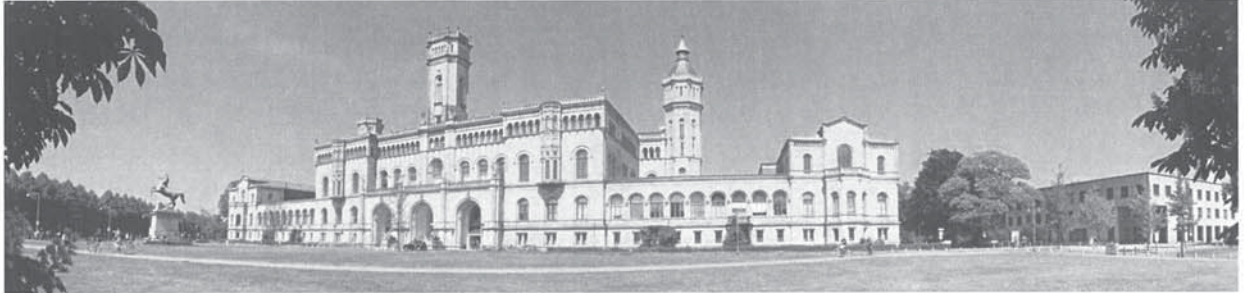


Universität Wien



Universität Wien
Treppenhaus

Entwicklung



Universität Hannover

Entwicklung

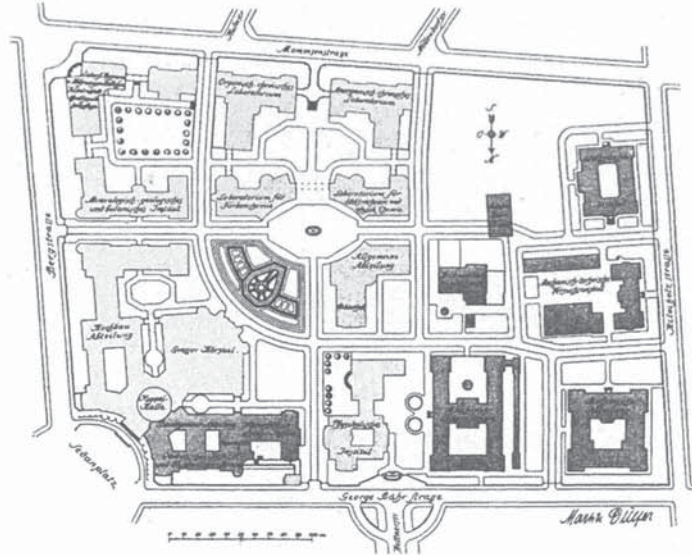


Hauptgebäude TH Dresden 1875



TH Dresden Aula

Entwicklung



Bebauungsplan TH Dresden, 1910

Entwicklung

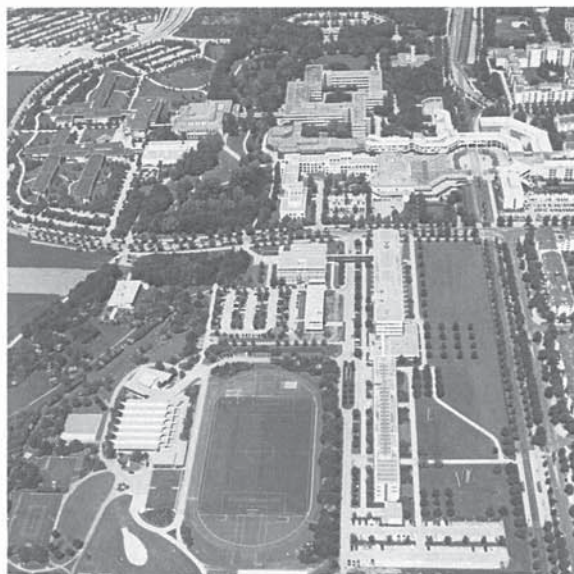


Universität Bielefeld 1972

2. Städtebauliche Aspekte

- Zentrale Gebäudeanordnung
- Dezentrale Gebäudeanordnung
- Lage in der Stadt

Städtebauliche Aspekte



Universität Augsburg 1971 - 1995

Städtebauliche Aspekte

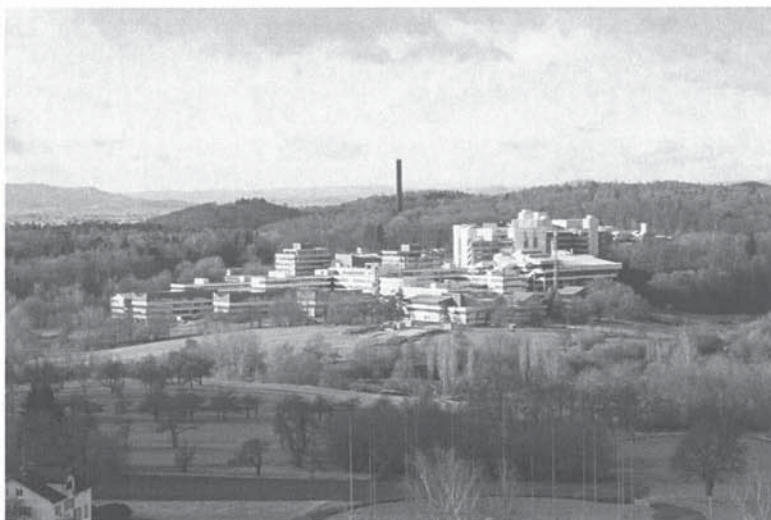


Standorte LMU München



Standorte Wilhelms
Universität Münster

Städtebauliche Aspekte



Universität Konstanz 1972



3. Städtebauliche und architektonische Signifikanz



University of Oxford



Städtebauliche Signifikanz

- Städtebauliches Zeichen
- Anordnung der Gebäude untereinander
 - Raumbildung
 - Raumfolgen
 - Übergang zum städtischen Umfeld

Architektonische Signifikanz

- Anmutung und Wertigkeit
- Hierarchie zwischen den Bauten
- Eigenständigkeit und Unterscheidbarkeit



4. Innerbetriebliche, funktionale Aspekte

- Synergien schaffen und nutzen
Zentrale Einrichtungen



5. Folgerungen

- Den Bestand entwickeln
- Stadtplanung und Universitätsplanung mit
gemeinsamer Zielsetzung
- Wer ist Bauherr?
- Zukunft gestalten und sichern / Leitbild für die
bauliche Entwicklung
Masterplan
Flächenreserve

Technische Universität München **TUM**

Die Hochschulstadt Ein Modell für die Zukunft Deutschlands

Panel 5: Stadtentwicklung, Stadtplanung

Technische Universität München **TUM**

TUM-Standorte und Wissenschafts-Netzwerk in Bayern

- TUM-Standorte
- Wissenschafts-Netzwerk

The map illustrates the TUM network across Bavaria. Munich is the central hub, with lines connecting to various regional locations. The locations shown are: Augsburg, Neuherberg, Martinsried, Iffeldorf, Obernach, Ingolstadt, Freising-Weihenstephan, Garching, Landshut, Straubing, Deggendorf, Freyung-Grafenau, Wetzell, Rosenheim, and Trostberg.

TUM-Standorte München



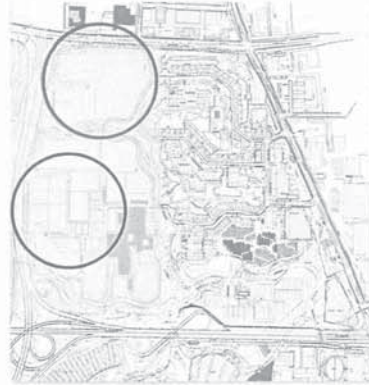
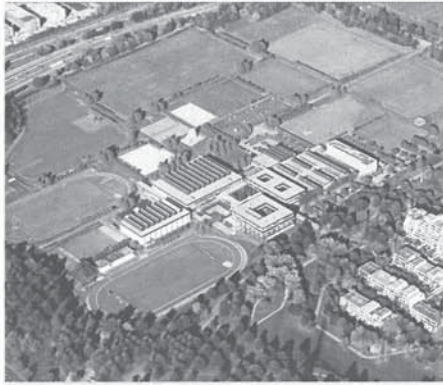
● TUM-Standorte

Stammgelände München



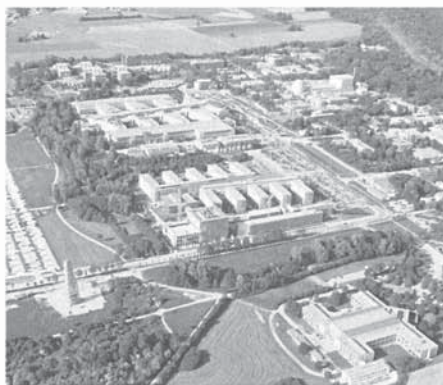
Ehemals: Vorbehaltsfläche Fakultät Maschinenwesen
Heute: Pinakothek der Moderne + Museum Brandhorst

München – TUM Campus im Olympiapark



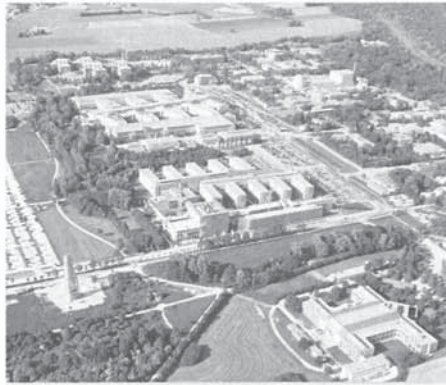
Olympische Winterspiele 2018
Mögliche Standorte Eisschnelllaufhalle

Garching – Forschungsgelände



1958

Garching – Forschungsgelände



2010

Weihenstephan – Wissenschaftszentrum

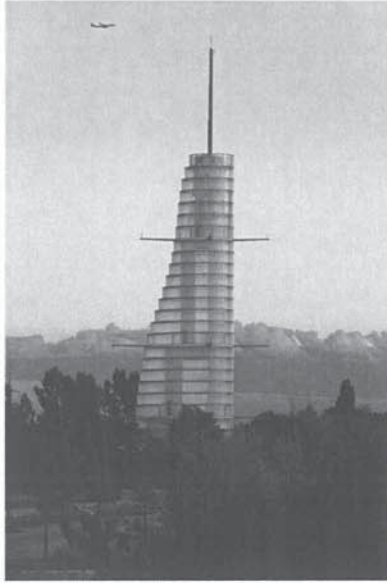


Umbau Kreuzung
Vöttinger Straße –
Weihenstephaner
Berg

Abbruch eines bau-
fälligen Parkdecks und
Errichtung von Park-
plätzen

Neubau einer
Campusstraße

Überdeckung der
geplanten West-
tangente Freising



Fachkonferenz Hochschulstadt

Jena 7. / 8. Dezember 2010

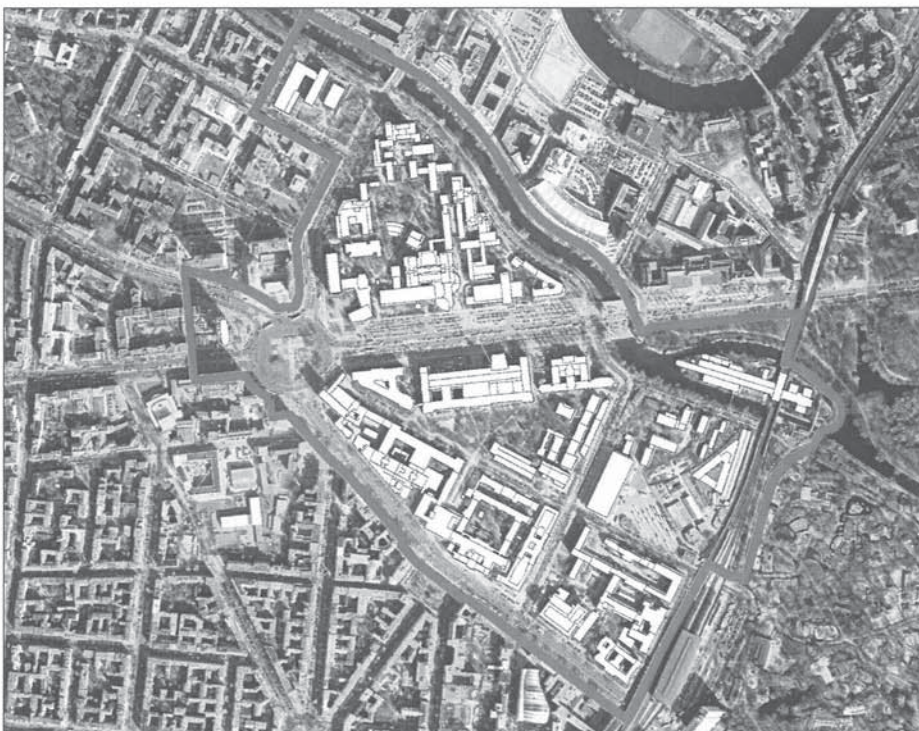
Panel 5 Stadtentwicklung und Stadtplanung

Beispiel

Uni Campus City West in Berlin

Heinz Tibbe / GRUPPE PLANWERK

Uni Campus City West



City-West-Verfahren

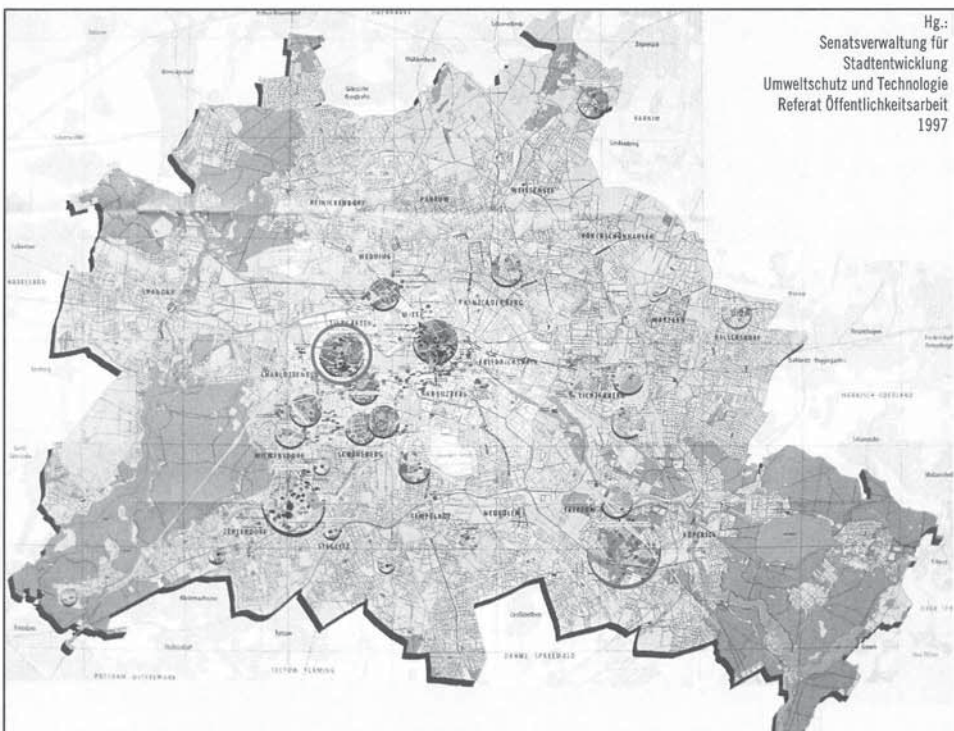


FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Berlin – Stadt der Wissenschaft und Forschung

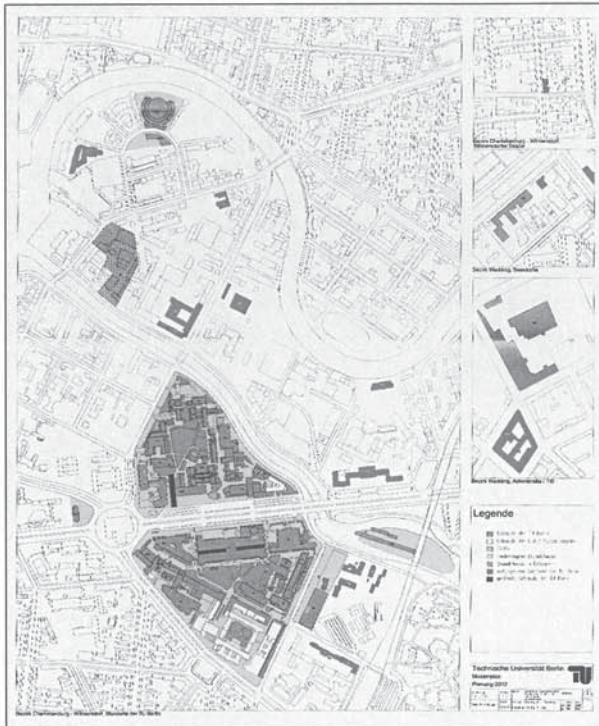


FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Ausgangssituation TU Berlin

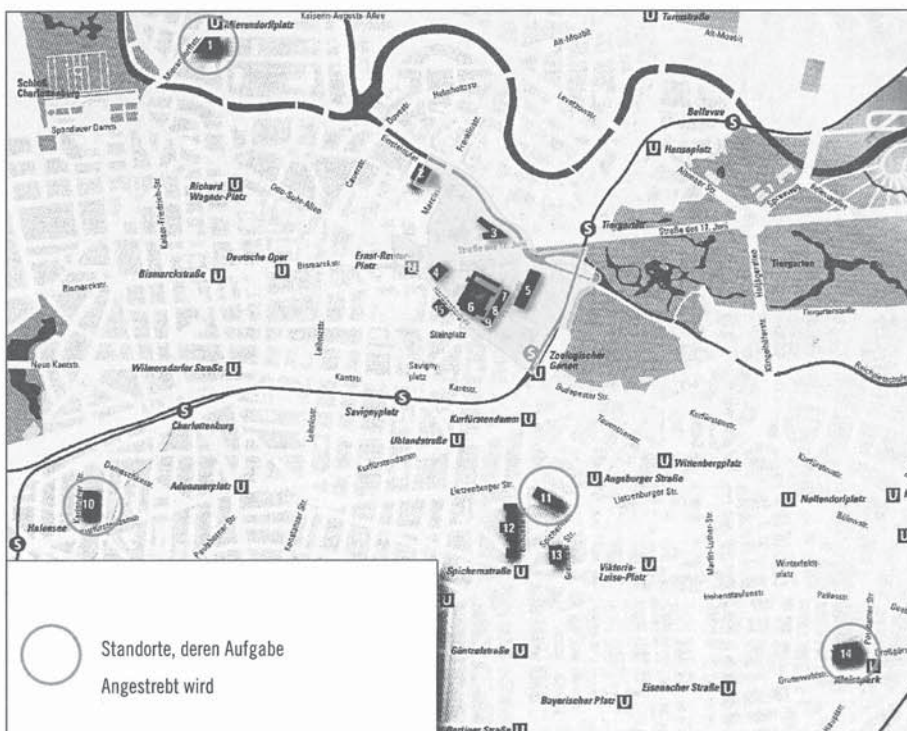


FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Ausgangssituation UdK Berlin



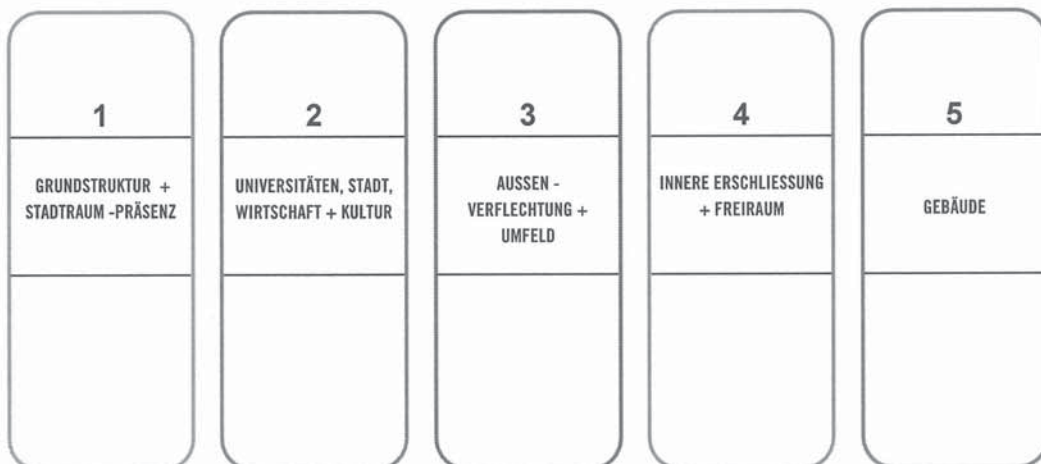
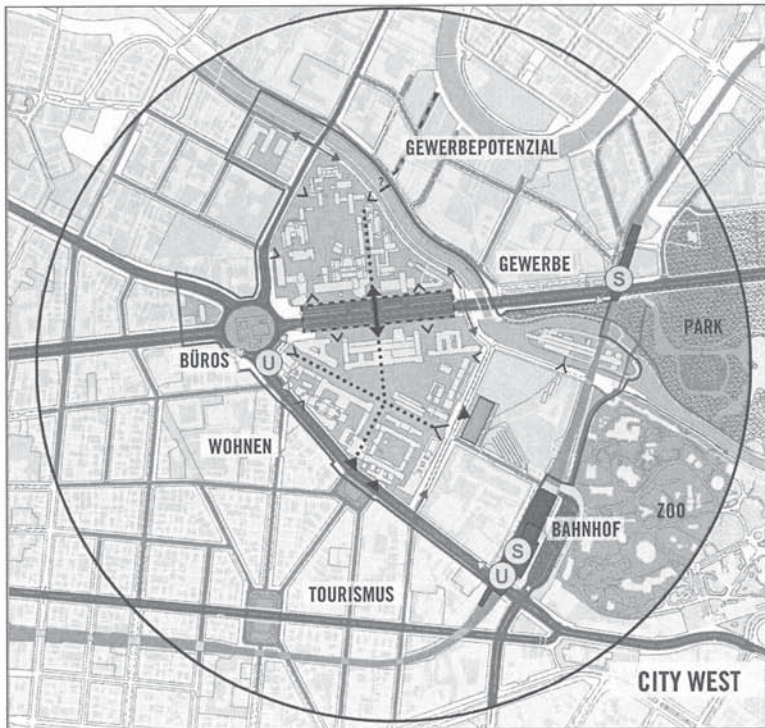
- 1 Mierendorffstrasse 30
- 2 Einsteinufer 43-53
- 3 Strasse des 17.Juni 118
- 4 Hardenbergstrasse 41
- 5 Universitätsbibliothek
- 6 Hardenbergstrasse 33
- 7 Uni Theater + Probensaal
- 8 Fasanenstrasse 1B
- 9 Konzertsaal Hardenbergstr.
- 10 Karlsruher Strasse 7a
- 11 Lietzenburgerstrasse 45
- 12 Bundesallee 1-12
- 13 Grainauer Strasse 12
- 14 Grunewaldstrasse 2-5
- 15 Institut of electronic business, Hardenbergstrasse 9A

FK Hochschulstadt

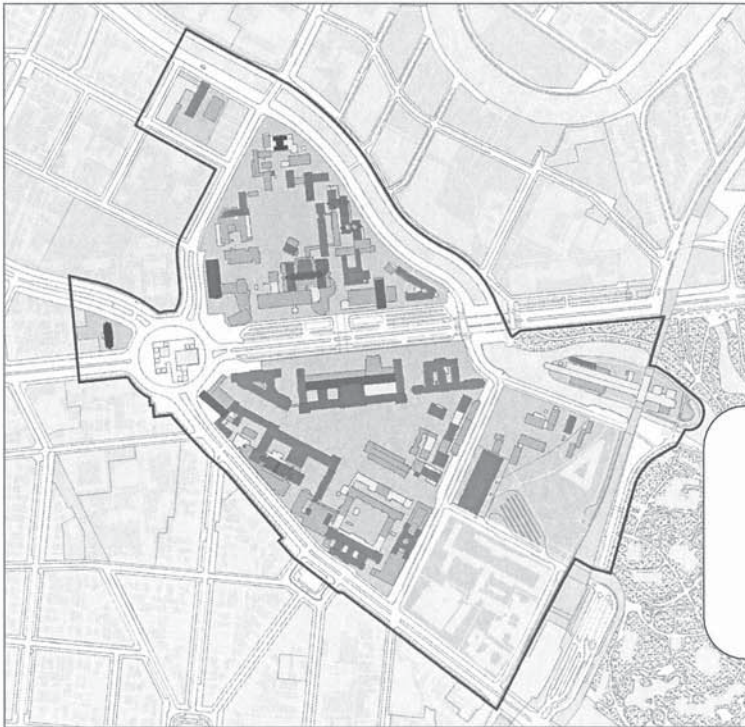
Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Stadtstrukturelle Einbindung [Ausgangssituation]



Gebäude

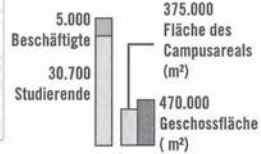


WAS WIRD GEBRAUCHT ?
 WO WIRD WAS GEBRAUCHT ?
 WAS IST ZU ERNEuern ?
 WAS IST ZU ERGÄNZEN ?
 WAS IST ZU BEWAHREN ?
 WAS IST ZU ERSETZEN ?

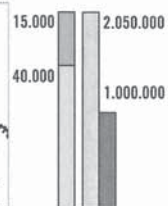
Standortvergleich innerstädtischer Campi



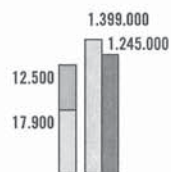
Unicampus City West, Berlin



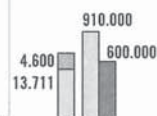
Lomonosov Universität, Moskau



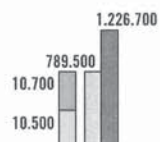
Harvard, Cambridge (Boston)



Universität Delft



MIT Campus und Unipark, Cambridge (Boston)

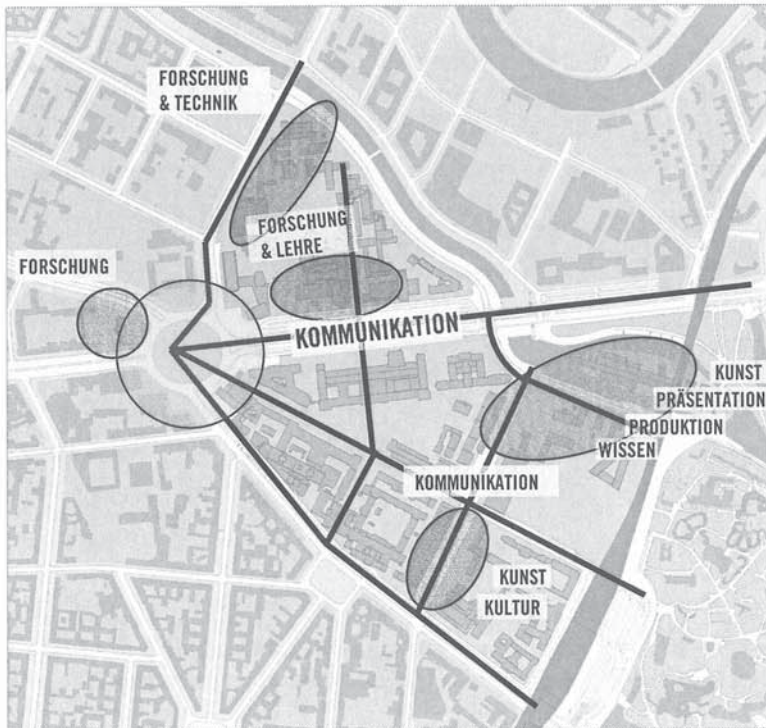


ETH Zürich

Ohne Daten



Begabungen und Nutzungen von alten und neuen Orten



FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Standortverlagerungen und Rochaden

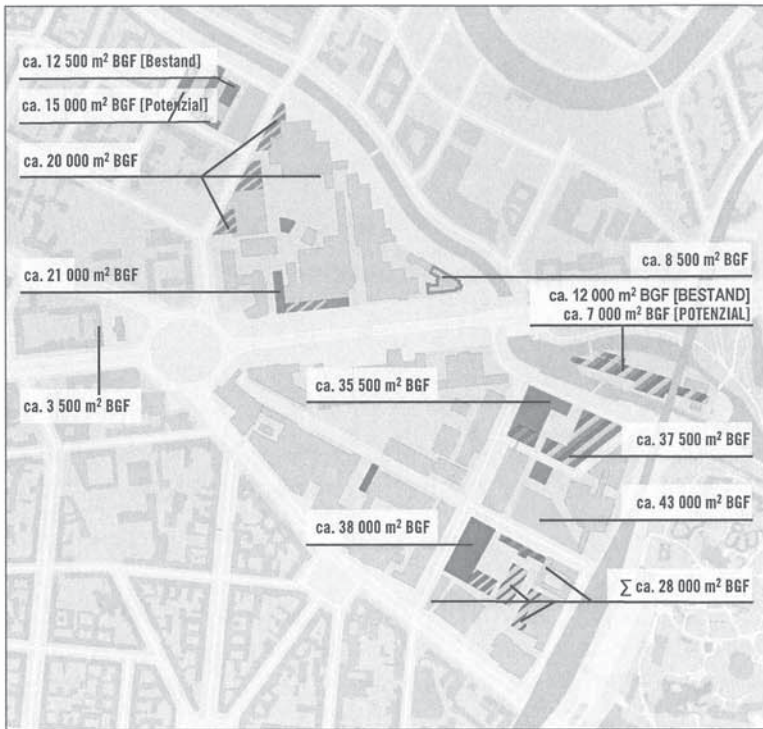


FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Uni + Andere, Neubaupotenziale



NEUBAUFLÄCHEN-POTENZIALE



FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Sanierung und Neubau



FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Neubau / Bau- und Gartendenkmale



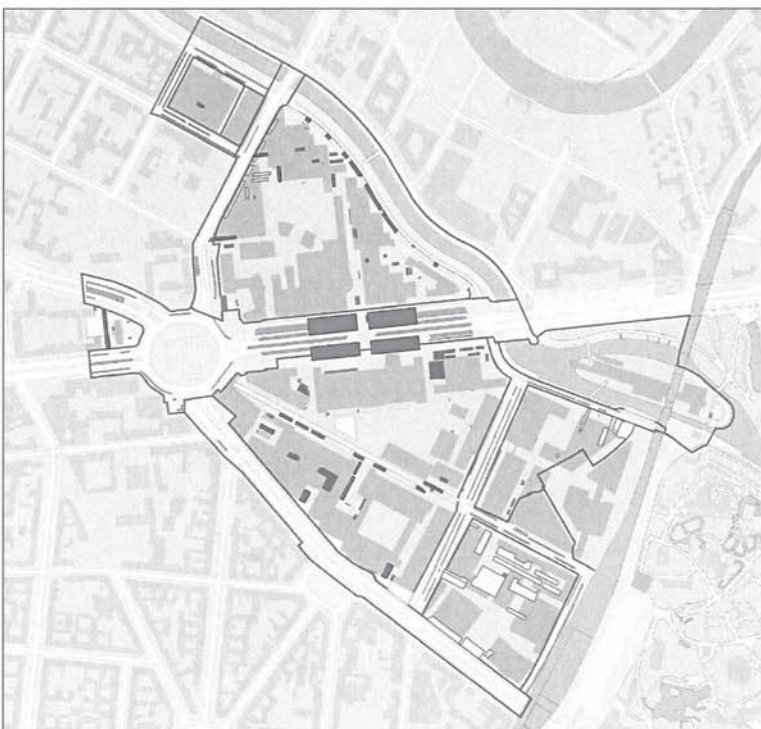
- Baudenkmal
- Gartendenkmal
- Denkmalbereich
- Gartendenkmalbereich
- Neubau

FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Stellplätze und Veränderungen



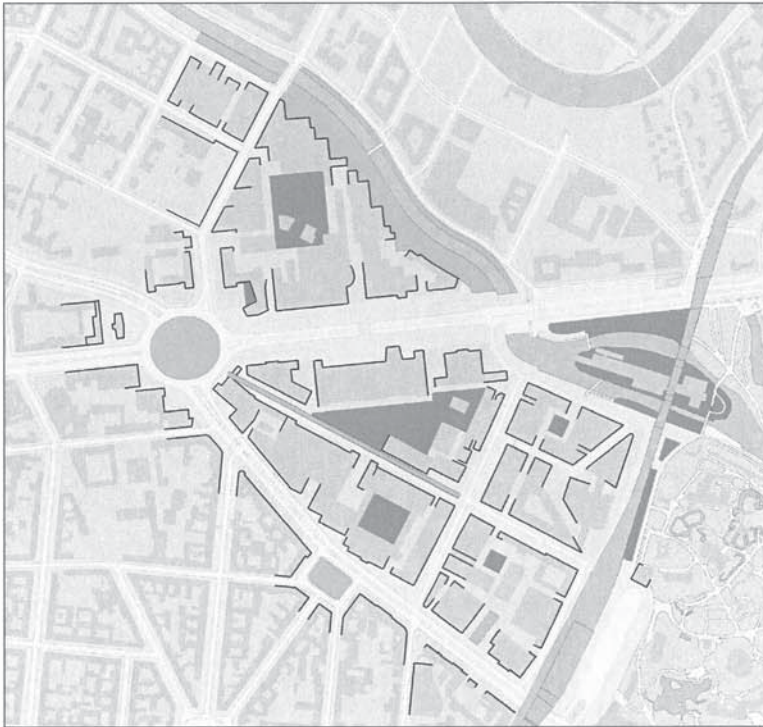
- Stellplätze auf öffentlichem SVF
- Stellplätze auf privaten Grundstücken
- Stellplatzflächen Fahrradverkehr
- Standorte neuer Fahrradstellplätze
- Partieller Ersatz von Kfz-Stellplätzen durch Integration in Neubau
- Reduktion von Kfz-Stellplätzen, z.T. Ersatz durch Fahrradstellplätze

FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Öffentlicher Raum, Grün- und Freiflächen



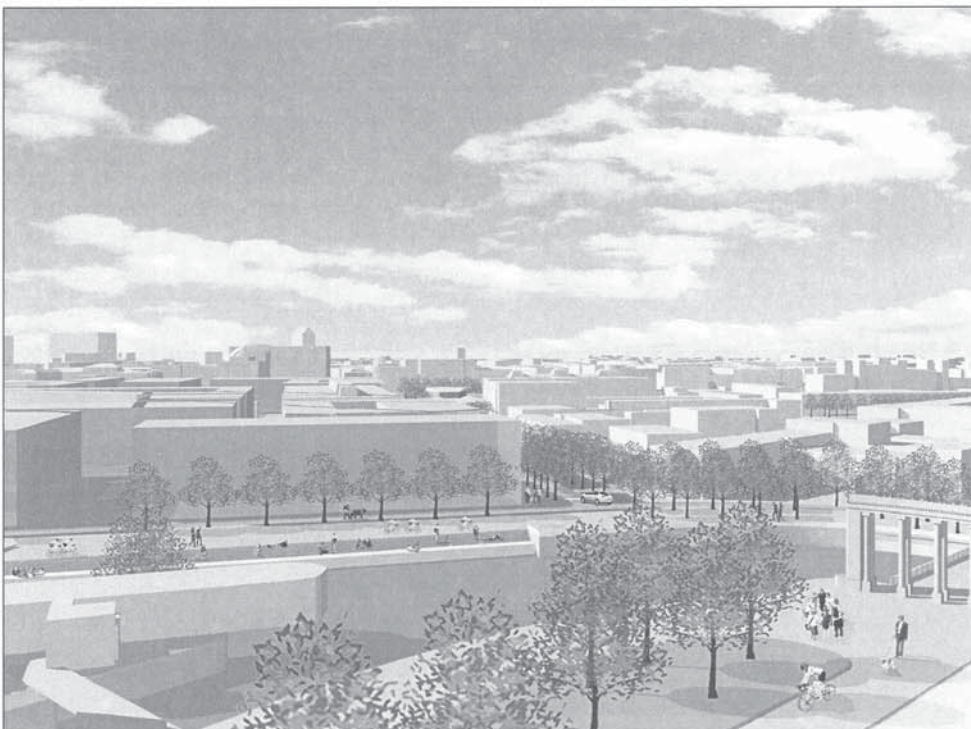
-  Parkanlagen im Campus
-  Hertzallee im Campus
-  Sonstige Grünanlagen
z.B. neuer Uferpark

FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

„Stadthafen“ am Charlottenburger Tor

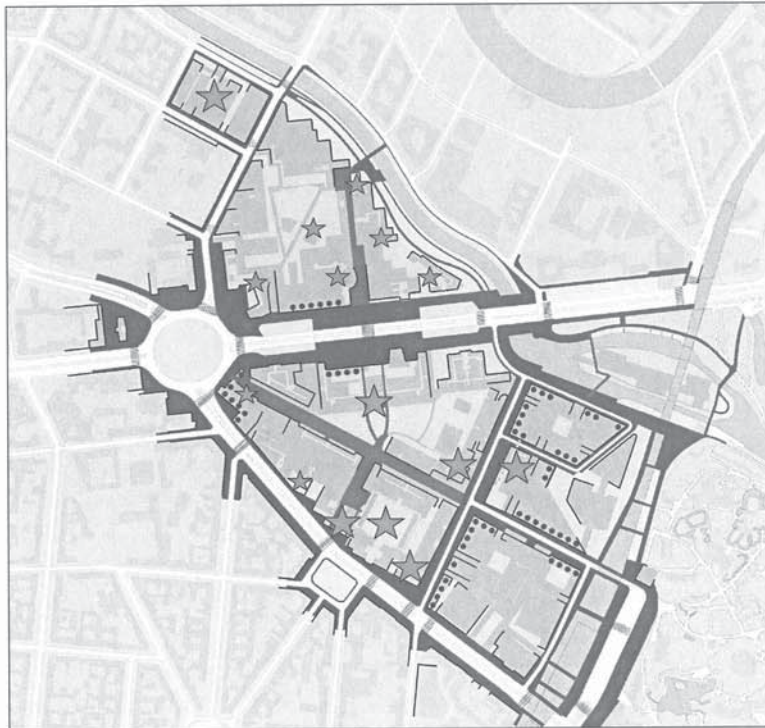


FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Wege und Erdgeschosserschließung der Campusgebäude



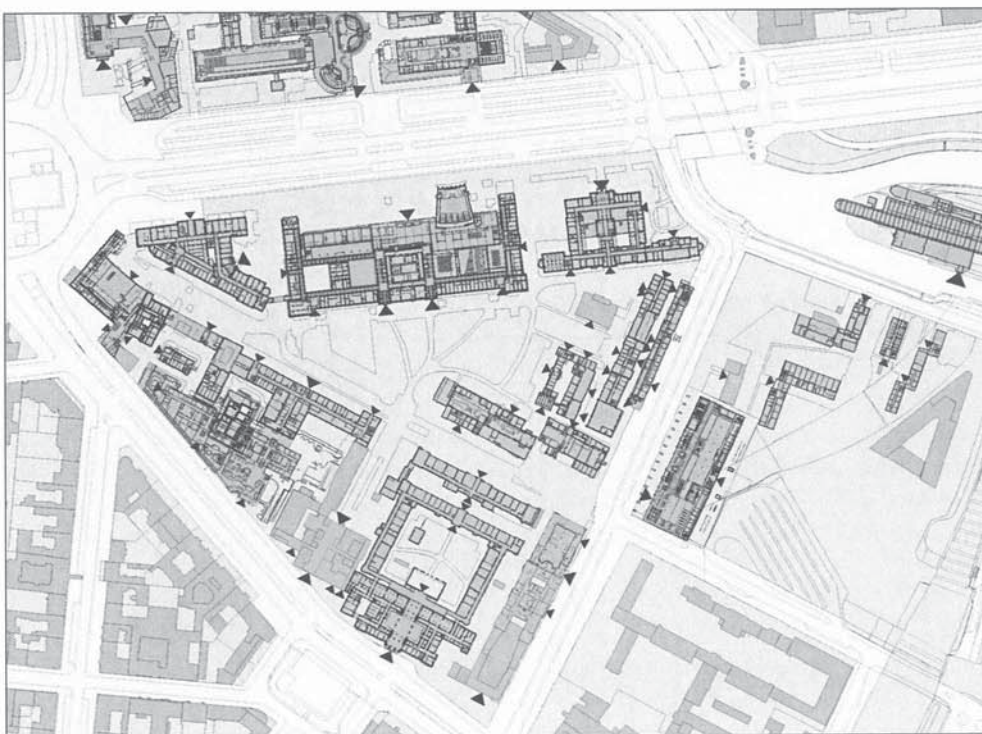
-  Wege im Straßenraum und öffentliche Grünanlagen
-  Hauptwege im Campus
-  Wegefeinnetz
-  Erdgeschosserschließung der Campusgebäude [Bestand]
-  Besondere Zielorte
-  Neue, öffentlichkeitsbezogene EG-Zonen

FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

EG – Grundrisse – Zugänge – Durchgänge - Durchwegungen



FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Lageplan zum Konzept _ 26_02_2009

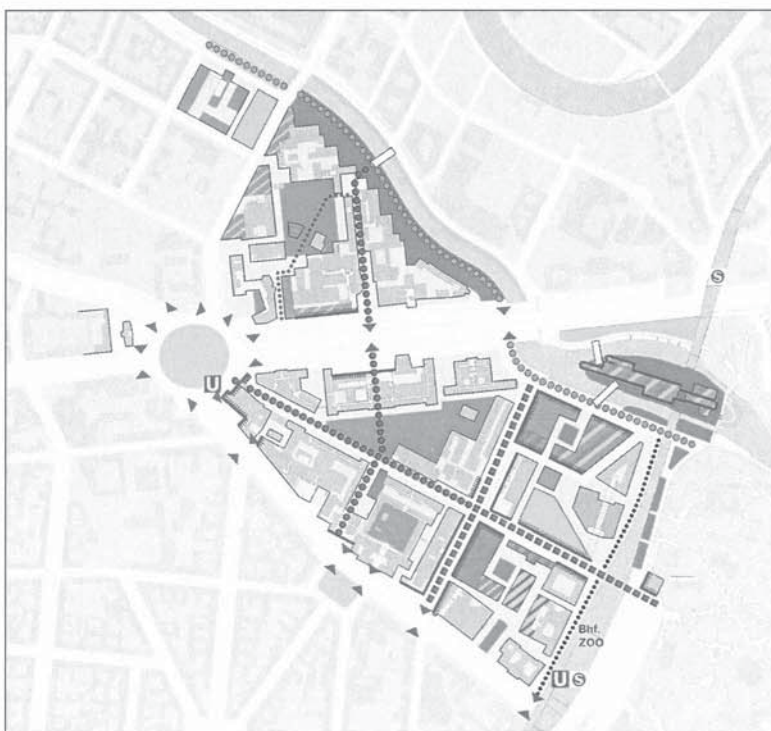


FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Strukturplan zum Konzept _ 26_02_2009



Gebäudebestand, Cluster

NEUBAUFELDER, NUTZER

- TU
- UdK
- Wirtschaft + Kultur
- Wohnanteil
- TU + UdK
- TU + Wirtschaft
- UdK + Wirtschaft
- TU + UdK + Wirtschaft + Kultur
- Publikumsbezogene Nutzungen im EG am öffentlichen Raum [Neu- + Umbaubereiche]

ÖFFENTLICHER RAUM

- Hauptwegebeziehungen im Campus
- Neue grüne Verbindung
- Neue Verbindung am Bahnviadukt
- Promenade Straßenraum
- wichtige Querungspunkte im Straßenraum
- Grünanlagen bestehende / sonstige / neue

FK Hochschulstadt

Panel 5 08_12_2010

Heinz Tibbe _ GRUPPE PLANWERK

Maßnahmenbereiche – Vertiefende Planungen



TU_FMI Gebäude



Hertzallee Nord



Hertzallee Süd



Schleuseninsel



Müller-Breslau-Straße



Campus Stammge-lände
mit Hertzallee



UdK Anbau



Fasanenstraße
mit Hertzallee Ost



UdK Vorplatz
mit Steinplatz



Uferpark



Marchstraße

Städtebauliches Konzept



**André Schnepfer,
Student der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster,
Mitglied im Verwaltungsrat des Studentenwerks Münster**

Anforderungen an eine Stadtentwicklung aus studentischer Perspektive

Panel 5

Studierende sind als größte Gruppe unter den Angehörigen einer Hochschule nicht nur ein bedeutsamer wirtschaftlicher Faktor, sondern auch eine Gruppe, die auf vielfältige Art und Weise mit dem gesellschaftlichen Leben einer Stadt verbunden ist. Ob im sozialen oder kulturellen Bereich, viele Studierende engagieren sich neben ihrem Studium vor Ort in verschiedensten Einrichtungen und Initiativen.

Von Seiten der Städte wird dieser unbestrittenen Tatsache bislang aber noch nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen. Oft werden Hochschulen noch immer als eine Institution verstanden, die vorwiegend durch ihre Bauwerke und nicht durch ihre Mitglieder zum Bild einer Stadt beiträgt. Während die zentralen Gebäude städtische Imagebroschüren zieren, werden Studierende, aber auch andere Hochschulangehörige, zunehmend aus dem Stadtzentrum und den gewachsenen hochschulnahen Quartieren in Stadtviertel verdrängt, die ihren Bedürfnissen kaum gerecht werden. Eine wesentliche Rolle spielt in diesem Zusammenhang insbesondere die Mietpreisentwicklung. Nicht selten werden die Mieten in Folge kommunalpolitischer Entscheidungen und privater Spekulationen in den innenstadt- bzw. hochschulnahen Stadtteilen gerade für Studierende unbezahlbar. Auch gibt es Fälle, in denen der Lebensrhythmus der Studierenden als unvereinbar mit demjenigen anderer Bevölkerungsgruppen angesehen wird. Die Folge ist die Ghettoisierung der verschiedenen städtischen Gruppen, die dem Wunsch der Studierenden nach einer Verflechtung mit der übrigen städtischen Gesellschaft zu widerläuft.

Eine moderne Stadtentwicklung muss diesem Trend entgegenwirken. Zum einen muss sie günstigen und lebenswerten Wohnraum auch in ihrem Zentrum erhalten, fördern und aufbauen. Zum anderen sollte sie die Studierenden nicht als Unruhefaktor verstehen, sondern vielmehr vielfältige Kommunikationsorte schaffen, an denen die verschiedenen Gruppen einer Stadtgesellschaft miteinander ins Gespräch kommen können. Sie sollte Räume schaffen, in denen die sehr unterschiedlichen Interessen und Begabungen der Studierenden auch außerhalb der jeweiligen Hochschule gelebt werden können.

Um den Studierenden die Teilnahme am städtischen Leben zu ermöglichen, bedarf es zudem eines öffentlichen Personennahverkehrs, der sowohl die verschiedenen Stadtteile als auch die einzelnen Hochschulstandorte innerhalb einer Stadt miteinander verbindet. Nicht nur aufgrund der neuen Studiengangstrukturen, sondern auch aufgrund der unterschiedlichen Lern-typen muss eine ausreichende öffentliche Verkehrsinfrastruktur über die Kern- bzw. Vorle-sungszeiten hinaus gewährleistet sein. So muss beispielsweise eine Ausweitung der Öffnungs-zeiten von Hochschulbibliotheken mit einem entsprechenden Ausbau des öffentlichen Perso-nennahverkehrs einhergehen.

Darüber hinaus bedarf es zukünftig allerdings einer noch stärkeren Koordination zwischen Entwicklungsplänen der Städte und der jeweiligen Hochschulen. Um erfolgreiches Studieren und Forschen zu ermöglichen, muss insbesondere der räumlichen Zersplitterung von einzelnen Fächern und Fachbereichen entgegen gewirkt werden. So sollten bei der Planung und dem Bau neuer Forschungseinrichtungen zukünftig die Auswirkungen auf die Studierenden und die Lehre von Anfang an berücksichtigt werden.

Zu guter Letzt bleibt noch der Hinweis, dass sowohl die Hochschulen als auch die beteiligten Städte in Zukunft mit heterogeneren Studierendenschaften konfrontiert sein werden. Auch wenn die soziale Öffnung der Hochschulen noch immer auf sich warten lässt, dürfte nicht zu-letzt durch die neuen Studienstrukturen die Zahl älterer Studierender, die bereits mehrere Jahre berufstätig waren, deutlich zunehmen. Im Zuge dessen dürfte insbesondere die Zahl der Studierenden mit Kind – und damit der Bedarf an hochschul- bzw. wohnortnahen Kinderbe-treuungsplätzen, der bereits heute nicht gedeckt wird, erheblich ansteigen.

Eine Stadtentwicklungspolitik ist dann zeitgemäß, wenn sie diesen Trend erkennt und entspre-chend der Heterogenität der Studierenden vielfältige Antworten findet, die den Studierenden sowohl die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht als auch bestehende Hürden auf dem Weg zu einem erfolgreichen Studienabschluss verringert.

Panel 6
Hochschulen, Studentenwerke, Hochschulangehörige und Studierende als Teil der Stadtkultur und der Stadtgesellschaft



Clemens Metz,
Geschäftsführer des Studentenwerks Freiburg und
Vorsitzender des Ausschusses Kultur des Deutschen Studentenwerks

Bericht

**Panel 6: Hochschulen, Studentenwerke, Hochschulangehörige und Studierende als
Teil der Stadtkultur und der Stadtgesellschaft**

Zu Beginn des Panels hielt Dr. Bastian Lange vom Leibniz-Institut für Länderkunde ein kurzes Referat zur Bedeutung der Hochschulen, der Studentenwerke und der Studierenden als Teil des Kulturlebens, besonders in kleineren Hochschulstädten. Er stellte zur Diskussion, inwieweit sich die kommunalen Kultureinrichtungen diesem intermediären Kulturanbieter öffnen bzw. diesen einbinden sollten. In der anschließenden Diskussion wurden folgende Aspekte erörtert:

- Welche Rolle spielen Musikhochschulen in diesem System? Bzw. inwieweit verstehen sich diese als städtische Kulturanbieter?
- Nehmen Städte ihre Hochschulen und Studentenwerke als Kulturanbieter wahr?
- Welche Mittel sollten eingesetzt werden, um kommunale Kulturförderung zu betreiben?
- Kann man heutzutage noch Laien- und Profikulturangebote unterscheiden?
- Was leisten Studentenwerke kulturell und fühlen sich Studierende als Kulturträger?

Als Fazit der Diskussionsrunde wurde festgehalten:

- Studentenwerke sind als Teil des kommunalen Kulturangebots zu verstehen, d.h. Hochschulbildung ist Kultur.
- Studierende können und wollen kulturell aktiv sein, oft besetzen Studierende kulturelle Nischen.
- Besonders auch ausländische Studierende müssen als kulturelle Bereicherung verstanden werden.
- Die Studentenwerke sollten stärkere Unterstützung durch die Kommunen erhalten.
- Die Hochschulen, Studentenwerke und Städte sollten ihre Kulturförderung zusammenführen, um Synergien besser nutzen zu können.

Dr. Michael Bürsch stellte in einem weiteren Referat die Wichtigkeit der Studierenden in der Kulturlandschaft der Städte dar. Demnach sind Studierende die engagierteste Bevölkerungs-

gruppe. Außerdem haben Studierende, ebenso wie Hochschulangehörige, eine enorme sozio-kulturelle und bürgerschaftliche Bedeutung für die Stadtentwicklung und die Stadtbevölkerung. Daher müssen Studierenden Förder- und Motivationsstrukturen an die Hand gegeben werden. Das muss Aufgabe der Kommunen, Hochschulen und Studentenwerke sein. Bundeswettbewerbe – z.B. der DSW-Wettbewerb „Studierende für Studierende: Studentenwerkspreis für besonderes soziales Engagement“ – spielen dabei eine wichtige Rolle.

Die anschließende Diskussionsrunde beschäftigte sich mit folgenden Fragestellungen:

- Welche Rolle spielen Studentenwerke in Städten wie Freiburg oder Tübingen, wo der Anteil der Studierenden an der Gesamtbevölkerung über 10% ausmacht?
- Was wünschen sich Studierende konkret an Förderung und/oder Motivation von der Hochschule, dem Studentenwerk und der Stadt?
- Wie kann das Engagement für die Studierenden konkret aussehen?

Fazit der Diskussionsrunde:

- Städte, Hochschulen und Studentenwerke müssen sich als Akteure der Zivilgesellschaft sehen und bürgerliches Engagement fördern, egal welchen Alters, welcher Herkunft oder Bildung.
- Studierende werden als gesellschaftliche Innovatoren von möglichen neuen sozialen Bewegungen gesehen.
- Städte, Hochschulen und Studentenwerke unterstützen engagierte Studierende.

Die lebhaften Diskussionsrunden ergaben nachstehende, konkrete Handlungsempfehlungen:

- Programm „soziale Stadt“ als positives Beispiel. D.h. die Kommunen müssen Geld zur Verfügung stellen, um eine Kerninfrastruktur bereitzustellen und Nachhaltigkeit zu gewährleisten.
- Hochschulen, Studentenwerke und Städte müssen als Impulsgeber zusammenwirken.
- Das Potenzial der Studierenden muss richtig erkannt und gefördert werden.
- Wettbewerbe „der guten Ideen“ durchführen.
- Bürgerschaftliches Engagement über persönliche Kontakte fördern.
- Zur Verfügung stehende Räume der Institutionen besser nutzen und kulturell engagierten Gruppen zur Verfügung stellen.

**Dr. Bastian Lange,
Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig,
Multiplicities Berlin,
Mitglied des Georg-Simmel-Zentrums an der Humboldt-Universität zu Berlin**

Wissenschaft und Stadt: Konvergenzen und Divergenzen

Panel 6

Ein Blick auf die heutige Stadt irritiert. Sie ist als kulturelle Form kaum noch als eine Entität anzusprechen. Soziale Ghettos, kreative Hot Spots, bürgerliche Wohnviertel, globale Architekturen und darbende Vorort-Suburbs verweisen auf zunehmende Heterogenitäten der Stadt. Stadtgesellschaft heißt heute zunächst Stadtgesellschaften und weist in seiner weiteren Aktualisierung meiner Auffassung nach auf fragmentierte Stadtteil-Gemeinschaften hin. Sozio-ökonomisch geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander, kulturell betrachtet divergieren expressive öffentliche Kulturen gegenüber zunehmend privatisierten und verinselten ethnischen, religiösen und bürgerlichen Kulturen. Vermischungen sind selten. Das große Gesamtbild der Stadtgesellschaft ist meiner Auffassung nach schon lange in partikulare Gemeinschaften und Mikrokollektive mit kurzen Halbwertszeiten zerfallen. Doch ich bedauere dieses ebenso wenig, wie ich der Idee verhaftet bin, dass es jemals das eine große Bild der einen Stadtgesellschaft gab. Vielmehr sind wir im 21. Jahrhundert mit translokal orientierten Migranten, mobilen Wissensarbeitern und multilokal operierenden hoch- wie niedrigwertigen Dienstleistern konfrontiert. Daraus leitet sich die Frage ab, welche Form von Bindung an städtische Kontexte mit Kultur zu erzielen ist? Das gilt nicht zuletzt auch für Institutionen im Wissenschaftskontext, die vor der Herausforderung stehen, Bindung an Orte zu organisieren, während sich die Lern- und Forschungspraxis radikal entortet hat und sich immer rasanter in globalen Netzwerken vollzieht. Jedoch gibt es Beispiele, wo sich die Welt der Bits und Bytes mit der Welt der Atome und Materien verbindet und neue lokale Impulse zu initiieren im Stande ist.

Der Titel meines Impulsvortrags „Wissenschaft und Stadt: Konvergenzen und Divergenzen“ geht daher von grundsätzlich ambivalenten Entwicklungslinien aus: Zum einen ähneln sich Städte immer mehr, hinsichtlich Angeboten, Leistungen und Funktionalität. Zum anderen wird immer eindrücklicher daran gearbeitet, dass Städte sicht- und erfahrbare Unterschiede aufweisen. Kultur ist dabei seit Jahren das Mittel der Wahl.

Wenn man Kultur aber in einem weniger emphatischen und ideologischen Sinn als Kulturtechnik und Praxis der Herstellung von sozialen Beziehungen im Verbund mit „Stadt“ versteht, dann erlaubt mir dieses aktualisierte Verständnis von städtischen Gesellschaften, Gemeinschaften und Mikrokollektiven die Möglichkeit, interessante Angebote für etablierte oder neue Wissensinstitutionen abzuleiten, wie sie auch durch die Kulturarbeit der Studentenwerke repräsentiert werden. „Kulturelle Bildung“ als Aktivität fern von Ökonomie, Ausbildung und Professionen einzufolgen, halte ich aus zwei Gründen für überkommen: Zum einen teile ich nicht die Auffassung, dass Kultur ein zu schützendes Biotop ist, zum anderen, dass mehr Kultur immer gut ist. Das mag im Land der Dichter und Denker pauschal klingen oder sogar irritieren, mich interessieren aber mehr die Überschneidungsbereiche und Berührungspunkte kultureller Artefakte, sei es in Populärkulturen, Alltagskulturen und Laienkulturen.

Daher steht meiner Auffassung nach eine Neudefinierung der laufenden Aktivitäten im Handlungsfeld „kulturelle Bildung“ an. Denn unter diesem Deckmantel sowie aus der internationalen Perspektive vollziehen sich interessante Entwicklungen, die Anlass geben, neu über den Stellenwert von kultureller Bildung nachzudenken, wie sie die Studentenwerke exemplarisch praktizieren. Ich möchte drei Optionen zur Diskussion stellen und dabei Felder skizzieren, wie Beiträge von Hochschulangehörigen und Studierenden zur Kulturarbeit formuliert werden könnten. Die folgenden Ausführungen können nicht mehr sein als Skizzen und Zuspitzungen, die dann in der Diskussion weiter behandelt werden können.

1. Wenn sich kulturelle Bildung in Form von außeruniversitären Formaten artikuliert, sich durch eine Radiosendung, ein Studentenkabarett, Jazztage oder ähnliches zu erkennen gibt, dann sind das auf den ersten Blick Laienkulturen. Ein Blick ins Ausland zeigt, dass sich die Trennung zwischen Expertenwissen und Laienwissen nicht nur verwischt hat, sondern dass sich eine Praxis der Anerkennung dieser Aktivitäten ausbreitet. Charles Leadbeater in England hat vor einigen Jahren als einer der profiliertesten Regierungsberater den neuen Typus des enthusiastischen Laien mit professionellen Ambitionen als Pro-Am, als professionellen Amateur, charakterisiert. Unsichere Qualifikationserträge, Unzufriedenheit mit Angestelltendasein führen immer öfter dazu, das zu machen, was man eigentlich gerne tut. Und nicht nur als Vergnügen und Zeitvertreib, sondern auch mit der Aussicht auf Verstetigung. Das Hobby wird zur Erwerbسالternative mit gutem Lebensgefühl.

2. Meine zweite Skizze ist von etwas genereller Art. Ich beobachte einerseits, dass das klassische kulturelle Bildungsformat kaum noch in der Lage ist, sich zu aktuellen Fragen, Formaten und gesellschaftlichen Entwicklungen kritisch und zugleich kreativ in Beziehung zu setzen. Ich

möchte andererseits nicht so weit gehen und sagen, dass im Feld der kulturellen Bildung nur „soziale Reparaturdienstleistungen und Feieraktivitäten“ vollbracht werden, das wäre zynisch. Aber man muss die Frage zulassen, welche Relevanz dieses für das Verhältnis von Individuum zu Gesellschaft hat. Ich möchte niemanden diskreditieren, der sich dieser Praxis verschrieben hat, ich beobachte nur, dass man dieses Feld auch gegen Einflüsse von außen zu schützen versucht und ein wenig Biotopschutz betreibt. Dabei würde ich es für wegweisender halten, von dem Feld der kulturellen Bildung aus neue Schnittstellen zu anderen kulturellen Institutionen, Praktiken und Akteuren zu suchen und diese neu zu bewerten. Damit meine ich nicht nur Schnittstellen zu professionellen Kulturproduzenten, sondern zu anderen kulturellen Feldern, wie z.B. die Migration, die sich in der heterogenen Landschaft der Universität abbildet, aber kaum in den Institutionen der Wissenschaft kulturell reflektiert wird.

3. Mein Blick hat sich in den beiden vorangegangenen Skizzen auf die Ränder der kulturellen Bildung und mögliche Aktualisierungen gerichtet. Die dabei zur Diskussion stehenden neuen Verbindungsmöglichkeiten zwischen noch stark getrennt operierenden kulturellen Feldern, Professionalisierung und neuen kulturellen Formaten sind auch für die Stadtforschung von Interesse. Die wachsende Ortsungebundenheit sowie die soziale wie kulturelle Mobilität von einigen Teilen der Wissensgesellschaft brauchen im Gegenzug neue Orte der Interaktion. Diese sind so genannte kommunikative Third Spaces: Während der erste Ort der Ort der Arbeit ist, der zweite der Ort des Privaten, so stellt der dritte Ort einen kommunikativen und niedrigschwelligen sozialen Ort dar, der durch Praktiken und Kommunikation seine Bedeutung erlangt. Ermöglicht werden diese dritten Orte, weil die Welt der Bits und Bytes in die Welt der Atome und Materie zurückreicht und sich mit ihr versöhnt.

Denkt man kulturpolitische Förderung in Wissensinstitutionen, so ist es notwendig – wie ich meine und versucht habe anzuregen –, eine neue Landkarte zu zeichnen, die ich hier in den folgenden drei Thesen zum Ausdruck bringen möchte:

1. Laien wandeln sich zu „professionellen Amateuren“.

Das Hobby wird zur Erwerbsalternative mit gutem Lebensgefühl.

2. „Kulturelle Bildung“ ist nur bedingt auf temporäre Wissensarbeiter ausgerichtet.

Durchlässigkeit ist nicht immer gewährleistet.

3. Die Welt der Bits und Bytes versöhnt sich mit der Welt der Atome und Materie und kreiert neue „dritte“ Orte.

Neue kulturelle Formate an temporären Orten stellen neue Schnittstellen zwischen kulturellen Praktiken und Stadt dar.

**Dr. Michael Bürsch,
Geschäftsführer Corporate Citizenship Deutschland, Berlin**

Drei Thesen zur Hochschule als Teil der Gesellschaft

Panel 6

1) Neuer Gesellschaftsvertrag

In Zeiten tiefgreifender Veränderungen brauchen wir neue Formen der gesellschaftlichen Arbeits- und Verantwortungsteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft. Dabei bringen engagierte Bürgerinnen und Bürger ihre Erfahrungen und Fähigkeiten in die Gestaltung des Gemeinwesens ein. Mit sektorübergreifender Kooperation können wir den großen gesellschaftlichen Herausforderungen, z.B. im Bereich der demografischen Entwicklung, in der Bildung, im Gesundheitswesen, in der Stadtentwicklung etc. besser begegnen.

Beispiel Augsburger Sozialpaten. Ziel der Initiative: Menschen vor der Obdachlosigkeit bewahren. Akteure sind die Kommune (Stadtverwaltung), die örtliche Wirtschaft (insbesondere Wohnungsunternehmen) und die Bürgergesellschaft (Sozialpaten). Gemeinsam werden wirtschaftliche und soziale Maßnahmen ergriffen, um Mietern zu ermöglichen, in ihrer Wohnung zu bleiben. Die Sozialpaten unterstützen dabei die in Not geratenen Menschen durch Rat und Tat, gemeinsam mit Vermietern und dem Sozialamt.

2) Universität in der Gesellschaft

Hochschulen und Städte können in vielfältiger Form voneinander profitieren. Studierende und Beschäftigte der Universität sind nicht nur ein Wirtschaftsfaktor für jede Stadt, sondern sie können durch ihr Engagement auch die Lebensqualität im „Sozialraum Stadt“ und den gesellschaftlichen Zusammenhalt verbessern.

Beispiel RockYourLife der Zeppelin Universität in Friedrichshafen. Ziel der Initiative: Studierende begleiten Hauptschüler/innen als Mentoren für zwei Jahre auf dem Weg zu Schulabschluss und Berufsausbildung. Die Initiative gibt es bereits in elf Universitätsstädten.

3) Ermöglichung von Engagement

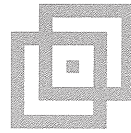
Menschen, die sich engagieren, wollen sich an der Entwicklung der Gesellschaft aktiv beteiligen und sich in die „eigenen Angelegenheiten einmischen“, wie Max Frisch das auch als Bei-

trag zur Demokratie genannt hat. Engagement lebt von Partizipation, von Vernetzung und von der Bereitstellung engagementfördernder Infrastruktur.

Hier liegt ein interessantes neues Aufgabenfeld für **Studentenwerke** – als Impulsgeber, Koordinatoren, Vernetzer und Ermöglicher von bürgerschaftlichem Engagement aus der Universität heraus in die Stadt. Anders gewendet: Als Förderer von Engagement könnten die Studentenwerke vom Dienstleister zum Sozialunternehmer werden.

Pressemitteilung





Pressemitteilung

„Hochschulstadt“: Städte, Hochschulen und Studentenwerke vernetzen sich

- **Konferenz „Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands“ in Jena war ein großer Erfolg**
- **Deutscher Städtetag, Hochschulrektorenkonferenz und Deutsches Studentenwerk erstmals mit gemeinsamer Veranstaltung**
- **Mehr als 200 Teilnehmende entwickeln Ideen für die Zukunft der „Hochschulstadt“**
- **Themen: Wirtschaftliche Effekte, Wohnungsmarkt, familienfreundliche Hochschulen, Stadtmarketing, Stadtplanung, Stadtkultur und -gesellschaft**

Jena/Berlin, 9. Dezember 2010. Als großen Erfolg und Start für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Städten, Hochschulen und Studentenwerken bezeichnen die Veranstalter die Konferenz „Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands“, die am Dienstag und Mittwoch in Jena stattfand.

Zum ersten Mal luden der Deutsche Städtetag, die Hochschulrektorenkonferenz und das Deutsche Studentenwerk zu einer gemeinsamen Konferenz ein. Mehr als 200 Forscherinnen und Forscher, Vertreterinnen und Vertreter von Städten, Hochschulen, Studentenwerken sowie Studierende nahmen teil.

Als wichtigstes Ergebnis der Konferenz aus der Sicht des Deutschen Studentenwerks (DSW) nennt DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde: „Die Städte, die Hochschulen und die Studentenwerke wollen sich stärker vernetzen, sich intensiver und regelmäßiger austauschen – und sie haben ein geschärftes Bewusstsein, was sie voneinander lernen können und wie sie voneinander profitieren können.“

Die Städte begreifen Hochschulen und Wissenschaft immer stärker als einen entscheidenden Standortfaktor. „Eine Hochschule ist für eine Stadt ein Jungbrunnen“, erläutert Prof. Dr. Klaus Dicke, Rektor der Universität Jena und Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). „Für die positiven Effekte, die durch eine zielgerichtete Kommunikation und Kooperation im Dreieck Hochschule, Studentenwerk und Stadt möglich sind, liefert Jena ein hervorragendes Beispiel.“

Meyer auf der Heyde betont: „Die Städte, die Hochschulen und die Studentenwerke haben auf der Konferenz gemeinsam Ideen und Handlungsempfehlungen formuliert. Ich sehe darin den Kern für neue gemeinsame Strategien, sei es zum Wohnungsmarkt, zum Stadtmarketing oder zur Familienfreundlichkeit von Hochschulen und Studium.“

Sigurd Trommer, Präsident der Bundesarchitektenkammer, appellierte in seinem Eröffnungsvortrag „Menschen – Städte – Wissen“ an alle Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer, Visionen für den Wandel der Städte in der globalen Wissensgesellschaft zu entwickeln. Die Identifikation mit der Stadt und die Ortstreue der Bürger könnten

langfristig nur gesichert werden, wenn Städte auf die Begabungen ihrer Bürger setzen und kontinuierlich einen Wissensvorsprung generierten, so Trommer.

Einig waren sich die mehr als 200 Menschen auf der Konferenz darüber, dass Hochschulen, Studierende und Studentenwerke als Teil der Stadtgesellschaft zu begreifen sind und sie gemeinsam in der Verantwortung für den „Sozialraum Stadt“ stehen.

„Die Hochschulstadt“: Gemeinsame Handlungsempfehlungen von Städten, Hochschulen und Studentenwerken

1. zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung von Hochschulen, Studierenden und Studentenwerken

- Jede Stadt sollte erkennen, dass ihre Hochschulen ein „Asset“ sind – ebenso relevant wie Unternehmensansiedlungen.
- In manchen Städten ist das Verständnis für die Relevanz der Hochschulen in Politik und Bürgerschaft noch nicht ausreichend ausgeprägt; das gilt vor allem für Newcomer-Städte ohne lange Hochschultradition.
- Vielfach müssen die Hochschulen die Initiative ergreifen und auf die Städte zugehen.
- An Universitäten – anders als an Fachhochschulen – sind die Transferstellen zur Vermittlung von Wissen an die privaten Unternehmen noch unterentwickelt. Hier ist ein Ausbau erstrebenswert.
- Auch die Hochschulen müssten sich neu positionieren, und zwar in Richtung auf eine stärkere Kongruenz zwischen Fächerangebot und lokaler Wirtschaftsstruktur.

2. zum Einfluss von Hochschulangehörigen und Studierenden auf den städtischen Wohnungsmarkt

Es gibt nicht „die Hochschulstadt“, deren Probleme generalisiert werden könnten und für die es einheitliche Lösungsempfehlungen gibt, aber grundsätzlich gilt:

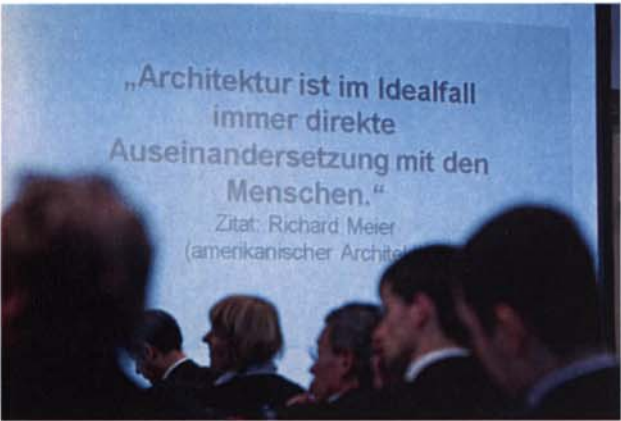
- Eine gute Zusammenarbeit zwischen Studentenwerk, Hochschulleitung und der Stadt ist zu institutionalisieren.
- Diese Zusammenarbeit sollte kontinuierlich von einem Monitoring begleitet werden (Federführung und Finanzierung über das Stadtplanungsamt, „Jenaer Modell“), das alle Akteure beteiligt, Entwicklungen beobachtet und rechtzeitig Handlungsempfehlungen geben kann.
- Auf der Führungsebene müssen Planungsstrategien/Rahmenpläne entwickelt werden.
- Die Neuansiedlung von studentischem Wohnen muss einhergehen mit der Schaffung von sozialer Infrastruktur, guter Verkehrsanbindung sowie Kulturangeboten.
- Da der private Wohnungsmarkt nicht in der Lage ist, ausländische Studierende zu versorgen, müssen die Studentenwerke hier unterstützt werden.
- Städte können viel tun, um ihre Attraktivität zu steigern; dabei sind Studierende und Hochschulangehörige ein wichtiger Faktor zur Stabilisierung von Quartieren.

3. **zu Studierenden und Hochschulangehörigen mit Kind(ern)**
 - Erfahrung und vorhandene Konzepte nutzen – Austausch über Best Practice, zum Beispiel aus Audits und Wettbewerben, fördern
 - Alle an einen Tisch – Institutionalisierung des regelmäßigen Austauschs von Stadt, Hochschule, Studentenwerk und Land zur Entwicklung gemeinsamer Strategien
 - Neue Wege gehen – mit Standortfaktor Familienfreundlichkeit innovative Finanzierungsmodelle suchen, zum Beispiel durch neue Partner aus Wirtschaft

4. **zur Hochschulstadt als Teil des Stadtmarketings**
 - Stadt, Hochschule, Studentenwerk: von der Koexistenz zur strategischen Partnerschaft!
 - Allianz zwischen Stadt, Hochschule und Studentenwerk als Gesamtpaket
 - Ins Image einer Hochschulstadt muss investiert werden; die Hochschulstadt muss attraktiver werden bzw. attraktiv bleiben; das ist ein langer Prozess. Angebote/Services müssen neu durchdacht oder neu ausgerichtet werden.
 - Es müssen Partner in der Wirtschaft gefunden werden!

5. **zur Stadtentwicklung und Stadtplanung**
 - Die Hochschullandschaft zwischen Flensburg und Konstanz, zwischen Görlitz und Aachen ist vielfältig. Es gibt auch höchst unterschiedliche Entwicklungen. Ein allgemein gültiges Zukunftsmodell für die Entwicklung der Hochschulstädte kann es nicht geben.
 - Wenn es Campus-Situationen gibt, ist es notwendig, diese Quartiere auch mit Leben zu füllen. Dies gilt für die Verkehrsanbindung, das kulturelle und soziale Leben sowie die Versorgungs- und Wohnsituation.
 - Stadtentwicklung im Hochschulbereich kann sich nicht nur in Bauten manifestieren.
 - Hochschulen müssen gesamtheitlich denken können und stärker ihre Zuständigkeiten wahrnehmen.

6. **zu Hochschulen, Studentenwerken, Hochschulangehörigen und Studierenden als Teil der Stadtkultur und Stadtgesellschaft**
 - Hochschulbildung ist Kultur. In diesem Sinne sind Hochschulen und Studentenwerke städtische Kulturanbieter.
 - Die Studierenden wollen und können auch in Zeiten von Bachelor/Master kulturell aktiv sein.
 - Nur mit einem erweiterten, Institutionenübergreifenden Kulturbegriff können die kulturell aktiven Studierenden als Teil der Stadtkultur gefasst werden.
 - Die Studierenden sind die gesellschaftlich engagierteste Bevölkerungsgruppe in Deutschland. Die Städte profitieren von ihnen.
 - Bürgerschaftlich engagierte Studierende brauchen Förder- und Ermutigungsstrukturen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe von Städten, Hochschulen und Studentenwerken. Den Studentenwerken als Schnittstelle von Hochschule und Stadtgesellschaft kommt eine Schlüsselrolle zu.







Abendprogramm: Kultur im Bauhaus-Stil Studentenhaus „Philosophenweg 20“, Studentenwerk Thüringen



Die vorliegende Publikation dokumentiert die Konferenz „Die Hochschulstadt: ein Modell für die Zukunft Deutschlands. Städte, Hochschulen, Studentenwerke“. Sie wurde gemeinsam vom Deutschen Städtetag, der Hochschulrektorenkonferenz und dem Deutschen Studentenwerk am 7. und 8. Dezember 2010 in Jena veranstaltet.

Die Dokumentation gibt anhand der Vorträge, Referate, Präsentationen und Ergebnisprotokolle den Verlauf der Konferenz wieder. Alle Beiträge wurden von den Referent/innen autorisiert und für die Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Das Deutsche Studentenwerk dankt allen Beteiligten für ihre Mitarbeit.

Redaktion: Sabine Jawurek und Dr. des. Julia Verse

Bildnachweis: Kay Herschelmann

Herausgeber:
Deutsches Studentenwerk
Monbijouplatz 11
10178 Berlin
Tel.: 030-29 77 27-10
Fax: 030-29 77 27-99
E-Mail: dsw@studentenwerke.de
www.studentenwerke.de

Berlin, im Juni 2011



www.staedtetag.de

HRK Hochschulrektorenkonferenz
Die Stimme der Hochschulen

www.hrk.de



Deutsches Studentenwerk

www.studentenwerke.de